هكذا من الأصل

Mittwoch, 31. Oktober 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 256 - 44. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 30,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Flucht geglückt: Unter den Schüssen von „DDR"-Grenzposten konnte ein 17jähriger Jugendlicher mit Hilfe einer Leiter über die Mauer in den Westberliner Bezirk Neukölln flüchten. Beim Sprung von der Mauerkrone erlitt er eine Fußverletzung.

Kommunalwahlen: Nach der Niederlage der SPD in Baden-Württemberg ist nicht auszuschließen, daß der Landesvorsitzende Lang abgelöst wird. (S. 4)

Polen: Als Teil eines „antikommunistischen Polit-Kreuzzugs" des Westens sieht Regierungssprecher Urban die geplante Westhilfe für die Landwirtschaft. (S. 12)

Umwelt: Auch schadstoffarme Diesel-Pkw sollen von der Kfz-Steuer befreit werden, allerdings nur halb so lang wie abgasarme Benzinfahrzeuge, fordert Finanzminister Stoltenberg. Innenminister Zimmermann will eine gleich hohe Steuerbefreiung. (S. 13)

Popieluszko: Im Fall des wahrscheinlich ermordeten Priesters geht der polnische Innenminister Kiszczak von der Hypothese aus, daß die drei Täter möglicherweise mächtige Anstifter gehabt haben. Damit wären die Widersprüche bei den Vernehmungen zu erklären. Sie hofften offenbar auf Hilfe von irgend jemandem. (S. 12)

Chile: Staatschef Pinochet hat am ersten Tag eines erneuten nationalen Protestes damit gedroht, über den Ausnahmezustand hinaus den Belagerungszustand über das gesamte Land zu verhängen. Zudem wurden 135 Oppositionelle in die Verbannung in den Norden des Landes geschickt. (S. 2)

Wahlhilfe: Eine Woche vor den US-Wahlen greifen jetzt auch die großen Zeitungen des Landes massiv ein und enthüllen ihre politische Präferenz. (S. 7)

Heute: Beginn der Konferenz der Nordsee-Anrainer in Bremen.

Adenauers „Teegespräche"

Konrad Adenauer nutzte seine „Teegespräche" mit Journalisten, um in vertraulicher Runde auszusprechen oder anzudeuten, was er dachte, was ihn bewegte, was er plante. Er gab Impulse in Richtung öffentliche Meinung und nahm von dort Impulse entgegen. Der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wollte das Denken beeinflussen, und er tat dies in der werbenden und zugleich kritischen Art, die ihm als Meister der Politik zu Gebote stand. Die Medien waren für ihn zündender Werkstoff. Seite 8

WIRTSCHAFT

Saarstahl: Die EG-Kommission hat ihr Veto gegen die weitere Subventionierung des Unternehmens aufgehoben. Damit kann das Saarland die Beihilfetranche von 77 Millionen DM auszahlen.

Luftfahrt: Lufthansa-Vorstandsmitglied Eser wurde neuer Generalsekretär der IATA.

WELT-Report Südafrika: Anfang 1985 wird das Land nach Ansicht der wichtigsten Banker die Rezession überwunden haben. Sie empfehlen, nur kurzfristig in den Dollar, langfristig wieder in Gold zu investieren. (I–IV)

Otto-Versand: Der Jahresüberschuß des Konzerns erhöhte sich im Geschäftsjahr 1983/84 auf 123,6 Millionen DM von 107,8 Millionen im Vorjahr. (S. 16)

Börse: Gut erholt zeigte sich gestern der deutsche Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 156,6 (154,9). Auch der Rentenmarkt war freundlich. Dollar-Mittelkurs 3,0555 (3,0642) Mark. Goldpreis je Feinunze 335,50 (336,25) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Das italienische Volk, das, wie das deutsche, erst spät seine Einheit gefunden hat, versteht deshalb im besonderen Maße eine deutsche Politik, die darauf gerichtet ist, die schmerzlichen Folgen der Teilung und Trennung zu überwinden «

Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Beitrag für den WELT-Farbreport Italien, der der heutigen Ausgabe beiliegt FOTO: KLAUS MEHNER

KULTUR

Staatstheater: Mit Mozarts „Don Giovanni" wird das Große Haus der württembergischen Staatstheater morgen wiedereröffnet. Die originalgetreue Renovierung des 1912 eröffneten Theaterbaus von Max Littmann hatte 43,2 Millionen Mark gekostet.

Modigliani: Im Zusammenhang mit der Affäre um die drei gefälschten Modigliani-Skulpturen von Livorno ist der Leiter der römischen Nationalgalerie für moderne Kunst, Professor Dario Durbe, abgesetzt worden. Er hatte die Skulpturen für echt erklärt.

SPORT

Fußball-Bundesliga: Fortuna Düsseldorf fand auf seiner Jahreshauptversammlung keinen neuen Präsidenten. Der Klub wird nun vorläufig von einem Notvorstand geführt. (S. 11)

Leichtathletik: Hochspringer Thränhardt wechselte die Schuhfirma. Er trägt jetzt ein japanisches Fabrikat. Die Gage: 120 000 Mark im Jahr (geschätzt), Auto und Manager-Posten. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Mayo-Klinik für Tiere: Eine Pioniertat in der Tiermedizin meldet das New Bolton Center bei Philadelphia, das als eine Art Mayo-Klinik für Großtiere gilt: Erstmals wurde einem Pferd ein Herzschrittmacher eingesetzt.

Obdachlos: Bei einem schweren Orkan in Buenos Aires kamen acht Menschen ums Leben; 2000 Familien wurden obdachlos.

Wetter: Im Norden unbeständig, im Süden freundlich. Bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

An Allerheiligen (Donnerstag), in einigen Bundesländern gesetzlicher Feiertag, erscheint die WELT zur gewohnten Stunde. Sie wird unseren Abonnenten jedoch nicht überall am selben Tag zugestellt werden können. Verlag und Redaktion bitten um Verständnis.

Bonn und Paris verstärken Zusammenarbeit im Weltraum

Kohl und Mitterrand wollen Europäische Union energisch vorantreiben

B. CONRAD, Bad Kreuznach

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand haben gestern in Bad Kreuznach übereinstimmend ihren Willen bekundet, das Projekt einer europäischen politischen Union energisch voranzutreiben. Sie einigten sich ferner grundsätzlich über eine engere technologische Zusammenarbeit und über weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Abfertigung an der deutsch-französischen Grenze.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Konsultationen im Kurhaus von Bad Kreuznach stand die Klärung der beiderseitigen Positionen in der Frage der Weltraumtechnik. Wie in einer abschließenden Pressekonferenz mitgeteilt wurde, einigten sich Kohl und Mitterrand prinzipiell über eine europäische Beteiligung an der bemannten amerikanischen Weltraumstation „Columbus", über die Weiterentwicklung der europäischen Trägerrakete „Ariane" und über eine deutsche Beteiligung am Bau eines französischen militärischen wetterunabhängigen Aufklärungssatelliten „bester Qualität mit fortgeschrittener Technologie". Eine Expertenkommission wurde beauftragt, die technischen und finanziellen Voraussetzungen für das Projekt des Aufklärungssatelliten in allernächster Zeit zu klären.

Bonn und Paris wollen ferner bei der technologischen Entwicklung der Massenmedien, der Filmförderung und der Video-Entwicklung zusammenarbeiten. 1988/89 soll in beiden Ländern ein gemeinsames Autotelefon eingeführt werden.

SEITE 2:
Zwei Geschwindigkeiten

Kritische Hinweise, dies seien wenig konkrete Beschlüsse, wehrte Mitterrand entschieden ab: „Unsere Zusammenarbeit funktioniert überall da, wo es erforderlich ist, Programme zu entwickeln", betonte der Präsident. Die Expertenkommission habe die Weisung, das Projekt „des Aufklärungssatelliten zum Erfolg zu führen". Mitterrand zog die Bilanz: „Wir haben das Gefühl, Fortschritte zu machen."

Der Kanzler dankte dem Staatspräsidenten für dessen „freundschaftliche Gesinnung und Hilfe" und fügte hinzu: „Die deutsch-französische Freundschaft ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Deshalb gehören unsere Konsultationen inzwischen auch zur Normalität unserer Völker."

„Mit Befriedigung" nahmen Kohl und Mitterrand einen Bericht ihrer persönlichen Beauftragten über die Verwirklichung des deutsch-französischen Abkommens vom 13. 7. 1984 zur Erleichterung der Grenzkontrollen entgegen. Positiv beurteilt wurden insbesondere die erfolgreiche Realisierung eines vereinfachten Verfahrens an der Grenze mit Sichtkontrolle ohne Wartezeit, die Einrichtung von gemeinsamen Grenzkontrollstellen und die intensivierte Zusammenarbeit der Polizei- und Zolldienststellen beider Länder.

Kanzler und Staatspräsident stimmten den im gemeinsamen Bericht vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen zu:

1. Zusammenlegung weiterer zwölf Grenzkontrollstellen;

● **Fortsetzung Seite 12**

London: Kreml mischt sich in Streik ein

Sowjetisches Brennstoff-Embargo „unfreundlicher Akt" / Wirtschaft gibt sich gelassen

DW./mk. London/Bonn

Zur Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter hat die Sowjetunion ein „totales Embargo" für Brennstofflieferungen an Großbritannien verkündet. Die Entscheidung wurde von dem Gewerkschaftsfunktionär Alexander Belousow im sowjetischen Fernsehen bekanntgegeben. Sie ist, wie gestern in Moskau bestätigt wurde, bereits wirksam geworden. Ein offizieller Sprecher sagte weiter, die Embargo-Entscheidung sei auf Antrag der Bergarbeitergewerkschaft der UdSSR von den zuständigen Handelsorganisationen gefällt worden.

In Großbritannien wurde mit Gelassenheit reagiert. Allerdings sprachen Regierungskreise von einer unverhüllten politischen Einmischung der Sowjets in den britischen Arbeitskampf. In der Parteizentrale der Konservativen hieß es: „Das ist ein unfreundlicher Akt."

Der sowjetische Stopp von Brennstofflieferungen an Großbritannien wurde in Kreisen des deutschen Außenhandels mit einem Lächeln abgetan. „Wie stumpf der Handel als politische Waffe ist, hätte besser gar nicht demonstriert werden können", heißt es. Zwar habe die Sowjetunion Ölprodukte nach Großbritannien geliefert. Aber ein Land, das selbst im Öl schwimme und zudem noch den Preisverfall auf den internationalen Märkten mit ausgelöst habe, könne so nicht erpreßt werden.

Überdies sei der Ölmarkt weltweit umgekippt. Die Verbraucher bestimmten wieder mehr das Geschehen. Die jüngste Opec-Konferenz in Genf habe dies nur noch einmal unterstrichen. Selbst wenn die Sowjets ihre Lieferungen in die Bundesrepublik Deutschland einstellen würden, so gäbe es keine Probleme. Dafür sei das Angebot auf den Märkten zu reichlich. Im Wirtschaftsministerium wird darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung stets darauf geachtet habe, daß auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit keine Abhängigkeiten entstünden.

Darüber könne auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß mehr als 80 Prozent der deutschen Bezüge aus der Sowjetunion auf Energierohstoffe entfallen. Allein Erdgas, Kraft- und Schmierstoffe machten in diesem Jahr 57 Prozent der deutschen Bezüge aus, auf Rohöl entfielen noch einmal 24 und auf Teerstoffe 1,2 Prozent. Allerdings: Am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik haben die sowjetischen Lieferungen nur einen Anteil von rund fünf Prozent.

Ende dieses Jahrzehnts dürfte bei Erdgas die Sowjetunion rund 30 Prozent gegenüber heute 20 Prozent des deutschen Verbrauchs decken. Aber selbst für diesen Zeitpunkt weisen die Firmen eine Abhängigkeit zurück.

Andreotti vor dem Rücktritt?

DW. Rom

Der italienische Außenminister Andreotti wird zu einer immer stärkeren Belastung für die Regierung und seine Partei. Zwar haben die Regierungsparteien gestern Anträge zurückgewiesen, der Christdemokrat solle die Konsequenzen aus seiner möglichen Verwicklung in die Machenschaften des inhaftierten Mafia-Bankiers Sindona ziehen, doch wächst die Furcht, daß die Attacken gegen den Außenminister die Regierungskoalition in Rom erschüttern könnten. Die Kommentatoren der großen italienischen Zeitungen waren sich gestern einig darin, daß eine bislang erwartete Kandidatur Andreottis zum Nachfolger von Staatspräsident Pertini nicht mehr möglich ist.

Der Außenminister bestreitet die gegen ihn gerichteten Vorwürfe. Er soll den in den USA wegen betrügerischen Bankrotts verurteilten und inzwischen an Italien ausgelieferten Sindona politisch gedeckt haben.

Weizsäcker: Keine Krise des Staates

DW. Bonn

Der Staat befindet sich nach Auffassung von Bundespräsident Richard von Weizsäcker „nicht in der Hand der Wirtschaft". In einem Interview der Wochenzeitung „Die Zeit" betonte der Bundespräsident, das System des Kräftegleichgewichts funktioniere „im großen und ganzen", wir hätten es nicht mit einer Krise des Staates „im ganzen" zu tun. Es könne wohl sein, daß es Firmenvertreter gebe, die glaubten, Politiker und Politik wären zu kaufen. Er glaube aber, „daß sie sich irren – nicht in jedem Einzelfall, aber aufs Ganze gesehen doch". Die Kraft der Demokratie bestehe darin, Unredlichkeiten aufzudecken und offen zu sein für Reformen und Selbsterneuerung. Erneut regte Weizsäcker an, bei den Parlamentarien einen sogenannten Ehrenrat, zusammengesetzt aus vertrauenswürdigen Bürgern, zu schaffen, der sich zu den Einkommensverhältnissen der Mandatsträger äußern könne.

Ostblock muß Energie sparen

DW. Havana

Die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Ostblock-Staaten müssen Energie sparen und zugleich die Rohstofferzeugung bremsen. Auf der 39. RGW-Jahresversammlung in Havana sagte der sowjetische Ministerpräsident Tichonow den Mitgliedsstaaten zu, weiter sowjetisches Öl und Gas zu liefern, ohne Angaben über Mengen zu machen. Die von der UdSSR subventionierten Lieferungen haben im vergangenen Jahrzehnt die Struktur der Wirtschaftsorganisation abgestützt.

Tichonow skizzierte auch Pläne für eine erweiterte industrielle und technische Zusammenarbeit der RGW-Mitglieder. Er nannte ein Programm zum Bau von Kernkraftwerken, den Bau einer Eisenerz-Anreicherungsfabrik in der Ukraine, eine Erdgasleitung von Nordsibirien nach Osteuropa und die Erschließung eines Ölfeldes am Kaspischen Meer.

Geißler: Spenden „entkriminalisieren"

„Gläserne Taschen" für Abgeordnete / CDU distanziert sich von Einflußnahmen

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Verwirrung in der Öffentlichkeit um Zulässigkeit von Spenden an politische Parteien muß nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler rasch beendet werden. Dazu forderte die CDU:

● Einführung des Prinzips „gläserner Taschen" für alle Mandatsträger,

● klare „Distanzierung von jedem Versuch, durch Geld oder wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse auf politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen",

● Trennung der bisher vermengten Diskussion über unterschiedliche Sachverhalte wie Parteispenden, persönliche Abhängigkeiten und dem Gesamtkomplex der Steuerbefreiung im Falle Flick,

● „Entkriminalisierung" der Parteispenden, die weder verboten noch moralisch bedenklich, sondern verfassungspolitisch erwünscht seien, um die Staatsunabhängigkeit der Parteien zu bewahren.

In einem Entwurf für die Beratungen des CDU-Bundesvorstandes, der sich am Montag mit diesem Problem befassen wird, nennt Geißler als Beispiel für die Politik „gläserner Taschen" die USA, wo jeder Bewerber um ein öffentliches Mandat oder Amt seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenzulegen hat. Geißler verlangt, daß die „Verhaltensregeln" für Bundestagsabgeordnete – entsprechend auch in den Landtagen – dazu neu gefaßt und vor allem verbindlich gemacht werden müßten.

In dem Entwurf verweist Geißler darauf, daß der CDU-Vorsitzende Kohl bereits 1975 die Neuregelung der Parteienfinanzierung gefordert hatte, wie sie seit Januar 1984 gelte. Dagegen hätten sich jedoch die Sozialdemokraten gewehrt.

SEITE 2:
Die Selbstgerechten

Die „Bundes-CDU" jedenfalls habe seit dem „klarstellenden Urteil" des Bundesverfassungsgerichts von 1979 über die steuerliche Behandlung von Spenden nur solche Beträge akzeptiert, die „aus zuvor von den Spendern versteuerten Einkommen" stammten. Alle Verfahren wegen angeblicher Steuerhinterziehung berührten Vorgänge aus dem davor liegenden, von Rechtsunsicherheit geprägten Zeitraum.

Geißler sprach sich dafür aus, „möglichst bald" in einer Bundestagsdebatte „alle Vorgänge um den Flick-Untersuchungsausschuß" und alle Fragen der Parteienfinanzierung zu erörtern. Die Debatte solle nicht zu gegenseitigen Schuldvorwürfen führen, sondern den Konsens der Parteien wiederherstellen. Durch „die Spendenpraxis der Firma Flick" seien alle demokratischen Parteien in eine „Vertrauenskrise" geraten. Er sei aber davon überzeugt, daß sich hier auch eine „Chance zur Selbstreinigung und zur Erneuerung" auftue.

Geißler appellierte an die SPD, „die Rolle führender SPD-Politiker wie Helmut Schmidt und Willy Brandt" bei der Steuerbefreiung für Flick aufzuklären. Die CDU wende sich entschieden „gegen den Versuch der SPD und der Grünen, die von der SPD-Regierung zu verantwortende Steuerbefreiung" mit der Frage nach der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden zu vermengen. Dies sei ein „durchsichtiger und schäbiger Versuch", CDU und Bundesregierung „zu diffamieren".

DER KOMMENTAR

Politische Energie

HERBERT KREMP

Das kann man nicht auf die leichte Schulter nehmen: Die Sowjetunion hat gestern zur Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter ein totales Embargo für Brennstofflieferungen an Großbritannien in Kraft gesetzt. Dabei geht es um Erdöl und Kohle. In einer Menge, die London nicht kratzt. Die 2,7 Millionen Tonnen Erdöl zum Beispiel, die britische Firmen nach sowjetischer Darstellung im ganzen Jahr 1983 bezogen haben, entsprechen der Opec-Produktion eines einzigen Tages. Aber das ist nicht der Clou der Sache. Der sowjetische Entschluß hat prinzipielle Bedeutung: Die Methode der Intervention läßt sich gegen jeden anwenden, der von sowjetischen Energie-Lieferungen auch nur in irgendeiner Weise abhängig ist.

Der Fall betrifft indirekt deutsche Interessen. Die Regierung Schmidt hat mit Moskau das sogenannte Erdgas-Röhrengeschäft abgeschlossen. Es besteht darin, daß Moskau gegen die Lieferung von Röhren und Kompressorstationen wachsende Mengen Erdgas an die Bundesrepublik liefert. Um dieses Geschäft hatte es erregte Diskussionen gegeben, die zeitweilig die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu belasten schienen. Der amerikanischen Warnung vor einer „politischen Abhängigkeit" von sowjetischen Primärenergie-Lieferungen war entgegengehalten worden, daß wir angesichts eines Anteils von rund fünf Prozent, den die Bundesrepublik für ihren Gesamtverbrauch an Energie aus der Sowjetunion beziehe, nicht erpreßbar seien. Selbst wenn wir am Ende des Jahrhunderts 30 Prozent des immer wichtiger werdenden (weil „sauberen") Erdgases aus dem Osten bezögen, bleibe für den „Fall der Fälle" die Unabhängigkeit gewahrt.

Was immer man über Versorgungs-Kalkulationen denken mag – die Diskussion litt damals unter einem gewissen Mangel an Phantasie. Man konnte und wollte sich nämlich nicht vorstellen, daß Moskau eines Tages aus irgendeinem Grund „den Hahn zudrehen" werde. Genau dies tut die Sowjetunion jedoch seit gestern im Falle der Briten. Sie zeigt ein Folterwerkzeug vor, das man nach Art der Garotte enger schließen kann – wie eng und aus welchen Gründen, bleibt Moskau überlassen. Im britischen Fall geschieht es aus „internationalistischer Solidarität" gegenüber einer in einem anderen Land streikenden Gewerkschaft. Diese Einmischung wird sich Frau Thatcher, wie wir sie kennen, verbitten. Bedenklich stimmen muß das sowjetische Vorgehen aber jedes Land, das in irgendeiner Weise und in irgendeinem Maße an einer sowjetischen Energiequelle hängt.

Mubarak für EG-Initiativen im Nahen Osten

DW. Bonn/Paris

Kairos Forderung nach einer Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaft steht im Mittelpunkt der Gespräche, die Ägyptens Staatspräsident Mubarak seit gestern in der Bundesrepublik Deutschland führt. Im Gegensatz zu Israel, das sich in der Nahost-Frage gegen neue EG-Vorstöße gewandt hat, will Mubarak engere Zusammenarbeit. Während seiner Visite in Frankreich hatte die Wiederbelebung gemeinsamer Pläne zur Lösung des Nahost-Konflikts im Zentrum der Gespräche mit Staatspräsident François Mitterrand gestanden.

Mubaraks Überlegungen stehen vor dem Hintergrund, daß er wenig Hoffnung sieht, die dringenden Nahost-Probleme auf Dauer zusammen mit den arabischen Nachbarn zu lösen. So hatte er in Paris unterstrichen, sein Land werde „aber auch nicht die kleinste Anstrengung unternehmen", wieder Mitglied der in sich zerstrittenen Arabischen Liga zu werden. Diese Organisation sei für ihn „gestorben".

Nach einem Empfang bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker trifft er heute mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Morgen spricht er mit Außenminister Genscher, Finanzminister Stoltenberg, Wirtschaftsminister Bangemann und dem bayerischen Regierungschef Franz Josef Strauß. Im Mittelpunkt dieser Beratungen dürften die Erweiterung der Exportwirtschaft sowie der Bau des ersten ägyptischen Atomkraftwerks stehen, um den sich die Kraftwerksunion (KWU) bewirbt.

Seite 2: Rücksicht üben

Sowjet-Maschine bei Kabul abgeschossen?

WALTER H. RUEB, Bonn

In der Nähe der afghanischen Hauptstadt Kabul ist nach Agenturberichten am Sonntag ein sowjetisches Flugzeug mit 240 Soldaten der Roten Armee abgestürzt. Gestern verlautete aus Neu-Delhi, das Flugzeug sei von afghanischen Widerstandskämpfern abgeschossen worden. Für diese Version spricht die jüngste Entwicklung des Krieges in Afghanistan.

Das brutale Vorgehen der Sowjets mit Bombardierungen, Hubschrauber- und Panzerangriffen, Fallschirmjäger-Überfällen und Geheimdienstgreueln gegen Freischärler und Zivilbevölkerung des Landes wird vom Widerstand mit ähnlicher Erbarmungslosigkeit beantwortet.

Bereits im Mai und im Juni hatten Widerstandskämpfer den sowjetischen Militärflugplatz Bhagram nördlich von Kabul angegriffen. Sie zerstörten 67 MIGs und Hubschrauber, ferner drei Panzer, schossen Munitionsdepots, Treibstofftanks und militärische Unterkünfte in Brand und töteten mehr als 200 Rotarmisten. Der Luftstützpunkt mußte tagelang geschlossen bleiben.

In Kabul ist die Aktivität der Freischärler besonders groß. Seit die Mudschahedin über eine größere Zahl von Boden-Luft-Rakten verfügen, werden in Kabul wichtige Ziele beschossen: Amtssitz und Regierungsgebäude von Babrak Karmal, die Botschaft der Sowjetunion, der frühere Palast des Königs, die kommunistische Parteizentrale, Polizeiakademie, Polytechnikum, Busdepot und sowjetische Wohnviertel.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwei Geschwindigkeiten

Von Jürgen Liminski

Deutsche und Franzosen haben sich allemal etwas zu sagen, gerade in Zeiten strategischer Veränderungen. In solchen Zeiten leben wir, wenn wir die Folgen der neuen technologischen Revolution bedenken, von der Märchenhaftes aus Japan und Amerika zu uns herüberdringt. Mitterrand und Kohl kennen nicht nur die Apologetik der Technokraten. Sie wissen die Möglichkeiten dieser Revolution auch aus eigener Anschauung politisch einzuordnen. Und das haben sie in Bad Kreuznach getan.

Für die Nachfahren de Gaulles und Adenauers ergeben sich aus dem Vormarsch der Mikroprozessoren Sachzwänge, denen sich Europa stellen muß, wenn der Blick der Alten Welt über den Rand der Obst- und Gemüseteller hinausreichen soll. Es ist dabei Nebensache, ob das deutsch-französische Satellitenprojekt eine Milliarde und mehr oder das Beteiligungsticket an der amerikanischen Weltraum-Station 4,5 Milliarden und mehr kostet. Europas Zukunft ist nicht konvertibel. Es sei denn, man halte ein europäisches Fellachenleben tatsächlich für erstrebenswert, etwa nach grünen Vorstellungen.

Mitterrand und Kohl haben erneut ihre Willenskraft unter Beweis gestellt, Europa als gestaltendes Element der Weltpolitik zur Geltung zu bringen. Sie wollen den strategischen Innovationssprung wagen. Denn für Europa ist die engere technologische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich auch eine Frage der Sicherheit und der Zukunft innerhalb der Allianz.

Die beiden Regierungschefs haben den Hebel ihrer gemeinsamen europäischen Vision auch bei der Süd-Erweiterung der EG angesetzt. Durch den Beitritt der iberischen Länder wird die Gemeinschaft noch sperriger, als sie ohnehin heute schon ist. Wer sich dennoch, wie die zwei in Bad Kreuznach, für den Beitritt so stark macht, der erzeugt auf lange Sicht für die politische Union Europas einen weiteren Sachzwang: Je schwerfälliger die Gesamt-EG, um so notwendiger wird die Anwendung der Theorie von den zwei Geschwindigkeiten für den Einigungsprozeß in Europa. In diesem Punkt sind Bonn und Paris offenbar nicht für ein Tempo-Limit zu haben.

Achtzehn Attentate

Von Günter Friedländer

Seit dem Mai des vergangenen Jahres haben die Parteien und Gewerkschaften der Opposition in Chile mit den sogenannten friedlichen Protesttagen nur die Verhärtung des Regimes Pinochet erreicht. Dem jetzt angekündigten „Warnstreik" ging ein Tag voller Unruhe voraus, an dem achtzehn Bombenattentate gegen die Eisenbahn, elektrische Anlagen, Banken, Industrien und Autobusse im ganzen Land gezählt wurden. Sie zeigten einmal mehr, daß die radikale Linke immer wieder die demokratischen Proteste benutzt, um die Gewalttätigkeit auf die Straßen zu tragen.

General Pinochet hat gedroht, den gegenwärtig herrschenden Dringlichkeitszustand in den Belagerungszustand zu verwandeln, mit dem er fünf Jahre nach dem Sturz Allendes (1973) regierte. Das würde das Verbot aller öffentlichen Kundgebungen und die Kontrolle aller Medien bedeuten. Schon jetzt erhalten die Zeitungen Anweisungen.

Am von fünf Gewerkschaften der Linken organisierten Streik nehmen die Arbeiter der Kupferminen und die Fahrer der Lastkraftwagen nicht teil, was ihn wirkungslos machen dürfte. Aber die demokratische Opposition verliert wieder einmal die Kontrolle über die Ereignisse und gibt die Straße an die Allendistas ab.

Chiles Massen freilich wollen keine Nachfolger Allendes in der Regierung sehen. Ihre Teilnahme an Kundgebungen ist nicht so sehr politischer Natur. Sie fordern vielmehr einen Mindestlohn, der etwa 310 DM im Monat entspricht, und niedrigere Preise für lebenswichtige Waren. Ein vor kurzem vorgenommener neuer Wechsel in der Leitung der Wirtschaftspolitik kam diesen Forderungen zwar nicht ganz nach, aber doch mit einer Gehaltserhöhung entgegen.

Eine Lösung der chilenischen Krise ist nur auf dem Weg der Verständigung zwischen den demokratischen Parteien und Pinochet möglich, der ihnen mit dem Innenminister Onofre Jarpa einen gutwilligen Partner gab. An die Stelle von Maximalforderungen müssen Verhandlungen über ein Minimalprogramm treten. Diesen Weg haben die Parteien bisher nicht beschritten, der Leidtragende ist weniger Pinochet als Chile.

Kehrseite des Rechtsstaats

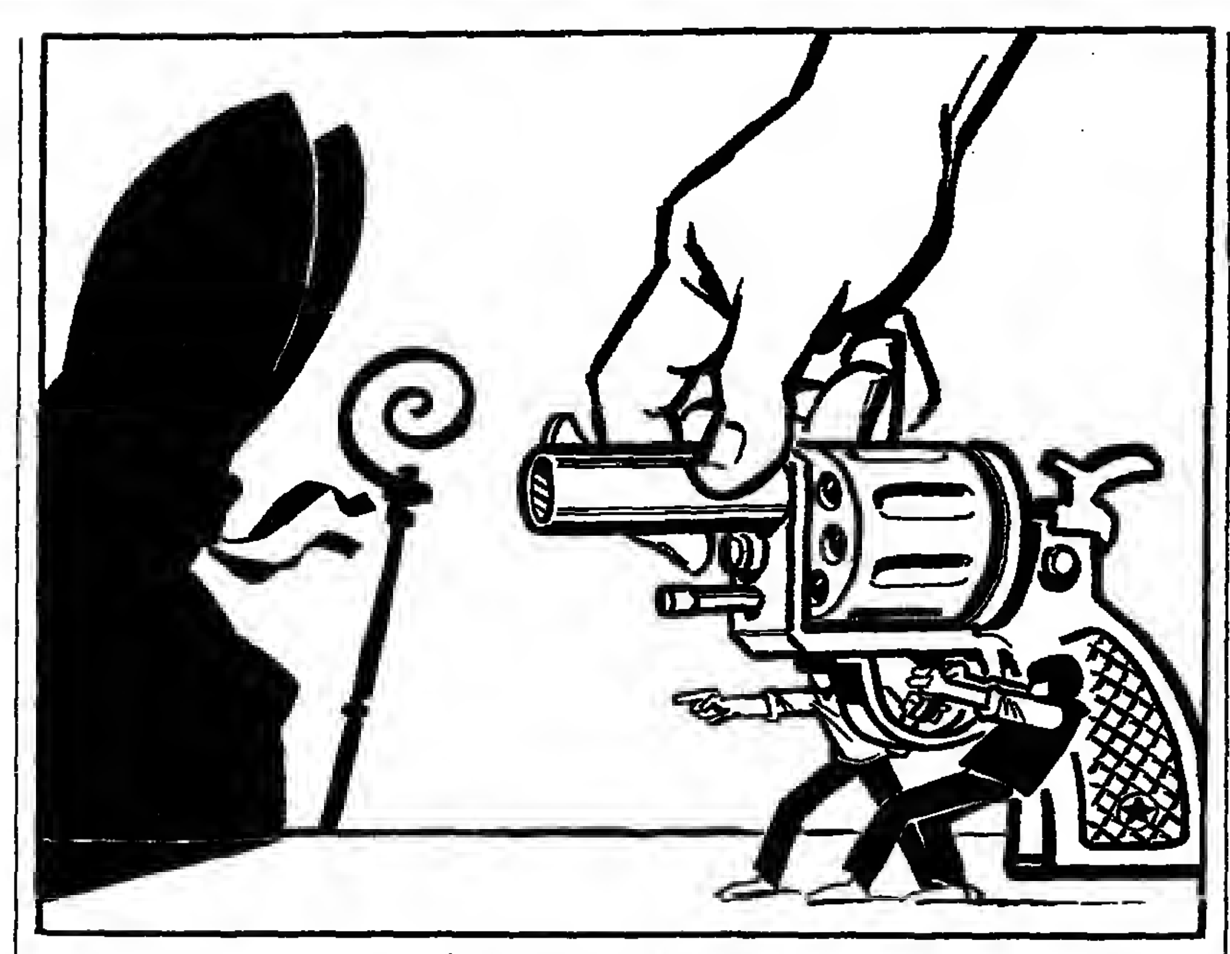
Von Enno v. Loewenstern

Ein regionales Blatt fühlte „böse Erinnerungen an die Massenverhaftung von 130 Jugendlichen im Nürnberger 'Komm'" wach werden und lamentierte: „Ist das der Dialog mit der Jugend? Vermittelt man so einem Achtzehnjährigen das Wesen der Rechtsstaatlichkeit?" Der Aufschrei galt einem Bonner Amtsrichter, der 32 meist jugendliche Zuschauer wegen Mißachtung des Gerichts zu Haftstrafen zwischen drei und fünf Tagen verknackt hatte.

Es waren Sympathisanten eines jungen Herrn aus Punkerkreisen, der sich vor einem Jahr bei den „Friedensaktionen" gegen die Nachrüstung der Nötigung und des Widerstandes schuldig gemacht haben soll und gegen den Strafbefehl über achthundert Mark Einspruch eingelegt hatte. Die Freunde zeigten ihr Verhältnis zum Wesen der Rechtsstaatlichkeit, indem sie beim Eintreten des Richters sitzenblieben und ihm nach mehrfacher Aufforderung zum Aufstehen in wohleinstudierter Geschlossenheit die zweiunddreißigfache Kehrseite wiesen. Noch am selben Abend wurden sie mit diversen grünen Minnas über die Strafanstalten des rechtsrheinischen Raumes verteilt; Bonns Kittchen hatte keine Zimmer frei.

Prompt fand sich denn auch der unvermeidliche Professoren-Vater, der angeblich nicht verständigt worden war, in welches einschlägige Institut man sein geliebtes Kind eingeliefert hatte. Die (schon damals in Nürnberg aufgetauchte) Gegenfrage, warum er sich nicht lieber vorher um den Verbleib des Herrn Sohnes gekümmert hat, brauchte er natürlich nicht zu beantworten; wir leben ja in einem freien Land.

Vermerkt werden muß noch, daß dies nicht der erste Termin war; die lieben Freunde hatten schon eine Verhandlung durch Tumulte gestört. Beim zweiten Male nun griff der Richter durch. Ja, vermittelt man einem Achtzehnjährigen das Wesen der Rechtsstaatlichkeit so – oder dadurch, daß man ihn auf der Nase des Rechtsstaats herumtrampeln läßt? Seit der „Komm"-Lektion hat es in Nürnberg und im ganzen bayerischen Sprachraum keine Straßenkrawalle mehr gegeben. Aber aus emanzipatorischer Sicht besteht wohl gerade darin die böse Erinnerung.



Bulgarische Zielsetzungen KLAUS BÖHLE

Die Selbstgerechten

Von Manfred Schell

Politisches Kalkül ist zuweilen auf den Griff nach Schnellvorteilen angelegt. Die Art, wie sich die SPD der Flick-Affäre stellt, verrät diesen Hang zur Kurzsichtigkeit. Die Sozialdemokraten stecken ebenfalls tief drin. Aber ihre Führung macht in Selbstgerechtigkeit und schimpft auf alle, die Zweifel an ihrer Saubermann-Rolle wekken.

Aber es bringt der SPD nichts, ihre Gesamtverantwortung zu ignorieren. *Die Flick-Affäre* hat zu einer Vertrauenskrise um die demokratischen Parteien, auch um die SPD, geführt. Die Union hat das erkannt. Wer will, kann es unbarmherzig nennen, wie „schnell" sie Rainer Barzel fallenließ; oft klagen darüber dieselben, denen es vorher nicht schnell genug ging. Jedenfalls aber hätte ein Aufschub dem Amt des Bundestagspräsidenten und dem Ansehen der Republik nichts mehr genützt.

Gesamtverantwortung – erklären wir den Begriff aus dem Gegenbeispiel in der Praxis: Die SPD *spricht von einem „tiefen Sumpf"*, wenn von den Flickzahlungen an die Union die Rede ist. Sie spricht von „Kritikwürdigem", wenn von Flickzahlungen wg. SPD die Rede ist. Sie ist zweifellos geschickter in solchen Dingen als die Union. Flick hat *in großem* Stil Sozialdemokraten finanziert; Millionen sind geflossen, teils direkt in die Parteikasse, teils in die Töpfe der Ebert-Stiftung, teils an sozialdemokratische Blätter und Pressedienste.

Nun waren Spenden aus der Industrie viele Jahre üblich, keine Partei hat ihre Abschaffung verlangt. Auch die SPD *hat kassiert* und nicht lamentiert. Sie hat sogar von Flick zu einem Zeitpunkt Millionen kassiert, als es nicht allgemein um marktwirtschaftliche Politik, sondern um einen millionenschweren Antrag des Spenders an *die SPD-geführte Regierung ging.* Brandt und Schmidt haben um diese Zeit, 1978, alte Silbergegenstände im Wert von 15 000 bzw. 19 000 Mark als Geburtstagsgeschenke entgegengenommen. Man hat nocb nichts davon gehört, daß sie etwas von alledem *zurückgezahlt oder zu*rückgegeben hätten. Daraus muß man vernünftigerweise doch wohl schließen, daß die Partei kein schlechtes Gewissen hat. Warum sucht sie dann den anderen und dem demokratischen Rechtsstaat eins einzureden? Und Willy Brandt hatte bei seiner Anhörung vor dem Untersuchungsausschuß Erinnerungslücken. Das ist kein Vorwurf, denn kein vielbeschäftigter Politiker kann sich aus dem Stand heraus an alle *Ereignisse in zurückliegenden* Jahren erinnern. Nur: Dann darf die SPD daraus gegen Unionspolitiker keine Verdächtigungen konstruieren. Oder: Auf der Flick-Spendenliste stehen neben Brandt, Matthöfer, Lahnstein noch viele SPD-Namen. Allesamt bestreiten sie, Geld bekommen zu haben. Warum aber nimmt die SPD dies dann nicht auch Unionspolitikern ab?

Brandt hat vor dem Ausschuß gesagt, vielleicht habe Flick Journalisten bestochen, etwa um Erhard Eppler zu bekämpfen. Für diesen Verdacht sollte er Beweise vorlegen, wenn er nicht selber in den Verdacht der *falschen* Aussage zur Irreführung des Ausschusses geraten will.

Zur Versachlichung der Debatte *gehört*, daß die *Dinge* sauber *aus*einandergehalten werden. Da geht es einmal um die Frage, ob der Flick-Konzern Einfluß auf die Entscheidung der Bundesregierung genommen hat, ihm mehr als achthundert Millionen Mark Steuern zu *erlassen*. Die *Bundesregierung* wurde damals von Helmut Schmidt geführt. Helmut Kohl und die damalige Opposition hatten damit nichts zu tun.

Wohl aber gab es innerhalb der SPD vielfältige, auch kontroverse Diskussionen. Brandt hat sich, wie sein Vertrauter Markscheffel schreibt, damit befaßt und gesagt, das gehe „in Ordnung". Die Gründe, die für die SPD ausschlaggebend waren, dem *Steuererlaß zuzu*stimmen, sind honorig. Die einen wollten den Koalitionspartner FDP nicht verprellen, andere hatten Sorge um die Arbeitsplätze; aus Brandts Hinweis an Markscheffel, man wolle keine „Lex Flick", geht *jedenfalls hervor, daß er selber die* Steuerbefreiung nach der Rechtslage veranlaßt sah.



Damals sah er manches wohl anders: Brandt FOTO: JUPP DARCHINGER

Der zweite Komplex betrifft die Parteispendenpraxis an sich. Nicht nur hat die SPD wie andere Par*teien Riesensummen angenommen* (und nicht nur von Flick – der frühere Bundesbankpräsident Klasen hat in einem Brief darauf hingewiesen, was er und andere für die SPD von Unternehmen akquiriert haben; der SPD-Schatzmeister hat *Millionenspenden ohne Namens*angabe verbucht), sie hat sich auch, als die Angelegenheit anrüchig wurde, gegen saubere Lösungen gesperrt. Erst Kohl hat diese dann durchgesetzt.

Und drittens taucht die Frage nach der Unterstützung aus anderen Kreisen auf, etwa den Gewerkschaften. Dabei geht es nicht nur um bares Geld. Wahlkämpfe werden auch durch Agitation unterstützt. Politische Streiks gehören ebenfalls dazu. Der viel*millionenfa*che „Wert" dieser Unterstützung ist kaum abzuschätzen.

Dies alles muß, wie gesagt, in vernünftige Relationen gerückt werden, ohne Vertuschung, aber auch ohne Hysterie. Die SPD und ihre Freunde in gewissen Medien versuchen, daraus eine Staatskrise zu machen. Es ist keine. Der mündige Bürger weiß seit Jahren, daß die Industrie offen und die Gewerkschaften noch viel offener die Parteien unterstützen. Durch geschickte Detailorchestrierung soll ihm jetzt suggeriert werden, da sei finstere Heimlichkeit im Gange gewesen. Auf ihn wirkt das kaum, *aber auf seine Söhne und Töchter.* Wenn die SPD wenigstens den Vorteil davon gehabt hätte! Aber Baden-Württemberg hat ihr gezeigt, daß ihre Agitation schlimmer als eine Übeltat ist: Sie ist eine Dummheit.

IM GESPRÄCH Igor Andropow

Ein Sohn macht Karriere

Von Ladislaus Hory

Nur selten findet man Kinder der proletarischen Nomenklatur an der Werkbank. Unter den Privilegierten-Posten wiederum bevorzugen sie Auslandstätigkeiten – da lebt man am besten. Breschnews Sohn Juri ist auf dem internationalen Parkett als Handelsattaché sowohl in Stockholm als auch in Rom und Paris derart ausgerutscht, daß er aus dem Verkehr gezogen werden mußte. Man hat ihn auf das Abstellgleis des Ersten Stellvertretenden Außenhandelsministers abgeschoben. Der Sohn des Marschalls im Zweiten Weltkrieg Goworow hat mehr Glück gehabt: Der 60jährige General Wladimir Leonidowitsch Goworow wurde zum jüngsten Stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt.

Kossygins Tochter Ludmilla Gwischiani, ferner Sergej Mikoyan, Anatoli Gromyko, Nikolaj Ustinow, Aleksandr Grischin, Elena Tschernenko und Michail Tswigun gehören zu den Kindern aus gutem Hause, die gepolsterte Arbeitsplätze erlangten. Beonders weit vorn im Rampenlicht steht zur Zeit der Sohn des letzten Generalsekretärs Juri Andropow, der 43 Jahre alte Igor Andropow, als Botschafter in Athen.

Athen ist ein neuralgischer Horchposten auf dem Balkan. Einmal, weil dort die meisten Fäden aus den *arabischen Ländern zusammen*laufen. Zum anderen, weil Premier Papandreou kein Hehl daraus macht, daß er die Beziehungen seines Landes mit der NATO lockern will. Der Griechenland-Verantwortliche des Politbüros, Wladimir Dolgich, vertrat *im Mai 1984 höchstselbst beim* Pasok-Kongreß das sowjetische Zentralkomitee auf der Ehrentribüne. Und jedermann kennt die Affäre um den KGB-Einfluß auf die Athener Zeitung „To Ethnos".

Seit Herbst 1979 wirkte in Athen der *erfahrene Diplomat* Wladimir Kaboschkin (66), der als Spezialist für arabische Probleme bekannt war. Und nun tritt er zugunsten eines Mannes zurück, dessen Vater die „To Ethnos"-Beziehungen eingefädelt hat.

Igor Andropow stammt aus der ehemaligen Karelisch-Finnischen Sowjetrepublik, aus dem Städtchen Pudosch in Karelien, wo sein Vater seinerzeit der erste Mann in der Jugendmassenorganisation Komsomol war. Der Sohn kam auf die vornehmste Schule, *die es in der UdSSR gibt*, das Institut für Internationale Beziehungen des Außenministeriums, Moskaus Diplomatenschule. Igor freilich war nicht begeistert – er wollte vielmehr mit seiner Schwester Schauspieler werden! Der junge Mann meldete sich bei Juri Ljubimow im Taganka-Theater an. Aber der (kürzlich ausgebürgerte) große Moskauer Theaterdirektor riet ihm ab – ob aus genialischer Einsicht in einen Talentmangel seines potentiellen Schülers oder weil Papa ihm einen diskreten Wink gegeben hatte, weiß niemand.



Wollte eigentlich Schauspieler werden: Igor Andropow, am 22. Oktober Papandreou sein *Beglaubigungsschreiben überreichend* FOTO AP

Seinen ersten ausländischen Posten bekam er in den USA, wo er seine Doktordissertation über die amerikanische Arbeiterbewegung schrieb. Ende der siebziger Jahre wurde er nach *Budapest* versetzt, im November 1982 arbeitete er in Madrid an der Vorbereitung der Helsinki-Nachfolge-Konferenz mit, im Oktober 1983 erschien er in Helsinki, wo die Konferenz für Vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung inszeniert wurde. Anfang 1984 war er schon stellvertretender Delegationschef der *Konferenz* in Stockholm. Seine Frau trat wiederholt als Sonderkorrespondentin der Zeitschrift „Sowjetskaja Kultura" im Ausland auf.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Wahl in Baden-Württemberg beschäftigt viele Zeitungen:

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Selbst wenn wir als unheilbare Reaktionäre erscheinen, so scheuen wir uns nicht vor der Feststellung, daß der Flick-Skandal nur eine wahrlich kleine Angelegenheit gegenüber der wirklichen Gefahr ist, die die Bundesrepublik über die nach 1945 festgelegten Grenzen hinaus bedroht: Die wahre Gefahr ist grün. Warum? Weil zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte eine offen totalitäre Parlamentsfraktion gegründet worden ist. Und das mit dem unsinnigen heimlichen Einverständnis der Sozialdemokratie.

THE TIMES

Es sind die Grünen, die den schrillen Ton der gegenwärtigen Debatte gesetzt haben. Aber die Auseinandersetzungen sind mittlerweile dermaßen von Gefühlen überlagert worden, daß Deutschland in Gefahr ist, von einer Art Öko-Hysterie heimgesucht zu werden. **(London)**

Lübecker Nachrichten

Wenn es noch eines Beweises für die Annahme bedurft hätte, die grüne Bewegung sei im Grunde ihres Wesens weniger naturverbunden als theoriebesessen, so haben ihn wiederum die baden-württembergischen Kommunalwahlen geliefert. Die Grünen errangen keineswegs auf dem Land ihre größten Erfolge. Dort, wo die Bürger tatkräftig gegen die Zivilisationskrankheiten ihrer Umwelt ankämpfen ... Sie führten das große Wort und errangen demgemäß ihre Wählerfolge in den großen Städten, die heute fast ausnahmslos auch eine Universität oder Hochschule beherbergen.

Frankfurter Allgemeine

Vor allem die SPD hat an die grüne Partei Stimmen verloren, bei der CDU ist es wohl eher so, daß die Abkömmlinge des Bürgertums sich den in ihrem Falle risikofreien Luxus einer Absage an die inzwischen Langeweile erzeugende Industriegesellschaft leisten, ohne auf deren Vorteile verzichten zu wollen. Die Verluste der CDU wären damit zu erklären, *daß ihr die normalerweise nachrükkenden* Wähler fehlen: für die Partei schlimm genug.

Schwäbische Zeitung

Die Sozialdemokraten werden zu untersuchen haben, ob der von Willy Brandt geförderte Hang zu den Grünen ihnen wirklich Wähler aus dieser Richtung bringt. **(Leutkirch)**

In Sebokeng gibt es wenig Beifall für die Gewaltproteste

Bilanz einer Aktion: Warum kam die Polizei nicht früher? / Von Monika Germani

Die Unruhen in den Schwarzen-Städten des Industriegebietes von Südafrika, die sich im sogenannten „Vaal-Dreieck" südlich von Johannesburg *konzentriert* haben, begannen Ende August – nicht unerwartet – während der Wahlen zu den farbigen und indischen Parlamenten gemäß der neuen Verfassung, die im September in Kapstadt eingeführt wurde.

Die Aktivität richtete sich gegen das Privateigentum und staatliche Einrichtungen. Häuser wurden *niedergebrannt, Geschäfte* geplündert, schwarze Beamte und Stadträte mit Steinen beworfen. Der Schaden beläuft sich in der Zwischenzeit auf schätzungsweise 35 bis 40 Millionen Rand (rund 70 bis 75 Millionen Mark). Es kam zu schweren Krawallen, als die Polizei mit Tränengas, Schlagstöcken und Hartgummigeschossen einschritt. Die Zahl der Toten wird offiziell *mit mehr als dreißig angegeben, sie* dürfte jedoch erheblich darüber liegen. Schuleinrichtungen, großenteils mit „weißen" Steuergeldern finanziert, wurden zerstört. Einer der erschütterndsten Vorfälle war der Tod eines wenige Wochen alten Kindes, als seine Mutter mit ihrer *Hausangestellten, für die* sie eine Arbeitserlaubnis besorgen wollte, durch eine schwarze Stadt fuhr und ihr Auto unter einen Hagel von Steinen geriet.

Die Polizei ging schließlich in einer großangelegten Aktion gegen die immer wieder neu aufflackernden Unruheherde in der Stadt Sebokeng vor. Mit Hilfe der südafrikanischen Armee, die einen Kordon um *ein dreißig Quadratkilome*ter großes Gebiet legte, wurden bei *Hausdurchsuchungen* Waffen und Munition sowie größere Mengen von Rauschgift beschlagnahmt. Die Polizei fand viel kommunistische Literatur, die sie aus Gründen des Kampfes gegen die Subversion mitnahm, und viel pornographische Literatur, die sie aus Gründen des Kampfes für die Sittlichkeit *mitnahm*. Ob *letzteres* in *diesem* Kontext viel Sinn ergibt, kann dahingestellt bleiben; die Republik Südafrika ist auf strenge burische Moralvorstellungen gegründet und läßt sie auch beim Vorgehen gegen politisch inspirierte Gewalttaten nicht außer acht.

*Ein weltweiter Aufschrei der Me*dien verurteilte die Aktion, besonders den Einsatz der Armee. Dabei wurde übersehen, daß die Armee nur zur Unterstützung der Polizei, die unter chronischem Personalmangel leidet, eingesetzt wurde und keineswegs selbst Hausdurchsuchungen vornahm. In Pretoria weist man darauf hin, daß in den USA die Nationalgarde bei Unruhen aufgeboten wird und britische Truppen ständig in Nordirland stationiert sind.

Sprecher der „United Democratic Front" und anderer schwarzer Organisationen ebenso wie Vertreter des südafrikanischen Kirchenrates – dem Generalsekretär Bischof Desmond Tutu wird im November der Friedensnobelpreis überreicht – verurteilten die Aktio*nen auf das schärfste. Die UDF*, ein Arm der kommunistischen Untergrundbewegung ANC, warnt, in Südafrika seien durch den Einsatz der Truppen bürgerkriegsähnliche Zustände eingetreten.

Die Polizei wiederum hatte vor allem die Unruhestifter, die ihr bekannt waren, ergreifen wollen. Sie gab dazu kaum etwas bekannt, aber allem Anschein nach hat sie nicht viele und vor allem nicht viele wichtige Rädelsführer gefunden.

Dennoch war die Aktion kein Fehlschlag – das wurde den Behörden, so verblüffend das für ausländische Beobachter erscheinen mag, ausgerechnet von schwarzer Seite bestätigt; von „nichtamtlicher" schwarzer Seite freilich, wenn man so sagen darf.

Ein *fünfzehnjähriger* Junge, der vor dem Haus seiner Familie Fußball spielte, erklärte beispielsweise der WELT auf die Frage, warum er nicht in die Schule gehe: „Ich kann meine Mutter und meine beiden kleinen Geschwister nicht allein lassen, sonst werden sie verprügelt. Ich muß meine Familie beschützen." Solche Stimmen hört man überall – die liberale Zeitung „Sunday Star" *sammelte sie* auf einer ganzen Seite. Und zwar durch einen schwarzen Reporter. Der Refrain lautet: „Warum ist die Polizei nicht schon früher gekommen?"

Inzwischen sind die Straßen wieder sicherer geworden und die Kinder kehren in immer größerer Anzahl in die Schulen zurück. Zur Zeit wird in den Schwarzen-Schulen wieder *konsequent* für das Abitur gebüffelt. Vor allem Schulboykotts sind bei den Schwarzen nicht populär; sie wissen sehr genau, daß sie nur durch Lernen Wohlstand und den gewünschten Status erreichen können.

Die Situation in Südafrika ist gewiß nicht so, daß die schwarze Bevölkerung geschlossen hinter der weißen Regierung stünde. Aber sie ist gewiß auch nicht so, daß sie auch nur geschlossen hinter den protestierenden schwarzen Instanzen stünde, geschweige denn hinter denjenigen, die immer wieder Straßengewalt und Boykotts organisieren. Von einer vorrevolutionären Verzweiflung ist nichts zu spüren; was sich da abspielt, wird zumeist durch Einschüchterung erreicht.

Was sind die Zinsen wirklich wert?

Freude hier, Enttäuschung dort über den Rückgang der Kapitalmarktzinsen von acht Prozent Anfang August auf heute 7,3 Prozent. Doch diese Zahlen allein sagen nicht alles aus, denn zu berücksichtigen ist die Geldwert-Entwicklung.

Von CLAUS DERTINGER

Wenig begeistert sind die Kapitalanleger. Lange Zeit von achtprozentigen und zeitweilig noch viel höheren Zinsen verwöhnt, empfinden sie die derzeit erzielbaren Renditen als ausgesprochen mager. Die privaten Sparer tun sich besonders schwer, sich an die neue Zinslandschaft zu gewöhnen. Zu rasch und zu stark war der Rutsch. So breitet sich denn eine Art Käuferstreik aus, eine Zurückhaltung beim Engagement in Festverzinslichem, die zum Teil auch von der Erwartung mitgeprägt ist, daß in absehbarer Zeit vielleicht doch wieder eine attraktivere Verzinsung winken könnte.

Freude über den Zinsrückgang empfinden alle, die Fremdkapital brauchen. Der Verband privater Hypothekenbanken sieht bereits günstige Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Baukonjunktur und der Immobilienmärkte, weil die Hypothekenzinsen – derzeit mit etwa 8¼ Prozent bei zehnjähriger Zinsfestschreibung und 8 Prozent bei fünfjähriger – deutlich unter den langjährigen Durchschnitt gesunken sind.

Alle diese Argumente erscheinen jedoch etwas zu vordergründig, weil die aktuelle Zinshöhe nicht an der richtigen Elle gemessen wird. Man darf schließlich bei Zinsbetrachtungen die Inflationsrate nicht außer acht lassen, und die ist heute ebenfalls weitaus niedriger als in den letzten Jahren, ja sie ist sogar die niedrigste seit Ende der sechziger Jahre.

Die Entwicklung des Geldwertes ist letztlich ausschlaggebend dafür, ob eine längerfristige festverzinsliche Anlage zu einem guten oder schlechten Investment wird und ob eine Hypothek preiswert ist oder teuer. Denn was nützen dem Sparer die schönsten Zinsen, wenn sie von der Geldentwertung aufgezehrt werden und wenn der Kaufkraftschwund auch noch das Kapital anknabbert?

Die Anleger verlangen daher mit gutem Recht einen Zins, der nicht nur die Geldentwertung ausgleicht, sondern der über der aktuellen und der für die Zukunft erwarteten Inflationsrate liegt, also eine Realverzinsung. Daß alle Schuldenmacher dafür entsprechend zu Kasse gebeten werden, ist klar. Und sie sind auch bereit, um so höhere Zinsen zu schlucken, desto mehr das Geld an Kaufkraft verliert, denn sie spekulieren darauf, in gutem Geld aufgenommene Schulden später mit schlechterem Geld zurückzahlen zu können. Häuslebauer zum Beispiel wiegten sich lange in Sicherheit, hohe Zinsen bald mit Leichtigkeit aus inflationsbedingt *rasch steigenden Einkommen zahlen* zu können. Eine Spekulation freilich, die inzwischen für viele mit einem Desaster endete.

Weil Anleger und Schuldner seit Ende der sechziger Jahre immer mehr auf eine Beschleunigung der Inflation gesetzt hatten, stiegen die Zinsen am Kapitalmarkt deutlich stärker als die Inflationsrate, damit erhöhte sich auch der Realzins (Nominalzins abzüglich Inflationsrate). Er kletterte von 2,8 Prozent im Jahresdurchschnitt 1977 (Nominalzins 6,4 Prozent bei 3,6 Prozent Inflationsrate) auf 4,3 Prozent 1981 (Nominalzins 10,6 Prozent bei 6,3 Inflation).

Nun hätte man eigentlich erwarten können, daß bei der inzwischen erreichten Geldwertstabilisierung auch der Realzins wieder sinkt. Doch davon kann keine Rede sei. Er ist, wenn man die für 1985 erwartete Geldentwertung von etwa 2 Prozent unterstellt, mit über 5 Prozent sogar noch höher als damals. Da fragt man sich dann doch, warum heute so viele Sparer über zu magere Zinsen lamentieren. Das wäre noch zu verstehen, wenn später wieder ein Antraben der Inflation befürchtet werden müßte.

Doch dagegen spricht einiges: Mit der Abflachung des konjunkturellen *Wachstumstempos bei uns auch* weltweit erscheint ein zyklischer Anstieg der Inflationsrate und der Zinsen sehr unwahrscheinlich. Auch die sich nach bitteren Erfahrungen in immer mehr Ländern durchsetzende Erkenntnis, daß Inflation Wirtschaftswachstum nicht fördert, sondern *behindert, und die bisherigen weltweiten* Erfolge beim Kampf gegen die *Inflation lassen für die Zukunft* eher mehr Preisstabilität erhoffen.

Hauptursache für die im historischen Vergleich hohen deutschen Realzinsen ist vor allem die bislang nur unvollkommen geglückte Zinsabkopplung von den USA. Daß diese Konstellation den deutschen DM-Renten-Anlegern einen Realzins-Sonderbonus beschert, hat sich aber offenbar noch nicht herumgesprochen. Statt dessen trauern viele Sparer sehnsüchtig dem Achtprozenter nach.

Nicht nur die *Kapitalmarktzinsen* sind heute höher als früher bei einer so niedrigen Inflationsrate. Auch die Baufinanzierung ist entsprechend teuer. Ein Hypothekenzins, der einen Aufschlag von rund 6 Prozent auf die Teuerungsrate enthält, wurde wohl noch nie zuvor verlangt. Nun könnte man zwar einwenden, für den Häuslebauer sei dies reine Theorie. Doch er spürt das indirekt, denn mit der Geldwertstabilisierung verlangsamt sich auch der Anstieg der (nominalen) Einkommen. Ihre frühere inflationsbedingte Zunahme hatte dagegen die Zinslasten im Laufe der Zeit immer leichter tragbar *gemacht*. Unter diesem Aspekt und unter der Prämisse weitgehender Preisstabilität auch in Zukunft relativiert sich denn auch das Bild von den günstigen Hypothekenzinsen. Sie können freilich ebenso wie die Anleihezinsen noch sinken, wenn sich der noch ungewöhnlich *hohe Realzins einmal wieder normalisiert*.

Haiti – die soziale Kluft wird größer

Noch nie waren die Gegensätze zwischen Arm und Reich auf Haiti so groß wie heute. Doch der Staat tut wenig. Entwicklungshelfer klagen: „Wir müssen hier alles machen."

Von WERNER THOMAS

Die dicken deutschen Limousinen beherrschen am Wochenende die Straße zwischen der Hauptstadt und den Stränden. Es wird gerast wie auf einer Rennstrekke. Die Fahrer und ihre Passagiere sitzen hinter hochgekurbelten Scheiben, der Innenraum ist klimatisiert. Die Kennzeichen identifizieren die Autos oft als Eigentum der Regierung oder der Armee.

Haiti war schon immer ein Land krasser sozialer Gegensätze. Noch nie wirkte jedoch die Kluft zwischen arm und reich so tief. Ein Deutscher, der seit fast zwanzig Jahren in diesem karibischen Inselstaat lebt, nannte einen der Gründe: „Wer Geld hat, fährt heute seinen Reichtum zur Schau." Die Spitzenprodukte der deutschen Automobilindustrie sind Statussymbole. Selbst die Jeeps müssen von Mercedes sein.

Port au Prince demonstriert jedem Besucher, was bittere Armut bedeutet. Es wimmelt von Menschen. Um den eisernen Markt, mit der roten Kuppelkonstruktion ein architektonisches Wahrzeichen der Stadt, kann sich der Fahrzeugverkehr nur mühsam einen Weg durch die Menge bahnen. Eine ohrenbetäubende Geräuschkulisse: Hühner gackern, ausgemergelte Hunde bellen, die bunt bemalten Busse, „Tap Taps" genannt, hupen. An den Straßenkreuzungen betteln Krüppeln und Blinde. Die Freiluftkanalisation verbreitet einen penetranten Gestank.

Die an einer malerischen Bucht gelegene Metropole platzt aus allen Nähten. Sie zählt mittlerweile eine Million Einwohner, ein Ergebnis der massenweisen Landflucht in den letzten Jahren. Die meisten Leute, mehr als 600 000, hausen in schlimmen Slumvierteln. Das schlimmste, La Saline, unten in der Hafengegend, erschüttert auch hartgesottene Westeuropäer. Manche Hütten bestehen aus Holzkisten und Pappkartons, Plastiksäcke dienen als Dächer. Die nackten Kinder tragen aufgeblähte Bäuche und vernarbte Gesichter. Tausende schlafen nachts im Freien zwischen Müll und Ratten. Der frühere Diktator François Duvalier (Papa Doc) wollte in La Saline einmal eine Slumsanierung vornehmen: Er ließ die Hütten einfach anzünden.

Haiti, sechs Millionen Menschen, *27 750 Quadratkilometer, ist das am* dichtesten besiedelte und ärmste Land des amerikanischen Kontinents. Die Statistiken verraten das Elend: 60 Prozent der Bevölkerung verdienen weniger als 100 Dollar im Jahr. 75 Prozent können weder lesen noch schreiben. 70 Prozent sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 50 Jahre. Darm- und Infektionskrankheiten zählen zu den häufigsten Todesursachen.

Die Reichen wohnen oben in Petionville, einer Bergstadt mit kühleren Temperaturen. Sie wohnen hinter hohen Mauern, die tropische Gärten und Swimming-pools verbergen. Sie tätigen ihre Einkäufe in örtlichen Boutiquen oder in Miami. Sie speisen in noblen Restaurants wie Chez Gérard, La Lanterne und La Belle Epoque. Sie halten sich einen Stab von Hausangestellten und schicken ihre Kinder auf Privatschulen.

Wer reich ist, unterhält enge Kontakte zu Regierungskreisen oder hält sich fern von der Politik. „Man kann sich hier alles leisten", erklärt ein erfahrener Anwalt. „Man darf sich nur nicht in die Politik einmischen."

Die Politik wird von Jean-Claude Duvalier bestimmt, dem 32jährigen Präsidenten auf Lebenszeit, der wie ein Monarch regiert. Der amerikanische Kolumnist Jack Anderson hat einmal behauptet, der junge Mann sei 300 Millionen Dollar schwer. Er lebt jedenfalls auf großem Fuß.

Immer wieder wird gefragt: Wo kommt das Geld her? Gerüchte kursieren, daß der Drogenhandel schnell die Kassen füllt. Aber auch von Korruption ist die Rede und in diesem Zusammenhang fällt das Stichwort Entwicklungshilfe. Viele Regierungsvertreter gerieten in Verdacht, sich bereichert zu haben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) stellte einmal fest, daß 20 Millionen Dollar zweckentfremdet wurden.

Diese arme Nation hält sich nur durch ausländische Gaben über Wasser. Seit 1973 *flossen mehr als eine* Milliarde Dollar ins Land. In diesem Jahr kommen 140 Millionen Dollar zusammen, darunter zehn Millionen aus der Bundesrepublik, die fast das Haushaltsvolumen von 200 Millionen Dollar erreichen. 100 Millionen Dollar im Jahr schicken Exil-Haitianer an ihre *Familienangehörige* in der Heimat – eine Summe, die selbst die Kaffee-Ausfuhr übertrifft, den besten Exportartikel.

Die Ausländer bauen Straßen, bohren Wasser, forsten auf, helfen bei der Slumsanierung (darunter auch die Deutschen), stellen Lehrer, Ärzte und Krankenschwestern. Hotels wie das Montana existieren fast nur von Entwicklungshelfern. „Wir müssen hier alles machen", klagt einer dieser Leute. „Die Regierung tut wenig, die Reichen kümmern sich um überhaupt nichts. Aber wenn wir nicht aktiv wären, würde es den Armen noch schlechter gehen."

Haiti befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise, deren Auswirkungen besonders die unteren Bevölkerungsschichten spüren. Dazu kam die Schweinepest-Epidemie, die die Notschlachtung von 1,2 Millionen Tieren notwendig machte, und schließlich die Touristenflaute. Die Angst vor der verhängnisvollen Aids-Krankheit und die hohen Preise lähmten den Fremdenverkehr. Selbst das legendäre Cloffson-Hotel, das in dem Haiti-Roman Graham Greenes („Die Stunde des Komödianten") eine Rolle spielte, wirkt heute leer. Im letzten Jahr kamen nur 40 000 Besucher, 99 000 weniger als 1980.

Anfang 1983 detonierte Dynamit in der Nähe des Präsidentenpalastes, zehn Personen wurden getötet. Ende Mai gab es Hungerrevolten in Gonaive und anderen Städten des Landes, mindestens vier Menschen kamen ums Leben. Die Demonstranten schrien: „Nieder mit Duvalier." Duvalier reagierte mit Lebensmittel-Lieferungen, Arbeitsbeschaffungs-Programmen und strafferen Zügeln. Plötzlich hofierte er wieder die Milizverbände, die „freiwilligen der nationalen Sicherheit" (VNS), der 30 000 Männer angehören. Er läßt politische Gegner einschüchtern und überwachen.



50 000 Tonnen Butter kamen 1982 auf den Markt, doch der Butterberg wuchs weiter FOTO. DPA

Auch Weihnachten und Moskau tragen den Butterberg nicht ab

Der Europäischen Gemeinschaft bleibt angesichts der riesigen Butterberge nichts anderes übrig, als tief in die Kasse zu greifen. Und zwar nicht nur für verbilligte Weihnachtsbutter, sondern auch für den Export in die Sowjetunion.

Von H.-J. MAHNKE

Thomas Schlier, der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und unermüdlicher Kämpfer für mehr Rationalität in der EG-Agrarpolitik, hat wieder einmal für Unruhe gesorgt und die Gemüter aufgeschreckt. „Die bevorstehende Weihnachtsbutteraktion wird, wie sich jetzt herausstellt, von den EG-Landwirtschaftsministern als Feigenblatt benutzt, um den Russen eine noch größere Freude zu machen: Für die Sowjets wird das Halbpfund-Päckchen bis auf 35 Pfennig verbilligt, selbstverständlich zu Lasten der EG-Steuerzahler", schürte er sämtliche Vorurteile. Aber ganz so ist es nun doch nicht.

Allerdings auch nicht ganz so, wie es Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle darstellt, der von einer „guten Nachricht für die Verbraucher" spricht. Die hätten wahrlich mehr verdient, zumal da sie als Steuerzahler für die jetzige Wohltat bereits kräftig bezahlt haben.

Wie ist nun die Situation? Vor einer Woche lagerten in den Kühlhäusern der EG 1,234 Millionen Tonnen Butter, davon 421 847 Tonnen in der Bundesrepublik. Gewaltige Mengen. Der Gemeinschaftsvorrat entspricht dem, was die 270 Millionen Bürger der *zehn EG-Staaten noch nicht einmal in* zehn Monaten konsumieren. Der deutsche Verbrauch wäre damit für mehr als drei Jahre gedeckt. Auf dem Weltmarkt wird gerade pro Jahr ein Viertel dessen umgeschlagen, was die Gemeinschaft sich zusammensubventioniert hat.

Erschwerend kommt *hinzu*, daß die Butter immer älter wird. Dazu trägt bei, daß die EG-Agrarminister im Frühjahr den Garantiepreis, zu dem die staatlichen Stellen Butter aufkaufen, um zehn Prozent gesenkt haben. Die Ernährungswissenschaftler hätten dagegen Sturm laufen müssen. Während nämlich Fett billiger wurde, setzten die Minister den Preis für Eiweiß, für Magermilchpulver entsprechend herauf. Für die Molkereien ist es dadurch weniger interessant geworden, gleich für die staatlichen Lagerhäuser statt für den Verbraucher zu produzieren.

Die Preissenkung hat den Butterabsatz angeregt, in der Bundesrepublik um rund acht Prozent. Und das, obwohl bisher ein Zusammenhang zwischen Preis und verkaufter Menge offiziell verneint wurde. Da auch die Mengenregulierung auf dem Milchmarkt zu greifen beginnt, stagnieren gegenwärtig die Vorräte, von einem Abschmelzen kann nicht die Rede sein.

Wohin mit den Mengen? „Die Vorräte können nicht wegverwaltet, sie müssen verkauft werden", meint ein deutscher Händler. Bereits im September hatte die EG-Kommission eine Verbilligungsaktion für den Export gestartet, wobei sie sich an die internationale Absprache hielt. Da*mals griff niemand* zu. Mitte Oktober wurde nachgebessert.

Mehr noch: 200 000 Tonnen, davon 50 000 Tonnen für die Bundesrepublik, sollen zum Weihnachtsfest mit 3,60 Mark das Kilogramm bezuschußt an Verbraucher abgegeben werden. Diese Butter gibt es in deutschen Läden vom 23. November an für 1,50 Mark das halbe Pfund Päckchen. Gesamtkosten für die EG-Kasse: 720 Millionen Mark. Dabei ist der Mehrabsatz recht fraglich. Selbst Optimisten rechnen allenfalls mit 70 000 Tonnen.

Der Export *soll mit* einem Koppelungsgeschäft auf Touren gebracht werden. Wer an die Sowjetunion und die Länder des Mittleren Ostens Butter verkauft, der kann die gleiche Menge von mehr als 16 Monate alter Ware zum Schleuderpreis von 35 Pfennig das Päckchen, wie von Schlier angegeben, erhalten. Aber eben nur, wenn er auch die etwas teurere Exportware, die aber auch nur rund 85 Pfennig kostet, abnimmt. Der Mischpreis liegt also bei 60 Pfennig. Zum Vergleich: In deutschen Supermärkten kostet Butter jetzt rund zwei Mark.

Die alte Butter, die Schlier zum Backen gern auch für die deutschen Verbraucher hätte, was die Margarineindustrie mit Sicherheit zum Gerichtshof getrieben hätte, kaufen nur die Sowjets, heißt es im Markt. Wenn sie 100 000 Tonnen insgesamt abnehmen, kostet das die EG 312 Millionen Mark. „Theoretisch könnten wir das Geschäft machen", kommentiert ein deutscher Händler. Aber die Sowjets kaufen nur bei ihrem roten Baron Doumenque in Frankreich, einem der wichtigsten Finanziers der dortigen KP.

Einen Vorwurf an die Brüsseler Kommission wollen die deutschen Händler daraus nicht ableiten. „Wer kauft denn schon auf dem Weltmarkt in diesen Mengen Butter? Das sind doch nur die Sowjets mit ihrer ständigen Agrarmisere", heißt es. Und von den alten Vorräten müsse die Gemeinschaft nun einmal herunter.

Auf den Plan hat die Aktion allerdings andere Exportländer wie die Amerikaner und die Neuseeländer gerufen. Sie haben bereits offiziell dagegen protestiert, daß Geschäfte außerhalb des Rahmens abgewickelt werden sollen, auf die sich alle Beteiligten zur Stabilisierung des Weltmarktes verständigt hätten.

Die Europa-Abgeordneten Reinbold *Bocklet* und *Isidor Früh*, die beiden Unionspolitiker gelten als Mitinitiatoren der Aktion, treibt etwas ganz anderes um. Sie haben Ignaz Kiechle gemahnt, die Weihnachtsbutter nicht „technokratisch und lieblos" in die Läden zu bringen, sondern festlich in Weihnachtspapier verpackt. „Die Weihnachtsbutter soll *in ihrer* Aufmachung nicht auch noch an die Läger erinnern, die im Rahmen der Intervention entstanden sind, und damit negative Einstellungen verfestigen", haben sie dem Minister geschrieben. Vielmehr gehe es darum, beim Verbraucher über die massive Preisreduzierung *als Kaufanreiz hinaus ein* Stück Sympathiewerbung für die Europäische Gemeinschaft zu betreiben und die Wohltaten aus der EG-Kasse auch verbraucherfreundlich zu verpacken.

Der langsame Abstieg des Ulrich Lang

Nach den SPD-Verlusten bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg droht eine neue Personaldiskussion

XING-HU KUO, Stuttgart

Erhard Eppler könnte sich, würde ihm dies die christliche Nächstenliebe, nicht verbieten, schadenfroh die Hände reiben. Denn der langjährige umstrittene ehemalige Landesvorsitzende der baden-württembergischen SPD wurde seinerzeit von den eigenen Genossen ratenweise entmachtet, weil die Partei im Südwesten immer schlechtere Wahlergebnisse erzielte. Der letzte Tropfen, der die Geduld der Genossen zum Überlaufen brachte, war die Landtagswahl 1980: *Die SPD errang ganze 32,5 Prozent* aller Stimmen. Eppler trat zurück, zunächst als Fraktionschef. 1981, in Aalen, gab er auch den Landesvorsitz auf.

Mit dem relativ unbeschriebenen Blatt Ulrich Lang, 51, glaubten die Genossen in Baden-Württemberg, langsam aber sicher den „Karren aus dem Dreck" zu ziehen. Lang und seine neue Mannschaft, allen voran der äußerst aktive „Chefideologe" Siegmar Mosdorf (Landesgeschäftsführer), entwickelten immer wieder neue Ideen, um die verlorenen Wählerschichten (Facharbeiter, Techniker, *Hausfrauen, Arbeitnehmer) zurück*zugewinnen. Gerade deshalb setzte die SPD große Hoffnung auf die Kommunalwahl am vergangenen Sonntag, bei der sie jedoch nach bisherigen Erkenntnissen der größte Verlierer geworden ist. Der „Sturm *auf die Rathäuser" wurde auf die* Fahnen der Wahlkämpfer geschrieben, Kommunalpolitik bekam – im Gegensatz zu den Epplerschen Neigungen zur Bundes- und Weltpolitik – wieder den ersten Rang. Zahlreiche Veranstaltungen („Ortsvorsitzendenkonferenzen") belegten, daß die SPD auf der Suche nach den verlorenen Schäfchen war.

*Zum dritten Mal hat das neue Kon*zept Ulrich Langs nicht nur das Klassenziel verfehlt, sondern die Landes-SPD ist erneut tief in der Wählergunst gesunken. Bereits nach den vorangegangenen, für die Landes-SPD ungünstig ausgegangenen Wahlen wurde, zunächst zaghaft, dann im*mer lauter, die Frage in der SPD auf*geworfen, ob die Wahl Langs zum Eppler-Nachfolger wohl der Weisheit letzter Schluß gewesen sei. Und damit wurde das Problem einer Lang-Nachfolge mal leiser, mal lauter in die Diskussion gebracht.

Der erste Schock für die erneuerte *Landes-SPD war die Bundestags*wahl vom 6. März 1983: Die Südwest-Sozialdemokraten verloren im bundesweiten Vergleich am meisten, nämlich 6,1 Prozent der Stimmen. Sie kamen auf magere 31,1 Prozent, nur in Bayern gab es ein niedrigeres Er*gebnis für die SPD. Dabei hatte Lang,* erklärt, erstmalig peile seine Partei in Baden-Württemberg die „40-Prozent-Marke" an.

Alle Kräfte wurden jetzt mobilisiert; mit zum Teil durchaus attraktiven Ideen sollten wenigstens bei der Landtagswahl im März dieses Jahres bessere Ergebnisse erzielt werden. Lang und die Genossen wollten der CDU *„in Bonn und Stuttgart" einen* „Denkzettel" verpassen. Die absolute Mehrheit der Südwest-CDU müsse und könne gebrochen werden, lauteten die Parolen. Aber auch diesmal konnte die SPD nicht einmal das magere Epplersche Ergebnis von 32,5 Prozent (1980) halten. Die Partei büßte *zwar nur geringfügige 0,1 Prozent* ein, aber die 32,4 Prozent waren für Lang und die „erneuerte linke Volkspartei" nicht gerade überwältigend.

Erneut begann eine Diskussion darüber, ob hier nicht der Kopf der Partei repariert bzw. ausgetauscht werden müsse. *Namen wurden ge*handelt, die auch heute wieder auftauchen. Etwa Frau Herta Däubler-Gmelin – im „Schattenkabinett" Langs, das er zur Landtagswahl aufgestellt hatte, als Justizminister vorgesehen –, sein Stellvertreter und *Umweltexperte Uli Maurer und ande*re. Die ehemalige Bonner Prominenz aus Baden-Württemberg steht nicht mehr zur Verfügung: Die Ex-Minister Volker Hauff (OB-Kandidat für *Frankfurt), Rainer Offergeld* (OB in Lörrach) oder der Ex-Staatssekretär Rolf Böhme (OB in Freiburg) sehen ihre politischen Chancen offenbar nicht auf dem wackligen Stuhl des Stuttgarter Parteivorsitzenden.

Am Montag wurde in der Parteizentrale heftig dementiert, daß es nach der Kommunalwahl eine erneute Personaldiskussion gebe. Fast zur *gleichen Minute erklärte der Landes*-Jusochef Michael Guggenmoos, nach dieser Wahlschlappe sei eine „personelle und inhaltliche Erneuerung" nötig. Stuttgarts SPD-Chef Dieter Blessing ging zum Gegenangriff über: Auf die Erklärung Langs, die schlechten Ergebnisse der SPD in den Großstädten (Stuttgart, Tübingen usw.) seien möglicherweise auf „mangelnde persönliche Ausstrah*lung" zurückzuführen, meinte* Blessing, man solle doch dies „auf Landesebene untersuchen".

Freie Wählergemeinschaften blühen auf dem Lande

xhk. Stuttgart

Während in den großen Städten Baden-Württembergs die Grünen die stärksten Zuwächse bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg haben, sieht es auf dem Lande etwas anders aus. Nach einer Zwischenbilanz des Stuttgarter Innenministeriums bei der Auswertung der Stimmzettel in 530 vorwiegend kleineren Gemeinden (oder 48 Prozent *der 1110 Gemeinden im Lande) sind* die Freien Wählervereinigungen die stärksten Gewinner.

Das Innenministerium betont jedoch, daß bei dieser Auswertung von *etwa 30 Prozent aller Wahlberechtig*ten „keine zuverlässige Basis" für einen abschließenden Vergleich mit der *Gemeinderatswahl 1980* vorhanden sei, insbesondere weil die Wahlergebnisse zu größeren Gemeinden noch nicht einbezogen seien. Wegen des komplizierten Wahlverfahrens sind kleine Gemeinden im allgemeinen mit dem Zählen und Addieren schneller fertig als größere Orte.

Die Freien Wählervereinigungen, die in Baden-Württemberg und Bayern traditionell bei Kommunalwahlen eine große Rolle spielen, konnten die Zahl ihrer Gemeinderäte in den 530 Orten um 8,8 Prozent verbessern. Die Freien Wähler erzielten 44,1 Prozent der Mandate gegenüber 35,3 im Jahre 1980.

Unter den politischen Parteien sind die Grünen, dem bisherigen Trend folgend, einzige Gewinner: Von 0,3 Prozent stieg die Zahl ihrer *Vertreter in den kleinen Ortsparla*menten um 1,4 auf 1,7 Prozent. Stärkster Verlierer ist in diesem Fall die *SPD: die Zahl ihrer Mandatsträger* sank von 19,8 auf 14,9 oder um 4,9 Prozentpunkte. Aber auch die CDU mußte in den 530 kleinen Gemeinden kräftig Federn lassen: ihre Mandate sanken um 4,3 oder von 35,6 auf 31,3 Prozent. Die FDP bestätigte den landesweiten Trand nach unten: die Zahl *ihrer Mandate sank von 1,8 Prozent* vor vier Jahren auf 1,3. Damit haben die Grünen auch im ländlichen Raum die FDP als drittstärkste Kraft überholt.

Auf dem flachen Lande war die Wahlbeteiligung, ähnlich wie in den Ballungszentren, um etwa zwei Pro*zent niedriger als vor vier Jahren,* nämlich 60,5 Prozent gegenüber 62,6. Von den fast zwei Millionen Wahlbrechtigten in den untersuchten 530 Gemeinden gingen lediglich 1,18 Millionen tatsächlich an die Wahlurnen.

Als erste Gliederung hat die SPD in Tübingen durch einen Sprecher er*klären lassen*, daß ein Konsens für eine Zusammenarbeit im Gemeinderat mit den Grünen „möglich und wünschenswert" sei. In der Universitätsstadt haben die Grünen, wie berichtet, mit 20,9 Prozent die SPD bereits überholt, die nur 20 Prozent schaffte.

In Freiburg, einer weiteren grünen Hochburg, hat der SPD-Kreisvorsit*zende Gernot Erler signalisiert*, seine Partei habe nichts gegen die Wahl eines grünen Bürgermeisters. Freiburgs Oberbürgermeister, Rolf Böhme, ist SPD-Mitglied.

In Stuttgart ist nach der Verdreifachung der grünen Mandate im Gemeinderat (von drei auf neun) die Diskussion entbrannt, ob die Grünen einen der Bürgermeister stellen sollen oder nicht. Oberbürgermeister Manfred Rommel und die CDU-Fraktion sind bisher gegen einen Wechsel in einem der Bürgermeisterämter. Gleichzeitig wolle er, Rommel, versuchen, mit der neuen, starken ökologischen Fraktion wenigstens „einigermaßen" zusammenzuarbeiten.

Jäckel: Natürlich war ich fasziniert

Historiker wollte „Tagebücher" Forschung zugänglich machen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit dem Auftritt des Stuttgarter Zeithistorikers Professor Eberhard Jäckel nahm der Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher gestern zeitweilig den Charakter eines *wissenschaftlichen Kolloquiums an.* Der 55jährige Zeuge, einer der vier Direktoren des Historischen Instituts an der Stuttgarter Universität, bemühte sich erkennbar, durch möglichst *präzise Antworten auf* die Fragen des Gerichts, der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung zur Aufklärung der Vorgänge um Konrad Kujaus Fälschungen beizutragen.

Ebenso erkennbar war freilich auch, daß Jäckel seine Aussagen darauf abstellte, seinen wissenschaftli*chen Ruf vor* Beeinträchtigungen zu schützen und sich von dem Odium freizuhalten, er sei ein Bestandteil der Szene von Militaria- und NS-Devotionaliensammlern. Der Name des Sammlers Fritz Stiefel beispielsweise, mit dem er intensiven Kontakt hatte, kommt dem Professor heute nur noch so schwer über die Lippen, daß er ihn in der Verhandlung gern mit dem Wort „man" umschrieb, was den Vorsitzenden Richter *Hans-Ulrich* Schroeder zu der Bemerkung veranlaßte: „Sie sollten Herrn Stiefel ruhig beim Namen nennen."

Ausführlich schilderte Jäckel dem Gericht, wie er selbst zu einem der unfreiwillig Beteiligten an den Vorgängen wurde, die schließlich in dem Tagebuch-Skandal kulminierten. Der Ausgangspunkt dabei war ein zeithistorisches Projekt – eine wissenschaftliche Edition der Aufzeichnungen Adolf Hitlers von 1905 bis 1924. In der Presse hatte Jäckel, ein renommierter Spezialist für die NS-Zeit, um entsprechende Hinweise gebeten und damit auch *Erfolg gehabt,* freilich nur in begrenztem Ausmaß – es waren kleinere Bestände, auf die er hingewiesen wurde.

Erst durch den Kontakt mit dem Sammler Fritz Stiefel, den der einstige Münchner Gymnasialprofessor und Hitler-Handschriftenexperte August Priesack *vermittelte, glaubte* Professor Jäckel auf eine Fundgrube gestoßen zu sein – eben die Sammlung Stiefel.

So kam es zu einer Begegnung, die in dem gesamten Fall Kujau-Heidemann eine gewisse Schlüsselrolle spielt. Am 21. September 1979 kamen in Stiefels Haus in Waiblingen wirkliche unvermeintliche Experten zusammen: Professor Eberhard Jäckel, Dr. August Priesack, der von 1935 bis 1939 im Hauptarchiv der NSDAP in München tätig gewesen war, Hausherr Stiefel und Konrad Kujau, letzterer als Konrad Fischer auftretend. Stiefel führte die Gäste durch seine Sammlung von Dokumenten, Urkunden und anderen Exponaten und of*ferierte Jäckel* dann das in seinen Augen wertvollste Stück der Sammlung – das erste der (von Kujau gefertigten) Tagebücher Hitlers, das die zweite Hälfte des Jahres 1935 behandelt.

Der Professor räumte in seiner Aussage ein: „Natürlich war ich faszi*niert; man kann sich nicht jahrelang* mit Hitler beschäftigen, ohne in einem solchen Fall erregt zu sein. Ich *hatte durchaus Interesse, das Tage*buch zu veröffentlichen, um es vor die Augen der Forscher zu bringen." Jäckel schilderte dem Gericht, mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft habe er sich seit 1970 mit Hitler-Schriften beschäftigt. Dabei habe er jedoch lediglich *als Historiker gearbeitet: „Militaria*-Sammlungen widerstrebten mir zutiefst."

Die Frage nach der Herkunft der zeithistorischen Kostbarkeiten, die Stiefel anscheinend zusammengetragen hatte, beschäftigte den Historiker *Jäckel schon, und er stellte sie auch,* doch die Auskünfte, die er erhielt, waren eher nebulös. Der Professor erklärte, ihm sei die von Stiefel geschilderte Herkunft der Hitler-Texte aus der „DDR" als plausibel erschienen. Stiefel habe überdies darauf hingewiesen, man könne aus Sicherheitsgründen nicht mehr über die Quelle erfahren, und er, Jäckel, habe dies in der Hoffnung auf weiteres Material *auch akzeptiert: „Man machte* mir Andeutungen, ich dürfe nicht genauer fragen, was ich in Erreichung *meines Zieles* auch nicht tat." Im übrigen sei er selbst kein Schriftsachverständiger und könne nur die inhaltliche Echtheit von Dokumenten überprüfen.

Welche Rechte haben die Alliierten noch?

Experten zur Souveränität der Bundesrepublik Deutschland

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

„Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet." Dieser Satz des Rechtshistorikers Carl Schmitt wurde auf einer wissenschaftlichen Fachtagung des Göttinger Arbeitskreises zitiert, die dem *Thema gewidmet war „Die Deutsch*landfrage im Jahre 1955 – Souveränität. Bündnisbindungen und Genfer Viermächtekonferenzen". Eindeutig konnte allerdings die konkrete Frage nicht beantwortet werden, ob die Bundesregierung das Recht habe, den Ausnahmezustand zu verkünden. Der Würzburger Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz erläuterte in einem Referat über „Die Wiedererlangung der deutschen Souveränität durch die Bundesrepublik Deutschland und ihre Begrenzung durch die alliierten Vorbehaltsrechte" die Souveränitätsproblematik der Bundesrepublik.

Im Art. 1 Abs. 2 des Deutschlandvertrages werde zwar ausdrücklich erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland ein souveräner Staat sei, doch Souveränitäts-Erklärungen und deren Wiederholung seien „typisch für schwache Staaten". Blumenwitz wies in diesem Zusammenhang auf die im Art. 2 Abs. 9 des Deutschlandvertrages aufgeführten alliierten Vorbehaltsrechte hin, durch welche die Souveränität der Bundesrepublik eingeschränkt sei. Über diese Rechte sei auch mit der Bundesregierung nicht verhandelt worden, weil sie als originäre Siegerrechte gar nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Die Rechte und die Verantwortung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges überlagerten die Souveränitätsrechte der Bundesrepublik und seien zugleich eine „rechtliche Klammer" für die Weiterexistenz des Deutschen Reiches. Der Fortbestand der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland in seiner Gesamtheit hänge auch nicht vom Alliierten Kontrollrat als Institution dieser Verantwortung ab.

Zur Problematik der Siegerrechte

Der Fortbestand dieser Verantwortlichkeit sei ferner durch die Erklärung der Westmächte zum Abschluß des Moskauer und des Warschauer Vertrages deutlich geworden. Mit den in den beiden Vertragswerken enthaltenen „Unberührtheitsklauseln" sei zum Ausdruck gebracht worden, daß die Rechte der Westmächte in bezug auf Deutschland als Ganzes durch die Verträge nicht tangiert würden.

Jede Unberührtheitsklausel zielt nach den Worten von Blumenwitz auf den Fortbestand der Rechte der Siegermächte für Deutschland als Ganzes. Daher sei trotz der Aufnahme der Bundesrepublik und der „DDR" in die UNO als „gleichberechtigte und friedliche Staaten" die Feindstaatenklausel weiterhin in Kraft, soweit sie die *Rechte der Siegermächte* auf Deutschland als Ganzes berührten.

Zur Problematik der Siegerrechte und der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland in seiner Gesamtheit erklärte Blumenwitz, daß diese Verantwortlichkeit sowohl als Instrument zur Wiedererlangung der deutschen Einheit als auch zur Verhinderung der Wiedervereinigung genutzt werden könne. Deutschland-Politik könne sich daher nicht allein auf den Vorteil der Bundesrepublik beschränken, „nicht ganz souverän zu sein". Die Berufung auf den Souveränitätsmangel könne keineswegs als „Genialität" einer *deutschlandpoliti*schen Konzeption angesehen werden.

Was Bulganin Antony Eden sagte

Der Göttinger Historiker Zieger und Boris Meissner, der bei den Genfer Verhandlungen als Ostexperte der Bundesregierung beratend zur Seite stand, zeichneten die Linie der sowjetischen Politik auf diesen Konferenzen nach. Während Zieger darauf hinwies, daß die Sowjetunion auch nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen in ihrer Deutschlandpolitik auf zwei Gleisen fuhr – Betonung der Zweistaatlichkeit bei gleichzeitiger Offenhaltung der Möglichkeiten eines Gesamtdeutschlands (Kontinuitätstheorie) –, befaßte sich Meissner mit der machtpolitischen Situation im Kreml zur damaligen Zeit. Bulganin und Chruschtschow seien die Vertreter einer „schärferen Linie", die Verfechter der Zweistaatlichkeit gewesen und hätten damit die Deutschlandfrage von der staats- auf die völkerrechtliche Ebene heraufgehoben. Malenko und Molotow, die als Vertreter eines deutschlandpolitischen Konzepts galten, das die Wiederherstellung der Einheit nicht ausschloß, hätten demgegenüber an Einfluß verloren.

Meissner berichtete über ein Gespräch zwischen dem britischen Außenminister Antony Eden und Bulganin während der Genfer Konferenz, bei dem letzterer erklärt habe, er könne nicht von Genf nach Hause fahren und dem sowjetischen Militär, dem Volk und der Regierung erklären, daß er einer Wiedervereinigung zugestimmt habe. Vor allem das Militär sei der schärfste Gegner der Wiedervereinigung Deutschlands, habe Bulganin gegenüber Eden erklärt.

Börner lehnt den Medienbeschluß der Länder ab

rtr, Wiesbaden

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner hat sich gestern im Landtag von dem Kompromiß der Länderregierungschefs über die Zulassung privater *Rundfunkpro*grammanbieter distanziert. In einer aktuellen Stunde des Landtags sagte Börner, er halte die medienpolitische Entwicklung „persönlich für ver*hängnisvoll*". Aus „gesamtstaatlicher Verantwortung" habe er aber am 19. Oktober in Bremerhaven eine Einigung an seiner Position nicht scheitern lassen wollen, zumal auch in seiner eigenen Partei, der SPD, eine Mehrheit für die Nutzung der neuen Möglichkeiten sei. Börner lehnte es weiter ab, den Hessischen Rundfunk zu einem Verzicht zu bewegen, von 1985 an im Dritten Fernsehprogramm Werbung auszustrahlen. Die Entscheidungen des Hessischen Rundfunks seien autonom. Erst nach Abschluß eines Staatsvertrages änderten sich die Konditionen für den Sender.

17jähriger flieht über Berliner Mauer

dpa, Berlin

Unter den Schüssen von „DDR"-Grenzposten ist in der Nacht zum Dienstag einem 17jährigen Jugendlichen die Flucht in den Westen geglückt. Nach Angaben der Polizei überwand der junge Mann mit Hilfe einer *Leiter die Sperranlagen südlich* des innerstädtischen Übergangs Sonnenallee im Bezirk Neukölln. Beim Sprung von der mehr als drei Meter hohen Mauer verletzte er sich leicht am Fuß. Die Schüsse der Grenzposten verletzten den Flüchtling nicht.

Rückführung von Asylanten verschoben

rtr, Berlin

Berlins Sozialsenator Ulf Fink hat die für heute geplante Rückführaktion von Asylbewerbern aus Sri Lanka und Ghana „vorerst verschoben". Finks Pressesprecher, Axel Göritz, sagte am Dienstag, ein neuer *Termin* stehe noch nicht fest. Fink hatte vergangene Woche angekündigt, daß *heute die ersten etwa 100 Asylsuchen*den mit Linienmaschinen nach Bombay und Akkar ausgeflogen würden. Göritz bestätigte, daß bei den indischen Behörden noch keine Visa beantragt worden seien, weil die Innenverwaltung die Rückführung als problemlos bezeichnet habe. Doch könne *kein Tamile ohne Visum nach In*dien einreisen. Das Deutsche Rote Kreuz hatte am Montag mitgeteilt, daß fünf Asylsuchende sich zur freiwilligen Rückkehr bereit gefunden hätten. Unter ihnen befände sich nur ein Tamile. Das Bundesverwaltungsgericht wollte noch am Dienstag zur Asylberechtigung der Tamilen urteilen.

Neuer Prozeß für ukrainischen Dichter

DW. Bonn

Der 43jährige ukrainische Bürgerrechtler und Dichter Mykola Horbal, Mitglied der vom Regime zerschlagenen ukrainischen Helsinki-Gruppe, ist nach Verbüßung einer fünfjährigen *Lagerhaftstrafe nicht*, wie vorgesehen, am 24. Oktober entlassen worden. Als seine Frau am ursprünglich festgesetzten Tag der Entlassung im Lager eintraf, um Horbal abzuholen, teilte ihr die Lagerleitung mit, ihr Mann sei ins Gefängnis der ukrainischen Stadt Nikolaijew überstellt worden. *Ihn erwarte ein neuer Prozeß* wegen „Verleumdung der Sowjetunion". Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation „Kontinent" hat Horbal bisher insgesamt zwölf Jahre als politischer Häftling in Lagern und Gefängnissen verbracht.

In Hamburg doch „Laternengaragen"

rtr, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat das in Hamburg geltende Verbot aufgehoben, öffentliche Wege als sogenannte Laternengaragen zu benutzen. In dem am Dienstag veröffentlichten Urteil stellte der Zweite Senat fest, daß der Bund die Parkordnung in der Straßenverkehrsordnung erschöpfend und verfassungsgemäß geregelt habe. Dem Land Hamburg habe darum nicht das Recht zugestanden, eine gesonderte Regelung zu erlassen. Das Hamburger Wegegesetz von 1961 hatte jedoch Anliegern verboten, öffentliche Wege zum Abstellen von Fahrzeugen zu benutzen. Als einem Busunternehmer aufgrund dieses Gesetzes untersagt worden war, seine Omnibusse in bestimmten Straßen zu parken, kam es zur Klage. (AZ: 2 BvL 10/82.)

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Bei den Tarifverhandlungen Privilegien im öffentlichen Dienst berücksichtigen“

Von ARMIN FEIT

In den nächsten Wochen werden in Stuttgart Entscheidungen fallen, die für unsere öffentliche Finanzwirtschaft von größter Bedeutung sind. Derzeit werden dort die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst geführt.

Schon im Vorfeld legte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) ihre Forderungen auf den Tisch: Lohnerhöhung voo fünf Prozent, Jahresarbeitszeitverkürzung durch zehn freie Tage und Vorruhestandsregelung heißen die Forderungen an den öffentlichen Arbeitgeber.

Die Tarifverträge für die Angestellten und Arbeiter sind am 31. August abgelaufen. Seither besteht für die Gewerkschaften keine Friedenspflicht mehr. Gestützt auf die neueste Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, könnten die Gewerkschaften versuchen, die Tarifverhandlungen „mit Warnstreiks zu begleiten“.

Den Forderungen stehen konkrete Vorgaben der öffentlichen Arbeitgeber gegenüber. Bereits 1982 legte der Besoldungsgesetzgeber fest, daß nach einer Erhöhung zur Mitte des Jahres 1983 die Beamtenbesoldung erst wieder 1985 angehoben werden sollte. Eine Übertragung auf den Tarifbereich wurde angestrebt.

Zwischenzeitlich sind die öffentlichen Arbeitgeber von ihren Vorgaben abgerückt und haben ein Angebot unterbreitet. Danach sollen die öffentlich Bediensteten Einkommensverbesserungen von 2,8 Prozent vom 1. Januar 1985 an, sowie für die Monate September bis Dezember 1984 einen Festbetrag von 180 Mark erhalten.

Nun steht außer Zweifel, daß ein gut funktionierender öffentlicher Dienst selbstverständlich Anspruch auf einen angemessenen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg hat. Das gebieten Gerechtigkeit und Vernunft. Denn kein vernünftiger Steuerzahler kann an einer schlecht funktionierenden öffentlichen Verwaltung interessiert sein. Es wäre also völlig falsch, den öffentlichen Dienst zum Sparschwein der Nation degradieren zu wollen.

Andererseits gehören die Forderungen der ÖTV in die Kategorie maßlos und völlig überzogen. Nach Berechnungen unseres Karl-Bräuer-Instituts würde die geforderte Gehaltserhöhung von fünf Prozent für den gesamten öffentlichen Dienst zusätzliche Personalkosten in Höhe von 11,7 Milliarden DM verursachen.

Armin Feit, Präsident des Bundes der Steuerzahler FOTO: TEUTO-PRESS

Daneben würde die geforderte Verkürzung der Jahresarbeitszeit um zehn bezahlte Tage 13,4 Milliarden DM an weiteren zusätzlichen Personal- und Sachkosten nach sich ziehen, wenn der mit der Arbeitszeitverkürzung verbundene Arbeitsausfall voll durch Neueinstellungen ausgeglichen würde.

Allein diese beiden Hauptforderungen würden somit höhere Personal- und Sachkosten von 25,1 Milliarden DM im öffentlichen Gesamthaushalt auslösen.

Rechnet man die Minderausgaben beim Arbeitslosengeld, bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer und der Sozialversicherung gegen, dann würden die beiden ÖTV-Forderungen Nettokosten von insgesamt 17,1 Milliarden Mark verursachen. Unter Einbeziehung der von der ÖTV geforderten Vorruhestandsregelung würden die Nettokosten im öffentlichen Gesamthaushalt bei einer vollen Wiederbesetzung rund zwanzig Milliarden Mark betragen.

Aber nicht nur die hohen Kosten sind bei einer Beurteilung der Forderungen heranzuziehen. Die Gerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmern in der privaten Wirtschaft gebietet es auch, bei der Bemessung der Bezüge im öffentlichen Dienst dessen Privilegien zu berücksichtigen. Zu nennen sind vor allem die weitgehende Unkündbarkeit, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Sicherheit der monatlichen Gehaltszahlung, die hohe Altersversorgung und vielfach auch der geringere Leistungsdruck.

In diesem Ausmaß und diesen Anhäufungen sind solche Vorteile in keinem anderen Bereicb unserer Volkswirtschaft anzutreffen. Sie machen eine zurückhaltende Besoldungs- und Tarifpolitik vertretbar und auch zumutbar.

Ohnedies gibt es im öffentlichen Dienst auch bei Verzicht auf lineare Erhöhungen automatisch mehr Geld für die Bediensteten. Ihre Gehälter steigen nämlich auf Grund der Dienstalterszulage bei den Beamten, der Lebensalterszulage bei den Angestellten und der Dienstzulage bei den Arbeitern alle zwei Jahre bis zum Erreichen des Endgrundgehaltes. Dadurch erfahren die Beamten eine jährliche Zusatzerhöbung ihrer Grundgehälter um durchschnittlich 1,7 Prozent, die Angestellten um 1,6 Prozent und die Arbeiter um 0,9 Prozent. Zwar gibt es solche automatischen Steigerungen auch in der Wirtschaft. Sie erreichen aber bei weitem nicht das Ausmaß wie im öffentlichen Dienst.

Hinzu kommt, daß durch die Forderungen der ÖTV die Personalzahl erneut emporschnellen würde. Es ist ein höchst gefährlicher Ansatz, wenn man glaubt, das Arbeitsmarktargument der Industriegewerkschaften sei ohne weiteres auf den öffentlichen Dienst übertragbar.

Die Rechnung, man verkürze die Arbeitszeit der Bediensteten um x Stellen, erhöhe damit die Produktivität und könne dann neue Mitarbeiter konstenneutral einstellen, geht so nicht auf. Denn eine Personalausweitung im öffentlichen Dienst ist keineswegs automatisch mit einer Effizienzsteigerung verbunden; vielmehr besteht die Gefahr einer Überbürokratisierung, die noch mehr Verwaltungsabläufe erfordert und letztendlich mit einem Effizienzverlust verbunden ist.

Auf Gund dieser Tatsachen ist nachdenkliches Besinnen angebracht. Die ÖTV muß sich sagen lassen, daß sie mit ihren maßlosen Forderungen den Bogen überspannt, den Staatshaushalt in arge Bedrängnis bringt. Sollte sie zur Durchsetzung ihrer Forderungen zum Streik aufrufen, so wird sie in großen Teilen der Bevölkerung kein Verständnis finden.

Im öffentlichen Gesamthaushalt ist nur ein eng begrenzter Spielraum für Lohn- und Gehaltsanpassungen vorhanden. Denn die eingeleitete Haushaltskonsolidierung darf nicht an überzogenen Forderungen der Gewerkschaft scheitern. Vor allem darf die längst überfällige Steuer-Tarifreform nicht gefährdet werden, die ja aucb dem öffentlichen Dienst zugute kommt und eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung darstellt.

„DDR“-Kirchenzeitung gegen Gewissensprüfung für Bausoldaten

Etwa 1000 junge Männer mit dem Spatensymbol verrichten Wehrdienst ohne Waffen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

20 Jahre nach ihrer Zulassung durch eine Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der „DDR“ unter Walter Ulbricht gehören knapp 1000 Soldaten mit dem „Spaten“-Symbol unter den 170 000 Volksarmisten zum täglichen „DDR“-Erscheinungsbild. Offenbar wächst bei der NVA jedoch die Tendenz, junge Männer, die den gesetzlich verankerten waffenlosen Dienst anstreben, eingehenden Gewissensprüfungen zu unterziehen.

Dagegen wandte sich jetzt indirekt die „Mecklenburgische Kirchenzeitung“ in einem Beitrag. Er enthält für „DDR“-Verhältnisse ungewöhnlich umfangreiche Details über den Bausoldatendienst. Die Möglichkeit, den Wehrdienst auch ohne Waffe, aber unter einem vom NVA-Fahneneid inhaltlich kaum entfernten „Gelöbnis“ zu leisten, war 1964 nach Verhandlungen führender Vertreter der evangelischen Kirche mit der SED eingeräumt worden.

Einzige Ausnahme

Innerhalb der Armeen des Warschauer Pakts gibt es nirgends sonst eine derartige Ausnahme. Bis Mitte der siebziger Jahre führten jährliche Einberufungen von rund 250 Wehrpflichtigen kaum dazu, das Thema „waffenloser Dienst“ in die Öffentlichkeit zu tragen. Mit der zunehmenden Militarisierung des Alltagslebens und der durch die Friedensproblematik geschärften Bewußtseinsbildung vieler „DDR“-Jugendlicher nahm die „Spaten“-Soldatenzahl sprunghaft zu. Heute werden etwa 1000 Wehrpflichtige zu diesen streng isolierten Einheiten eingezogen.

Auf der jüngsten Bundessynode der Evangelischen Landeskirchen in Greifswald spielte die Lage der Bausoldaten neben vielen anderen innenpolitischen Themen eine Rolle. In einem Brief an die Synode führten Bausoldaten darüber Klage, zum Bau von Rollbahnen, Abschußrampen und anderen militärischen Einrichtungen herangezogen zu werden. Ähnliche Schreiben sind offenbar auch an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker gerichtet worden.

Unmittelbar vor der Bundessynode ging Mitte September nun die „Mecklenburgische Kirchen-Zeitung“ auf das Bausoldaten-Thema ein und druckte, leicbt gekürzt, einen Beitrag aus der thüringischen Wochenzeitung „Glaube und Heimat“ nach. Darin setzt sich das Blatt in zurückhaltender, aber merkbarer Form mit dem Versuch der NVA-Musterungsstellen auseinander, die Gewissenseotscheidung des künftigen Bausoldaten zu erforschen und sich das Recht zu nehmen, sie auch zu verwerfen.

Die Zahl der jungen „DDR“-Männer, die waffenlosen Dienst leisten wollen, liegt mit Sicherheit erheblich höher als die Zahl der tatsächlich Einberufenen. Die NVA besitzt anscheinend nur ein bestimmtes Platzkontingent für Bausoldaten, da sie wegen ihrer ideologischen Unzuverlässigkeit nicht mit den „normalen“ Wehrpflicbtigen in den üblichen Kasernen untergebracht werden. Ist das Kontingent erschöpft, werden weitere Antragsteller offenbar unter Druck gesetzt, ihr Begehren aufzugeben, oder sie werden ohne weiteres trotz Protestes zum allgemeinen Waffen-Wehrdienst eingezogen.

In der Kirchenzeitung heißt es unter Berufung auf den offiziellen „DDR“-Verfassungskommentar, wonach der „sozialistische Staat auf Gewissenskonflikte Rücksicht“ nehme: „Dabei ist es der Gewissensentscheidung wesenseigen, daß sie nicht ‚prüfbar‘ ist. Sicher wird gegen eine Offenlegung von Beweggründen durch den Betreffenden nichts einzuwenden sein, docb kann eine solche Offenlegung weder gegen den Willen des Betreffenden verlangt oder gar erzwungen werden, noch kann eine Entscheidung etwa im Sinne einer Anerkennung oder Nichtanerkennung des Gewissenskonflikts getroffen werden.“

Seit der in der „DDR“ immer umfassender und offener geführten Debatte über einen „sozialen Friedensdienst“ anstelle der Bausoldaten ging die Volksarmee dem Vernehmen nach dazu über, den christlichen Hintergrund des Antragstellers zu erforschen, um Ablehnungsgründe zu haben. Gemeinden und Kirchenleitungen wurden befragt, ob der Kandidat denn auch in der Kirche tatsächlich „aktiv“ sei oder ihr zumindest angehöre. Andernfalls sanken die Chancen des Antragstellers rapide.

„Wegbereiter“

Daß sich die SED-Führung innerhalb ihrer Kompromiß-Politik mit der Kirche allmählich mit den ungeliebten Soldaten mit dem silbernen Spatensymbol arrangiert, zeigte die erste offizielle Erwähnung der Bausoldaten durch Armeegeneral Heinz Hoffmann im vergangenen Juli. Bei einer Inspektion der Baustelle des deutsch-sowjetischen Militärhafens Mukran auf Rügen nannte er die Bausoldaten, die dort unter schlechten Bedingungen hart arbeiten müssen, „Wegbereiter“ der „Brücke der Freundschaft ins Land Lenins“.

Was die Partei im Prinzip über Bausoldaten denkt, war schon 1982 im Funktionärsorgan der vormilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik“ unmißverständlich nachzulesen: „Allen wehrfähigen Bürgern muß im Interesse der Friedenserhaltung klar sein, daß derjenige, der im Sozialismus nicht bereit ist, das Gewehr des Friedens anzufassen und es für das Glück und das Wohl des Volkes zu gebrauchen, objektiv das stärkste Antikriegs-Potential – den realen Sozialismus – schwächt und den menschenfeindlichen Kriegskurs des Imperialismus unterstützt.“

Finanzamt bremst Sender „Freies Afghanistan“

Stuttgarter Behörden verweigern „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität“ die Gemeinnützigkeit

WALTER H. RUEB, Stuttgart

Am 13. Juli 1984 wurde in Stuttgart die „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität“ gegründet. Die Gesellschaft will dem afghanischen Widerstand gegen sowjetische Besetzung und Unterdrükkung durch Sach- und Geldspenden humanitäre Hilfe leisten und in Zusammenarbeit mit dem von Wladimir Bukowski initiierten „Radio free Kabul“ mit dem Rundfunksender „Stimme freies Afghanistan“ ein weiteres Medium installieren und damit an den Völkermord am Hindukusch erinnern, seine Urheber öffentlichem Druck aussetzen und ihre Aggression stoppen.

Genau bundert Tage nach ihrer Gründung aber wurde die Stuttgarter Gesellschaft durch eine Entscheidung des Stuttgarter Finanzamts in ihrer Wirksamkeit erheblich gebremst: die Behörde verweigerte ihr den Status der Gemeinnützigkeit. Dadurch können Spenden an die Gesellschaft steuerlich nicht abgesetzt werden.

„Eine Katastrophe für uns“, sagte Bundeswehr-Major Erik Kothny, Gründer und Vorsitzender der Gesellschaft zur WELT. „Der Schaden wird groß sein. Eine fest zugesagte Spende von 10 000 Mark wird beispielsweise nicht gezahlt. Aber wir machen weiter, nur eine Nummer kleiner. In einer Mitglieder-Versammlung am 13. November sollen der Bau eines tragbaren und mit Solarenergie betriebenen Mini-Radiostudios und der Aufbau eines Informationssystems im Innern Afghanistans diskutiert und beschlossen werden.“

Kothny und seine Freunde in der neuen Gesellschaft sind empört. Der streitbare Offizier erinnerte an Bundeskanzler Helmut Kohls Kritik am westlichen Opportunismus und an der Feigheit, sicb für das freie Afghanistan zu engagieren. Beim Finanzamt Stuttgart aber verweist man auf Paragraph 5 Absatz 1 Nr.9 Körperschaftssteuergesetz, wo es unter anderem heißt: „Eine Körperschaft ist nur dann steuerbefreit, wenn sie ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt … Verfolgt ein Verein neben gemeinnützigen auch politische Zwecke, so schließt dies die Steuerbefreiung aus … Politische Zwecke verfolgt ein Verein dann, wenn er sich durch parteiergreifende Stellungnahmen aktiv an weltpolitischen Auseinandersetzungen beteiligt.“

Unter dem Aktenzeichen SG IV 23-10-1984 teilte das Finanzamt Stuttgart der Gesellschaft schließlicb mit: „Die Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität stebt auf der Seite des unterdrückten afghanischen Volkes und wirbt um die Solidarität aller freien Menschen. Schon allein dadurch überschreitet sie die für gemeinnütziges Handeln gesetzten Grenzen …“

Erik Kothny bezeichnete die Begründung als Zynismus, eine weitere Absage aus dem Finanzamt Stuttgart als Böswilligkeit. Die Behörde hatte auf Anfrage umgehend mitgeteilt, daß die Gesellschaft die erstrebte Gemeinnützigkeit auch durch eine Satzungsänderung nicht erlangen könne …

Eine Änderung der Zielsetzung seiner Gesellschaft kommt für den Offizier beim Wehrbereichskommando V in Stuttgart nicht in Frage. Selbst die Erinnerung an das heftige Medien-Trommelfeuer der in- und ausländischen Linkspresse nach seinem Afghanistan-Trip von 1982 und starkem Engagement im Kampf gegen die SS 20 als Initiator des „Fellbacher Kreises“ schreckt Erik Kothny nicht.

Die Hetze von „Prawda“ und Tass in Moskau, von „UZ“ in West-Berlin sowie „Volksarmee“ und „Horizont“ in Ost-Berlin gegen den Gegner sowjetischer Raketen und Freund des afghanischen Widerstandes ließ Kothny sagen: „Die Reaktionen zeigten, wo totalitäre Regime verwundbar sind. Ein Grund mehr, dem freien Afghanistan durch die Einricbtung eines Radiosenders eine Stimme zu verschaffen.“

„Neutralismus ist unrealistisch“

Für SPD-Spitzenkanditat Apel bleibt Berlin der Motor aller Deutschlandpolitik

hrk. Berlin

Die besondere, historische Bedeutung Berlins für die Deutschen in Ost und West hat der SPD-Spitzenkandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters Hans Apel vor ehemaligen sozialdemokratischen Häftlingen aus „DDR“-Zuchthäusern betont. Er sprach auf einer Arbeitstagung dieses Arbeitskreises in Berlin. Apel nannte dabei drei „zentrale Grundwerte“, denen sich die Deutscben verpflichtet fühlten: „Freiheit, Frieden und Einheit.“

Realistischerweise und aus historischer Verantwortung heraus könne dabei „die Einheit der Deutschen keinen Vorrang vor Freiheit und Frieden genießen“. Apel definierte drei Grundlagen für die heutige Deutschlandpolitik:

- Die deutsche Nation ist seit Jahrhunderten eine von der Teilung unabhängige Realität, die sich im Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten ausdrückt. Die Einheit der Nation kann durch vermehrte Begegnungen, die Verwirklichung des Rechts auf Freizügigkeit und die Wahrnehmung der Verantwortung für den Frieden in Europa erhalten und gefestigt werden. Sie ist nicht identisch mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten.
- Voraussetzung gestaltender Deutschlandpolitik ist die Stabilität der in Europa bestehenden Lage. Sie muß von der Grundlage ausgehen, daß beide deutsche Staaten in ihr jeweiliges Bündnis fest eingebunden sind. Die Idee eines deutschen Sonderweges – sei es eines vereinten Deutschlands oder nur der Bundesrepublik – in die Neutralität ist unrealistisch. Er würde die politische Stabilität in Europa gefährden und ist deshalb ausgeschlossen.
- Deutschlandpolitisches Handeln kann deshalb nicht zum Ziel haben, den anderen deutschen Staat aus seinem Bündnis herauszubrechen. Bei einer solchen Absicht risse der Gesprächsfaden mit der „DDR“ sofort ab.

Die „Vollendung der Einheit“, wie sie das Grundgesetz fordere, könne nicht durch eine Änderung von Grenzen, „sondern nur durch deren Überwindung erreicht werden“, sagte Apel. Berlin zwinge allein durch seine Existenz die beiden deutschen Staaten „zum politischen Umgang miteinander“. Mindestens die Hälfte aller Abmachungen und Vereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin erklärten sich ausschließlich aus dem Vorhandensein der Stadt in ihrer besonderen Lage.

Vor den von der SED verfolgten Sozialdemokraten betonte Apel nachdrücklich: „Man kann nicht hinnehmen, daß die West-Berliner sich mit der gegenwärtigen Lage abfinden sollen. Was sie wollen, ist langfristig die Versöhnung mit dem Umland, ohne Preisgabe der inneren und äußeren Freiheit und der Bindungen an die Bundesrepublik und den Westen.“

-P2- 84.29a

Andreotti im Senat unter scharfem Beschuß

Kritik auch von Koalitionspartnern / Der Fall Sindona

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italiens christdemokratischer Außenminister Giulio Andreotti sah sich am Montag und Dienstag im Senat nicht nur schweren Angriffen aller Oppositionsparteien, sondern auch scharfer Kritik der zum Regierungslager gehörenden Republikaner und Liberalen ausgesetzt. Zur Debatte stand die Rolle, die der Minister in den siebziger Jahren als Regierungschef im Fall Sindona gespielt hat.

Kommunisten, Radikale, Neofaschisten und Linksunabhängige warfen ihm vor, den Mafia-Bankier Michele Sindona auch dann noch gedeckt zu haben, als gegen diesen schon ein Haftbefehl wegen betrügerischen Bankrotts erlassen worden war. Sie forderten in vier getrennten Mißtrauensanträgen die Regierung Craxi auf, die Konsequenzen zu ziehen und den Minister abzulösen.

Die Republikaner und die Liberalen *kündigten zwar an, daß sie nicht* für diese Mißtrauensanträge votieren würden, machten sich aber in der Sache die Kritik der Opposition weitgehend zu eigen und appellierten indirekt an Andreotti, von sich aus die Konsequenzen zu *ziehen, also* zurückzutreten.

Die schärfste Attacke gegen den Minister, der noch bis vor kurzem als der bevorzugte Ansprechpartner der KP innerhalb der Democrazia Cristiana gegolten hatte, ritt der kommunistische Senator Macaluso. Er beschuldigte Andreotti, den er als den „nach Statur und Geschichte hervorragendsten Politiker der DC" apostrophierte, der wissentlichen und fortwährenden Komplizenschaft mit dem Mafia-Bankier. Der Minister, dessen Außenpolitik die KP durchaus positiv beurteile, müsse sich im klaren sein, daß sein Widerstand (gegen alle Rücktrittsaufforderungen) „Ursache einer Trübung der politischen Lage und Quelle von Zweifeln, Erpressungen, dunklen Machenschaften und demütigenden Anpassungen" sei.

Der neofaschistische Senator Rastrelli bezeichnete Andreotti als den „Hauptbezugspunkt der Sindona-Affäre", als einen „Gummimann, von dem alle Anklagen wieder zurückgestoßen werden". Er wies darauf hin, daß Sindona dem Administrationssekretariat der DC 15 Millionen Lire (damals über 30 000 DM) überwiesen und der Partei für ihre Kampagne gegen die Ehescheidung einen Kredit in Höhe von 2 Milliarden Lire gewährt habe. Außerdem hätten der Partei nahestehende Firmen von den Finanztransaktionen der sizilianischen Bankiers profitiert. Das alles ergebe ein Bild politischer Geschäftemacherei, ein „Dreieck", dessen Ekken Sindona, die Geheimloge P 2 und die DC gewesen seien. Die Regie habe Andreotti geführt.

Der republikanische Senator Ferrara stellte dem zwielichtigen Verhalten Andreottis in der Sindona-Affäre die Entschiedenheit gegenüber, mit der der verstorbene republikanische Parteisekretär Ugo La Malfa seinerzeit als Schatzminister allen Pressionen widerstanden habe, dem Bankier eine sanierende Staatshilfe zu gewähren. Er bezog sich ausdrücklich auf die Rede des Kommunisten Macaluso und bezeichnete diese als „ausgezeichnet und dramatisch".

In einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit dem „Giornale" wies der Minister alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurück. Er sagte: „Gewiß, ich habe Sindona gekannt. Ihn kannte und bewunderte zunächst auch die ganze italienische Finanzwelt. Ich traf drei- oder viermal mit ihm zusammen und war beeindruckt von der Klarsichtigkeit seiner Analysen."

Als er zu straucheln begonnen habe, sei sein Rechtsberater an die damals von Andreotti geführten Regierung mit der Bitte herangetreten, einen Vorschlag zur Rettung der Sindona-Bank zu prüfen. Als Ministerpräsident habe er diesen Vorschlag zuständigkeitshalber dem Schatzminister zur Prüfung weitergeleitet. Der habe ihn jedoch verworfen. Eine parlamentarische Untersuchungskommission habe ihm, Andreotti, dann bescheinigt, daß auf ihn nicht einmal der Schatten eines Verdachtes falle.

In Kairo muß Mubarak viel Rücksicht üben

Erstarkende Opposition und alte Wirtschaftsprobleme

PETER M. RANKE, Kairo

Drei Jahre nach seiner Wahl zum ägyptischen Präsidenten sind die politischen Narben des Nachfolgers des ermordeten Präsidenten Sadat unverkennbar. Seine Politik der Rückkehr ins arabische Lager ohne Kündigung des Friedensvertrages mit Israel hat zwar erste Früchte gezeitigt, wie sein Besuch bei König Hussein in Jordanien zeigte. Auch innenpolitisch sitzt Mubarak (56) fest im Sattel, aber sein Reformwille ist gebremst, er steht heute vor denselben ungelösten Problemen wie Sadat.

Mubarak muß viele Rücksichten nehmen: auf die rege Opposition der Linken und auf die orthodoxen Moslembrüder und ihre fanatischen Geheimsekten. Ein Beispiel dafür ist, daß Mubarak seiner Frau Suzan (42), die wie er aus einer großbürgerlichen Familie stammt und europäische Ahnen hat, Auftritte in der ägyptischen Öffentlichkeit streng zugemessen hat. Sie studierte an der amerikanischen Universität in Kairo Sozialwissenschaften, durfte eine Arbeit über die Slum-Viertel Kairos aber nicht veröffentlichen. Das Familienleben der Mubaraks, sie haben zwei Kinder, verläuft ohne jede Publicity, so wie strenge Moslems es verlangen.

Mubarak, ein früherer Luftmarschall, duldet eine kritische Opposition und hat mit den ersten, weitgehend freien Parlamentswahlen im Mai ein demokratisches Beispiel gegeben. Aber der übermächtigen ägyptischen Plagen wird auch er nicht Herr: enormer Bevölkerungszuwachs, Wohnungsnot, zu hohe Subventionen für Lebensmittel und Energie, Rüstungskosten und eine in die Arbeitslosigkeit hineinwachsende intelligente Jugend.

Ein mächtiger Mann im Hintergrund, Armee-Marschall und Verteidigungsminister Abu Ghazala, wacht darüber, daß die Streitkräfte nicht zu kurz kommen und daß die eigene Rüstungsindustrie gut verdient, vor allem auf Iraks Seite im Golfkrieg. Ghazala hat durchgesetzt, daß die ägyptische Marine Anfang November mit der 6. US-Flotte im Mittelmeer übt, wenn schon keine Wüstenmanöver mit US-Einheiten aus politischen Gründen stattfinden dürfen.

Die Streitkräfte des proamerikanischen Ghazala sind eine starke Stütze für Mubarak. Offiziere haben es nach wie vor gut in Ägypten. Der Militärdienst gilt als Auffangreserve für sonst arbeitslose Fellachen, die Universitäten mit einer Million Studenten dienen als Ausbildungsstätte für die städtische Schuljugend. Noch immer gibt ein längst unsinniges Gesetz jedem Studienabsolventen das verbriefte Recht auf einen *Arbeitsplatz* in der Staatswirtschaft und Bürokratie. Also studieren viele.

Den Ölverbrauch muß Kairo drosseln, nur die Hälfte der täglich geförderten 800 000 Barrel kann Ägypten wegen des wachsenden Eigenverbrauchs gegen kostbare Devisen exportieren. Mubarak hat das Kabinett angewiesen, den Eigenverbrauch 1985 drastisch zu senken und Benzin zu versteuern, sonst muß das Nilland schon 1991 Erdöl importieren. Ob eine Verteuerung des Benzins durchzusetzen ist, bleibt nach den Unruhen wegen der Erhöhung des Brotpreises Ende September im Delta eine problematische Frage. Die Regierung will die Lebensmittelsubventionen fortsetzen, sonst gibt es Aufstände. Aber wegen der wachsenden Bevölkerung müssen 1985 schon 2,5 Milliarden Dollar für diese Subventionen aufgewendet werden, eine Steigerung gegenüber 1983 von 22 Prozent. Und das Geld fehlt im Haushalt für Wohnungsbau und soziale Dienste.

Wie in Paris will Mubarak in Bonn auf neue Friedensinitiativen der EG drängen, obwohl er selbst als Vermittler nichts zur Beendigung des Golfkrieges beitragen konnte. Mubarak hat kürzlich ein „Gipfeltreffen" mit dem neuen israelischen Regierungschef Peres abgelehnt, da sich Israel erst aus Libanon zurückziehen müsse. Er fordert die Anerkennung der PLO, aber welcher? Die PLO ist so zerstritten, daß nicht einmal ihr Nationalkongreß tagen kann. Auch will er eine Lösung des Palästinenser-Problems voranbringen, zu der nicht einmal König Hussein und PLO-Chef Arafat in der Lage sind.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ein Erwerb auf Zeit

„Kein zweites Wunder an der Weichsel": WELT vom 26. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

hier wäre noch zu ergänzen, daß das „Ostpolen" genannte Gebiet jenseits der Curzon-Linie die Beute eines 1920 geführten Eroberungskrieges gegen das damals durch Revolution und antisowjetische Generalsheere geschwächte Rußland war. Polen, das nach Ziffer 13 der Wilsonschen 14 Punkte auf einwandfrei polnischem Gebiete wiedererrichtet werden sollte, hatte 1930 nach eigenen Angaben *30,9* Prozent völkische Minderheiten. Das beweist doch, daß es auch in Weißrußland und der Ukraine nichts zu suchen hatte, die Polen waren dort eine Minderheit. Die Besitznahme war also nur ein Erwerb auf Zeit, auf Abruf.

Wie kann also die Rückgabe dieser Gebiete einen Anspruch auf mehr als 100 000 Quadratkilometer im Westen begründen, die Vertreibung der dort seit 700 Jahren ansässigen Bevölkerung, die Verschiebung von Grenzen, die zum Teil wie nirgendwo in Europa seit über 600 Jahren dort festlagen? „Einen bespiellosen Vorgang in der Geschichte Europas" nannte Pius XII. Landnahme und Vertreibung. „schlimmstes Vergehen gegen das Recht des geschichtlich Gegebenen und überhaupt gegen jedes menschliche Recht" Albert Schweitzer 1954 in Oslo.

Bender, Stehle, Carola Stern: es sind immer dieselben Namen; für sie scheint die neuere polnische Geschichte am 1. 9. 1939 zu beginnen. Léon Blum, der französische Sozialistenführer, hat für ihresgleichen einen perfekten Namen geprägt: umgekehrte Chauvinisten nennt er die, die unentwegt den Chauvinismus der Gegner ihres Landes vertreten.

Ich grüße
P. Werzmirzowsky,
Berg. Gladbach 1

Verlorener Schutz

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fünf-Prozent-Klausel (WELT vom 13. Oktober und Leserbrief vom 23. Oktober) sollte aufgehoben werden. Ihre „Schutzfunktion" für die drei großen politischen Gruppierungen hat sie sowieso verloren. Die konservativ-klerikalen, die sozialdemokratisch-sozialistischen und die liberalen Abgeordneten haben grün-alternative Gesellschaft bekommen. Ein Verzicht auf die Klausel würde sich mit Sicherheit positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken. Außerdem wäre es für den Bürger sehr erfreulich, wenn sich noch mehr Parteien gegenseitig auf die Finger sehen würden.

H. Woosch,
Berlin 21

Notwendige Änderung

„Beim Video streng": WELT vom 26. Oktober

Die geplante Änderung des Paragraphen 131 Strafgesetzbuch wird auch die Verbreitung solcher Videofilme unter Strafe stellen, die exzessive Gewaltdarstellungen in einer die Menschenwürde verletzenden Weise beinhalten. In vielen einschlägigen Videofilmen geht es eben nicht um die Verherrlichung von Gewalt, sondern nur um die Darstellung brutalster Gewaltszenen. Wer widerliche Kannibalismusorgien und härteste Pornographie ablehnt, der kommt nicht umhin, der von uns geplanten Änderung des Paragraphen 131 StGB zuzustimmen.

Auch auf das geplante Vermiet- und Verleihverbot kann nicht verzichtet werden. Die Videotheken bieten eben nicht nur weiche Pornographie an, sondern eine Vielzahl härtester Pornofilme. Hier kann nur ein zusätzliches Vermiet- und Verleihverbot unsere Jugend von Negativeinflüssen bewahren.

Gestatten Sie mir noch zwei weitere Anmerkungen zur freiwilligen Selbstkontrolle (FSK) und der Bundesprüfstelle (BPS). Selbstverständlich begrüßen wir die verbesserte Tätigkeit der FSK, die aber erst auf Druck des Gesetzgebers zustandekam. Das neue Jugendschutzgesetz wird zudem Überschneidungen von FSK und der jetzt noch völlig überlasteten BPS bei der Beurteilung von Videofilmen durch entsprechende Regelungen vermeiden. Die SPD hat 13 Regierungsjahre lang den erschreckenden Gefährdungen unserer Jugend passiv zugesehen. Jetzt können die Bürger sicher sein, daß die CDU/CSU diese so notwendige Gesetzesnovellierung zu einem erfolgreichen Abschluß bringen wird.

Hermann Kroll-Schlüter, MdB, CDU

Anderes System

„[illegible]": WELT vom 22. Oktober

Fast alle Darstellungen des Autors sind sachlich falsch. Selbst wenn man seiner Ideologie der marktwirtschaftlichen Akademikerauslese folgen könnte, wäre das amerikanische System kein gutes Beispiel: Zum einen hat die Abwesenheit von Staatsinterventionen gerade dort Folgen in den USA, wo Herr Zehm sie nicht erwähnt, nämlich in der Absicherung der Privilegien einer Professorenkaste, die in der Bundesrepublik Leistung immer nur von anderen fordert, aber ihre eigenen Rechte zu Lasten aller Studenten und des Mittelbaus unangetastet behalten möchte.

Andererseits gibt es in den USA kaum eine Universität, ob in privater oder staatlicher Trägerschaft, die nicht von Staatszuwendungen lebt. Außerdem ist der Altruismus der Familienväter (Mütter sind da wohl nicht beteiligt) auf eine gar nicht so breite Mittelschicht beschränkt, für die das Ausbildungsopfer zugleich schichterhaltendes Statussymbol ist. Die in den letzten Jahren erschreckend angewachsene Armut der unteren 20 Prozent der US-Bevölkerung macht die Hochschule für deren Kinder ohnedies noch schwerer erreichbar, und die ebenso erschreckend anwachsenden Reichtümer der Reichen haben vor den horrenden Studiengebühren der Eliteuniversitäten ohnedies keine Scheu.

Schließlich gibt es in Westdeutschland auch keinen Altruismus privater Mäzene, weil Bildung, anders als in der USA-Geschichte, immer nur als Ideologie, aber selten als konsensstiftendes Gesellschaftsfundament angesehen wurde.

Alle diese Angaben können in den offiziellen Veröffentlichungen der amerikanischen Hochschulforschung und -medien gut überprüft werden.

Michael Daxner,
Professor für Hochschuldidaktik
Universität Osnabrück

Möglichkeit der Klärung

„Savonarolas im Rolls-Royce": WELT vom 25. Oktober, und „Leserbrief: Dienstwagen"; WELT vom 26. Oktober

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

da traute ich doch meinen Augen nicht, als ich die nicht so schnell erwartete Stellungnahme (TV-Erfahrung!) als Leserbrief aus der Feder des Oppositionsführers H. J. Vogel zu Ihrem tags zuvor erschienenen Artikel: „Savonarolas im Rolls-Royce" lesen konnte.

Ich bin Herrn Vogel *wirklich* dankbar, nunmehr zu wissen, daß er den „dicken Mercedes" seit kurzem nicht mehr benutzt bzw. verwendet, da dieser ein „gepanzertes Fahrzeug des Bundeskriminalamtes" ist (bei der Presse immer wieder *Informationslücken!*). Ob der jetzige Wagen von Dr. Vogel ein „dünner Mercedes" ist (das wäre Leichtsinn), erfährt der Leser nicht. Nur, daß er auch aus Steuermitteln finanziert wurde.

Diese mehr der Erheiterung dienenden Feststellungen können die sehr schmerzliche Enttäuschung des Lesers nicht wettmachen, der erwartet hatte, Herr Vogel würde zur Aussage Ihres Satzes „... Sozialdemokraten bekamen rund vier Millionen *allein* von Flick" Stellung beziehen. Hierzu wurde Herr Dr. Vogel – nach Meinung eines mündigen und zugleich kritischen Bürgers – geradezu herausgefordert; nämlich durch ein Bild von ihm mit eindeutiger Unterschrift. Dies mußte nicht, wie Herr Vogel annimmt, als versuchte Verquickung seiner Person mit den laufenden Affären (Parteispenden jeder Art) aufgefaßt werden. Ganz deutlich war lesbar: Vier Millionen wg. SPD: Vogel. Wer sollte wohl kompetener sein als Herr Vogel, hierzu Stellung zu nehmen? Die Möglichkeit, solches rechtzeitig zu tun, sollte niemand verpassen.

Mit freundlichem Gruß
Heinz Neumann,
Ellerau

Wort des Tages

„Man braucht den Appetit des Armen, um das Vermögen der Reichen recht zu genießen."

Antoine Rivarol: frz. Moralist (1753–1801)

Personalien

EHRUNG

Der Pariser Philosoph, Soziologe, Germanist und Romanist Professor **Paulus Lenz-Medoc** ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet worden. Der heute 81jährige, in Konitz, Westpreußen, geboren, Student in Königsberg, war 1930 Generalsekretär des Friedensbundes Deutscher Katholiken geworden. Im Juli 1933 gehörte er zu den Jüngsten der katholischen Bewegungen und Verbände, die von den Nazis verhaftet wurden. Zu seiner Freilassung aus der Gestapo-Haft trug damals entscheidend Kardinal **Michael von Faulhaber** bei. 1934 emigrierte Paulus Lenz-Medoc nach Frankreich. Während des Krieges war er der einzige Deutsche, der an den Universitäten von Paris und Lyon lehren durfte. Nach dem Kriege bemühte er sich sofort um die deutsch-französische Aussöhnung zwischen den Hochschulen. Er selbst lehrte 34 Jahre an der Sorbonne. Für den ersten deutschen Botschafter **Wilhelm Hausenstein** wurde er Mittler zwischen den Universitäten und der Kirche in Frankreich.

GEBURTSTAG

Dr. Erwin Sick, Vorsitzender der Geschäftsführung und Alleingesellschafter der Erwin Sick GmbH Optik-Elektronik, wird am 3. November 75 Jahre alt. Sein 1977 neu errichtetes Werk in Waldkirch und ein Münchner Betrieb beschäftigen heute mehr als 1000 Mitarbeiter. Das Unternehmen ist stolz auf ein Umsatzvolumen von mehr als 120 Millionen Mark. Außerdem gibt es Niederlassungen in Frankreich, Großbritannien, in den Niederlanden, in der Schweiz, in den USA und Australien. Erwin Sick hatte 1952 mit zehn Mitarbeitern angefangen. Die Fakultät für Maschinenwesen der Technischen Universität München verlieh ihm 1980 die Titel eines Dr.-Ing. E. h. Die Universität würdigte hiermit seine Arbeiten auf dem Gebiet wissenschaftlicher und konstruktiver Entwicklung optischer Geräte mit elektronischer Signalauswertung. Für seine zahlreichen Erfindungen in der Opto-Elektronik und den damit verbundenen Fortschritten in Arbeitsschutz und Verkehrssicherheit, wurde *Dr. Sick* 1982 *vom Kuratorium* im Deutschen Institut für Erfindungswesen, Nürnberg, mit der Diesel-Medaille in Gold ausgezeichnet.

ERNENNUNGEN

Manfred H. Obländer, bisheriges geschäftsführendes Präsidialmitglied der Deutsch-Somalischen Gesellschaft, ist zum Ehrenpräsidenten ernannt worden. Die Gesellschaft würdigte so die mehr als 18jährige Tätigkeit Obländers im Dienste der deutsch-somalischen Beziehungen. 1966 hatte Manfred Obländer die Gesellschaft gegründet. Seit 1982 ist er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

*

Neuer Konsul Frankreichs in Freiburg ist **Raymond Huleu**. Sein Konsularbezirk umfaßt den Regierungsbezirk Freiburg.



Freundschaftsbesuch in Bonn: Von rechts Syren Ennaceur, Frau des tunesischen Arbeits- und Sozialministers, „Kollegin" Marita Blüm, Frau des Bonner Arbeitsministers, [illegible], Frau des tunesischen Botschafters, und Ursula Daniels, Frau des Bonner Oberbürgermeisters. Im Hause Blüm trafen sich die Damen zur Kontaktaufnahme. Syren Ennaceur, in Bergen geboren, Mutter von fünf Kindern, ist heute die einzige Norwegerin, die fest in Tunesien lebt. Mit Marita Blüm verbindet sie seit längerem eine persönliche Freundschaft. In Bonn galt ihr Interesse den gewerblichen Bildungsanstalten. FOTO: [illegible]

Kurz vor der Wahl empfehlen US-Zeitungen ihren Kandidaten

Das Spiel einer Tradition als Spiegel absoluter Meinungsfreiheit / 85 Blätter für Reagan

TH. KIELINGER, **Washington**

Während der Präsidentschaftswahlkampf in die Zielgerade der letzten Woche einschwenkt, hat ein anderes Rennen begonnen, das wie immer zu diesem Zeitpunkt des Wahlkampfes für unterhaltsame Ablenkung des Publikums sorgt: Die Zeitungen enthüllen ihre politische Präferenz, kommen mit ihrem „Endorsement" heraus, ihren Wahlempfehlungen.

Dies ist eine Tradition, die nach dem Bürgerkrieg einsetzte, als sich Pressezaren das Recht sicherten, auch entgegen der redaktionellen Meinung ihrer Blätter politische Glaubensbekenntnisse abzulegen.

Heute führt dieses nur noch in den seltensten Fällen zu Konflikten zwischen Eigner und Chefredaktion. In Wahrheit nämlich haben sich die meisten Zeitungsunternehmer als Autoren dieser politischen Indossierung zurückgezogen und überlassen das Feld der Wahlempfehlung der jeweiligen politischen Redaktion, genauer gesagt, dem Kommentatoren-Gremium, das die Gestaltung der Meinungsseite bestimmt. Ohnehin wird der gewichtige „Endorsement"-Leitartikel, mit dem eine spezifische Zeitung sich vor ihren Lesern politisch enthüllt, namentlich nicht gezeichnet. Das wiederum gehört zur Tradition der allgemein ungezeichneten Kommentare in den redaktionseigenen Leitartikel-Spalten.

Soviel vorausgeschickt, darf das Lager Präsident Reagans zufrieden auf das bisherige Ergebnis des Wahlempfehlungsrennens schauen: 85 Zeitungen haben sich schon jetzt für Ronald Reagans Wiederwahl ausgesprochen, meistens mit dem Hinweis auf die „starke Führung" des Präsidenten und die Gesundung der Wirtschaft. Nur 40 Zeitungen entschieden sich bisher für Walter Mondale, den demokratischen Opponenten, weil er sich mehr um soziale Gerechtigkeit und ein Ende des Wettrüstens kümmern werde. Freilich darf sich Mondale schmeicheln, das Prestige von zwei der führenden Blätter der USA für sich gewonnen zu haben: der „New York Times" und der „Washington Post".

Von beiden Blättern hatte man nichts anderes erwartet, und mit ihrem Urteil werden sie landesweit so gut wie keine Wirkung ausüben. Überhaupt ist das Spiel des „Endorsement" häufig eben nur ein Spiel. Es reflektiert in vielen Fällen nicht einmal die Mehrheitsmeinung der Leser, denen eine bestimmte Zeitung dienen möchte. Von der „New York Times" und der „Washington Post" wird man das zwar nicht behaupten wollen. Sie bedienen ein ebenso hochinformiertes wie in der Regel liberales Publikum.

Anders ist es bei weniger namhaften, dabei lokal vielleicht ebenso wichtigen Blättern. So hat sich die *„New York Daily News", das nicht* dem australischen konservativen Pressezaren Murdoch angehörende New Yorker Massenblatt, überraschenderweise für Ronald Reagan ausgesprochen. Eine in Little Rock, Arkansas, angesiedelte Zeitung mit beträchtlicher Ausstrahlung, die „Arkansas Gazette", entschied sich für Mondale, obwohl der Süden der USA in einem der wohl eindeutigsten Trends dieses Wahljahres in das Lager der Republikaner überwechselt. In all diesen Fällen demonstriert das „Spiel" mit einer alten Usance zugleich den Triumph einer noch älteren amerikanischen Tradition: der vollkommenen Meinungsfreiheit und redaktionellen Unabhängigkeit.

Jedesmal, wenn die Zeit der Wahlempfehlungen heranrückt, ist das Publikum gespannt, welche Zeitung in ihrer Indossierung die kühnste – oder schmerzhafteste – geistige Volte schlägt. Vor vier Jahren gebührte der erste Preis eindeutig der „Washington Post", die sich mit allen Anzeichen der Selbstgeißelung ihr Votum für Jimmy Carter abrang.

Der erste Preis für Selbstquälerei im Prozeß der Wahlempfehlung geht diesmal an die „Chicago Tribune", eine namhafte „Big City"-Zeitung im Herzen der seit langem von den Demokraten regierten Metropole am Michigan-See. Die „Tribune" erklärte sich für Ronald Reagan – aber unter was für Qualen! „Mr. Reagans Weigerung, eine Beziehung zwischen Haushaltsdefizit und wirtschaftlicher Instabilität zu sehen, droht die USA in den Bankrott zu führen und die Weltwirtschaft ernsthaft zu beschädigen", schreibt das Blatt in seiner „Begründung" zugunsten Reagans.

Des Leitartiklers Lust an seinem Schmerz gipfelt in dem Satz: „Die Reagan-Regierung hat einen solch traurigen Rekord der Unempfindlichkeit aufgetürmt, einschließlich einer Kriegserklärung (gegen Grenada) ganz im geheimen, daß eine Wahlempfehlung dieser Art für jede Zeitung eine bittere Pille sein muß."

Wer dieses heroische Ringen um das gerechte Urteil verfolgt, versteht, warum eine so renommierte Zeitung wie die „Los Angeles Times" schon seit zehn Jahren keine Wahlempfehlung mehr abgibt, und warum diesmal auch die „Baltimore Sun" die alte Gewohnheit aufkündigt und folgert: „Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß der Leser nicht klug genug ist, sich seine eigene Meinung über die beiden Kandidaten zu bilden.

Khadhafi setzt Kampf gegen Numeiri fort

DW. **Khartum**

Die zu Wochenbeginn aufgedeckte Verschwörung in Sudan (WELT v. 30. 10.) ist, wie aus Khartum bekannt wird, seit Jahresmitte der zweite libysche Versuch, das Regime von Präsident Numeiri zu stürzen. Ende Juli dieses Jahres war es den sudanesischen Sicherheitskräften gelungen, eine Gruppe von vier im Ausland lebenden Sudanesen zu ergreifen, die illegal von Libyen nach Sudan eingereist waren. Sie hatten den Auftrag, Präsident Numeiri und seinen Stellvertreter umzubringen und die amerikanische Botschaft in Khartum in die Luft zu sprengen.

Der jetzt aufgedeckte Umsturzversuch geht auf das Konto einer in Libyen ausgebildeten Gruppe. Ende September waren die Männer über den teilweise von libyschen Truppen kontrollierten Tschad nach Sudan eingedrungen. Sie kehrten dann vorübergehend, nachdem sie mehrere Terroranschläge verübt hatten, über die Zentralafrikanische Republik nach Libyen zurück.

Die Aufdeckung des jüngsten Putschversuches wird von westlichen Beobachtern auf den verstärkten Ausbau der sudanesischen Sicherheitsorgane in den vergangenen Monaten zurückgeführt. Präsident Numeiri hatte nach der Bombardierung sudanesischer Sendeanlagen durch libysche Kampfflugzeuge im vergangenen März die Verstärkung der sudanesischen Sicherheitsdienste vorantreiben lassen.

Numeiri wird von Libyen wegen seiner prowestlichen Haltung, seiner engen Bindungen an Ägypten sowie seiner gemäßigten Position im Nahost-Konflikt als einer der Hauptgegner angesehen.

Mit unterschiedlichen Aktivitäten versucht Oberst Khadhafi das Regime Numeiris zu beseitigen. So werden die christlichen und anamitischen Aufständischen im Süden des Landes, die eine Autonomie fordern, von Libyen mit Waffen, unter anderem auch mit Luftabwehrraketen, beliefert.

Libyen koordiniert seine antisudanesischen Aktivitäten mit Äthiopien, dem anderen prosowjetischen Regime in der Region. Seit 1982 unterstützen Tripolis und Addis Abeba gemeinsam die Aufständischen im sudanesischen Süden: Äthiopien, indem es in erster Linie Trainingsbasen für die Rebellen zur Verfügung stellt, Libyen durch Geld und Waffenlieferungen.

Die jüngsten Attacken der sudanesischen Aufständischen gegen westliche Firmen seien teilweise von Libyen gesteuert worden, meinen gut informierte Beobachter.

Daß es Numeiri und seinen Sicherheitskräften in den vergangenen Monaten mit relativer Leichtigkeit gelungen ist, die von Libyen gesteuerten Umsturzversuche aufzudecken, wird auf die enge Zusammenarbeit Khartums mit dem Westen und Ägypten zurückgeführt.

Kairo hat ein vitales Interesse an Stabilität in Sudan. Ein radikales, antiwestliches Regime in Khartum wäre eine Bedrohung nicht nur für Ägypten, sondern für eine Reihe gemäßigter schwarzafrikanischer und arabischer Staaten.

Nicaragua hofiert die amerikanische Presse

PR-Agentur in New York gibt Rat und organisiert Reisen

WERNER THOMAS, **Miami**

Als der sandinistische Junta-Chef und Präsidentschaftskandidat Daniel Ortega Anfang Oktober durch die Vereinigten Staaten reiste, ließ er die grüne Comandante-Uniform und die Pistole zu Hause. Er trug graue Anzüge und gestreifte Krawatten. Der Revolutionär glich einem Buchhalter.

Die Männer in Managua versuchen mit einer Image-Pflege die Presse und die öffentliche Meinung gegen die Reagan-Regierung zu mobilisieren. Innenminister Tomas Borge hatte einmal betont: „Dieser Krieg wird auch in Washington entschieden."

Wie andere Länder Lateinamerikas beschäftigt Nicaragua eine Public Relations-Agentur, Agendas Internacional in New York. Für 27 000 Dollar im Monat wirbt das Unternehmen für die Sandinisten, vermittelt Interviews, organisiert Reisen und erteilt Ratschläge.

Darryl Hunt, einer der Firmenchefs, einst Studienkollege des Außenministers Miguel d'Escoto, brachte Ortega bei, seine routinemäßigen Angriffe auf die „Zionisten" einzustellen. Das würde viele Amerikaner abstoßen.

Dann erläuterte er ihm, daß die Maßnahmen gegen die „Prensa", das einzige Sprachrohr der Opposition, in Pressekreisen mißfallen finden. Die Sandinisten garantierten der Zeitung wieder Druckmaterial, obgleich sie weiterhin der Zensur unterliegt.

Die amerikanische Presse wird hofiert. Agendas Internacional informiert die Comandantes täglich über die Berichterstattung der Zeitungen und Fernsehsender. Wenn besonders kritische Betrachtungen erscheinen, greifen mitunter d'Escoto oder Junta-Mitglied Sergio Ramirez zur Feder und erläutern die Situation aus der Sicht der Sandinisten. In den letzen Wochen erschienen Beiträge der beiden in der „New York Times" und der „Washington Post".

Journalisten, die heute Managua besuchen, werden auf dem Sandino-Flughafen wie Diplomaten abgefertigt – ohne lange Kontrollen. Kein Land der Region ist so kulant.

Das Regime weiß Frauen wirkungsvoll einzusetzen. Angela Saballos, in Managua für die Auslandskorrespondenten zuständig, ist eine attraktive Erscheinung. Die stellvertretende Außenministerin Nora Astorga zählte zu Ortegas Begleitung, als er durch die Staaten reiste.

Ortegas „geheime Waffe" („Washington Post") ist jedoch Ehefrau Rosario Murillo, eine schöne Dichterin, die der linksliberalen Schickeria Hollywoods und New Yorks den Kopf verdreht. Sie knüpfte bereits vor Monaten Kontakte zu diesen Kreisen, die Ortega nun besuchte. In Hollywood wurde ein „Committee of Concern" gegründet, das Nicaragua-Propaganda betreibt.

In den letzen zwei Wochen veranstalteten die Künstler eine Werbetour durch die USA, bei der sie Ortegas Beschwerden wiederholten: Reagan will eine arme kleine Nation nicht in Frieden leben lassen. Die Argumente der US-Regierung, daß die Comandantes mit ihrem Revolutionsexport Unruhe schüren und sich in der Nachbarschaft Feinde schaffen, wurden nicht erwähnt.

Die Image-Pflege brachte nicht immer die erhofften Erfolge. Die Leitartikel-Seiten der „New York Times" und der „Washington Post" beurteilen die Entwicklungen in Nicaragua plötzlich skeptisch. Schuld daran sind besonders die Wahlen am Sonntag, an denen sich keine ernsthafte Opposition beteiligt. (SAD)

„Die Teilung frustriert die Deutschen"

SAD, **New York**

„Tatsache ist, daß die Teilung Europas und Deutschlands höchstens durch größere Kontakte und kleine Abkommen erleichtert werden kann. In absehbarer Zeit kann sie nicht überwunden werden. Aber die Frustrationen und gefährlichen Illusionen, die dies unter den Deutschen auslöst, sind auch harte Tatsachen." Dies schrieb die Kolumnistin Flora Lewis in der „New York Times".

Unter der Schlagzeile „Frustrationen in Deutschland" heißt es weiter, noch vor sechs bis sieben Jahren sei der Traum von der Wiedervereinigung praktisch tot erschienen. Aber erst jetzt wisse man, daß dies nicht so war, denn das Thema sei mit „neuer emotionaler Intensität" aus der Versenkung auferstanden. Das Phänomen könne jedoch nicht mit solchen Etiketten wie „Neutralismus" oder „Nationalismus" belegt werden.

In diesem Zusammenhang betont Flora Lewis, daß sich deutsche Politiker wie Lafontaine gefährlichen Illusionen hingeben, wenn sie den Austritt der Bundesrepublik aus der integrierten Befehlsstruktur der NATO predigen. „Frankreich und jetzt Spanien können es sich leisten, auf gewisse Distanz zur amerikanischen Supermacht zu gehen", schrieb sie, „aber kein vorsichtiger Politiker kann sich das im Falle Deutschlands vorstellen ... Das letzte, was die Sowjets tolerieren würden, wäre eine starke deutsche Nationalarmee, die mit den USA verbündet, aber nicht unter ihrem Kommando stünde."

Franzosen besorgt über den Nachbarn

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

„Ich habe Weh an Deutschland", überschreibt Michel Drancourt, ein maßgeblicher französischer Kommentator, einen Leitartikel im „Quotidien de Paris" zum Ausgang der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Der Kommentar ist typisch für die Sorge in Frankreich über die Enthüllungen in der Flick-Affäre, typisch aber auch für tief sitzendes Mißtrauen der Franzosen allen deutschen Entwicklungen gegenüber.

Was zur Zeit in Deutschland geschehe, sei schwererwiegender als eine jener periodischen Erschütterungen, die alle Demokratien heimsuchten, meint Drancourt einleitend. Kohl sei ohne Zweifel der letzte deutsche Politiker, der noch an Europa glaube und, und die letzte Chance für die übrigen europäischen Regierungen, einen Schritt vorwärts in Richtung auf die politische Union des Kontinents zu machen. Gerade das aber wolle eine heterogene Koalition aus *Neutralisten und Kommunisten in* der Bundesrepublik nicht und tue daher alles, um den Kanzler zu stürzen.

Drancourt zeichnet dann ein düsteres Bild von einer Zukunft „nach Kohl". Eine Annäherung beider deutscher Staaten unter Absegnung von *Militärs und Industriellen,* die schon lange an die einzig mögliche Zukunft Deutschlands an der Seite Moskaus glauben. Ein Deutschland, das zum Pol eines neutralisierten Europas würde. Amerika würde sich dann endgültig dem Wirtschaftsraum um den Pazifik zuwenden.

Liefert Moskau Delhi neue Waffen?

MARTA WEIDENHILLER, **Bonn**

Sie besuchen sich in den letzten Jahren häufig, die Verteidigungsminister Indiens und der Sowjetunion. Gestern flog S. B. Chavan nach Moskau, begleitet von den stellvertretenden Stabschefs der drei Teilstreitkräfte. Die Delegation erwidert den Besuch Ustinows, der im März mit 55 Mann Gefolge in Delhi weilte.

Das Ergebnis damals: Ein Abkommen über die Lieferung von Flugzeugen und Panzern. Schon 1980 war ein Mammut-Vertrag über mehr als drei Milliarden Mark abgeschlossen worden. Um den hochmodernen Panzer T 80, um U-Boote und Hubschrauber, vor allem aber um Flugzeuge vom Typ MiG 29 und die noch in Entwicklung stehende MiG 31 geht es wahrscheinlich bei den gegenwärtigen Gesprächen.

Ustinow versicherte seinerzeit, Moskau wünsche ein starkes Indien, das sich gegen die Bedrohung „von außen" schützen könne. Gemeint ist Pakistan. Aktuell wäre diese Äußerung heute mehr denn je. Denn zwischen den Nachbarn auf dem Subkontinent kriselt es – indische Zeitungen melden immer öfter Grenzzwischenfälle im hochsensiblen Kaschmir; das Wort von einem Krieg *macht wieder die Runde.*

Als Ministerpräsidentin Indira Gandhi bei der Beisetzung Andropows im Februar mit dessen Nachfolger Tschernenko sprach, ließ auch er wissen, Moskau werde Indien beistehen, sollte es sich durch US-Rüstungstransfer an China und US-Waffenlieferungen an Pakistan bedroht fühlen.

Bedroht fühlt sich Indien – obwohl es Pakistan militärisch klar überlegen ist – vor allem von der F-16, mit *der die pakistanische Luftwaffe* von den USA ausgerüstet wird. Die MiG 29 und die in Frankreich bestellten Mirage 2000 gelten aus indischer Sicht als „Ausgleich".

Die Sowjetunion ist Indiens größter Waffenlieferant, auch größter *Handelspartner. Die Handelsbilanz* ist für die Sowjets aber unausgeglichen. Moskau drängt nun Indien seit einigen Jahren geradezu zu neuen Rüstungsgeschäften. Es zeigt sich flexibel, läßt über hochmodernes Gerät mit sich reden und verspricht, Ersatzteile pünktlich zu liefern. Es bietet niedrigen Zins und lange Laufzeiten. Zwei Ziele werden mit diesem Vorgehen verfolgt: Moskau will seine Schulden gegenüber Delhi abbauen und dessen Waffenkäufen im Westen entgegenwirken.

Seit Jahren schon ist Indien um eine Diversifikation bemüht, um die Abhängigkeit von Moskau zu lokkern, aber auch, um Spitzentechnologie aus dem Westen zu bekommen. Von Frankreich erhält es Mirage 2000, *von Großbritannien Hubschrauber* und Raketen, von der Bundesrepublik U-Boote. Bonn hält sich mit umfassenden Rüstungsvereinbarungen zurück – aus Rücksicht gegenüber Pakistan, wohl aber auch aus Sorge, Moskau könnte von westlicher Spit*zentechnologie* über den indischen Umweg profitieren.

Indien fühlt sich der Sowjetunion gegenüber verpflichtet, so etwa für die Hilfe im Krieg gegen China 1962 und im Krieg gegen Pakistan 1971. Moskau hat die Beziehungen zum strategisch wertvollen Indien immer sehr gepflegt. Der Ausbau der US-Präsenz im Indischen Ozean, die Lage in Afghanistan spielen dabei eine nicht unbedeutende Rolle.

Mit der sowjetischen Besetzung Afghanistans rückte die „sowjetische Gefahr" näher an Indien; mit der F-16 als Folge wurde ein neues Waffensystem in die Region eingeführt. Indiens außenpolitischer Grundsatz, wonach der Subkontinent frei bleiben soll von den Konflikten der Großmächte, wurde zerstört.

Der Schatten Savimbis

M. GERMANI, **Johannesburg**

Die Verhandlungen zwischen Südafrika und den Vereinigten Staaten um eine Lösung des Konfliktes in Südwestafrika und Angola sind in ein neues Stadium getreten. Nach dem Besuch von Unterstaatssekretär im US-State Department, Frank Wisner, in Luanda scheint eine leichte Annäherung zwischen den verhärteten Standpunkten im Gange zu sein. Aus wohlinformierten Kreisen erfuhr die WELT, *daß Frank Wisner zwar mit* „konkreten" Vorschlägen zurückgekehrt sei, es aber auf amerikanischer Seite keinen Grund zu übermäßigem Optimismus gebe. Washington sehe diese Anregungen als Ansatz zu weiteren Verhandlungen. Die USA sind der Haupthandelspartner Angolas. Abgesehen von den Erdöllieferungen aus der Enklave Cabinda, die sich seit 1982 verdoppelt haben, exportieren US-Firmen große Mengen von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern nach Angola.

Unter diesen Voraussetzungen ist das heutige Treffen zwischen dem stellvertretenden Staatssekretär für Afrika im US-Außenamt, Chester Crocker, Südafrikas Außenminister Roelof Botha und dem Administrator in Namibia, Wilhelm van Niekerk auf den Kapverden zu sehen. Bei den Gesprächen wird es aller Wahrscheinlichkeit nach um den von Präsident dos Santos angeregten gemeinsamen Abzug der 31 000 Kubaner aus Angola und der südafrikanischen Truppen aus Südangola und Namibia, vor der Einführung der UNO-Resolution 435 zur Unabhängigkeit der ehemaligen deutschen Kolonie gehen. Beobachter vermuten jedoch, daß vor allem auch die südafrikanische Hilfe für den Führer der Unita, Savimbi, eines der Hauptthemen bei den Verhandlungen sein werde. Vertraulich war der WELT noch vor wenigen Wochen erklärt worden, Südafrika sei „auf keinen Fall bereit, Savimbi fallenzulassen". Beobachtern in Pretoria ist wohlbekannt, daß die Interessen Pik Bothas nicht immer mit den Wünschen der Experten im Verteidigungsministerium übereinstimmen. Verteidigungsminister Magnus Malan nimmt an den Gesprächen auf den Kapverden teil. Savimbis militärische Erfolge in Angola werfen lange Schatten.

Die Johannesburger „Rand Daily Mail" zitiert am Dienstag den Unita-Sprecher Chitunda aus Washington, der bekanntgab, daß 3000 Nordkoreaner im Oktober zur Verstärkung der kubanischen Truppen in Angola eingetroffen seien.

Konrad Adenauers „Teegespräche" mit Journalisten sind historisch im doppelten Sinne des Wortes: Sie gehören zur Zeitgeschichte, und sie zählen zu den wirkkräftigen Ereignissen der Kanzler-Zeit. Adenauer benutzte die Einladungen, um in vertraulicher Runde auszusprechen oder anzudeuten, was er dachte, was ihn bewegte, was er plante. Er gab Impulse in Richtung öffentliche Meinung und nahm von dort Impulse entgegen. Der erste Bundeskanzler wollte das Denken beeinflussen, und er tat dies in der werbenden und zugleich kritischen Art, die ihm als Meister der Politik zu Gebote stand. „Die Medien waren für ihn der zündende Werkstoff in der Politik", schreibt Autor Markus Schöneberger, der im folgenden Beitrag die „Teegespräche" schildert und analysiert. Sie sind gerade unter dem Titel „Teegespräche I und II" im Siedler-Verlag, Berlin, im Rahmen des achtbändigen Nachlasses von Adenauer erschienen.

„Ich bitte zum Tee" – Adenauer und die Journalisten

Von MARKUS SCHÖNEBERGER

Ich komme in den Ruf irgendwie der Amerikahörigkeit. Ich habe damit gar nichts zu tun, meine Damen und Herren, sondern ich will Deutschland helfen..." Ein Satz, typisch Adenauer. Eine Momentaufnahme vom 20. November 1952, aus der Frühzeit der Bonner Republik zu einem Kapitel, das jetzt erstmals in notwendiger Breite aufgeschlagen wird: Konrad Adenauer und die Journalisten, Konrad Adenauer als Medium und Faktor öffentlicher Meinungsbildung. Die Medien waren für ihn der zündende Wirkstoff in der Politik – so ein Zeitzeuge –, und dennoch ist eine eingehende, wissenschaftlich fundierte Beschäftigung mit der publizistischen Seite des Amtsverständnisses vom „Alten aus Rhöndorf" bis heute weitgehend unterblieben.

Doch in diesen Tagen erscheinen im Siedler-Verlag innerhalb des achtbändigen Nachlasses von Konrad Adenauer als „Rhöndorfer Ausgabe" die „Tee-Gespräche I und II": Die vertraulichen Gespräche mit in- und ausländischen Journalisten.

Die Kenntnis, jenes bis heute geheimnisumwittert gebliebenen, mehr oder weniger regelmäßigen Frage- und Antwortrituals am Freitagmittag im großen Kabinettssitzungssaal des Palais Schaumburg gibt eine „Innenansicht" von Adenauers Regierungsstil frei, die weitaus komplexer ist, als es so manche liebgewordenen Denkschablonen suggerieren.

Schlagworte von der „patriarchalischen Kanzlerdemokratie", „dem von Unnahbarkeit und Strenge geprägten anti-intellektuellen Habitus" oder dem angeblich „total vermieften geistigen Klima in der Republik" finden teilweise kräftige Widerlegung. Und auch der Vorwurf, er habe im Innern zutiefst autoritär regiert, sein autokratisches Machtverständnis habe für Stil und Funktion demokratischer Willensbildungsprozesse wenig Platz gehabt, muß unter mancherlei Aspekten neu bedacht werden. Sicher: Im Umgang mit den Medienmächtigen im Lande war er nicht pingelig; wie er zum Beispiel vor dem Forum des Deutschen Bundestages einen Frankreich-kritischen Leitartikel in der „Zeit" vom 19. März 1953 aus der Feder seines einstigen Pressesprechers Paul Bourdin mit dem Superlativ qualifizierte: „Ich habe selten einen so perfiden Artikel gelesen wie diesen."

> „Dreiviertel Stunde hatte ich notwendig, um Schäffer wieder zur Ruhe zu bringen. Soviel Arbeit macht mir die Presse"

Selbst der „Verein der Unions-Presse" war vor seinen scharfzüngigen Attacken nicht sicher. Regionalblätter wie die „Kölnische Rundschau" oder die „Rheinische Post" ebensowenig wie die überregionale „Frankfurter Allgemeine Zeitung", der er 1951 kurzerhand bedeutete, sie habe kein Anrecht mehr, als offiziös zu gelten; er könne das Blatt nicht mehr lesen. Die Zeitung konnte den Regierungschef bisweilen sogar derart provozieren, daß er spontan in einem Leserbrief konterte, von dem sein Sprecher Felix von Eckardt erst bei der Zeitungslektüre erfuhr; dieser machte daraufhin dem streitbaren Kanzler klar, daß es nicht seine Aufgabe sei, Leserbriefe zu schreiben. Und der Mitherausgeber des Blattes, Hans Baumgarten, wurde zum „Kanzler-Tee" vom 6. September 1951 offenkundig eigens eingeladen, um vor versammelter Runde von 37 angesehenen deutschen Korrespondenten eine Rüge des Regierungschefs entgegenzunehmen. Adenauer, damals Kanzler und Außenminister in Personalunion, liebte es auch in solchen Situationen kurz und bündig: „Nun wende ich mich an Sie, Herr Baumgarten, wegen des Artikels, den Sie vor einigen Tagen geschrieben haben." In einem Augenblick, in dem es sich für Deutschland um die entscheidendsten Dinge handle, sei es nicht zu vertreten, „wenn angesehene deutsche Blätter so tun, als wenn alle Deutschen mit der Politik des Außenministers unzufrieden" seien; es dürfe jetzt der Bundeskanzler und Außenminister nicht in einer Weise angegriffen werden, die seine Stellung als erschüttert erscheinen lasse.

Die Situation war da! Und in der Journalistenrunde vom 1. Juni 1951 empörte er sich bezüglich eines negativen Kommentars über den damaligen Bundesfinanzminister: „Dreiviertelstunde waren notwendig, um Schäffer wieder zur Ruhe zu bringen. Soviel Arbeit macht mir die Presse."

Momentaufnahmen beim Kanzler-Tee. Aber die Lektüre der legendären „Tee-Gespräche" macht vor allem deutlich, wie Adenauers Verhältnis zu den Wirkungsfaktoren öffentlicher Meinungsbildung in der Tiefe wirklich gewesen ist, wie subtil, oft doppelbödig sein Denken insgesamt immer wieder sein konnte.

Wer grundsätzlicher und differenzierter als es der plakative Sammelbegriff „Kanzler-Demokratie" zuläßt, nach den wesentlichen Ursachen jener stabilisierenden und integrierenden Elemente der Adenauer-Ära forscht, die der frühen Bonner Republik Profil und Halt gaben, findet dazu in diesem Sammelwerk wertvolle Mosaiksteine. Wie Adenauer zum Beispiel am 20. Oktober 1953 in der illustren Korrespondentenrunde Klage führte darüber, daß viele Kabinettsmitglieder „sich nur noch als Fachminister fühlen" und für politische Fragen zuwenig Interesse zeigten; wie er dann über seine Regierungsprinzipien philosophierte: „Ich bin der Auffassung, daß ein Kabinett auch politische Führungsqualitäten haben muß... und ich vermisse in dem Kabinett, wie es bisher war, das politische Element, und ich halte es für nötig, daß eine Regierung auch ein politisches Element in sich hat, ... daß das politische Element stärker zutage tritt, auch in den Beratungen des Kabinetts..." Dies alles verträgt sich nur schwer mit dem zu einem Klischee geronnenen Vorurteil, er habe im Kanzleramt das auf ihn allein fixierte Richtlinien- und Führungsprinzip derart verabsolutiert, daß sein Kabinett zu einer grauen Gehilfenrunde verkommen sei.



Dienstantritt: Adenauer verläßt sein Haus in Rhöndorf FOTO: GEORG MUNKER

Damals, als noch niemand von „politischer Semantik" sprach und der Strategie, Inhalte durch Begriffe zu „besetzen", verstand es Adenauer bereits mit meisterhafter Konstanz und Konsequenz, in jeder dieser Sitzungen mit den Vertretern der veröffentlichten Meinung seine zentralen Themen und Grundüberzeugungen stets aufs neue zu variieren und zu interpretieren. In den „Tee-Gesprächen" findet man einen wesentlichen Schlüssel dafür, warum und wie Adenauer nach und nach den Umschlag im Meinungsklima zu seinen Gunsten bewirkte: nämlich gerade kraft seiner ausgeprägten Fähigkeiten zum Simplifizieren noch so komplizierter und undurchsichtiger Probleme und mittels des antiintellektuellen Charakters seiner Sprache – Qualitäten, die er auch in diesem Kreise auf hohem taktischen Niveau auszuspielen verstand.

Ein Leitmotiv, das immer wiederkehrte, brachte er am 23. Mai 1952 auf den prägnanten Nenner: „Am schlimmsten ist für uns der Gedanke, der in manchen Köpfen spukt, Deutschland solle versuchen, zwischen den beiden großen Mächtegruppen ein eigenes Spiel zu spielen. Das ist eine Unmöglichkeit."

Kein anderer deutscher Politiker jener Jahre verstand es, Staatshandwerk und diplomatische Kunst auf so eingängige, knappe Überzeugungsmuster zu reduzieren. Ein Schuß Dramatik durfte freilich auch immer gerne mit dabei sein, so wie am 24. April 1953 die Drohung: „Die ganze Situation in der Welt steht tatsächlich jetzt auf des Messers Schneide." Sätze, typisch Adenauer. Sprache und Politik – pur und schnörkellos. Die „Tee-Gespräche" sind ein eindrucksvoller Beleg dafür. Jeder dieser Auftritte wirkte wie ein wohlkalkulierter öffentlicher Appell, ein kühl und präzise berechneter informationspolitischer Imperativ. Exemplarisch hierfür ist sein an die Runde vom 6. September 1951 gerichteter Appell, „Sie davon zu überzeugen, daß Sie wohl auch verpflichtet sind", seinen vorgetragenen Bitten und Argumenten stattzugeben. „Wenn ich sage, verpflichtet sind, dann meine ich das unter dem Gesichtspunkt des deutschen Interesses."

Oder am 23. Mai 1952 – es ging um das Verhältnis Moskau–Washington: „Bitte vertrauen Sie dieser Sache Ihre beste Feder an, die Sie haben. Man kann so oder so zu dem stehen, was gemacht wird; aber schlimm wäre es nach meiner Meinung auch in dem Urteil der Nachwelt über uns, wenn wir das ganze in Einzelheiten zerpflückten. Das wäre wirklich ein schlechtes Zeichen für unsere Zeit."

Die „Tee-Gespräche" machen deutlich, in welchem Maße Adenauer immer wieder mit der Presse gerungen hat; wie er die Macht und die Möglichkeiten der Medien nach und nach für sich entdeckt hat, wie er erkannte, was sie bedeuten, aber irgendwo doch mißtrauisch blieb; wie es ihm keine Ruhe ließ, den Medien seine Auffassung so klar und deutlich wie möglich zu machen, auch wenn es ihm nie gelungen ist, sie völlig für sich zu bekehren. Felix von Eckardt sagte dazu einmal: „Er schätzte die Wirkung und Bedeutung der Presse außerordentlich hoch ein, fand sie aber fast immer schlecht."

Adenauer selbst sagte es am 23. Februar 1953 so: „Sie wissen, daß es der Beruf des Journalisten ist, in der Regel negativ zu schreiben. Aber ich glaube, dann und wann kann er auch einmal positiv schreiben..."

Manchmal freilich klang es noch drastischer. Bernd Lescrenier, dem Bonner Korrespondenten der Nachrichtenagentur UPI, dessen agile Cleverness er besonders schätzte, vertraute er freimütig und unbefangen einmal an: „Sie belügen mich, und ich sage Ihnen auch nicht die Wahrheit. Auf diese Weise kommen wir ganz gut miteinander aus." Muß Adenauer deshalb als Medien-Machiavellist apostrophiert werden?

Sicher wirkten bei ihm eine Reihe negativer Erfahrungen nach: Seine Zeit als Kölner Oberbürgermeister (1917 bis 1933), da Adenauer die kommunalen Geschicke im Stil klassischer Arkanpolitik zu lenken pflegte und Einladungen der Presse zu Bierabenden regelmäßig in der Ablage landeten. Der verletzte Ehrgeiz des CDU-Gründers, der nach 1945 bei der Erteilung der ersten Zeitungslizenzen nicht hatte mitmischen dürfen. Obendrein taten jene intellektuellen Vorbehalte ihre Wirkung, die dem Staatsmann Kenntnis des Pressewesens und Verständnis für die Publizistik in einer freiheitlichen Demokratie weitgehend abzusprechen versuchten. Das ist freilich falsch. Denn spätestens als er erkennen mußte, wie die Nationalsozialisten die Massenmedien skrupellos als Instrument des Kampfes gegen die Republik ausgebeutet hatten, wurde Adenauer zusehends nachdenklicher über das dynamische Phänomen Zeitung.

In seinem unfehlbaren Gespür für die Techniken der Macht erkannte Konrad Adenauer im Laufe der Jahre instinktiv immer intensiver, welch große Bedeutung die Medien beim deutschen Wiederaufbau spielen würden.

Hatte er noch am 21. Juli 1949 öffentlich Klage geführt, die deutsche Presse erschöpfe sich in Kritik und lade damit ungeheure Verantwortung auf sich, so erkannte er ihre demokratische Funktion in der Folgezeit immer mehr an und attestierte ihr 1953 sogar unumwunden, ihr Gesamtniveau habe sich seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ständig gehoben.

In den „Tee-Gesprächen" wurde vor allem ein Talent Adenauerscher Regierungskunst offenbar, nämlich sein hochentwickelter „Nachrichtensinn" für unterschwellige Stimmungen und kommende Strömungen; sein Gespür für die Nuancen einer Nachricht, für die in jeder Nachricht verborgenen, vielleicht sich nur andeutenden Veränderungen der Wirklichkeit; seine Fähigkeit, mit hochentwickeltem Machtinstinkt politische Entscheidungen stets vorher auf ihre psychologische Verträglichkeit für die öffentliche Meinungsbildung zu sondieren – ohne jemals seine Ziele dabei aus dem Auge zu verlieren, ohne vor Widerständen zu kapitulieren.

Der liberale Ton der „Tee-Gespräche" mit ihrem offenen, wenn auch bisweilen recht harten Meinungsaustausch, die in den Protokollen oftmals 15 bis 20 Seiten füllen, wurde eines der treffendsten Argumente gegen das Schlagwort vom „Kanzler der einsamen Entschlüsse". Sie zeigen vielmehr, wie Adenauer Argumente hin und her bedenken konnte, bis er seine Entscheidungen schließlich traf – und hierbei kam den „Tee-Gesprächen" oftmals eine wichtige Funktion zu, nämlich als „Nahtstelle" zwischen dem Politiker, der konzeptionelle Politik zu entwickeln und die Initiative zu ergreifen hat, sowie den Wählern, bei denen er Resonanz braucht. Doch war seine Entscheidung dann gefallen, ließ er sich durch nichts mehr davon abbringen. Auch öffentlich focht er dann seine Position bis zum letzten durch – selbst unter Inkaufnahme so mancher Pressefehde.

Bei aller publizistischen Beratung entschied er sich nämlich in keinem einzigen Fall unter dem Eindruck oder gar Druck des öffentlichen Meinungsbildes. Am 11. Juli 1952 riet er den um ihn versammelten Presseleuten an: „Lassen Sie sich doch bei Fragen von solch weittragender Bedeutung nicht durch künstlich erzeugte Stimmungen in der Bevölkerung so hin- und herschwanken; ... in einer so schwierigen Lage, in der sich die Welt und Europa befinden, ist es das Unklügste, was man machen kann, wenn man irgendwie die gerade Linie verläßt."

> „Es liegt mir fern, etwa zu behaupten, daß die Allierten namentlich in den letzten Wochen keine Dummheiten gemacht hätten"

Adenauer, der ein glänzender Zuhörer war und sich dafür auch endlos Zeit nahm, verstand es, ein Problem erst zur Entscheidungsreife gedeihen zu lassen, den möglichen Widerhall in der Öffentlichkeit auszuloten, um darauf aufbauend die publizistischen Argumente für seine Position zu formulieren, gleichsam ein „Doppeleffekt von richtiger Entscheidung und publizistischer Aufklärung, demoskopischer Erkenntnis und journalistischen Maßnahmen.

Die „Tee-Gespräche" waren keineswegs eine parteipolitisch geschlossene, festgefügte Veranstaltung. In den Teilnehmerlisten findet man vielmehr auch Namen, wie den des sozialdemokratischen Chefredakteurs und Hörfunkdirektors des Westdeutschen Rundfunks, Dr. Fritz Brühl; Fritz Sänger, dpa-Chefredakteur und späterer Bundestagsabgeordneter der SPD; Egon Bahr, ab 1949 Bonner Korrespondent des Berliner „Tagesspiegels" und 1950 Chefredakteur und Korrespondent des Rias.

Und am 11. Juli 1952 versicherte ihm – bezeichnend für den offenen Stil – einer seiner journalistischen Fragesteller: „Ich möchte Ihnen einmal sagen, Herr Bundeskanzler, daß ich als Sozialdemokrat Ihre Linie in meiner Zeitung vorbehaltlos vertrete, weil ich mir sage, daß ein Bundeskanzler der SPD den gleichen Weg hätte gehen müssen."

Personelle Besetzung wie Atmosphäre der „Tee-Gespräche" sind ein Beleg für Adenauers Fähigkeit zu toleranter Einsicht und dem seinem Wesen durchaus nicht fremden liberalen Grundzug, wie es Robert Strobel, einer der Teilnehmer, einmal beschrieb. Beim „Kanzler-Tee" wurde Tacheles geredet. Adenauer scheute am allerwenigsten offene Kritik – weder an der Frankreich-Politik Gerhard Schröders, noch an de Gaulles „Nein" zum Londoner Antrag auf EWG-Beitritt; er war mit seinen Vorhaltungen keineswegs pingelig, weder gegenüber den anwesenden Journalisten, denen er auch einmal gegenseitige Krakeelerei vorhielt, noch gegenüber anderen. Mal meinte er (am 2. April 1952), er sei nicht gerade glücklich über die Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes, bei dem die Bezahlung im übrigen sehr schlecht sei; mal tadelte er, „das Bundesverfassungsgericht entspricht nicht meinen Vorstellungen" (10. Dezember 1952); mal lobte er die Bayern als wirkliche Föderalisten – sie hätten sich „sehr bundestreu verhalten" (17. November 1950).

Selbst die Alliierten und die Verbündeten mußten sich immer wieder kritische Bemerkungen gefallen lassen, sei es, weil sie der Bundesrepublik Deutschland im Europarat keine Befugnisse geben wollten, sei es, weil man ihr solange als nur irgend möglich die Entsendung diplomatischer Vertreter im Ausland vorenthalten wollte. Bei solchen Gelegenheiten wie am 20. April 1950 machte Adenauer auch deutlich, „er pflege nicht immer das zu tun, was die Alliierten erwarteten und nichts liege ihm ferner als die Rolle des jungen Mannes der Alliierten".

Oder er bekannte trocken: „Es liegt mir fern, etwa zu behaupten, daß die Alliierten namentlich in den letzten Wochen keine Dummheiten gemacht hätten."

Offenheit der Aussprache mit viel Akribie und Verständnis für Gegenargumente und Kontrapositionen zeichneten die Debatten beim „Kanzler-Tee" immer wieder aus. „Dann war es, als hätte der Regierungschef keine anderen Freunde als die Journalisten, und als könnte er allein in ihrem Kreis sich alles von der Seele reden, was ihn bedrückte. Bei solchen Gelegenheiten konnte der Kanzler sogar fröhlich sein. „Einigen wenigen Journalisten vertraute er hier Dinge an, die er sonst kaum jemandem mitteilte", erinnert sich Franz Rodens, einer der Gäste im Palais Schaumburg. Bei diesen Aussprachen, sagte Felix von Eckardt 1979 einmal, rückblickend mit leicht ironischem Unterton, erfuhr man bisweilen mehr als in so mancher Kabinettssitzung. Adenauer selbst formulierte es einmal im April 1952 so: „Ich bitte mir zu erlauben, daß ich sehr offen zu Ihnen spreche. Ich lege wirklich nicht die Worte auf die Goldwaage, und bitte blamieren Sie mich nicht, in dem Sie irgend etwas schreiben."

Offenheit, das war immer auch ein Stück Selbstkritik. So erklärte der Regierungschef am 8. Mai 1953 freimütig, es seien ihm seit längerer Zeit Zweifel darüber gekommen, „ob wir mit unserer bisherigen Taktik in der Saarfrage gut gehandelt haben... Wir müssen sehen, wie wir da eine etwas andere Taktik einschlagen, ohne viel Aufhebens. Wir sind jedenfalls bisher nicht auf einem sehr klugen Wege gewesen."

Aber, wenn es not tat, konnte er freilich auch sehr einsilbig werden, und bohrende Fragen mit Sätzen abwehren wie: „Je mehr wir von der Saar sprechen, desto weniger gut ist es."

Und am 15. November 1951 hielt er den auf Neuigkeiten lauernden Journalisten mit Bestimmtheit entgegen: „Abwarten und Tee trinken!"

Der erste dieser Kanzler-Tees fand am 20. April 1950 statt. 19 Teilnehmer hatte Adenauer eingeladen zu dieser kleinen, als vertraulich bezeichneten Pressekonferenz.

Diesen überschaubaren Zirkel, wo er frei über seine Ansicht sprechen konnte, zog Adenauer deutlich den Mammut-Pressekonferenzen vor, wo 300 und mehr Journalisten zusammenhockten. Es durfte beim Tee oftmals weder mitgeschrieben noch das Gehörte weitergegeben werden.

Die erbetene Vertraulichkeit der Gespräche wurde freilich im Laufe der Zeit immer fragwürdiger, als schon eine knappe Stunde nach dem „Kanzler-Tee" über Fernschreiben von Bonner Redaktionen Berichte in die Welt gingen, was der Regierungschef angeblich gesagt habe. So gab Adenauer die „Tee-Gespräche" schließlich auf, als der Teilnehmerkreis im Laufe der Jahre immer mehr ausuferte, so daß der intime Charakter freimütiger Aussprachen verlorenging.

Am 14. Dezember 1953 – es ging um die Pariser Verhandlungen – schüttelte er ausgesprochen unwillig den Kopf, als 64 Teilnehmer erschienen waren: „Ich bin gar nicht darauf gefaßt, soviele Köpfe hier zu sehen ... In so einem großen Kreis muß ich mich natürlich sehr vorsichtig ausdrücken. Wenn ich Sie dabei enttäusche, bin ich nicht schuld, sondern das Arrangement."

Die Plattform der „Tee-Gespräche" ermöglichte es ihm, durch ein geschicktes System abgestufter Informationen, von Prinzipienfestigkeit und Stellungswechseln, immer wieder neuen Versuchsballons über die Medien innen- wie außenpolitischen Manövrierraum zu gewinnen; erst in der historischen Rückschau lassen seine Berichte, Interviews und Erklärungen erkennen, mit welcher konsequenten Systematik Adenauer dabei operiert hat; die Maximen seiner Sicherheitspolitik formulierte er in fast jeder Journalistenrunde mit einschärfender Klarheit. So am 17. November 1950: „Psychologische Voraussetzung für eine amerikanische Machtentfaltung in Europa ist die Bereitschaft der westeuropäischen Völker, an einer westlichen Verteidigung mitzuwirken... Ein starkes Westeuropa kann sogar die Russen bereitwilliger machen, in Verhandlungen über die internationalen Probleme einzutreten. Das deutsche Ziel muß es sogar sein, in friedlichen Verhandlungen mit den Sowjets zu einem Ausgleich zu gelangen. Ein Krieg ist nicht notwendig, wenn man sich vorher stark macht." Solche immer wiederkehrenden Passagen dokumentieren, daß „Politik der Stärke" bei Adenauer das Gegenteil von „Kaltem Krieg" bedeutete.

Seine Ziele und Absichten waren von Anfang an stets klar und entschieden. Und dennoch gab er sie – wie in der Sicherheitspolitik – der Öffentlichkeit nur wohldosiert preis. Wie er durch seine Informationspolitik die unterschiedlichen Meinungsströmungen nach Kriegsende erst rationalisiert, gebündelt und so politisch wirksam gemacht hat, die souveräne Art, wie er die öffentliche Meinung mit taktischer Meisterschaft balancierte, mit Finesse aber ohne nach billiger Popularität schielender Finte, dies alles belegt, von welch exemplarischer Wirksamkeit Adenauers Verhältnis zu den Medien als Schicksalsplus der Nation gewesen ist.

Dies keinesfalls im Sinne plumpe[r] Kameraderie. Den Kern seiner Politik brachte er bereits am 20. Septembe[r] 1951 auf die Formel: „Die deutsche Gleichberechtigung ist eine Conditi[o] sine qua non des Bundeskanzlers. Ein Leitmotiv der Gründerjahre, da[s] virtuos bei jeder sich bietenden Gele[-] genheit angestimmt wurde. Am 6. September 1951 hieß dies: „Sie kön[-] nen kein Westeuropa schaffen ohne uns. Ohne Deutschland geht e[s] nicht."

Am 13. Dezember 1951 mündet[e] sein Bekenntnis zur geplanten Verte[i]digungsgemeinschaft in der Erwar[-] tung, „daß auch wir im vollen Statu[s] der Gleichberechtigung mit den an[-] deren diesen Vertrag schließen wer[-] den"; und am 20. November 1952 be[-] tonte er Deutschlands Interesse, „da[-] mit auch Einfluß zu bekommen. E[s] ist ja so eminent wichtig, da[ß] Deutschland Einfluß bekommt au[f] die Strategie der Verteidigung."

Adenauers Credo vom 6. Septem[-] ber 1951 lautete: „Wenn unsere Wün[-] sche erfüllt werden, dann bekomme[n] wir damit die volle Souverän[i]tät... Wenn das gelingt, dann haben wir Deutsche einen ganz außeror[-] dentlichen Erfolg errungen, und e[s] beginnt dann eine neue Epoche in de[r] Nachkriegsgeschichte Deutschland[s], die uns nicht nur die politische S[i]cherheit gegenüber Rußland bring[t], sondern auch wirtschaftliche Vorte[i]le."

Die Frage, warum Adenauer dera[rt] immer wieder den öffentlichen Ap[-] pell statt der diplomatischen Füh[-] lungnahme wählte, ist oft gestellt un[d] stets sehr unterschiedlich interpre[-] tiert worden.

Sicher war eines der Hauptmotiv[e] das Verlangen nach Rückhalt in de[r] westlichen Öffentlichkeit, denn wen[n] die deutsche Forderung öffentlic[h] formuliert wurde, so bedeutete die[s] auch, daß Bonn sich unwiderruflic[h] auf diesen Standpunkt festlegte.

Diesem außenpolitischen Mot[iv] korrespondierte ein zumindest eben[-] so bedeutsames regierungstaktische[s] Kalkül: Konkurrierende Gruppen, Strömungen und Meinungen inne[r-] und außerhalb des eigenen Lager[s], alternative Strategien wurden über[-] spielt und vor vollendete, weil bereit[s] öffentlich artikulierte Positionen un[d] Tatsachen gestellt; Gesprächspar[t]nern und Kontrahenten wurden s[o] trickreich die eigenen Ziele und Wün[-] sche markiert. Adenauer war Akteu[r] und Interpret zugleich.

> „Der Schriftsteller Max Halbe schrieb ihm einmal bei einem gemeinsamen Frühstück diesen Vers auf die Speisekarte: ‚Machen Dir die Zeitungen Kummer, gräm' Dich nicht, morgen erscheint eine andere Nummer'"

Adenauers „List der Vernunft" un[-] faßte eine klare und geschickte pub[li]zistische Strategie, die bewies, w[ie] präzise in seiner Politik Mittel un[d] Wege aller Aktivitäten ebenso aufein[-] ander abgestimmt waren, wie sein[e] geschickte Kombination erstrebt[er] Nahziele.

Sie beweist, mit welch genialer Fo[l]gerichtigkeit hinter seinen Darlegu[n]gen von Anfang an ein konzeptione[l]les Ganzes stand.

Adenauer bewahrte sich zu de[n] Massenmedien einerseits sachlic[h] kühle Distanz – und verstand es daf[ür] um so perfekter, intuitiv ihre emoti[o]nalisierende Wirkung zur Ve[r]trauenswerbung für sein politisch[es] Programm zu aktivieren.

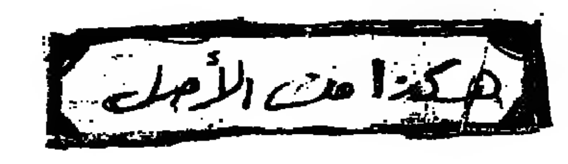
Nichts ist insofern für eine Chara[k]teristik Adenauers irreführender a[ls] der gelegentliche Vorwurf einer „sp[e]zifischen Unsensibilität für öffent[li]che Gefühle".

Mit der ihm eigenen Hartnäcki[g]keit konnte er sich an der Presse r[e]ben, aber selbst inmitten allen G[e]tümmels und streitbaren Meinung[s]kampfes verlor er nie Gelassenhe[it] und Distanz.

Max Halbe, der deutsche Schri[ft]steller des heimatgebundenen Real[is]mus, schrieb ihm einmal bei eine[m] gemeinsamen Frühstück auf d[ie] Speisekarte den Vers: „Machen D[ir] die Zeitungen Kummer, gräm Di[ch] nicht, morgen erscheint eine ande[re] Nummer." Auch dies – schlicht u[nd] einfach – nachzulesen in Konrad Ad[e]nauers „Tee-Gesprächen".

Die „Teegespräche I und II" wurd[en] im Rahmen des Adenauer-Nachla[s]ses herausgegeben, im Auftrag d[er] Stiftung Bundeskanzler-Adenau[er]-Haus von Hans-Peter Schwarz u[nd] Rudolf Morsey. Siedler-Verlag, Be[r]lin, 1984.

Dr. Markus Schöneberger ist stellve[r]tretender Sprecher der CSU. Er pr[o]movierte 1981 über die Informationspolitik des Auswärtigen Amtes. Ve[r]öffentlichung des Buches im Olzog Verlag, München.



FINANZANZEIGEN

Rheinische Braunkohlenwerke Aktiengesellschaft, Köln
– 379 903 –

Bekanntmachung

über die Auslosung bezüglich der 6 % Anleihe von 1963 zum 1. April 1985

Die sechzehnte Auslosung von 6 % Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1963 hat gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 24. Oktober 1984 unter Aufsicht eines Notars stattgefunden.

Gezogen wurden folgende Serien:

Serie 20 umfassend

750 Stück zu je DM 100,– mit d. Nrn. 14 251–15 000	
350 Stück zu je DM 500,– mit d. Nrn. 36 651–37 000	
1 250 Stück zu je DM 1 000,– mit d. Nrn. 67 751–69 000	
200 Stück zu je DM 5 000,– mit d. Nrn. 97 801–98 000	= DM 2 500 000,–

Serie 28 umfassend

750 Stück zu je DM 100,– mit d. Nrn. 20 251–21 000	
350 Stück zu je DM 500,– mit d. Nrn. 39 451–39 800	
1 250 Stück zu je DM 1 000,– mit d. Nrn. 77 751–79 000	
200 Stück zu je DM 5 000,– mit d. Nrn. 99 401–99 600	= DM 2 500 000,–
	DM 5 000 000,–

Die Einlösung erfolgt zum Nennwert ab 1. April 1985 gegen Einreichung der Teilschuldverschreibungen nebst Zinsscheinen per 1. April 1986 uff. (No. 22–25) kostenfrei außer bei der Gesellschaftskasse Stüttgenweg 2, 5000 Köln 41 (Lindenthal), bei sämtlichen in Deutschland gelegenen Niederlassungen der nachstehenden Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit dem 31. März 1985.

Von den zum 1. April der Jahre 1976 bis 1984 ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 5, 6, 8, 10, 12, 14, 17, 18, 24, 27, 30, 31, 33, 38 und 40 sind noch nicht sämtliche Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden. Die Inhaber der vorgenannten Teilschuldverschreibungen werden hiermit aufgefordert, diese zur Einlösung vorzulegen.

Köln, im Oktober 1984

Der Vorstand

Rheinische Braunkohlenwerke Aktiengesellschaft, Köln
– 379 904 –

Bekanntmachung

über die Auslosung bezüglich der 6 % Anleihe von 1965 zum 1. März 1985

Die fünfzehnte Auslosung von 6 % Teilschuldverschreibungen der Anleihe von 1965 hat gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 24. Oktober 1984 unter Aufsicht eines Notars stattgefunden.

Gezogen wurde die Serie 9 umfassend

1500 Stück zu je DM 100,– mit den Nummern 12 001–13 500	
700 Stück zu je DM 500,– mit den Nummern 35 601–36 300	
2500 Stück zu je DM 1000,– mit den Nummern 64 001–66 500	
400 Stück zu je DM 5000,– mit den Nummern 97 201–97 600	= DM 5 000 000,–

Die Einlösung erfolgt zum Nennwert ab 1. März 1985 gegen Einreichung der Teilschuldverschreibungen nebst Erneuerungsschein kostenfrei außer bei der Gesellschaftskasse Stüttgenweg 2, 5000 Köln 41 (Lindenthal), bei sämtlichen in Deutschland gelegenen Niederlassungen der nachstehenden Banken:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit dem 28. Februar 1985.

Von den zum 1. März der Jahre 1975, 1976 und 1978 bis 1984 ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 4, 5, 7, 8, 13, 16, 17 und 19 sind noch nicht sämtliche Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden. Die Inhaber der vorgenannten Teilschuldverschreibungen werden hiermit aufgefordert, diese zur Einlösung vorzulegen.

Köln, im Oktober 1984

Der Vorstand

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 3462

Zum Thema
Auslandsgeschäft

Rühle v. Lilienstern (Hrsg.)

Aufbau und Durchführung des Auslandsgeschäfts

420 Seiten. Gebunden. DM 118,–

Im vorliegenden Buch stellen 32 Experten aus der Wirtschaftspraxis in 30 Beiträgen Möglichkeiten und Probleme des Aufbaus und der Erweiterung des Auslandsgeschäfts dar. Es werden insbesondere mittelständische Unternehmen angesprochen, die ihre Auslandsaktivitäten erst beginnen oder auch intensivieren wollen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Informations-Coupon
(einsenden an Alfred Metzner Verlag – Postfach 970148 – 6000 Frankfurt/M. 97)

Ich bitte um weitere Informationen zum Thema „Auslandsgeschäft"

Name/Vorname ____________

Straße ____________

PLZ/Ort ____________

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Aschau im Chiemgau
Eigentumswohnungen,
Wfl. 39–148 m², Parkwohnanlage, bayerischer Landhausstil, bezugsfertig,
Preis z.B. ab DM 229.000,—
bei 71 m² Wfl. zuzügl. TG-Platz
DM 12.500,—,
Gesamtpreis DM 241.500,—.
Keine Käuferprovision
Telefon (089) 59 17 11
Leonberger Immobilien

Feldberg-Falkau
Hochschwarzwald
Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus,
Wfl. ca. 155 m²,
bezugsfertig.
Preis ab DM 365.000,—
incl. Garage(n) u. Stellplätze,
Keine Käuferprovision
Telefon (07 71) 50 41 / 42
Leonberger Immobilien

Kempten/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 39–89 m²,
ideal als Ferienwohnung oder Altersruhesitz,
Preis ab DM 109.000,—
zuzügl. DM 3.000,— Stellplatz,
Gesamtpreis ab DM 112.000,—.
Keine Käuferprovision
Telefon (08 31) 2 26 51 / 2 60 20
Leonberger Immobilien

Konstanz/Bodensee
Eigentumswohnungen,
Wfl. 88–127 m², bezugsfertig,
reizvolle Umgebung mit hohem Freizeitwert,
Preis ab DM 288.000,—
incl. TG-Platz,
Keine Käuferprovision
Telefon (07 71) 50 41 / 42
Leonberger Immobilien

Puchheim bei München
Reihenhäuser, Wfl. 103–106 m²,
ausbaufähiges Dachgeschoß,
bezugsfertig, S-Bahn-Anschluß,
Preis ab DM 468.000,—
zuzügl. Garage DM 12.000,—.
Gesamtpreis ab DM 480.000,—.
Keine Käuferprovision
Telefon (089) 59 17 11
Leonberger Immobilien

Wangen/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 80–96 m², 20 Min. bis zum Bodensee, bezugsfertig,
Preis ab DM 199.000,—
incl. TG-Platz.
Keine Käuferprovision
Telefon (075 28) 69 69
Leonberger Immobilien

HOLLAND 20 km v. Aachen: Freisteh. Bungalow auf 1000 m² m. freier Aussicht auf Park, VB 245 000,– DM. Tel. 00 31 / 44 05.20 00

Einsame Insel in Schweden

In einem See in Südschweden, etwa 250 km von Kopenhagen entfernt:

8225 m² große Insel (4675 m² Ufer) mit kleinem, rustikal möbliertem Häuschen, 1 Zimmer mit Kamin und Balkenwerk, Küche, Boot und Ponton. Auf der Insel verstreut 3 Hütten.

Angebotspreis: DM 120 000,–.

Telefonische Informationen nach 18.00 Uhr:

46 (Schweden) 42 14 58 81

Anschrift: Madame Gouaille – Edwin Berlingsgata 32 Helsingborg 25250, Schweden

---

Betreiber gesucht

In einer expandierenden Industrie- und Wohnstadt mit sehr reger baulicher Weiterentwicklung und großem Einzugsgebiet, Nähe Nürnberg, plant unser Auftraggeber u. a. die Errichtung eines

- **Altenwohn- u. Pflegeheimes für ca. 130 Personen**
- **Squash- und Fitneß-Center mit Café (6 Courts)**

Das Gesamtprojekt umfaßt weiterhin einen Einkaufsmarkt (850 m²), mehrere Ladengeschäfte, eine Bankfiliale, Apotheke, Arztpraxen und einige Büro- und Wohneinheiten. Abgerundet wird dieses Angebot durch einen Gastronomiebetrieb mit kleinem Hotelteil.

Lage: S-Bahn und Bushaltestelle direkt am Projekt, neuerbautes Schulzentrum mit ca. 2500 Schülern in unmittelbarer Nähe, angrenzendes Waldgebiet mit Trimmpfad und Wanderwegen, weitere Freizeitmöglichkeiten (Hallenbad, Turn- und Tennisanlagen, Sportanlagen) im Umkreis von 400 m.

Weitere Informationen erhalten Sie über

IMMOBILIEN KOCH KG RDM
Irrerstraße 4 – 6, 8500 Nürnberg 1 · Telefon: (09 11) 20 43 35

RDM

Großraum Rhein-Main Topliegenschaft im Luftkurort Stromberg/Hunsrück

Grundstück: rd. 37 100 m² groß, waldreiche, ruhige Alleinlage, Spiel- und Sportwiesen

Kurhaus: repräsentative Bauweise, ca. 65 Einzel- und Doppelzimmer, mehrere Aufenthaltsräume und Lehrsäle, Terrassen, moderne Bäderabteilung, Großküche, Verwalterwohnung – Schulzentrum in sep. Gebäude – in unmittelbarer Nähe: Schwimmbad, Tennis, Reiten, Golf etc.

Nutzungsmöglichkeiten: Schulungs- und Seminarzentrum, Seniorenwohnsitz, Sanatorium, Privatklinik, Rehabilitationszentrum, Ferienwohnungen, Hotel etc.

Kaufpreis: DM 2,8 Mio.

32 043 1

Immobilien **HARTMANN** GMBH
Beteiligungsunternehmen der Mainzer Volksbank
6530 Bingen · Mainzer Straße 1
☎ 06721/12008

Gelegenheit! Verkauf auf Rentenbasis!

Geeignet u. a.: Kfo, Z-Arzt m. Oralchirurgie, Versandhandel, Lehrbereich, Auslieferungslager. Bestehend aus 9gäng. u. 1 Whg. m. gehob. Ausstatt., dazu ca. 250 m² als gr. Fläche, leicht teilbar, in guter Ausstatt., Install. usw., ebenerdig, reichl. reserv. Parkpl. auf eig. Grdst. Gut im Stadtbild der Kreisstadt Höxter/Weser/Westf. gelegen. Guter Freizeitwert, alle Schulen.

Weitere Einzelh. u. Tel. 0 52 71 / 3 18 76, ab 10 Uhr an allen Tagen.

EIGENTUMSWOHNUNGEN SCHWEIZ
Zu verkaufen in kleinem Bergdorf an schöner Aussichtslage, fünf Autominuten von bekanntem Skigebiet, sechs 3- und 4½-Zimmer-Wohnungen. Bewilligung mit Grundbucheintrag für ausländische Staatsbürger bei Vertragsabschluß bis Ende November 84 zugesichert. Anfragen beantwortet gerne Tel. 00 41 / 55 / 27 88 27 oder Chiffre 47–22103 an Mosse Annoncen AG, Postfach, CH-8025 Zürich.

Schweizer AG
mit Domizil und Vertretung sehr gut beleumundeter Personen, an seriöse Person od. Gesellschaft zu veräußern. Bei Kauf werden alle Aktien überreicht.
Zuschr. u. S 10 919 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Nähe München
kleines Wohn- u. Geschäftshaus, ausbaufähig, m. gut eingef. Fachgeschäft inkl. Warenbest. und Ladeneinr. sowie Einbauküche, im Landkreis Pfaffenhofen.
Immob. Haderlein
Tel. 08 81 / 73 65 od. 72 11

Renommiertes Teppichhaus in der Schweiz sucht
Kapital
ca. 300 000–500 000,– Franken.
Wir haben allen Grund zu expandieren.
Nähere Angaben unter Chiffre 05-115 218 an Publicitas, CH-3001 Bern.

Sehr gut eingeführte
psychologische Beratungspraxis
an Diplom-Psychologen(in)/klinischer Psychologe(in), mit oder ohne Kassenzulassung, zu übergeben. Zentrale Lage, großes Einzugsgebiet, sehr gute Zusammenarbeit mit Ärzten und Institutionen. Raum westl. Münsterland, ca. 80 000 Einwohner.
Zuschr. unt. N 10 916 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ostwestfalen, Raum Minden Bad Oeynhausen, Osnabrück
restauriertes Fachwerkhaus, Wfl. 150 m², auf idyll. gel. Grdst. innerhalb einer Parkanl., an kunstsinnigen Interess. zu verm.
Zuschr. u. U 10 833 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

INKASSO
Erfolgreiches Team übernimmt unkonventionell den Einzug Ihrer Forderungen im In- und Ausland, auch in schwierigsten Fällen. Zuschr. u. R 10 302 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

BÜRGENSTOCK-WEST
bietet schnellentschlossenen Investoren
BETEILIGUNG AM AKTIENMARKT
Meine Konditionen:
Ihre Investition wird mit 30 % verzinst, und die Laufzeit beträgt 3 Mon. Sie investieren zwischen 5000,- und 50 000,- DM und erhalten bei 5000,- eine monatliche Rate v. 2160,-/2170,-/2170,-; bei 10 000,- = 4330,-/4335,-/4350,-/ Rendite 1500,-/3000,-.
Weitere Informationen bei
Bürgenstock-West, Wolfgang Jordis
Frankfurter Straße 15 a, 635 Bad Nauheim, Tel. 0 60 32 / 16 72

Kapitalbeteiligung gesucht!
Zur Erweiterung unseres Betriebes suchen wir Kapitalbeteiligung ab DM 100 999,–. Beste Sicherheiten durch Grundbuchabsicherung gegeben.
Zuschr. erb. unt. A 10839 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Hautarzt od. prakt. Arzt
in Fußgängerzone nordd. Großst., überdurchschnittl. laufende Hautpraxis ab 85 aus Altersgründen frei. 180 m², DM 1600,– KM.
Tel. 0 50 65 / 85 36

Zu verk. oder zu verp.
4-Feld-Tennishalle im Raum Krefeld.
Zuschr. u. B 10 884 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir wandeln Ihre Steuern in Immobilienbesitz um. Schon ab 50 000 DM p. a. interessant.
TerraReal GmbH
Widenmayerstr. 50, 8 München 22
Tel. 0 89 / 22 16 32

Schweizerische Finanzgesellschaft sucht zur Restfinanzierung einer größeren Freizeitanlage in bekanntem Touristikgebiet
Darlehenskapital von sfr 10 Millionen
Laufzeit 10 Jahre, Verzinsung und weitere Bedingungen nach Vereinbarung. Beteiligung an Gesellschaft nicht ausgeschlossen.
Anfragen unter Chiffre 44-130 713, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich

---

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Versteigerung von mehreren Produktionshallen (9000 m²) und Grundstücken (25 000 m²) am 30. November in Sarralbe/Ostfrankreich
(Autobahn Strasbourg–Metz/Paris)
Preise: 1. Los 1 Mio. DM, 2. Los 360 TDM
Auskünfte erteilt:
Notar HEITZ/Syndyk STROH
Telefon aus der Bundesrepublik Deutschland:
00 33 / 87 98 03 90 und 00 33 / 87 97 80 67

Die grüne Insel
La Palma, Bungalow, Bj. 80, 3 ZKB, Hobbyr., Gar., 2 Terr., möbl., DM 130 000,-.
Brennecke, Mkl.
Heinrichstr. 2, 2850 Bremerhaven
Tel. 04 71 / 4 70 21

Rheda (Krs. Gütersloh)
Stadtrand-Bauland
je 3617 u. 2450 m², für gewerbl. Zwecke ausgewiesen, zu verkaufen.
F. Severin, Immobilien
4840 Wiedenbrück
Lippstädter Straße 3
Ruf 0 52 42 / 53 28

Repräsentatives Büro
Celle
ca. 450 m², höchsten Ansprüchen genügend, mit ausreichenden Parkplätzen, ab sof. zu verm. Außerdem könnten auch weitere Räumlichk. für Lager-/Fabrikationszwecke bis ca. 1000 m² angemietet werden.
Tel. 0 51 41 / 3 10 21

---

gepe SYSTEM Dia-Projektion in Perfektion...
NORDIC Handelsges. mbH Postfach 12 09, 2070 Ahrensburg



VERSTEIGERUNG

Zwangsversteigerung

des Büro- und Wohngebäudes mit Lagergebäude und Werkhalle, Immecker Straße 9, 5882 Meinerzhagen 1, derzeitiger Eigentümer Baugeschäft Metz GmbH & Co. KG in Meinerzhagen

am Donnerstag, dem 15. November 1984, 10.15 Uhr
Amtsgericht Meinerzhagen, Gerichtsstraße 14, 1. Stockwerk, Saal 12

Büro- und Wohngebäude (zweigeschossig, mit ausgebautem Dachgeschoß)
EG. 2 Büroräume, Garderobe, Aktenraum, WC, Vorraum, 2 Kellerräume, Heizung, Flur, Nutzfläche 116,5 m²
OG. Wohnung (Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kinderzimmer, Küche, Bad/WC) mit 72,5 m², Werkstatt (mit Abstellraum, Dusche, WC) mit 38,6 m²
Lagergebäude: EG Geräteraum (46,9 m²), OG: Lagerraum (137,1 m²)
Werkhalle, EG. Einstellraum/Lager (169,6 m²), OG Werkhalle (281,9 m²)
Grundstücksgröße: 2365 m².
Verkehrswert gemäß § 74a Abs. 5 ZVG

Grundbesitz	706 000,– DM
mithaftendes Zubehör des Baugeschäfts	38 200,– DM
insgesamt	744 200,– DM

Auskünfte
Amtsgericht Meinerzhagen, 6 K 10/83, Tel. 0 23 54 - 50 96

Mehr Ski-Vergnügen



Machen Sie mehr aus Ihrem Ski-Vergnügen ● Mit SkiMagazin ● Das November-Heft ist jetzt da ● Aus dem Inhalt: 56 S-Ski und S-Stiefel im Härte-Test ● Ein neuer Sprung-Ski für Mutige ● Mode: Molliges zum Kaufen und Selbermachen ● Reisen: Ski-Regionen, die nicht jeder kennt ● Auto: So machen Sie Ihr gutes Stück winterfest ● Und noch vieles mehr im neuen SkiMagazin ● Jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler.

---

algarve

Viele meinen, „die schönste Küste Europas".

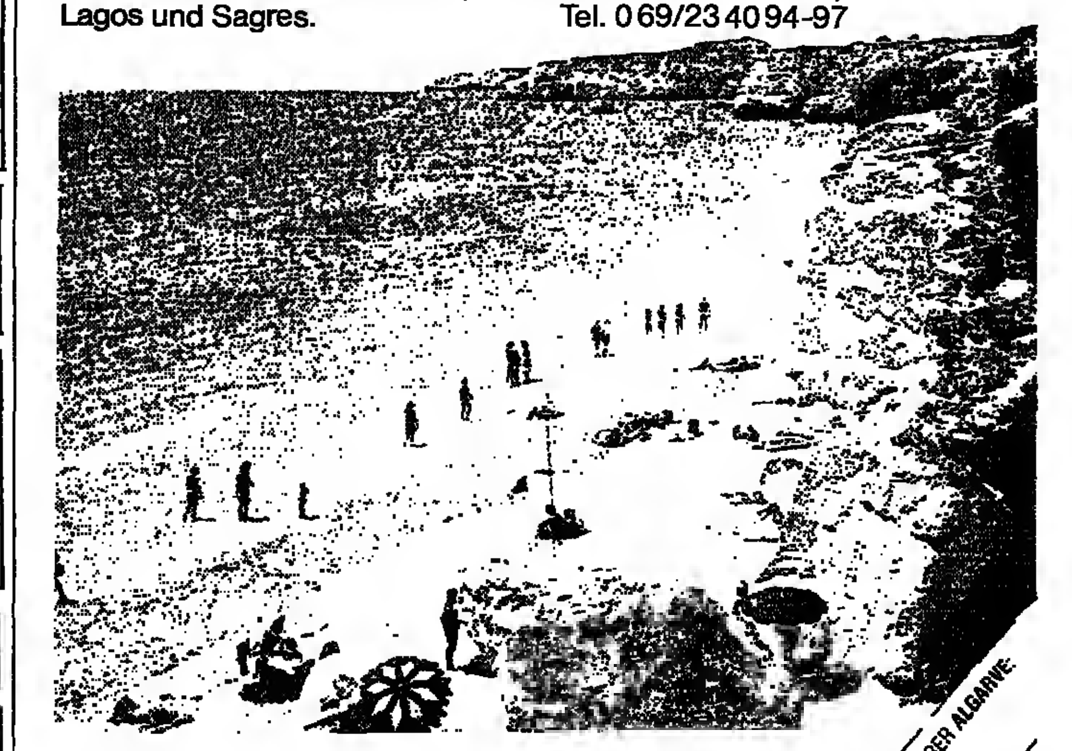
Mildes Klima, traumhafte Strände, eingebettet in ein faszinierendes Felspanorama.

Albufeira malerisches Fischerstädtchen und internationales Seebad zugleich.

Und andere historisch sowie reizvolle Orte, wie Praia da Rocha, Lagos und Sagres.

Für Erholungssuchende und Sporturlauber: Tennis, Golf, Tauchen, Reiten, Angeln, Hochseefischen, Schwimmen.

Auskünfte erteilen gern alle Reisebüros und das Portugiesische Touristik-Amt, Kaiserstr. 66, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 0 69/23 40 94-97



portugal sehen und erleben

TAP Fliegen Sie mit AIR PORTUGAL

BITTE SENDEN SIE INFORMATIONSMATERIAL ÜBER ALGARVE
NAME
STRASSE
ORT

31.10.84

Die Orgatechnik ist vorüber. Herr Dienhart hat über 75 Computer-Stände besucht. Er hat bei dem einen dieses und bei dem anderen jenes gesehen. Doch dann trennte sich die Spreu vom Weizen: Herr Dienhart sah den ersten SPERRY PC.

So hätten Personal Computer von Anfang an sein sollen.

Mit dem SPERRY PC hat Herr Dienhart bereits heute über 100 getestete Anwendungsprogramme zur Verfügung – von der Textverarbeitung bis zur Branchenlösung. Und er hat eine Modellfamilie, die einen stufenweisen Ausbau ermöglicht. Dazu schätzt Herr Dienhart die Zusicherung, bei seinem Sperry-Händler jederzeit ein offenes Ohr zu finden. Und eine kompetente Fachberatung.

Wenn auch Sie einen Personal Computer kennenlernen möchten, der so ist, wie PCs von Anfang an hätten sein sollen, dann wenden Sie sich an Sperry.

Wenn Sie das gleiche Erfolgserlebnis wie Herr Dienhart haben möchten, schicken Sie den Coupon an Sperry.

Der SPERRY PC: Nutzung des größten Softwareangebots, 100% kompatibel durch gängigste Betriebssysteme MS-DOS und Concurrent CP/M-86, 7 Modelle ab 128K Bytes, hohe Verarbeitungsgeschwindigkeit durch „Turboschalter", einzigartige Farbwiedergabe durch hochauflösenden Bildschirm, anschließbar an Großrechner von Sperry, IBM ... Detaillierte Informationen: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW-3, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus.

Name ____________

Firma ____________

Position ____________

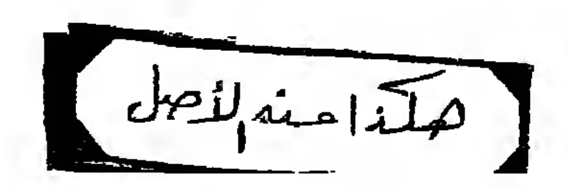
Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Telefon ____________

Sperry. Die Computer-Profis:
Wir glauben an die bessere Idee.





STAND●PUNKT

Knüppel aus dem Sack

Wenn's dem Esel zu wohl wird, geht er aufs Eis. Einfach so? Sucht er sich dann in seinem Übermut eine Eisfläche, die ihm gerade Spaß macht, oder eine, in deren Nähe sein Stall steht? So bitte nicht, deutsche Esel haben sich an sportliche Regeln zu halten, wenn es ums Eis geht. Armes Grautier, wandelt dumm und störrisch durch Fabeln und Sprichworte und müßte eigentlich in die Welt hinausschreien, daß die Menschen, die es verspotten, noch dümmer und störrischer sind, kurz: zu jeder Eselei fähig.

Zwei Eishockey-Spieler, wohnhaft in Essen, Mitglieder des Bundesliga-Klubs EHC Essen-West, möchten lieber bei der *Düsseldorfer EG aufs* Eis gehen. Dort trainieren sie auch schon, aber spielen dürfen sie nicht. Die Essener blockieren ihren Vereinswechsel mit einer Sperre von 18 Monaten, was den Satzungen entspricht. Die Düsseldorfer sind bereit, Ablöse zu bezahlen, die Essener bleiben weiter stur.

Das alles könnte alltägliche Sportnachricht sein. Im Profisport sind die, die ihn betreiben, nicht mehr Mitglieder, sondern Angestellte eines Vereins. Mit Verträgen, Kündigungsfristen, Gehältern.

Hier aber – haben Sie schon gewußt, daß es in einer deutschen Großstadt, noch dazu einer im Ruhrgebiet, heutzutage noch so viele Esel gibt – hier geht es um Schüler. Um zwei kleine Jungen, einer zehn, der andere elf Jahre alt. Ihnen verweigert Essen den Vereinswechsel und deutet an, *vielleicht könne dieser Wechsel ja* doch noch mit 10 000 Mark pro Stubsnase anstatt der angebotenen 5000 Mark zustande kommen. Schließlich, so die eselsohrigen Vorstandsherren, gehe es hier um Düsseldorfer Abwerbung.

Das muß man sich einmal vorstellen: Zwei Kinder (vielleicht auf Wunsch ihrer Eltern, einerlei) wollen in einem Verein ihrer Wahl spielen und werden behandelt wie gepfändete Möbelstücke, die nur mit amtlicher Genehmigung umgesetzt werden dürfen oder ausgelöst werden müssen. Hat da jemand Eishockey ohne Kopfschutz gespielt? Ist es da einem Grautier zu wohl geworden?

Tischlein deck dich, Esel streck dich, Knüppel aus dem Sack. DW.

LEICHTATHLETIK / Hochbezahlter Schuh-Wechsel prominenter Stars beginnt mit Paukenschlag

Thränhardt springt „made in Japan“

CURT MORELL, **Köln**

Ein Märchen ist es nicht, auch wenn sehr oft märchenhaft bezahlt wird. Die Stars der deutschen Leichtathletik sind längst keine Aschenbrödel mehr, für sie heißt es: Geld liegt im Schuh. Morgen beginnt die vier Wochen lange Frist, in der Athleten offiziell ihre Schuhfirmen wechseln und neue Verträge abschließen dürfen. Schon bevor das Pokerspiel begonnen hat, konnte eine japanische *Firma einen der attraktivsten und* leistungsstärksten deutschen Athleten neu besohlen. Er entspricht fast dem Wunschbild, das der deutsche Manager der fernöstlichen Schuhmacher, Peter Bürger, vor einigen Wochen so formulierte: „Wir wollen einen Olympiasieger, blond und möglichst hoch*gewachsen.*“

Der große Blonde mit dem Japan-Schuh ist zwar kein Olympiasieger, aber Europarekordler und Hallenweltrekordler im Hochsprung (jeweils 2,37 m): Carlo Thränhardt, 1,93 m groß. Er soll fortan Zugpferd für „Asics Tiger“ in Deutschland sein. Thränhardts Freund Dietmar Mögenburg, der Olympiasieger, war nicht zu haben. Doch seine Ablehnung erhellt, was es einbringen kann, wenn einer von der Qualität dieser beiden in neue Schuhe schlüpft: Mögenburg *steht* (wie vorher auch Thränhardt) beim deutschen Marktriesen „adidas“ unter Vertrag und ist mit der Tochter des Generalvertreters Graf Werner von Moltke, einem ehemaligen Zehnkämpfer der Weltklasse, befreundet. Die Summe, die Mögenburg dafür von „Asics Tiger“ gefordert haben *soll, geschäftliche und private* Bande zu zerschneiden, läge etwa bei 500 000 Mark für zwei Jahre. Die Japaner lehnten ab. So heißt es, genaue Zahlen bleiben im dunkeln.

So auch bei Carlo Thränhardt. Er kassiere zwar auch sechsstellig pro Jahr, aber nicht so viel, wie es der Hochsprung-Freund gefordert hatte. Dafür erhalte er aber noch ein Zubrot: einen Posten als Produktmanager der deutschen „Tiger“-Niederlassung und einen Sportwagen Marke „Nissan“. Die Barzahlungen lassen sich *nur schätzen. Beispiel dafür* kann Thränhardts amerikanischer Kollege Dwight Stones sein, der von den Japanern jährlich 40 000 Dollar (rund 122 000 Mark) erhält, plus Prämien für Erfolge und Fernsehauftritte.

Das Fernsehen ist dabei wichtig, *die großen Stars des Sports sind* bei den größten Sportschuhfirmen der Welt den Stars aus dem Showgeschäft gleichgestellt. Thränhardt sieht an den Füßen jetzt aus wie der französische Filmstar Jean-Paul Belmondo, das Aushängeschild der Japaner. Wagner-Tenor Peter Hofmann und Dirigent Herbert von Karajan halten es mit „adidas“, Rocksänger Mike Oldfield mit der deutschen Konkurrenz „Puma“. Und der amerikanische Schauspieler Dustin Hoffman joggt in Produkten von „Nike“ – *bestimmt nicht nur*, weil er wegen seines Films „Der Marathonmann“ besonders viel Spaß daran bekommen hat.

Der Kampf, die besten Athleten in die werbeträchtigen Schuhe steigen zu lassen, wird den ganzen November über anhalten. Und immer treten die *prominenten Füße dabei* dorthin, wo Scheine knistern.

NACHRICHTEN

Italien: Werbemillionen

Mailand (sid) – Ein Konsortium von acht Großfirmen (darunter Coca-Cola und Kodak) sicherten sich die Werberechte an Italiens Fußball-Nationalmannschaft. Dafür erhält der Verband bis 1986 umgerechnet 15 Millionen Mark.

Klümper: Ermittlungen

Freiburg (dpa) – Beamte der Sonderkommission „Ärzte *und* Apotheken“ des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg haben beim prominenten Sportmediziner Professor Armin Klümper in Freiburg neue Unterlagen beschlagnahmt. Gegen Klümper läuft seit April ein „Ermittlungsverfahren wegen Betrugs zum Nachteil von Ersatz- und Ortskrankenkassen“.

Wimbledon: Gewinn

London *(sid) – Das Tennis-Turnier* von Wimbledon brachte in diesem Jahr ein Gewinn von umgerechnet 15 Millionen Mark. 55 Prozent dieser Summe resultieren aus dem Verkauf der Fernsehrechte.

Laffite bei Ligier

Paris (sid) – Jacques Laffite wird in der Formel-1-Weltmeisterschaft 1985 nach zweijähriger Unterbrechung wieder für Ligier starten. Der Franzose, mit *Williams* 14. der Titelkämpfe dieses Jahres, ersetzt seinen Landsmann François Hesnault.

Spieler gegen Höher

Nürnberg (sid) – Die Mitglieder des Spielerrates des Bundesliga-Absteigers 1. FC Nürnberg haben sich öffentlich gegen ihren Trainer Heinz Höher ausgesprochen. Sie übergaben einer örtlichen Tageszeitung eine Erklärung, in der sie Höher „gravierende Fehler im Trainingsaufbau, im taktischen und psychologischen Bereich“ vorwerfen. Zum Spielerrat gehören Kargus, Horsmann, Lottermann, Weyrich und Brunner.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Stockholm: Westphal (Deutschland) – Perkiss (Israel) 6:3, 6:3. – Damen-Turnier in Zürich: Schropp (Deutschland) – Jolissaint (Schweiz) 6:3, 7:8.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: unbesetzt, 2: 343 790,60 Mark, 3: 12 243,20, 4: 155,40, 5: 9,80. – **Toto,** Elferwette: 1: unbesetzt, Jackpot 694 227,30, 2: 28 936,10, 3: 1505,90. – 6 aus 45: 1: 138 141,90, 2: 7802,70, 3: 1717,40, 4: 51,70, 5: 5,40. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 5,60, 2: 2,90. – Rennen B: 1:89,10, 2: 89,10. – Kombinationsgewinn: 7446,10 Mark. (ohne Gewähr)

SCHACH / Zehntes Remis hintereinander

Endlich ein harter Kampf

LUDEK PACHMAN, **Bonn**

Endlich kam es in der 19. Partie der Schach-Weltmeisterschaft wieder einmal zu einem echten Kampf. Titelverteidiger Karpow versuchte einen weniger üblichen Aufbau im Damengambit und erreichte spürbaren Positionsvorteil. Herausforderer Kasparow mußte sich im Endspiel sehr präzise und aktiv verteidigen, um das zehnte Remis hintereinander zu erreichen. Karpow führt weiter 4:0.

Die Notationen (Weiß Karpow, Damengambit): 1.Sf3 d5, 2.d4 Sf6, 3.c4 e6, 4.Sc3 Le7, 5.Lg5 h6, 6.Lxf6 ...

In der 17. Partie erreichte Karpow in der „Tartakower Variante“ 6.Lh4 0-0, 7.e3 b6 gar nichts. Übrigens pflegt er diese Variante oft mit Schwarz zu spielen, zum Beispiel in seinen Wettkämpfen mit Viktor Kortschnoi.

6. . . Lxf6, 7.Dd2! . . .

Eine kleine Erinnerung: In Meran 1981 riet ich Viktor Kortschnoi dringend, es gegen Karpow gerade mit diesem Aufbau zu versuchen. Meine Idee war 7. . . . 0-0 scharf mit 8.0-0-0!? zu beantworten. Weiß kann danach einen Bauernsturm am Königsflügel versuchen.

7. . . . Sc6!, 8.e3 0-0, 9.Tc1 a6, 10.Le2 dxc, 11.Lxc4 e5, 12.d5 Sa7!?.

Ein recht unnatürlicher Rückzug. Offenbar will Schwarz nach 13.Se4 mit Lf5 fortsetzen. Gute Chancen zum Ausgleich hat Schwarz nach 12. . . . Se7, 13.Se4 Sg6 nebst Lg4.

13.De2 Sb5!.

Eine überraschende taktische Finesse. Falls nun 14.Lxb5? axb5, 15. Sxb5 so folgt Dxd5, 16.Sxc7 Da5+, 17.Dd2 Td8!, 18.Dxa5 Txa5 und Schwarz gewinnt den Bauern mit Vorteil zurück: 19.a3 d4 usw.

14.Sxb5 axb, 15.Lb3 e4!, 16.Sd4! Lxd4, 17.exd c6!,

Falls Lf5?, so folgt 18.Dxc7 Tc8, 19.Dxd8 Txc1+, 20.Kd2 Txh1 (hoffnungslos wäre Txd8, 21.Txc1 nebst 22.Tc5), 21.De7 und der weiße d-Bauer entscheidet. Oder 19. . . . Txd8, 20.Kd2 nebst Ke3 und Tc5.

18.dxc Dxd4, 19.0-0 . . .

c7 wäre wegen Ta6! keineswegs gefährlich für Schwarz: 20.0-0 Tc6, 21.De2 Te5 – und der Bauer c7 fällt.

19. . . . bxc, 20.Dxc6 Ld7, 21.Dd5! . . .

Der Übergang ins Endspiel ist für Weiß die beste Gewinnchance. Denn z. B. nach 21.Dc2 Tac8 gleicht Schwarz das Spiel leicht aus.

21. . . . Dxd5, 22.Lxd5 Ta6!,

Bereitet den Läufertausch vor. Sonst hätte der weiße Läufer eine dominierende Position.

23.Tfd1 Le6!, 24.a3 Lxd5, 25.Txd5 Tb8, 26.Td4 Ta4, 27.Tcd1 Te8!, 28.Kf1 . . .

Nichts ergibt 28.Td8+ Txd8, 29.Txd8+ Kh7, 30.Tb8 Td4, 31.Kf1 Td5 usw.

28. . . . Te2, 29.T4d2 Txd2, 30.Txd2 Te4, 31.Ke2 b4, 32.Kd1 bxa3, 33.bxa3 Ta4, 34.Ta2 f5, 35.Kc2 f4, 36.Kb3 Td4, 37.Ta1 . . .

Falls sofort a4, folgt sofort e3, 38.fxe3 fxe3, 39.a5 Td3+!, 40.Kb4 Td2 oder 39.Kc3 Te4, 40.Kd3 e2! mit Remis.

37. . . . Kf7, 38.a4 e3, 39.Kc3 Td8, 40.fxe fxe, 41.Te1 Ta8, 42.Kb3 Tb8+, 43.Kc2 Ta8, 44.Tf1+ vertagt.

DÜSSELDORF / Notvorstand eingesetzt

Viel Theaterdonner, kein neuer Präsident

ULLA HOLTHOFF, **Düsseldorf**

● **Die dürftigen Fakten:** Die Entscheidung über einen neuen Präsidenten beim Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf wurde vertagt. Nach dem Rücktritt des alten Präsidiums unter Vorsitz des FDP-Bürgermeisters Bruno Recht (63) führt ein Notvorstand die Geschäfte weiter. Ehrenratsvorsitzender Josef Schmitz-Weiß (64) steht an der Spitze des Interims-Vorstands. Nach der Kündigung der umstrittenen Geschäftsführerin Irene Gagsch erklärte sich der ehemalige Manager Werner Faßbender vorläufig zur Leitung der Geschäftsstelle bereit. Die Zukunft des gekündigten Managers Wolfgang Ley ist weiterhin ungewiß.

● **Das lange Theater:** Schmutzige Wäsche wurde nicht gewaschen. Und doch erinnerte alles an unselige Schalker Zeiten. Auf dem Höhepunkt der Düsseldorfer Führungskrise wäre beinahe auch der letzte Rettungsversuch des Beirats an den Emotionen der Vereinsmitglieder *gescheitert.* „Das Volk will Blut sehen“, hatte Schatzmeister Gabel schon nach wenigen Minuten erkannt. Die rund 400 Mitglieder wollten einen neuen Präsidenten wählen, wollten dem geforderten Neuanfang personelle Konturen verleihen. Diese Hoffnung wurde *mit dem Vorschlag* des Beirats, *die* Wahl mangels geeigneter Kandidaten zu verschieben, enttäuscht.

Mit Dringlichkeitsanträgen und Satzungsinterpretationen versuchte insbesondere der ehemalige Schatzmeister Herbert Kreidt die Verunsicherung der Mitglieder auszunutzen und eine sofortige Entscheidung herbeizuführen. Er schlug den Stahlkaufmann Heinz Wirtz als Präsidenten vor und hoffte, in dessen Gefolge in den Vorstand zurückzukehren. „Die sind doch alle nur scharf auf einen Posten“, argwöhnten viele Mitglieder.

Enttäuschung, Verwirrung und Mißtrauen prägten die Stimmung. Versammlungsleiter und Beirat waren um sachliche Diskussion und Zeitgewinn bemüht, die Opposition emotionalisierte die Versammlung durch Pathos, einige Vereinsmitglieder zeigten sich in ihren Diskussionsbeiträgen nur noch verwirrt. Erst nach zwei Unterbrechungen gelang es dem Beirat, die Versammlung davon zu überzeugen, daß die Vertagung der Präsidenten-Wahl satzungsgemäß sei. Eine Entscheidung, die von den Mitgliedern nur widerwillig akzeptiert wurde, weil sie ein schnelles und endgültiges Ende dieser Krise erhofft hatten, die durch unglückliche Personalentscheidungen des einst souveränen Präsidenten Bruno Recht entstanden war. Weil diese Krise keine wirtschaftlichen, sondern personelle Ursachen *hat, fürchtet der* Beirat im Falle einer weiteren personellen Fehlentscheidung eine Verschärfung der Situation.

Den Anlaß für diese Befürchtung bietet die Satzung, die dem Präsidenten eine ungewöhnlich starke Position einräumt. In Düsseldorf wird nicht das *Präsidium* von der *Mitglie*derversammlung eingesetzt, sondern nur der Präsident, der den Kreis seiner Mitarbeiter anschließend selbst zusammenstellt. Deshalb werden Kandidaten für dieses Amt nach eingehender Prüfung von einem speziellen Gremium der Mitgliederver*sammlung vorgeschlagen.* „*Uns lagen* mehrere Vorschläge zur Prüfung vor. Wir haben jedoch erst am 16. Oktober von Bruno Rechts Rücktrittsplänen erfahren und brauchen drei Monate Zeit, um einen für die Führung der Fortuna geeigneten Mann zu finden“, erklärte Professor Franz Loogen, der *Leiter des Wahlgremiums.*

Einer der möglichen Kandidaten saß im Publikum: Architekt Hans Hansen (43) hatte nach großer Kampagne am Samstag bereits einen Tag später seine Kandidatur zurückgezogen. Ein Schritt, den Stadionsprecher Bierbaum begrüßte: „Wir brauchen keine millionenschweren Männer. Ich erinnere an 1860 München, an Nürnberg, an Wormatia Worms und Eintracht Braunschweig, die alle auf millionenschwere Leute setzten und sportlich damit auf die Nase fielen.“

Weil die Fortuna wirtschaftlich gesund ist (die Bilanz wies erstmals einen Gewinn von 499 000 Mark aus), muß sie ihren zukünftigen Präsidenten nicht an seinem Bankkonto, sondern an seiner Persönlichkeit messen. Das macht die Sache so kompliziert. Weil so wenig Menschen über die Eigenschaften verfügen, die ein Präsident braucht: wirtschaftlichen und sportlichen Sachverstand, Führungsqualitäten, Souveränität und die richtigen Freunde für die Besetzung des Präsidiums.

Warschauer Kritik an geplanter Agrarhilfe

jgg. Köln

Gegen die geplante Westhilfe für Polens Landwirtschafft hat sich die polnische Regierungszeitung „Rzeczpospolita" ausgesprochen. Unter dem Pseudonym Jan Rem schreibt Regierungssprecher Jerzy Urban, diese Agrarhilfe sei vornehmlich als „Wunderwaffe gegen den Sozialismus und *seine Errungenschaften" in Polen* gedacht, als Teil eines „antikommunistischen Polit-Kreuzzugs". Urban spricht sich dafür aus, statt dessen die Industrie forciert auszubauen, weil diese nicht „von Dollars abhängig" sei.

Der Regierungssprecher wirft der Kirche vor, daß die geplante Agrarhilfe nur praktizierenden Katholiken zugute kommen solle; sie sei zudem nur für Großbetriebe geplant, so daß die kleinen Bauern leer ausgingen.

Mit diesem Vorwurf widerspricht er allerdings den Agrarberatern der Kommunistischen Partei und Regierungschef General Jaruzelski, die sich bisher für die Schaffung großer Landwirtschaftsbetriebe ausgesprochen haben, da nur diese konkurrenzfähig sind.

Wie tief ist Warschau in den Fall Popieluszko verstrickt? Glemp vor schwierigen Entscheidungen

„Solidarität" vermutet, daß die Behörden bei der Suche nach der Leiche auf Zeit spielen, um das Begräbnis aufzuschieben

DW. Rom/Warschau

„Die Ermittlungen über den Mord an Popieluszko werden vor niemandem und nichts haltmachen", sagte der stellvertretende polnische Ministerpräsident Roman Malinowski in einem Interview der Turiner Zeitung „La Stampa". Malinowski: „Wir müssen *rasch handeln. Wir können nicht* darauf warten, daß eine dritte Krise ausbricht." Daß das Warschauer Regime an einer schnellen und lückenlosen Aufklärung des beispiellosen Falles interessiert *ist*, wird aber inzwischen zunehmend in Zweifel gezogen. Janusz Onyszkiewicz, früherer Sprecher der „Solidarität", sprach jetzt offen aus, was viele Polen denken: *„Ich denke, die Behörden* werden in der Hoffnung, daß die ganzen Spannungen sich legen, zuallererst auf Zeit spielen, um später vielleicht zu erklären, daß die Leiche nicht gefunden werden kann." Auf diese Weise, vermutet der Gewerkschafter, könnten die Herrschenden in Warschau den „unbequemen, möglicherweise auch schwierigen Augenblick des Begräbnisses vermeiden".

In kirchlichen Kreisen im Westen wurde gestern davor gewarnt, sich allzusehr auf die Versicherung der polnischen Regierungsspitze zu verlassen, mit der Entführung Popieluszkos nichts zu tun zu haben. Zwar sei es richtig, daß jegliche Art von Provokation in der derzeitigen innenpolitischen Phase von Schaden für die Regierung wie für die Nation sei und höchstens im Interesse des Kreml liegen könne. Aber über dem von Jaruzelski zur Schau getragenen Patriotismus dürfe nicht vergessen werden, daß Moskau den General durchaus habe unter Druck setzen können. Möglicherweise sei er gegen seinen Willen zu einem „Protagonisten im abgekarteten Spiel" gemacht worden, kommentierte beispielsweise die Katholische Nachrichtenagentur.

In dem Kommentar wurde darauf hingewiesen, daß zum ersten Mal seit der *Machtübernahme Jaruzelskis mit* der Entführung des Warschauer Geistlichen die bisher eher als unantastbar geltende Kirche direkt angegriffen worden sei. Der Überfall auf Popieluszko richtet sich möglicherweise auch gegen die Politik des Papstes. Johannes Paul II. hat in den vergangenen Monaten mehrmals durch einen Beauftragten des Vatikans Unterstützung in seinem kompromißlosen Kampf gegen das Regime erhalten. Es war aufgefallen, daß der Papst keine Gelegenheit ausließ, Gläubigen aus Warschau Grüße an den Priester aufzutragen, der von Kardinal Jozef Glemp zu Zurückhaltung aufgefordert worden war.

Mit Interesse wird verfolgt, wie der polnische Primas sich jetzt verhalten wird. Der – wahrscheinliche – Mord an dem populären Warschauer Geistlichen wird die Diskussionen innerhalb der katholischen Kirche in Polen, welches Verhältnis der Episkopat zu den Machthabern einnehmen soll, beleben. Kann die Kirche sich mit Männern an einen Tisch setzen, in deren Machtbereich sich Priestermörder tummeln können? Diese Frage wird von jetzt an häufiger gestellt werden. Gerade in den Tagen nach der Verschleppung Popieluszkos hatte sich die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei mit zwei wichtigen Problemen zwischen Kirche und Staat befaßt: mit dem Kirche-Staat-Statut, das der katholischen Kirche einen öffentlich-rechtlichen Status garantieren soll, und mit dem seit langem diskutierten Hilfsprojekt westlicher Bischofskonferenzen für die private Landwirtschaft in Polen. Beide Projekte waren auf den Unmut der Sowjets gestoßen, deren Geheimdienst KGB seit dem 13. Dezember 1981 eine ganze Etage des polnischen Innenministeriums *mit* Beschlag belegt hat. Und aus eben diesem Ministerium, aus der Abteilung T (Technische Abteilung), kommen die im Fall Popieluszko verhafteten Beamten.

Steht Polen vor einer neuen Krise? Das Regime setzt zur Zeit alle Mittel ein, um Demonstrationen und Solidaritäts-Bekundungen für Popieluszko zu verhindern. So wurde in Breslau eine Kundgebung aufgelöst. Augenzeugen berichteten über starke Polizei- und Truppenverbände, die in die ehemalige Hochburg der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" eingerückt seien. Der Aufruf von Arbeiterführer Lech Walesa, die Ruhe zu bewahren, hat zur Verhinderung eines Streiks in den Warschauer Stahlwerken Huta Warszawa geführt.

Die Ära Abrassimow in Ost-Berlin abgeschlossen

Revirement an Sowjet-Botschaft / Spekulationen um Semjonow

WERNER KAHL, Bonn

Mit einem größeren Revirement an der Botschaft der UdSSR in Ost-Berlin ist jetzt die Ära des früheren Botschafters Pjotr Abrassimow abgeschlossen worden. Unter den sechs versetzten Funktionären – vom Gesandtenposten bis zur Sekretärsebene – ist der dienstälteste Vertreter des Geheimdienstes KGB im diplomatischen Deutschlandstab der Sowjets in Berlin Walentin Kosobrodow. Politische Beobachter sehen das Revirement Unter den Linden, das nach sowjetischer Gepflogenheit nicht bekanntgegeben wurde, als Teil des langwierigen Entscheidungsprozesses in der Kremlführung über die personelle Zusammensetzung wichtiger Botschaften wie Ost-Berlin, Bonn und anderer westlicher Metropolen in den kommenden Jahren.

Neuer Stellvertreter von Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow wurde nach inoffiziellen Angaben der Gesandte Walentin Nikolajewitsch Koptelzew. Der Russe war bisher Gesandter unter Kotschemassows Vorgänger Abrassimow, von dem es heißt, der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker habe 1983 dessen Ablösung in Moskau durchgesetzt. Abrassimow war von 1962 bis 1971 und von 1975 bis 1983 Botschafter in der „DDR". Sein bisheriger Stellvertreter Gorald Nikolajewitsch Gorinowitsch wurde in die 3. europäische Abteilung des Außenministeriums in Moskau versetzt. Aus dieser Abteilung rückte der Funktionär Waleri Popow auf den Posten des zweiten Gesandten in Ost-Berlin. Popow arbeitete kurze Zeit an der Bonner Sowjetbotschaft als dritter Staatssekretär.

Der altgediente Berliner KGB-Repräsentant mit dem diplomatischen Status eines Botschaftsrates, Walentin Kosobrodow, hatte den Rang eines Generalmajors des Geheimdienstes. Von seinem Jahresurlaub kehrte er jetzt nicht auf seinen Posten Unter den Linden zurück. Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen soll er wieder unter Abrassimow im Komitee für Auslandstouristik in Moskau arbeiten. Auf dem internationalen Parkett in Berlin war er eine bekannte Erscheinung. Mitte der siebziger Jahre wurde Kosobrodow stellvertretender Generalkonsul der UdSSR in West-Berlin. Er nahm zugleich Aufgaben des Presse- und Kulturattachés wahr. Von Berlin aus wurden ihm dem Vernehmen nach auch geheimdienstliche Aufgaben im westeuropäischen Bereich übertragen. 1978 hieß es, er werde nach Bonn versetzt, aber statt dessen wurde er an der Ostberliner Botschaft die „graue Eminenz" bei Abrassimow und Spezialist für den Bereich West-Berlin einschließlich der Überwachung der politischen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Kontakte zwischen West-Berlin und dem übrigen Bundesgebiet sowie dem Ausland. Aufsehen erregte es 1981, als bekannt wurde, daß Abrassimow zum vertraulichen Gespräch mit dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, auch Kosobrodow hinzugezogen hatte. Bei westlichen Stellen gibt es anscheinend keine Erkenntnisse, welche Rolle der KGB-General demnächst spielen wird.

Mit den Umbesetzungen ist nach Expertenansicht nicht nur die Berliner „Hinterlassenschaft" Abrassimows geregelt worden; die Bestellung des Gesandten Koptelzew zum Stellvertreter Kotschemassows macht Spekulationen hinfällig, der Deutschlandkenner und spezielle Beobachter politischer Strömungen in den Unionsparteien werde wieder an den Rhein versetzt. Unter Botschafter Falin war Koptelzew Anfang der siebziger Jahre Botschaftsrat in Rom. 1975 wurde er Generalkonsul der UdSSR in Hamburg.

Ob der im Ansehen nach wie vor hochgeschätzte Bonner Botschafter Wladimir Semjonow mit Rücksicht auf sein Alter von 73 Jahren in absehbarer Zeit abgelöst wird, ist Gegenstand von Spekulationen. Als Nachfolger war bereits im Vorjahr Julij Kwizinski, Moskaus Chefunterhändler bei den gescheiterten Verhandlungen über eurostrategische Waffen in Genf, genannt worden. Der Deutschlandexperte war zu Beginn der siebziger Jahre an den Verhandlungen über das Berliner Viermächteabkommen beteiligt und amtierte von 1978 bis 1981 als Gesandter in Bonn.

„Mit USA Schritt halten"

ESA plädiert für Beteiligung an Weltraumstation

DW. Bonn

Eine europäische und vor allem eine deutsche Beteiligung an der von den USA geplanten Weltraumstation ist nach Auffassung der Europäischen Raumfahrtagentur ESA sachlich geboten und „politisch unausweichlich". In einem Interview des Deutschlandfunks betonte gestern ESA-Generaldirektor Reimar Lütz, eine solche Beteiligung und auch Kooperationen mit Frankreich bei Raumfahrtprojekten seien ein wichtiger Beitrag zur europäischen Technologieentwicklung. Wenn immer wieder beschworen werde, die Europäer und speziell auch die Deutschen müßten mit den Amerikanern und Japanern Schritt halten, dann sollten auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Europäer sind nach Auffassung des ESA-Generaldirektors inzwischen in der Raumfahrtforschung ein gleichwertiger Partner der Amerikaner geworden. Deshalb dürfe man jetzt „nicht wieder den Zug abfahren", die USA eine Raumstation bauen lassen und sich selbst ins Abseits stellen. Bei gemeinsamen Projekten könnten mit den USA bessere Bedingungen ausgehandelt werden, um in echter Partnerschaft Forschung und Realisierung neuer Projekte voranzutreiben. „Nur wenn die Bedingungen stimmen, darf sich Europa beteiligen."

Ungeachtet der hohen Beträge, die eine Beteiligung an der amerikanischen Raumstation fordern würde – im Gespräch sind rund 4,5 Milliarden Mark –, plädiert Lütz für überlappende Forschungsprojekte, wofür allerdings zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten. Anderenfalls habe „die ganze Geschichte keinen Sinn". Die ESA denkt an die Entwicklung einer größeren europäischen Trägerrakete – im Gespräch ist die Fortentwicklung der bereits erprobten „Ariane". Die Europäische Raumfahrtagentur kalkuliert nach den Worten von Lütz ein, daß die Finanzminister der Partner angesichts magerer Budgets Schwierigkeiten bereiten könnten, er geht aber davon aus, daß sich schließlich die Erkenntnis durchsetzen wird, Europa müsse auf diesem Gebiet der Technologie konkurrenzfähig bleiben.

Insgesamt gebe es keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Prioritäten, die in den nächsten Jahren gesetzt werden sollen. Jedoch seien die Engländer vor allem an den Nachrichten- und Meeressatelliten interessiert, die Franzosen an der Weiterentwicklung der „Ariane" und die Deutschen vor allem an der geplanten Raumstation.

Zusammenarbeit im Weltraum

● Fortsetzung von Seite 1

2. Anhebung der Freigrenzen und Freimengen für Waren zur Erleichterung des Reiseverkehrs;

3. Erleichterung der Kontrollen für Lastwagen und Autobusse;

4. Ausbau der Kooperation zwischen den Dienststellen der Justiz- und Polizeibehörden beider Länder;

5. Harmonisierung der Visa-Bestimmungen.

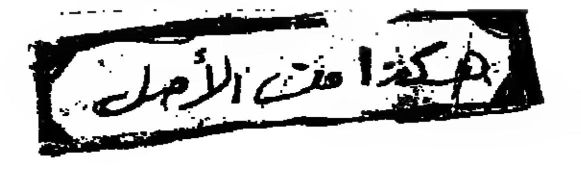
Als Ziel der im Mai in Rambouillet entworfenen Aktion bezeichneten Kohl und Mitterrand die vollständige Abschaffung aller Personen- und Warenkontrollen an der deutsch-französischen Grenze als Vorstufe zur Aufhebung sämtlicher Hindernisse für den freien Verkehr in der Europäischen Gemeinschaft. Eines Tages sollten „alle Angehörigen der Staaten der EG die Grenzen ungehindert überschreiten können".

In diesem Zusammenhang begrüßten Kanzler und Staatspräsident die eingeleiteten Schritte zur Harmonisierung der den Grenzkontrollen zugrundeliegenden Rechtsvorschriften. Sie erteilten den Auftrag, die dazu notwendigen weiteren Maßnahmen sofort in die Wege zu leiten.

Nach Angaben Kohls ist bei den Gipfelkonsultationen, an denen auf beiden Seiten zahlreiche Minister teilnahmen, ausführlich über die Arbeit der vom Europa-Gipfel eingesetzten Ad-hoc-Kommission zur institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft gesprochen worden. Er sei sich mit Mitterrand darin einig, daß Bonn und Paris vor dem endgültigen Bericht der Kommission im kommenden Frühjahr prüfen würden, welche Vorschläge noch zusätzlich für die Herbeiführung der politischen Union gemacht werden könnten.

Kanzler und Präsident waren sich auch einig, daß der EG-Beitritt Spaniens und Portugals termingemäß bis zum 1. 1. 1986 verwirklicht werden soll. Dafür wollen beide ihren Beitrag leisten. „Mit besonderer Sorge" erörterten die Gipfelteilnehmer nach den Worten Kohls die Entwicklung in Polen. Sie wollten ihren Beitrag leisten, um die Beziehungen konstruktiv zu entwickeln.

Der Kanzler legte Mitterrand eingehend die Ansicht Bonns dar, daß gegen die „dramatische Entwicklung des Waldsterbens" innerhalb der EG energisch vorgegangen werden müsse. Die Bundesregierung sehe in dem Katalysator für die Autos derzeit die beste Lösung, sei aber für später andere Lösungen offen. Entscheidend sei, daß die Schadstoffe umfassend reduziert würden.



Gefilterter Marktkampf

JB. – Die deutsche Zigaretten-Industrie hat ein Schlachtfeld früherer Jahre wiederentdeckt. Nachdem in den vergangenen Monaten als Wettbewerbsparameter der Preis im Vordergrund stand, rückt nun erneut das Produkt in den Mittelpunkt. Ausgelöst hat den Wirbel die BAT *mit einer Marke, die mit* einem neuartigen Filter ausgestattet von sich behauptet, sie sei „Die erste Kräftige, die eine Leichte ist".

Gegen dieses „Wunderding" ist die Konkurrenz auf die Barrikaden gegangen. Wie schon in den USA und der Schweiz, wo sich Gerichte seit Jahren um den neuen Filter kümmern müssen, spricht die Branche von einem „üblen Bluff" der BAT. Der Filter produziere nur in den Abrauch-Maschinen die niedrigen Werte, nicht jedoch beim Rauchen durch den Mund.

Auseinandersetzungen dieser Art gehören seit Jahren zum Wettbewerbs-Repertoire der Zigaretten-Industrie. Man erinnere sich nur an die heftigen Gefechte, die Mitte der siebziger Jahre mit der Einführung der „superleichten" Zigaretten verbunden waren. Auf dem stagnierenden Markt, der Gewinne des einen nur zu Lasten des anderen zuläßt, gilt es zu verhindern, daß „Innovationen" Fuß fassen können.

Fraglich bleibt allerdings, ob die Branche und vor allem die BAT gut beraten war, den Markt in neue Turbulenzen zu stürzen, kaum daß er sich von den Preiskämpfen beruhigt hat. Der offene Streit über Nikotin- und Teerwerte könnte vor allem die Diskussion über Rauchen und Gesundheit neu beleben und den Gesetzgeber animieren, über neue Beschränkungen in der Werbung nachzudenken. Daran kann der Branche wenig gelegen sein, hat sie doch Probleme genug mit ihrem „sensiblen" Produkt Zigarette.

Gutes Signal

J. G. – „Wenn wir für die Hoffnungsträger von Morgen wieder attraktiv sind, so sollte das auch für uns ein Grund sein, das Krisengejammer aus den Anzügen zu schütteln." Ruprecht Vondran, Geschäftsführer des deutschen Stahlproduzentenverbandes, verkündete so jetzt ein gutes Signal aus dieser langjährigen Krisen-Branche. Zur nächsten Runde seines Trainee-Programms, das aus Jungakademikern kaufmännischen Führungsnachwuchs macht, bekam der Verband auf Anhieb für kaum zehn offene Stellen rund 300 Bewerbungen, „darunter viele mit hervorragender Qualifikation". Ein gutes Signal ist es immerhin. Das Gesundschrumpfen der Branche bringt qualifizierten Leuten eher bessere Chancen als zuvor. Viel hat das auch mit dem Marsch zu höheren Stahlqualitäten zu tun. Die konstante Zahl von Stahl-Ingenieuren belegt das seit langem. Junge Wirtschaftswissenschaftler und Juristen begreifen es nun wohl auch.

KATALYSATOREN / Steuerbefreiung möglicherweise schon ab 1. Januar 1985

Finanzielle Erleichterungen auch für Diesel-Personenautos vorgesehen

H. HECK/D. SEITZ, **Bonn/München**

Auch schadstoffarme Diesel-Pkw sollen von der Kfz-Steuer befreit werden, allerdings nur halb so lange wie vergleichbare Benzinfahrzeuge. Das sieht der Gesetzentwurf von Finanzminister Stoltenberg vor, den das Kabinett am 7. November verabschieden will. Innenminister Zimmermann plädiert dagegen für gleich hohe Steuerbefreiung. Entweder kommt es noch vor dem 7. November zu einem Chefgespräch der beiden Minister, oder die Frage muß im Kabinett entschieden werden.

Das Argument des Finanzministers lautet, daß die Mehrkosten zur Schadstoffbeseitigung für diese Fahrzeuge nur etwa halb so hoch seien wie die für vergleichbare Benziner – eine Auffassung, der sich auch Verkehrsminister *Dollinger* anschließt. Eine gleich lange Steuerbefreiung führe daher zu einer „Übersubventionierung" und brächte Bonn in Schwierigkeiten mit der EG. Angesichts der ohnehin nicht geringen Widerstände einiger Mitgliedsländer gegen die Bonner Politik soll hier keine neue Front aufgebaut werden.

Zur beschleunigten Einführung schadstoffarmer Pkw sieht der Gesetzentwurf ferner vor, daß die Kfz-Steuerbefreiung nicht erst, wie vom Kabinett am 19. September beschlossen, am 1. Juli 1985 wirksam wird, sondern voraussichtlich schon am Monatsersten nach Verkündung des Gesetzes. Das könnte, wenn alle parlamentarischen Hürden im Eilverfahren genommen werden, der 1. Januar 1985 sein. In diese Richtung gehen auch die Wünsche der Länder.

Auf deren Anregung wurden im Gesetzentwurf die Pkw mit einem Hubraum über 3500 Kubikzentimeter nochmal unterteilt. Dadurch wird die Steuerbefreiung für Fahrzeuge von 3500 bis 4500 ccm von vier auf drei und für Fahrzeuge über 4500 ccm von vier auf zwei Jahre verkürzt.

Das Gesetz sieht außerdem eine Ermäßigung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um zwei Pfennig vor. Da gleichzeitig die Mineralölsteuer für verbleites Benzin um zwei Pfennig erhöht wird, entsteht eine Differenz von vier Pfennig, die nach Vorstellung der Bundesregierung die Mehrkosten für das bleifreie Benzin in etwa kompensieren könnte, so daß Preisgleichheit erzielt wird. Auch diese Ermäßigung wird jetzt auf den Jahresanfang vorgezogen.

Daß von den verantwortlichen Politikern nach monatelanger Diskussion jetzt bald Nägel mit Köpfen gemacht werden, erfordert schon alleine die inzwischen totale Verunsicherung des Marktes. Zunehmend registrieren die deutschen Automobil-Hersteller, wie eine Umfrage der WELT ergab, daß Neuanschaffungen aufgeschoben werden, bis klare Vorschriften erlassen werden. Und als total übertrieben werden Meldungen bezeichnet, die von einer schon lebhaften Nachfrage nach Autos mit Katalysatoren berichten.

Fast einstimmig bewerten die vier deutschen Unternehmen (Daimler-Benz, BMW, VW und Audi), die seit Anfang 1984 Katalysator-Fahrzeuge in der Bundesrepublik anbieten, den Absatz solcher Modelle als äußerst zäh. So konnten Daimler-Benz, BMW und Audi im ersten Halbjahr lediglich jeweils nur rund 150 Fahrzeuge mit Katalysator-Technik verkaufen. Und selbst die Auslieferungen bei VW von 1850 Einheiten per Mitte Oktober *nehmen sich vor dem Hintergrund* von über zwei Millionen Kfz-Neuzulassungen, die für 1984 in der Bundesrepublik zu erwarten sind, recht bescheiden aus.

Auf ein etwas lebhafteres Interesse stößt – auch ein Zeichen der Verunsicherung – bei VW und Audi das jüngste Angebot, Wagen mit im Kofferraum beigepacktem Katalysator zum nachträglichen Einbau zu liefern. Für solche Modelle gingen in den letzten vier Wochen bei VW 3300 und bei Audi rund 600 Bestellungen ein. Bei BMW wird dieser Versuch für das eigene Haus als nicht praktikabel bewertet, da dies für Hochleistungsmotoren nicht möglich sei.

Betont wird von allen Herstellern, daß man die Angebotspalette der Katalysator-Autos erweitern will. Dabei komme es entscheidend darauf an, daß eine bundesweite und flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Super-Benzin gewährleistet ist.

OPEC-SONDERKONFERENZ

Noch immer Gerangel um die Aufteilung der Förderquoten

I. ZÜCKER, **Genf**

Auf der Opec-Sonderkonferenz wird zur Zeit darum gekämpft, welches Land wieviel des Erdölförderschnitts übernehmen muß, nachdem die Konferenz in Genf einstimmig beschlossen hatte, *vorübergehend* die offizielle Fördermenge um 1,5 Millionen auf 16 Millionen Barrel zu senken. Diese mäßige Produktionskürzung wurde vom Opec-Präsidenten, dem indonesischen Energieminister Subroto, als temporär bezeichnet, da das Kartell auf einen kalten Winter in der westlichen Hemisphäre, auf einen höheren Ölverbrauch und damit auf eine Festigung der Ölpreise für die nächsten zwei Monate hoffe.

Beim Gerangel um die Quotenzuteilung haben die meisten Staaten – außer den Saudis, die sich verbal bereits zu einem substantiellen Anteil verpflichtet haben – die Dollareinnahmen dringend nötig. Doch nach Opec-Präsident Subroto sollen alle 13 Opec-Mitglieder solidarisch etwas Öl vom Markt zurückziehen. Gegenwärtig wird mit allen Mitteln versucht, auch Nigeria zu einer symbolischen Produktionsrücknahme zu bewegen, um damit die Disziplin der Opec-Mitglieder zu beweisen. Doch der Energieminister Tam David-West des mit 22 Milliarden Dollar Auslandsschulden schwer belasteten Nigeria will hart bleiben.

Bei der Höhe der Produktionsrücknahme stützt sich die Opec auf die neuesten Zahlen des voraussichtlichen OECD-Verbrauchs im vierten Quartal 1984, der auf 35,5 Millionen Barrel veranschlagt ist. Davon soll der Opec-Anteil 19,3 Millionen Barrel betragen – zwei Millionen mehr als im dritten Quartal.

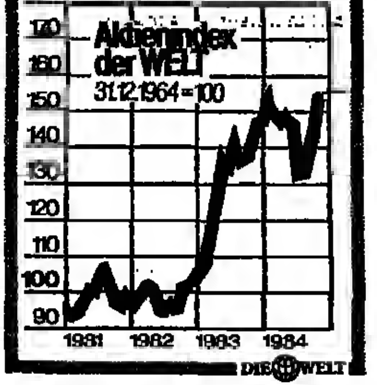
Ölexperten der Genfer Konferenz *sind sich einig*, daß der *Produktionsschnitt* sich kurzfristig stabilisierend auf die Preise auswirken wird, sofern die Opec ihre 13 Mitglieder auf die Einhaltung der neuen offiziellen Fördermenge von 16 Millionen Barrel verpflichten kann. Gleichzeitig weisen sie jedoch darauf hin, daß die effektive Fördermenge heute bereits zwischen 16 und 16,5 Millionen Barrel liege. Danach versucht die Opec mit dem Kürzungsvorschlag also, mit einem Minimum an Aufwand den Markt kurzfristig zu beruhigen.

Ölhändler sind der Ansicht, die Produktionsreduktion sei ein guter Anfang, damit sei jedoch nur eines der Probleme gelöst. Die gegenwärtigen Opec-Preise seien zu hoch, und solange sich die Opec nicht mit den Preisen befasse, sei der vorgesehene Produktionsschnitt nur als „erste Hilfe" zu werten. Die zerbrechliche Preisstruktur, welche den internationalen Ölmarkt bisher zusammengehalten hat, sei auseinandergebrochen. Sofern die Opec die Produktion nicht mehr kürze und zudem den Richtpreis nicht bis zum ersten Quartal 1985, wenn erfahrungsgemäß weniger Öl verbraucht wird als im vierten Quartal, auf 25 bis 27 Dollar heruntersetze, werde der Markt sein Gleichgewicht nicht finden.

Börsianer können hoffen

Von CLAUS DERTINGER

Die deutsche Aktienbörse hat eine Verschnaufpause eingelegt. Von dem Schwung, mit dem der Markt in einen, wie es schien, goldenen Oktober ging, ist nichts mehr zu sehen. Die schönen Kursgewinne, die den Aktienindex der WELT zum Beginn der *dritten Dekade fast wieder auf seinen* absoluten Höchststand steigen ließen – die Marke von 160 wurde nur um 0,2 Punkte verfehlt –, sind größtenteils wieder verlorengegangen. Gestern lag der Index mit 156,6 praktisch auf dem gleichen Stand wie vor einem Monat (155,1). Nun ist eine Konsolidierungspause nach einem kräftigen Kursanstieg eigentlich etwas ganz Normales; immerhin war ja das Kursniveau seit dem Jahrestiefststand von



Ende Juli um 19 Prozent geradezu explodiert. Doch der Rückschlag wäre vermutlich mäßiger ausgefallen, wenn es nicht einige Ereignisse gegeben hätte, die den Börsianern überhaupt nicht ins Konzept paßten. Da war einmal die bescheidene Wachstumsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute, die an der Börse enttäuscht hat. Einiges scheint jedoch dafür zu sprechen, daß die Professoren nicht so ganz ins Schwarze getroffen haben, weil sie offenbar zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung noch nicht über die neusten – und besseren – Daten verfügten.

Ein Wirtschaftswachstum von nur zwei Prozent im nächsten Jahr bedeutet, wenn man den statistischen „Überhang" berücksichtigt, praktisch Stagnation. Und das ist ja wohl, selbst wenn man sich realistischerweise auf eine Verlangsamung des Expansionstempos einstellen muß, etwas zu pessimistisch. Darüber sollten die Börsianer zur Tagesordnung übergehen.

Auch sollten sie sich wegen der politischen Unfälle und Störungen nicht allzu verrückt machen lassen, weil derartige Belastungen erfahrungsgemäß nach einiger Zeit verdaut werden. Natürlich ist das Barzel-Beben äußerst mißlich, aber es erschüttert ja nicht die Grundfesten der Republik. Bedenklich ist es allerdings, wenn der Eindruck aufkommt, die Bundesregierung sei nicht stark genug, eine solche Krise rasch genug zu meistern. Und derartiges hörte man letztlich des öfteren von ausländischen Anlegern, was denn auch einer der Gründe dafür war, daß sie sich seit der vierten Oktoberwoche von der deutschen Börse zurückzogen. Aber warum sollten die Ausländer nicht wieder an den Markt zurückkehren, wenn es den regierenden *Politikern gelingt zu verhindern, daß* sich die Parteispendenaffäre zu einer Staatskrise auswächst? Diese Hoffnung hat die Börsenkulisse gestern bereits zu antizipieren begonnen, nachdem sie es selbst war, die zuvor – auch unter dem Eindruck des Wahlerfolgs der grünen Chaoten in Baden-Württemberg – mit Glattstellungen und Angstverkäufen die Kurse unter Druck gesetzt hatte.

Die Chancen, daß die Börse nach der Konsolidierungspause wieder in Schwung kommt, sind also gar nicht so schlecht. Vermutlich wird der Aktienmarkt auch wieder Impulse von der Zinsfront bekommen. Dort gab *es zwar in der letzten Woche* ebenfalls einen deutlichen Rückschlag. Aber der spiegelt nicht etwa Pessimismus wieder, sondern eine Bereinigung nach spekulativer Überhitzung. Angesichts der nach wie vor sehr hohen Realverzinsung und des nur mäßigen Kreditbedarfs des Staates, der Wirtschaft und des Wohnungsbaus ist jedenfalls die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Zinsrückgangs höher einzuschätzen als die Gefahr wieder steigender Zinsen. Natürlich hängt die Zinsentwicklung auch vom Zinstrend in den USA ab und davon, für wie attraktiv internationale Anleger die D-Mark halten. Doch auch bei den US-Zinsen gibt es noch Lichtblicke, und die D-Mark dürfte bei Dollarkursen von über drei Mark wohl noch nicht ausgereizt sein.

AUF EIN WORT

„Die Frage der Arbeitszeit hängt davon ab, wie wettbewerbsfähig man auf dem Markt sein kann. Wenn man die Arbeitszeit einfach nur um fünf Stunden pro Woche reduziert, führt das zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit von elf bis zwölf Prozent."

Daniel P. Weadock, Präsident der ITT Europe Inc. FOTO: FERNANDO ANTOINE

Eser wird neuer IATA-Generalsekretär

dpa/VWD, **Köln/Montreal**

Prof. *Günter O. Eser* (57), Vorstandsmitglied der Deutschen Lufthansa in Köln, ist in Montreal zum neuen Generalsekretär der Internationalen Luftfahrtorganisation IATA gewählt worden. Dies bestätigte die Lufthansa, aus deren Diensten Eser damit ausscheidet. Eser tritt sein neues Amt am 1. Januar 1985 als *Nachfolger des langjährigen schwedischen* IATA-Generalsekretärs Knut Hammarskjöld an. Ein Nachfolger für Eser im Lufthansa-Vorstand, wo er für den Bereich Verkauf zuständig war, steht nach Angaben der Lufthansa-Pressestelle noch nicht fest. Eser begann seine Lufthansa-Laufbahn 1955 in der kaufmännischen Direktion der Kölner Hauptverwaltung. 1978 wurde er in den Vorstand der Lufthansa berufen.

DEUTSCHER EINZELHANDEL

Hauptgemeinschaft fordert Politik der klaren Linie

JAN BRECH, **Hamburg**

Eine herausragende Rolle für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg dem Handel bescheinigt. Auf der 35. Delegiertenversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Hamburg versicherte Stoltenberg, daß für die Bundesregierung der Handel und die mittelständische Wirtschaft insgesamt ein zentraler Bereich sei, dem sie hohe Aufmerksamkeit widme. Ziel sei es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch weiter zu verbessern. Mit der eingeleiteten Haushalts- und Steuerpolitik habe die Regierung klare Bedingungen für den Mittelstand geschaffen. Der Rückgang des Staatsanteils schaffe Freiraum für private Initiative.

Der scheidende Präsident der Hauptgemeinschaft, Friedrich Conzen, erklärte demgegenüber, daß der deutsche Einzelhandel noch *immer* die große mittelstandspolitische Komponente vermisse. Das Versprechen, die Rahmendaten zu verbessern, reiche noch nicht aus.

Zu einer Politik der klaren Linie passe nicht, wenn etwa die Diskussion um das Ladenschlußgesetz ohne *Not wieder vom Zaun gebrochen werde* oder wenn man während der gesamten Diskussion um die Steuerreform das Damoklesschwert einer neuen Mehrwertsteuererhöhung über dem Handel schweben lasse.

Als weitere Musterbeispiele, wie Staatsverdrossenheit provoziert werde, nannte Conzen das finanzpolitische Tauziehen um die „Gewerbeförderungsmittel" für den Einzelhandel und „den Unfug der Schnaps- und Butterfahrten".

MINERALÖLWIRTSCHAFT

Oehme: Niedrige Spotpreise geben zu Besorgnis Anlaß

HANS BAUMANN, **Essen**

Sorge über die niedrigen Spotpreise am Welt-Ölmarkt äußerte der Vorsitzende des Vorstandes der Esso AG, Wolfgang Oehme, in einem Vortrag in Würzburg. Einige Unternehmen – auch in der Bundesrepublik Deutschland – versorgten sich an diesem Markt, um kurzfristig Verluste einzugrenzen. Damit aber werde nur ein vorübergehender betriebswirtschaftlicher Vorteil gegenüber jenen Unter*nehmen erzielt, die sich auf der Basis* langfristiger Kontraktpreise versorgten. Das Ergebnis sei, daß die Spotpreis-Nutzer eine längerfristige stabile Versorgung vernachlässigten.

Die Frage, ob „solche Preissignale mit den Versorgungserfordernissen in zehn bis 15 Jahren übereinstimmen", beantwort Oehme mit „Nein". Die Gefahr einer erneuten Sorglosigkeit in Energiefragen liegt nach Oehme vor allem darin, daß die Bedarfsentwicklung – etwa in der Bundesrepublik – hinter früheren Einschätzungen zurückbleibt. Jetzt würde mit wesentlich geringeren Steigerungsraten gerechnet. So erwartet auch Oehme, daß der Energieverbrauch in der Bundesrepublik im Jahr 2000 mit rund 400 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten nur um etwa zehn Prozent über dem Verbrauch von 1983 liegen wird. Weltweit aber werde die Explosion der Weltbevölkerung den Energiebedarf kräftig steigen lassen.

Um diesen Bedarf decken zu können, müßten Rieseninvestitionen vorgenommen werden, die aber nur dann möglich seien, wenn das derzeitige Preisniveau wieder steige. Dies werde aber wohl dann erst möglich sein, wenn Angebot und Nachfrage sich einpendelten. Gegenwärtig jedenfalls seien weltweit *die Ölförderkapazitäten* nur zu 80 Prozent ausgenutzt.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Uneinheitliche Zinspolitik

Bonn (DW.) – Während die Zinsausstattung der Bundesobligationen und der Finanzierungsschätze nach Mitteilung der Bundesbank vom kommenden Donnerstag an erhöht wird, senkt mit sofortiger Wirkung die Lastenausgleichsbank (LAB) die Zinssätze in den Förderprogrammen für Existenzgründungen und Umweltschutzinvestitionen. Die neuen Bundeskonditionen für die 7,00-Prozent-Obligationen Serie 51 von 1984 (1989) lauten: Ausgabekurs 99,80 (100,50) Prozent, Rendite 7,05 (6,88) Prozent. Die Finanzierungsschätze werden verkauft bei einjähriger Laufzeit zu einem Verkaufszins von 5,17 (5,12) Prozent und einer Rendite von 5,45 (5,40) Prozent, bei zweijähriger Laufzeit zu 5,83 (5,71) Prozent bzw. 6,40 (6,25) Prozent. Im LAB-Ergänzungsprogramm L hingegen kosten die Kredite jetzt statt 7,0 6,75 Prozent. Bei gleichzeitiger Verbesserung des Auszahlungskurses von 95 Prozent auf 96 Prozent ergibt sich eine effektive Belastung von 7,71 (8,19) Prozent. Das LAB-Programm L ergänzt in erster Linie das ERP-Existenzgründungsprogramm, dessen Zins ebenfalls von 7 Prozent auf 6,5 Prozent (100 Prozent Auszahlung) gesenkt wurde.

Nordseeöl dominiert

Eschborn (dpa/VWD) – Genau 29 Prozent des Import-Erdöls stammte in den ersten neun Monaten 1984 aus der Nordsee. Wie das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft gestern mitteilte, lieferten Großbritannien 12,9 Mill., Norwegen 1,48 Mill. und Dänemark 257 000 Tonnen Rohöl. Großbritannien steht damit an der Spitze von insgesamt 25 Lieferländern der Bundesrepublik, gefolgt von Libyen, Nigeria, der Sowjetunion und Saudi-Arabien. Insgesamt stiegen die Importe seit Jahresanfang um 3,5 Prozent auf 50,8 Mill. Tonnen.

Ruhestand geregelt

Bonn (VWD) – Das Bundesfinanzministerium hat nach Erörterungen mit den obersten *Finanzbehörden der* Länder die steuerrechtliche Bildung von Rückstellungen für die Verpflichtung zur Zahlung von Vorruhestandsleistungen geregelt. Die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Zahlung von Vorruhestandsleistungen kann steuerrechtlich durch Bildung einer Rückstellung berücksichtigt werden. Die Rückstellung ist entsprechend den Grundsätzen des Paragraph 6 a ESTG vorzunehmen. Das bedeutet u. a. Passivierungswahlrecht, Nachholverbot, Rechnungszinsfuß in Höhe von sechs Prozent (in Berlin in Höhe von vier Prozent) und Verteilungswahlrecht nach Paragraph 6 a Abs. 4 ESTG.

Kein konkretes Angebot

München (dpa/VWD) – Die Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA, Düsseldorf, hat bisher für ihren Rüstungskonzern Krauss-Maffei AG, München, kein konkretes Angebot *vom Werkzeug- und Maschinen*hersteller Grob-Werke GmbH & Co. KG, Mindelheim, erhalten. Ein Flick-Sprecher sagte, es gebe nach wie vor viele Interessenten für den Hersteller des Kampfpanzers Leopard 2.

Japanischer Bilanzrekord

Tokio (dpa/VWD) – Japans Leistungs- und Handelsbilanzüberschüsse erreichten im ersten Finanzhalbjahr (April bis September) mit 18,8 Mrd. Dollar bzw. 23,3 Mrd. Dollar neue Spitzenwerte. Nach vorläufigen Zahlen des japanischen Finanzministeriums schloß hingegen die langfristige Kapitalbilanz mit einem Defizit von 26,8 Mrd. Dollar. Ursache dafür sei der anhaltende Kapitalabfluß in die US-Hochzinsregion. Die Exporte seien im genannten Zeitraum um 18,3 Prozent auf 85,5 Mrd. Dollar gestiegen, die Einfuhren um 14,6 Prozent auf 62,2 Mrd. Dollar.

Maßvolle Kreditlinie

Frankfurt (cd.) – Die deutschen Banken stehen als Kreditgeber Südamerikas nach den Worten von Bankenverbandspräsident Christiam Schroeder-Hohenwarth erst an sechster Stelle. Nach Schätzungen aus Bankenkreisen verteilen sich die Lateinamerika-Engagements zu rund 40 Prozent auf US-Banken, zu 15 Pro*zent auf japanische, zehn Prozent* auf britische und siebeneinhalb Prozent auf deutsche Institute.

MASCHINENBAU

Aufträge aus dem westlichen Ausland fließen schneller

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Der hohe Dollarkurs begünstigt die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer im Wettbewerb um Aufträge in den USA und auf wichtigen Drittmärkten. Die gute Auftragsentwicklung aus dem Ausland schlägt sich inzwischen zunehmend auch in den Exporten nieder, hält der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) fest. In den ersten acht Monaten stiegen die Ausfuhren auf 51 Mrd. DM, gegenüber der gleichen Zeit 1983 ein reales Plus von mehr als fünf Prozent. Dabei gingen die Wachstumsimpulse fast ausschließlich von westlichen Industrieländern aus, heißt es weiter. In sie gingen, mit den USA an der Spitze, 73 Prozent der Ausfuhren.

Das Bild wird vorerst so bleiben; denn auch im September stiegen die Bestellungen aus dem Ausland (real plus 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr) deutlich stärker als die aus dem Inland (plus ein Prozent). Im Dreimonatsvergleich gingen 17 Prozent mehr Aufträge ein als im Vorjahr (Ausland plus 17, Inland plus zehn Prozent). Für die ersten neun Monate zusammengenommen, summiert sich das Plus bei den neuen Aufträgen für die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer auf real zehn Prozent; dabei wuchsen die Auslandsorders um 14 Prozent, die Inlandsbestellungen dagegen nur um vier Prozent.

Auch 1985 rechnet der VDMA mit einer weiteren Zunahme der Auslandsaufträge, wobei es allerdings zu einer Abflachung der Zuwachsraten kommen werde. Sorgen macht den Maschinenbauern die Ausbreitung bilateraler Kompensationsgeschäfte, die bereits sechs bis acht Prozent des Welthandels ausmachten.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT / Untersuchung zur Exportsituation

Bundesrepublik verbessert Position

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der deutsche Anteil am Export der Industriestaaten ist zwischen 1970 und 1983 um 0,7 Punkte auf 14,8 Prozent gesunken. Nach Ansicht des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) darf dies jedoch nicht überbewertet werden. Denn die Weltmarktstellung der deutschen Exportwirtschaft erscheint in der Statistik wegen der D-Mark-Abwertung gegenüber dem Dollar in den letzten fünf Jahren ungünstiger, als sie in Wirklichkeit ist. Mehr noch: Bei einer Nettobetrachtung, bei der die *Importaufwendungen* von den Exporterlösen abgezogen werden, zeigt sich, daß die Bundesrepublik neben Japan das einzige Industrieland ist, das seine Position verbessern konnte.

Nach der Analyse des Instituts erstrecken sich die Anteilsverluste auf *fast alle regionalen Absatzmärkte* der Bundesrepublik. Ins Gewicht fällt vor allem der Verlust auf den Märkten der Industrieländer um 0,6 Punkte. Auch wenn hier in den vergangenen Jahren die Wachstumsdynamik geringer war als in den Opec-Staaten und in den asiatischen Schwellenländern, so fließen immer noch 72 Pro*zent des Welthandels* in *die entwickelten* Regionen. Das Marktvolumen der asiatischen Schwellenländer beträgt nur 4,5 und das der Opec-Gruppe 8,4 Prozent. Anteilsgewinne konnten unter den Industriestaaten Japan und Italien verbuchen.

Da die Statistik in Dollar geführt *wird*, verzerren Wechselkursveränderungen den Vergleich. Hätten sich in den vergangenen Jahren alle Währungen parallel zum Dollar entwickelt, so hätte der deutsche Anteil am Weltexport 1983 nicht bei 14,8, sondern bei 18 Prozent gelegen.

Die Nettobetrachtung zeigt, daß *die Bundesrepublik ihren Überschuß* während des Zeitraums um 12,5, Japan jedoch um 20,5 Milliarden Dollar erhöhen konnte. Die USA mußten dagegen eine Verschlechterung ihrer Handelsbilanz um 60,8 Milliarden Dollar hinnehmen. Die Bundesrepublik erwirtschaftete im Beobachtungszeitraum drei Viertel ihres *wachsenden Nettoexportüberschusses* bei ihren traditionellen Hauptkunden, den europäischen Industrieländern.

Nur zwei Industrieländer, nämlich Großbritannien und die Bundesrepublik, erwirtschafteten gegenüber den Ölstaaten wachsende Überschüsse. *Für das deutsche Nettoexport-Plus* von 2,54 Milliarden Dollar spielten der abgeschwächte Rohölbedarf und die Ölkäufe in anderen Ländern eine entscheidende Rolle.

Im Osthandel verbuchten die USA und Japan größere und schneller wachsende Überschüsse als die Bundesrepublik. Bei *den* USA liegt das *an* den Getreidelieferungen, bei Japan am Handel mit Industriewaren.

ÖSTERREICH / Fünf Prozent mehr Lohn für Metaller

Keine Arbeitszeitverkürzung

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Wenig zurückhaltend gaben sich die österreichischen Metallarbeiter bei der abgeschlossenen Lohnrunde. Wenngleich sie die geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht sofort durchdrückten, so haben sie doch eine Erhöhung der Reallöhne um 4,8 Prozent und der Mindestlöhne um sechs Prozent ab 1. November erreicht. Damit liegen sie doch deutlich über der für 1985 erwarteten Inflationsrate von maximal vier Prozent.

Was die Arbeitszeitverkürzung betrifft, so gehen in Österreich die Uhren anders als in der Bundesrepublik, obwohl sie nicht gerade stehenbleiben. Zwar hatten sich die Gewerkschafter bei ihren Forderungen mit einem Aufschub auf Herbst 1985 begnügt – bis dahin sollen konkrete Vorschläge erarbeitet werden. Doch an Stelle einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gibt es ja immerhin in Österreich schon seit Beginn 1984 zu dem bis dahin gesetzlichen Mindesturlaub von vier Wochen eine Verlängerung um zwei Tage und ab 1985 um weitere zwei Tage.

Wenn die Verhandlungen über eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit anstehen, haben die Gewerkschaften *schon anklingen* lassen, wären sie durchaus bereit, individuelle Lösungen – die auf die wirtschaftliche Situation einzelner Branchen oder verschiedener Großbetriebe Rücksicht nehmen – gelten zu lassen.

Zur gleichen Zeit, da die Lohnverhandlungen der Metaller in die Endrunde gingen, veröffentlichte der sozialpartnerschaftlich besetzte Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen Teile einer bereits seit langem erwarteten Studie über Arbeitszeitentwicklung und Arbeitszeitpolitik. Die Ergebnisse wurden zwar von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite unterschiedlich interpretiert, aber eines dürfte allgemein gültige Erkenntnis sein: Unter der Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von jährlich durchschnittlich zwei Prozent ist je nach Produktivitätssteigerung bis zum Jahr 1990 mit einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenzahl von derzeit rund 130 000 im Jahresdurchschnitt auf dann 200 000 bis 280 000 zu rechnen.

Eines der durchgerechneten Szenarien sah im Jahr 1990 eine Arbeitslosenzahl von 260 000 vor, die sich mit einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bis auf 200 000 drücken ließe; allerdings nur, wenn die Verkürzung ohne Lohnausgleich erfolgte.

Bei einem siebzigprozentigen Lohnausgleich dagegen würde die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft – unter der Annahme eines Alleinganges ohne Abstimmung mit anderen Ländern – derart beeinträchtigt, daß das Wirtschaftswachstum innerhalb von fünf Jahren um insgesamt ein Prozent niedriger ausfallen würde als bei gleichbleibender Arbeitszeit.

GROSSBRITANNIEN / 8. Jahreskonferenz des Industrieverbandes in Eastbourne

Fragestunde mit der Premierministerin

WILHELM FURLER, London

Nie zuvor waren die Sicherheitsvorkehrungen bei einem Treffen der britischen Unternehmerschaft so streng, wie sie es bei der 8. Jahreskonferenz des britischen Industrieverbandes CBI vom kommenden Sonntag bis Dienstag im südenglischen Seebad Eastbourne sein werden. Denn Premierministerin Margaret Thatcher hat sich zu einer „Fragestunde" am Eröffnungsabend der Konferenz bereit erklärt.

Mindestens zwei Stunden lang wird Frau Thatcher Fragen aus der Runde der rund 1000 erwarteten Unternehmer und Direktoren beantworten. Mit „Wirtschaft und Politik", oder „Was den Unternehmer bedrückt", könnte diese Fragestunde überschrieben werden, zu der zum ersten Mal in der Reihe der CBI-Eröffnungsabende mit führenden Politikern die Regierungschefin selbst Rede und Antwort stehen wird.

Der diesjährige Unternehmertag steht unter dem Motto „Innovation und Unternehmergeist", und wird sich insbesondere auf die wichtige Aufgabe des Unternehmertums konzentrieren, „zur Sicherstellung eines gesunden Wirtschaftswachstums während der achtziger Jahre und darüberhinaus eine mittelfristige Strategie zu erarbeiten". Der Ansatz einer solchen Strategie kommt in den einzelnen Tagesordnungspunkten deutlich zum Ausdruck.

So heißt es in dem *Programm* unter anderem, Großbritannien müsse „den Unternehmergeist neu beleben" und ebenso zu einer „Kapital-besitzenden wie zu einer Haus- und Wohnung-besitzenden *Demokratie*" werden. Aktienbesitz genauso populär werden zu lassen wie Grundbesitz sei eine der wichtigsten Aufgaben, nicht zuletzt deshalb, weil dadurch die Bedeutung von Industrie und Handel für Wohlstand und Lebensstandard der Nation bewußt werde. Das Land brauche dringend neue Ansätze, damit die Tugenden Risiko-Bereitschaft, Unternehmergeist, Schaffung von Wohlstand, Leistung, Tüchtigkeit und Initiative wieder für das ganze Land und die ganze *Gesellschaft* ihre alte Bedeutung erlangten.

Das Vertrauen der Unternehmer in die wirtschaftliche Zukunft der nächsten Monate hat übrigens durch den *langen Bergleute-Streik* und die damit verbundene Pfund-Schwäche einen merklichen Knacks erhalten. Zum Ausdruck kommt dies in der letzten Quartalsumfrage, die der CBI bei 1650 Mitgliedsunternehmen durchgeführt hat. Zum Zeitpunkt dieser Umfrage bestand allerdings noch die Drohung der britischen Steiger und des Gruben-Sicherheitspersonals, ebenfalls in den Streik zu treten. Dies hätte die Schließung aller Zechen bedeutet und möglicherweise erhebliche Strom-Lieferschwierigkeiten im Winter zur Folge gehabt.

Der gleichen Umfrage zufolge erwarten die Unternehmen der verarbeitenden *Industrie* für die nächsten vier Monate aber auch eine weitere Zunahme von Nachfrage, Produktion und Exporten. Das Wirtschaftswachstum werde sich fortsetzen, sich allerdings dabei leicht abschwächen. Wie die meisten Wirtschaftsinstitute rechnet inzwischen auch der CBI mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, nämlich um 0,8 Prozent der gegenwärtig 3,284 Millionen Arbeitslosen in den nächsten vier Monaten.

AFRIKA / Agrarsektor verliert deutlich an Bedeutung

Deutscher Handel nimmt zu

dpa/VWD, Hamburg

Zum ersten Mal seit vier Jahren ist der deutsche Handel mit Afrika in diesem Jahr etwas aufgeblüht. Nach Angaben der Dresdner Bank haben dabei vor allem die afrikanischen Importe zugenommen. Im 1. Vierteljahr 1984 importierte die Bundesrepublik Waren im Werte von 1,78 (1. Quartal 1983: 1,36) Mrd. DM aus Afrika. Umgekehrt verlief der Handel mit 2,03 (1,94) Mrd. DM eher schleppend.

Die Bundesrepublik wickelt rund *fünf Prozent* ihres Außenhandels mit Afrika ab. Wichtigste Handelspartner sind dabei vor allem die rohstoffreiche Republik Südafrika sowie Libyen, Algerien und Nigeria, die hauptsächlich Erdöl und Erdgas liefern. Rund ein Drittel des Afrikahandels wickelt die Bundesrepublik mit diesen Ländern ab.

In den vergangenen 25 Jahren wuchs die afrikanische Wirtschaft nur langsam. Zu berücksichtigen sei auch das starke Gefälle innerhalb des schwarzen Kontinents, meint die Bank, in ihrer Übersicht „Afrika 1984". Der Großteil der laut Weltbank ärmsten Entwicklungsländer konzentriere sich nach wie vor auf Schwarzafrika. Besser gestellt sind die Elfenbeinküste, Gabun, die Volksrepublik Kongo und Nigeria. Libyen wird nach Weltbankmaßstäben sogar der Gruppe der Ölländer mit hohem Einkommen zugerechnet.

Die Wirtschaftsstruktur der meisten afrikanischen Länder hat sich in dieser Zeit ebenfalls gewandelt. Der Anteil des Agrarsektors am Bruttosozialprodukt ist von 50 Prozent auf ein Drittel zurückgegangen, obwohl noch 70 Prozent der Afrikaner in der Landwirtschaft beschäftigt sind, die der Welt wichtigster Lieferant von Kakao und Palmkernen ist und ein Viertel der Weltproduktion von Erdnüssen, Kaffee und Sesam stellt.

Die Zukunft Afrikas liegt dabei unter der Erde: Fast drei Viertel der Weltproduktion an Gold und Diamanten sowie rund die Hälfte der Kobaltförderung stammen aus afrikanischen Minen. Für die westlichen Industrien wichtige Rohstoffe wie Platin (45 Prozent der Weltproduktion), Chrom (44 Prozent), Uran (35 Prozent) und Kupfer (18 Prozent) wird in Afrika gefördert.

CHAMPAGNER / Schwache Ernte – Bundesrepublik beim Import an dritter Stelle

Real sollen Preise nur für den Handel steigen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mit 8500 bis 9000 Kilogramm Trauben pro Hektar dürfte die in diesen Tagen begonnene Weinernte der Champagne erheblich unter dem *Durchschnitt der letzten Jahre liegen.* Der Branchenverband CIVC, in welchem die Produzenten mit dem Handel zusammengeschlossen sind, veranschlagt den Ertrag dieser Ernte auf 1,5 Mill. Hektoliter. In den beiden letzten außergewöhnlich guten Jahren waren es 2,3 und 2,2 Mill. Hektoliter gewesen.

Obwohl der Traubenpreis für die beste Qualität gegenüber 1983 auf 18,07 (15,53) Franc je Kilogramm von dem mit legislativen Befugnissen *ausgestatteten Verband kräftig* erhöht wurde, um die Winzer für ihre Ausfälle zu entschädigen, soll der Champagner für den Endverbraucher zumindest real nicht teurer werden, auch nicht in der Bundesrepublik.

Nach den schlechten Ernten von 1978, 1980 und 1981 hatte der Handel seine Preise stets stark erhöht, um die Nachfrage in bessere Übereinstimmung mit dem knappen Angebot zu bringen. Auf dem deutschen Markt zogen die *Großhandelspreise* frei Grenze ohne Steuern von 10,95 DM in 1978 bis auf 18,41 DM in 1982 je Literflasche an. Seitdem ergab sich aber eine leicht rückläufige Tendenz dank der beiden letzten guten Ernten.

Bis zur nächsten Ernte ist jedenfalls in Frankreich ein realer Preisrückgang geplant. Diese Mäßigung glaubt man sich deshalb leisten zu können, weil inzwischen die Lagerbestände wieder ein normales Niveau erreicht haben. Bekanntlich lagert der *Champagner mehrere Jahre* in den Kellereien bis er auf den Markt kommt. So profitiert der Verbraucher schließlich doch noch von den beiden letzten guten Ernten.

Bereits 1983 war der Champagnerabsatz (gegenüber 1982) auf 159,4 (146,5) Mill. Flaschen gestiegen. Bis zum Jahre 1990 soll er kontinuierlich auf 200 Mill. Flaschen gesteigert werden, was in etwa dem Weltbedarf bei einem „angemessenen Preisniveau" entsprechen würde, heißt es. Allerdings war man schon 1978 bei eher unterbewerteten Preisen auf einen bisherigen Absatzrekord von 185,9 Mill. Flaschen gekommen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres nahm der Champagnerabsatz um 18,3 Prozent auf 74,91 Mill. Flaschen zu. Davon wurden 23,97 Mill. (plus 28,2 Prozent) exportiert. Die Bundesrepublik stand mit 2,26 Mill. (plus 25,2 Prozent) an dritter Stelle nach Großbritannien und den USA, die jeweils 4,7 Mill. *Flaschen* Champagner importiert hatten. Pro Kopf der Bevölkerung waren 1983 die größten Verbraucher Frankreich (2,07 Flaschen), die Schweiz (0,58), Belgien (0,42), Großbritannien (0,17) und die Bundesrepublik (0,09) Flaschen.

ITALIEN / Steuerhinterziehern den Kampf angesagt

Den Einzelhandel im Visier

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italiens Steuerbürger sind in zwei Lager gespalten: auf der einen Seite die Lohn- und Gehaltsempfänger, auf der anderen die selbständig Erwerbstätigen. Beide Fronten stehen sich feindlich gegenüber, seitdem sich die *Regierung zum Ziel gesetzt hat*, den Steuerhinterziehern zu Leibe zu rükken und die Grauzone aufzuhellen, in der sich Millionen von Steuersündern bisher den forschenden Blicken des Fiskus zu entziehen vermochten.

Den Casus belli dazu lieferte der von Finanzminister Bruno Visentini im Sommer vorgelegte und jetzt vom Senat in der ersten Lesung verabschiedete Gesetzentwurf zur Teilreform des Steuersystems. Im Visier von Visentini stehen in erster Linie die *Einzelhandelsbetriebe* und die Freiberufler, die nach Feststellungen der Steuerbehörden die höchste Hinterziehungsquote aufweisen. In ihrem Fall will das Finanzministerium das Prinzip der Eigenveranlagung in Zukunft durchbrechen und zur Zwangsveranlagung durch die Finanzämter übergehen.

Massive Unterstützung bei ihren *Reformbestrebungen erhält die* Regierung von den Gewerkschaften. In einer Sitzung ihrer Zentralvorstände haben die Arbeitnehmerorganisationen beschlossen, zum Generalstreik aufzurufen, falls der von Finanzminister Bruno Visentini ausgearbeitete Gesetzentwurf Punkten geändert werden sollte.

Genährt wird die Auseinandersetzung zwischen den selbständig und den unselbständig Erwerbstätigen durch Untersuchungen des Finanz*ministeriums*, die für den gesamten Einzelhandel und weite Teile der frei ausgeübten Berufe hohe Hinterziehungsquoten festgestellt haben. Amtlichen Schätzungen zufolge entsprach der gesamte Hinterziehungsbetrag im vergangenen Jahr ungefähr der Hälfte des Haushaltsdefizits.

Der Streit zwischen selbständig und unselbständig Erwerbstätigen ist nicht nur eine Auseinandersetzung *um mehr Steuergerechtigkeit.* Dahinter steht auch von Tag zu Tag mehr der Kampf um eine neue Konzeption der Vertriebswege. Während die Lobby der Einzelhändler ihre bisherigen Steuerprivilegien mit dem Ziel verteidigt, den Betrieben auch weiterhin eine *Existenzgrundlage zu erhalten,* ist *für Regierung und Arbeitnehmer*organisationen das Anziehen der Steuerschraube nur eins der Mittel, um den Handel in moderne Formen des Verkaufs zu drängen.

Mit über eine Million Firmeninhabern, die mit ihren Familienangehörigen zusammen mehr als vier Millionen Stimmen in die Urnen bringen, stellt der italienische Einzelhandel nicht nur eine große Wählermasse dar. Mit der von dieser Zahl ausgedrückten Dichte steht der italienische Einzelhandel in Westeuropa mittlerweile auch an der Spitze, was Zersplitterung und Übersetzung anbelangt. In keinem Partnerland der Europäischen Gemeinschaft ist das Verhältnis zwischen der Zahl der traditionellen Einzelhandelsbetriebe und dem der Einwohner so hoch wie in Italien. In keinem EG-Land ist aber auch die Zahl moderner Verkaufsformen wie Warenhäuser und Lebensmittel-SB-Läden so niedrig.

Um hier endlich frischen Wind hineinzubringen, hat Industrie- und Handelsminister Renato Altissimo vor wenigen Wochen einen Gesetzentwurf eingebracht. Ziel der Reformbestrebungen ist eine Liberalisierung der Lizenzerteilung, die auf kommunaler Ebene unter Beteiligung des *Einzelhandels stattfindet.*

Das schärfere Durchgreifen soll eine Veränderung der Strukturen im Handel in Gang setzen. Reif zum Ausscheiden ist jenes Fünftel bis ein Viertel der Einzelhandelsbetriebe, das sich nur noch deshalb über Wasser hält, weil es bisher durch alle Steuermaschen schlüpfen konnte.

Wertpapierhandel in Ungarn gefragt

AP, Budapest

Zum ersten Mal seit der kommunistischen Machtübernahme hat in der Volksrepublik Ungarn wieder ein privater Handel mit Wertpapieren stattgefunden. Ein Budapester Wochenmagazin berichtete, der Effektenmarkt sei jüngst von der ungarischen Staatsentwicklungsbank in ihrer Zentrale organisiert worden. *Das Blatt zitierte Bankdirektor Janos* Radnotzi mit den Worten, die Staatsentwicklungsbank habe, wenn auch nur für einen kurzen Moment, „die Geburt der einheimischen Wertpapierbörse erlebt". Titel mit einem Nennwert von 10 000 Forint (rund 600 Mark) seien „weggegangen wie warme Semmeln", nach Bankauskunft vorwiegend an Pensionäre. Der Zinsgewinn von jährlich elf Prozent bei sieben Prozent Inflation ist steuerfrei.

SONNENENERGIE / EG-Forschungskraftwerk auf Sizilien lieferte als erste Solaranlage Strom ans öffentliche Netz

Technisch bewährt, allerdings nicht wirtschaftlich nutzbar

dpa/VWD, Taormina

Das thermodynamische Sonnenkraftwerk Eurelios der Europäischen Gemeinschaft in Adrano (Sizilien) hat sich nach Angaben seines Projektleiters Joachim Gretz bewährt. Wie Gretz vor Journalisten in Taormina *mitteilte, hat es als erstes* Sonnenkraftwerk der Welt Strom an ein öffentliches Netz abgegeben. Eine wirtschaftliche Nutzung ist allerdings nach seinen Angaben bei derart kleinen und technologisch bereits überholten Anlagen nicht möglich.

Sonnenenergieanlagen seien günstigstenfalls an 2000 von 8000 Stunden im Jahr benutzbar. Bei Eurelios *seien es* nur 1200 Stunden. Bei *einem* Solarkraftwerk von fünf Megawatt (MW) – Eurelios hat nur ein MW – liegt den Angaben zufolge der Preis derzeit für die Kilowattstunde bei 1,42 DM gegenüber einem Preis von 0,25 DM bei *Kohle- und Kernkraft* beziehungsweise 0,30 bis 0,35 DM bei einer mit Leichtöl betriebenen Gasturbine. Das installierte Kilowatt, das bei Kohle und Öl derzeit 8000 bis 10 000 DM koste, schlage bei thermodynamischen Solaranlagen derzeit noch mit 25 000 DM zu Buche. Allerdings seien bei der Sonnenenergie die Betriebskosten ungleich billiger.

Bis zum Jahr 2000 wird die Sonnenenergie laut Gretz höchstens sieben Prozent des Gesamtenergieverbrauchs der Europäischen Gemeinschaft decken. Das entspräche etwa 100 Mill. Tonnen Rohöl im Jahr. Eine wirtschaftliche Nutzung sei dagegen besonders in Afrika möglich, wo elektrische Energie gespeichert und in Industrieländer exportiert werden könne.

Das von der EG, der Bundesrepublik, Frankreich und Italien 1981 finanzierte Forschungskraftwerk hat etwa zehn Mill. Ecu (rund 25 Mill. DM) Entwicklungskosten verursacht. Davon übernahm die EG etwa die Hälfte, die drei Mitgliedsländer jeweils ein Drittel der Restsumme. Die deutsche Herstellerfirma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), die *sich zusammen mit der französischen* Cethel und den italienischen Firmen Ansaldo und Enel an dem Projekt beteiligte, habe rund vier Mill. DM in das Vorhaben investiert.

Die Anlage besteht aus 182 sogenannten Heliostaten mit beweglichen Spiegeln in einer Gesamtfläche von über 6000 Quadratmetern. Die Sonnenstrahlen werden auf einen 55 Meter hohen Turm konzentriert, wo sie in einem Empfänger Wasserdampf erzeugen, der eine Turbine zur Stromerzeugung antreibt.

Während bei MBB derzeit keine Anschlußaufträge vorlägen, werde die thermodynamische Solarenergie in den USA stark ausgebaut, sagte Gretz. Nach Angaben von MBB sind derzeit in den USA drei Solaranlagen *in Betrieb. Ein Solarkraftwerk mit 30* Megawatt Leistung soll 1985 begonnen und ein weiteres mit 100 Megawatt bis 1988 in Betrieb genommen werden. Auch in Israel werde derzeit *ein Solarkraftwerk* errichtet. MBB bemühe sich gegenwärtig um einen Auftrag für ein gemischtes Kohle-Sonnenkraftwerk in Ägypten.

Die Chancen des U.S. Marktes erschließt Ihnen die Morgan Bank



Leitende Mitarbeiter des European Corporate Banking Department nach einer ihrer regelmäßigen Besprechungen in New York über Marktentwicklungen. Von links: Haño Roosen, Harvey Struthers, John Comfort, Julie Blake, William Holding (Leiter der Abteilung), François de Seroux, Bence András.

Für multinationale europäische Unternehmen, die sich in den USA dem Wettbewerb stellen, bietet die Morgan Bank eindeutige Vorzüge.

Wir haben eine spezielle Gruppe von Kundenbetreuern in New York, deren ausschließliche Aufgabe es ist, europäischen Großunternehmen und deren U.S. Tochtergesellschaften bei ihren Aktivitäten im amerikanischen Markt behilflich zu sein. Nur wenige Banken haben solche Spezialabteilungen.

Diese Fachleute kennen das Bankgeschäft sowohl in Europa als auch in den USA, da die meisten von ihnen bereits in Morgan-Niederlassungen rund um die Welt gearbeitet haben. Jeder von ihnen ist auf bestimmte Länder spezialisiert, arbeitet eng mit unseren Büros in diesen Ländern zusammen und reist häufig zu Besprechungen mit unseren Kunden in deren europäische Zentrale.

Mit ihrer Erfahrung und ihren Spezialkenntnissen bieten diese Kundenbetreuer, gestützt auf die weltweite Präsenz der Morgan Bank, ein breites Spektrum an Dienstleistungen an, die weit über den üblichen Service einer Bank hinausgehen.

☐ Zur Deckung Ihres Finanzierungsbedarfs bei Expansionsvorhaben, Firmenkäufen oder bei besonderen Projekten setzen wir moderne Techniken ein wie etwa Privatplacierungen in Verbindung mit Zins- und Währungsswaps.

☐ Unsere Kenntnisse in Steuerfragen in Europa und in den USA ermöglichen es uns, besonders steuergünstige Finanzierungen für Sie zu entwickeln.

☐ Wir sind Spezialisten auf dem Gebiet der steuerbefreiten Finanzierung im Wege der Industrial Revenue Bonds.

☐ Wir können Ihnen bei der Einführung, Begebung und Placierung Ihres Commercial Paper im U.S. Markt behilflich sein. Unsere Dienstleistungen umfassen weiterhin die Beratung im Zusammenhang mit dem Rating, die erforderlichen offenen Kreditfazilitäten sowie Konvertierung der Erlöse in andere Währungen zur Verwendung außerhalb der USA.

☐ Wir nutzen die schnellsten, kosten- und steuergünstigsten Systeme zur Abwicklung Ihres firmeninternen und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs.

☐ Unsere europäischen Kundenbetreuer arbeiten eng mit anderen Morgan-Teams zusammen, um Firmenkäufe und -verkäufe erfolgreich durchzuführen. Morgan's Finanzanalysten verfolgen die Entwicklungen in vielen Industriezweigen, identifizieren zukunftsträchtige Sektoren und finden Unternehmen, die den Ansprüchen unserer Kunden gerecht werden könnten. Dann übernehmen unsere Mergers & Acquisitions Spezialisten die Verhandlungen des Geschäftsabschlusses unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Steuersituation von Käufer und Verkäufer.

Wenn Sie mehr darüber wissen möchten, wie diese Gruppe von Bankspezialisten Ihnen im U.S. Markt helfen kann, wenden Sie sich bitte an Ihren Morgan Banker in Frankfurt oder Düsseldorf. Oder schreiben Sie an das European Corporate Banking Department, Morgan Guaranty Trust Company, 23 Wall Street, New York, N.Y. 10015.

Morgan Guaranty Trust Company of New York.
Frankfurt: Mainzer Landstraße 46, ☎ (0 69) 7 12 40.
Düsseldorf: Cecilienallee 6, ☎ (02 11) 49 88 91.
Niederlassungen in den wichtigsten Finanzzentren der Welt.

Mitglied der FDIC

The Morgan Bank

PAPST-MOTOREN / 160 neue Mitarbeiter eingestellt

Führende Position in Europa

WERNER NEITZEL, Stuttgart

In den letzten zwölf Monaten hat die Papst-Motoren GmbH & Co. KG, St. Georgen/Schwarzwald, Europas führender Hersteller von Präzisionsmotoren und Geräteventilatoren für hochtechnische Elektronik-Erzeugnisse (beispielsweise Personalcomputer, Videorecorder, Datenspeicher), 160 neue Mitarbeiter eingestellt und zählt nunmehr in seinen drei Werken in St. Georgen, Herbolzheim und Spaichingen insgesamt rund 1500 Beschäftigte.

Hintergrund ist die zügige Expansion des Familienunternehmens, das in 1984 mit einem Wachstum um 20 Prozent einen Umsatz von knapp 150 Mill. DM anpeilt. In den zurückliegenden zwei Jahren hat sich die Exportquote von 50 auf nunmehr 60 Prozent vergrößert. Diese Entwicklung führt der geschäftsführende Gesellschafter Günter Papst auf den erfolgreichen Marktausbau in den USA und die Vertriebsaktivitäten in Fernost zurück. Eigene Vertriebstöchter bestehen in den USA, Großbritannien, Frankreich und Spanien. In Herbolzheim/Breisgau wurde dieser Tage ein neues Werk, in das insgesamt 15 Mill. DM investiert worden sind, offiziell seiner Bestimmung übergeben. Mit diesem bedeutenden wirtschaftlichen Engagement wolle sich das mittelständische Unternehmen gegen die starke internationale Konkurrenz zur Wehr setzen.

Papst wertet die japanische Herausforderung wegen der vielen in Nippon günstigeren Ausgangsbedingungen als große Bedrohung. Andererseits wird Japan aber auch als eine positive und stimulierende Größe im internationalen Wettbewerb gesehen. Mit Firmen im kalifornischen Silicon Valley pflegte Papst eine enge technische Zusammenarbeit.

Das Unternehmen habe sich zum Ziel gesetzt, seine Produktion weiter so zu rationalisieren und zu automatisieren, daß die Standortfrage von den Personalkosten her an Bedeutung verliere. Die Ertragslage habe sich verbessert und biete die Grundlage für weitere Rationalisierungsinvestitionen. Die in 1942 gegründete Firma hatte mit dem Bau von Antrieben für Plattenspieler und Tonbandgeräte begonnen.

MAX BAHR / Der Heimwerker-Markt wächst stetig

Expansionsziele hochgesteckt

J. BRECH, Hamburg

Die zu den führenden Filialunternehmen für Bau- und Heimwerkermärkte zählende Max Bahr Holzhandlung GmbH & Co. KG, Hamburg, hält an dem seit Jahren vorgelegten Expansionstempo fest. Nach Angaben der Geschäftsführer Peter Möhrle (zugleich Mehrheitsgesellschafter der KG) und Peter Baron von le Fort wird die Gruppe den Umsatz in diesem Geschäftsjahr um gut 11 Prozent auf 325 Mill. DM steigern und das anvisierte Ziel nicht aus den Augen lassen, bis Ende dieses Jahrzehnts über mindestens 50 Filialen mit einem Umsatzvolumen von 500 Mill. DM zu verfügen.

Auf dem, wenn auch nicht mehr exorbitant, so doch stetig wachsenden Markt für Heimwerker sichert sich Bahr seit Jahren steigende Marktanteile über Expansion in der Fläche. Nachdem im Berichtsjahr 1983/84 (29. 2.) die Filialkette um 4 Betriebe erweitert worden ist (die gesamte Verkaufsfläche stieg um 35 Prozent auf 78 230 qm), folgen in diesem Jahr nochmals 4 Filialen. In Koblenz, Kassel und Bremen sind die Märkte bereits eröffnet, im November kommt Osnabrück hinzu. Die Verkaufsfläche in den dann 35 Märkten wird damit bis zum Jahresende auf mehr als 90 000 qm ausgeweitet.

Das Umsatzwachstum im Berichtsjahr von 29 Prozent auf 292 Mill. DM stammt ebenfalls zum überwiegenden Teil aus der Flächenerweiterung. Aber auch das flächenbereinigte Plus von 12 Prozent, so Möhrle, habe noch über dem Branchendurchschnitt gelegen. Die Belegschaft wurde um 17,5 Prozent auf 659 Mitarbeiter aufgestockt, deren Pro-Kopf-Umsatz um fast 10 Prozent auf brutto 443 000 DM stieg. Per Oktober dieses Jahres werden rund 700 Mitarbeiter beschäftigt, davon 10 Prozent in der Verwaltung.

Der Grundsatz, die Expansion nicht zu Lasten der Ertragslage gehen zu lassen, sei auch im Berichtsjahr gewahrt geblieben, betont Möhrle. Die Bruttorendite gibt er mit 5 bis 10 Prozent an, wobei Richtgröße eher die 10 sein dürfte. Als einzige Kennzahl für die Ertragsentwicklung nennt Möhrle den Cash-flow. Er ist im Vergleich zum Vorjahr um 36 Prozent auf rund 30 Mill. DM gestiegen. Investiert wurden im Berichtsjahr 26 Mill. DM, eine Größenordnung, die auch in den kommenden Jahren geplant ist. Als Zielrichtung für neue Märkte rückt zunehmend der Westen und Süden ins Blickfeld, nachdem der Norden weitgehend abgedeckt ist.

NAMEN

Wilhelm Witte, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Unternehmen der Continentale Versicherungs-Gruppe und der Europa-Versicherungen, wird am 1. November 65 Jahre.

Dr. **Rudolf Eberhard**, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Vereinsbank AG, München, vollendet am 1. November das 70. Lebensjahr.

Dr. **Herbert Henzler** (43), übernimmt zum Jahreswechsel die Leitung der deutschen Niederlassung der amerikanischen Unternehmensberatungsfirma McKinsey + Company Inc. Er wird Nachfolger von **John McDonald** (59), der die Deutschland-Praxis von McKinsey vor 20 Jahren gegründet hat.

Dr. **Manfred Klis**, Generalbevollmächtigter der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, übernimmt am 1. November zusätzlich den Alleinvorstand der Zewawell AG. Er wird Nachfolger von Dr. **Wilfried Vollmer**, der in den Zewawell-Aufsichtsrat eintreten wird.

OTTO-VERSAND / Wachstum auf äußerst solider Ertragsbasis

Ausnahmestellung erneut bestätigt

J. BRECH, Hamburg

Der Otto Versand, Hamburg, der einschließlich seiner ausländischen Engagements der Welt zweitgrößter Versender ist, hat im Berichtsjahr 1983/84 (29. 2.) seine Ausnahmestellung im deutschen Versandhandels-Markt erneut bestätigt. Von der allgemein negativen Branchenentwicklung, die sich in einem Umsatzrückgang von 2 Prozent niederschlägt, koppelte sich Otto ab und leitete eine eigene Firmenkonjunktur ein. Der inländische Konzern steigerte den Umsatz um 6 Prozent, wobei der Versandbereich um 6,6 Prozent wuchs, die Gruppe legte 14,4 Prozent zu. Der Marktanteil im Inland verbesserte sich nach eigenen Angaben von 18,5 auf 20 Prozent.

Das Wachstum erreichte Otto zudem auf ungemein solider Ertragsbasis. Für den Konzern weist Otto einen um 14,6 Prozent gestiegenen Jahresüberschuß aus, für das Versandhaus von 115,4 Mill. DM (plus 12,25 Prozent). Die Umsatzrendite, die im Vorjahr noch leicht gefallen war, erreichte wieder den im Einzelhandel stolzen Satz von 3,8 Prozent. Von dem finanziellen Segen profitieren auch die Gesellschafter. Vom Bruttoüberschuß werden 88 Mill. DM ausgeschüttet, dazu kommen 30 Mill. DM aus Rücklagenauflösung. Das Kapital halten zu 65 Prozent die der Familie Otto gehörende Otto AG für Beteiligungen, zu 25 Prozent die Verlagsgruppe Brost & J. Funke GmbH & Co KG, Essen, und zu 10 Prozent die KG Aurum Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH (Kapitalgeber unter der Führung der Vereins- und Westbank).

Zur Begründung des Erfolgs in einem schweren Umfeld bedient sich der Vorstandsvorsitzende Michael Otto eines Umkehrschlusses. Wenn ein schlechtes Ergebnis das Resultat schlechten Managements sei, dann müßten gute Ergebnisse wohl auf gutem Management beruhen. Im gesamten Unternehmen, so Otto, gebe es dank der strengen Organisation nach profit-centers hohe Motivation auf allen Ebenen. Als weiteren entscheidenden Punkt wertet Otto, daß für das Versandhaus frühzeitig neue Schwerpunkte gesetzt worden sind. Im Versandhandel komme es in zunehmendem Maße darauf an, die Positionen durch Innovationen zu behaupten. Einen generellen Aufschwung werde es in der Branche nicht mehr geben.

Daß Otto nach wie vor über „Systemvorteile" in der Branche verfügt, belegt die Entwicklung in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres. Während für die Gesamtbranche im ersten Halbjahr ein reales Plus von 0,5 (nominal 3,5) Prozent angegeben wird, betrug das Wachstum bei Otto in den Monaten März bis Oktober rund 4,5 (nominal 5) Prozent. Diese Zuwachsrate soll über das ganze Jahr gehalten werden.

Für zügige Expansion sorgt außerdem das Auslandsgeschäft. Rund 40 Prozent des Gruppenumsatzes wickelt Otto inzwischen mit ausländischen Beteiligungsgesellschaften ab. Die Umsatzexplosion im Berichtsjahr beruht einmal auf starkem Wachstum in Frankreich und den USA, zudem auf Neuerwerbungen. Die französische Gruppe 3 Suisse International erwarb die Mehrheit an dem Spezialversender Blanche Porte (1,4 Mrd. FF Umsatz) und eine Beteiligung von 49 Prozent an der VPC-Promotion mit 250 Mill. FF Umsatz. Die 3 Suisse-Gruppe weitete dadurch das gesamte Geschäftsvolumen um 36,3 Prozent auf 5,9 Mrd. FF aus. Auf Erfolgskurs blieb ferner die 100-Prozent US-Beteiligungsgesellschaft Spiegel Inc., die dank gezieltem Know-how-Transfer des Otto Versands den Umsatz um 26,4 Prozent auf 612 Mill. Dollar steigerte, den Gewinn gar auf 23,6 Mill. Dollar mehr als verdoppelte.

Die Spiegel Inc. wird nach Angaben von Otto in diesem Jahr aus steuerlichen Gründen aus der Gruppe ausgegliedert und von den Gesellschaftern des Otto Versands übernommen. An der Konzeption ändere sich dadurch nichts, erklärt Otto. Die Abtretung der Anfang 1982 erworbenen US-Firma wird dem Otto-Versand gut 180 Mill. DM in die Kassen spülen. Diese Liquidität, so Otto, begünstige weitere Zukunftsaktivitäten im In- und Ausland. Auf dem deutschen Markt soll die Großhandelsgesellschaft Fegro erweitert werden (Beteiligung 80 Prozent), die mit bislang nur 3 Märkten 413 Mill. DM umsetzt.

Otto Versand	1983/84	±%.
Gruppenumsatz (Mill. DM)	8452	+ 14,4
Konzernumsatz	4372	+ 6,0
dav. Otto Vers.	3429	+ 6,8
Schwab	621	+ 9,4
Heine	380	+ 8,9
Jahresüberschuß	124	+ 14,6
Eigenkapital	346	– 2,3
in % d. Bil.-Summe	22,0	(25,5)

DWS / Impulse von den sinkenden Zinsen und vom Konjunkturaufschwung

Gute Marktchancen im nächsten Jahr

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach Einschätzung von Ernst Bracker, Geschäftsführungssprecher der Deutschen Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH, (DWS), Frankfurt, wird der deutsche Aktienmarkt nach den Höchstständen der letzten Tage zunächst wieder eine Konsolidierungsphase durchlaufen. Danach bestehe aber weiterer Spielraum für Höherbewertungen.

Seine derzeitigen Impulse beziehe der Markt in erster Linie von den sinkenden Zinsen, aber auch von der Konjunkturentwicklung. Dabei erweise sich die Inlandsnachfrage ebenso als Konjunkturmotor wie der dollarbegünstigte Export. Die schon jetzt sichtbare Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen werde sich auch 1985 fortsetzen: „Die Gewinnerwartungen für 1985 schätzen wir aus heutiger Sicht auf plus 10 Prozent", meint Bracker.

Auch von der Inflationsseite erwarten die DWS-Experten keine Gefahren, so daß für die Bundesbank kein Anlaß zu restriktiver Politik bestehen werde. Unter so günstigen Voraussetzungen hält Bracker die Prognose der Institute – 2 nach 2,5 Prozent Wachstum des realen Sozialprodukts in 1985 – für zu pessimistisch.

Zuversichtlich ist er auch beim Blick auf die wichtigen Auslands-Aktienmärkte. Selbst, wenn in den USA die Wachstumsimpulse 1985 erlahmen sollten, sei noch mit weiteren Gewinnzuwächsen (1984: plus 20 Prozent) der Unternehmen zu rechnen. Zudem bleibe die Hoffnung auf Zinssenkungen, die neue Wachstumsanstöße geben könnten.

Mit der Entwicklung der nun neun DWS-Fonds im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) ist das Management „insgesamt zufrieden". Durch Mittelzuflüsse von per Saldo 837 (1237) Mill. DM sowie durch Erträge und Kurssteigerungen wuchs das gesamte Fondsvermögen von 8,9 auf 10,1 Mrd. DM. Damit hat die DWS ihren Marktanteil von 28,2 Prozent am Gesamtvermögen der im Branchenverband erfaßten Fonds gehalten. Am Mittelaufkommen war die Deutsche-Bank-Beteiligung mit 36 Prozent beteiligt.

Dabei verlief die Entwicklung der einzelnen Fondsgruppen höchst unterschiedlich. Bei den sechs „Basisfonds" (siehe Tabelle) waren die Zuflüsse fast völlig auf den auf US-Werte ausgerichteten Rentenfonds Inter-Renta ausgerichtet, während der deutsche Rentenfonds ebenso wie die Aktienfonds Abflüsse zu verkraften hatten.

„Gemischt" auch die Entwicklung bei den drei Spezialfonds (Rohstoffe, Energie, Technologie), die allesamt erst 1983 aufgelegt wurden. Beim Rohstoff- und beim Energiefonds kam es zu erheblichen Rückflüssen (ein Drittel bzw. die Hälfte des zunächst erreichten Fondsvermögens), die hier allerdings „zum Konzept gehören". Der Technologiefonds dagegen hielt sein Vermögen fast unverändert. Alle drei schütten in diesem Jahr zum ersten Mal aus. Die Barausschüttung des Rohstoffonds beträgt 3,70 DM, des Energiefonds 5,60 DM und des Technologiefonds 2,30 DM.

DWS-Fonds	Investa 1984 (30.9.)	Investa 1983	Intervest 1984 (30.9.)	Intervest 1983	Akkumula 1984 (30.9.)	Akkumula 1983	Inrenta 1984 (30.9.)	Inrenta 1983	Inter-Renta 1984 (30.9.)	Inter-Renta 1983	Re-Inrenta 1984 (30.9.)	Re-Inrenta 1983
Fondsvermögen (Mill. DM)	1400,9	1613,4	160,3	179,4	13,7	11,1	2905,9	2993,0	4191,5	2914,6	107,9	94,3
Netto-Mittelaufkommen (Mill. DM)	–315,6	–239,5	–20,6	–14,5	+1,4	–0,3	–150,4	+25,8	+1194,1	+780,3	+0,2	–0,7
Anteilwert (DM)	41,90	38,90	72,53	71,37	118,73	108,20	70,94	69,27	40,34	40,41	139,64	122,44
Barausschüttung (DM je Anteil)	1,80	1,80	3,50	3,50	–	–	5,30	5,30	3,90	3,90	–	–
Steuerguthaben	0,56	0,50	0,36	0,40	–	–	–	–	–	–	–	–
Wertveränderung in % (einschl. letzte Ausschüttung)	+14,19	+30,75	+7,61	+42,11	+11,16	+32,78	+10,74	+8,63	+10,37	+14,91	+14,05	+12,76

PHYWE / Auf der Suche nach einem Partner

Noch einmal rote Zahlen

KLAUS WÄGE, Göttingen

Die Phywe AG, Göttingen, nach eigenen Angaben größter deutscher Lehrmittelhersteller, ist auf Partnersuche. Das Unternehmen, dessen Kurs im September dieses Jahres zeitweilig in Hannover ausgesetzt war und das 1983 bei einem Umsatz von 73,8 (79,4) Mill. DM einen Jahresfehlbetrag von 6,1 Mill. DM hinnehmen mußte, will dadurch die Kapitalstruktur verbessern und strebt eine mögliche Ergänzung der eigenen Produktpalette an.

Hinzu komme, so der neue Vorstandssprecher Klaus Abend vor der Hauptversammlung des Unternehmens, daß Phywe auch über Überkapazitäten verfüge. Das Unternehmen, das 1984 laut Abend einen Jahresfehlbetrag in nicht genannter Höhe ausweisen wird, will 1985 ausgeglichen abschließen und 1986 wieder in der Gewinnzone sein.

1984 gingen bei naturwissenschaftlichen und technischen Lehrmitteln die Auftragseingänge im Inland um 10 Prozent zurück, während sie im Bereich Mobiliar sogar noch über diesen Wert hinaus rückläufig waren. Die Nachfrage nach Mobiliar konzentriere sich derzeit auf den Ersatzbedarf. Hinzu kämen immer noch Schulschließungen, führte Abend aus. Im Export soll es den Angaben zufolge etwas besser laufen.

Den Aufschwung will Phywe durch eine umfassende Reorganisation und die Verringerung der Abhängigkeit von der öffentlichen Hand erreichen. Die Belegschaft wird von derzeit 620 Mitarbeitern bis Mitte 1985 auf 450 (ohne Auszubildende) geschrumpft sein. Für die Jahre 1983 und 1984 wurden zwei Sozialpläne von insgesamt 3,5 Mill. DM aufgestellt.

In der Diskussion meinte ein Aktionär zu der Partnersuche, daß „kranke Mädchen selten verheiratet würden". Im großen und ganzen verlief die Hauptversammlung ruhig, obwohl die Aktionäre für 1983 leer ausgehen. Für 1982 war eine Dividende von 6 Prozent aus den Rücklagen auf das Grundkapital von 9,375 Mill. DM gezahlt worden. F. Victor Rolff ist mit über 75 Prozent an Phywe beteiligt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kreditvolumen gewachsen

Hamburg (JB.) – Die Vereins- und Westbank AG, Hamburg, hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres das Geschäftsvolumen um 12,8 Prozent auf 13,7 Mrd. DM und die Bilanzsumme um 13,5 Prozent auf 12,3 Mrd. DM ausgeweitet. Getragen wurde das Wachstum von einem um 12,1 Prozent auf 9,3 Mrd. DM gestiegenen Kreditvolumen. Zur Ertragslage heißt es in einem Zwischenbericht, daß das Gesamtbetriebsergebnis für das Jahr 1984 zufriedenstellend ausfallen, nicht aber das Niveau des Vorjahres erreichen dürfte. Den um 8,9 Prozent gestiegenen Zinserträgen stehen 22,4 Prozent höhere Zinsaufwendungen gegenüber, so daß sich die Marge von 2,9 auf 2,4 Prozent ermäßigte und der Zinsüberschuß um 8,9 Prozent sank. Der Provisionsüberschuß erhöhte sich demgegenüber um 2,5 Prozent auf 87 Mill. DM.

Aktionäre für Kooperation

Kulmbach (VWD) – Eine außerordentliche Hauptversammlung der Reichelbräu AG, Kulmbach, hat die im Sommer mit der Mönchshof-Bräu vereinbarte Kooperation gebilligt. Damit ist eine Erhöhung des Grundkapitals der Reichelbräu AG von bisher 7,1 Mill. DM auf 8,2 Mill. DM verbunden. Sie erfolgt durch Ausgabe von 22 141 neuen Aktien im Nennwert von je 50 DM zum Ausgabepreis von 250 DM je Stück.

Kapazität verdoppelt

Düsseldorf (J. G.) – Auf 80 000 Jahrestonnen und mit 75 zusätzlichen Arbeitsplätzen verdoppelt das Gemeinschaftsunternehmen GAF-Hüls Chemie GmbH in Marl die Kapazität zur Herstellung von 1,4-Butandiol. Das aus Hüls-Acetylen hergestellte Produkt ist besonders ein wichtiger Baustein für die derzeit gut im Markt liegenden hochwertigen Kunststoff-Konstruktionswerkstoffe. Die nicht genannte Investitionssumme dürfte bei knapp 100 Mill. DM liegen.

„Geburtsfehler" beseitigt

Frankfurt (adh.) – Alle ehemaligen oder derzeitigen „Kapital & Wert"-Amtsinhaber sind jetzt aus den Vorstandsgremien des Bundesverbandes privater Kapitalanleger, Bonn, ausgeschieden. Damit wurde ein eklatanter „Geburtsfehler" dieses Verbandes beseitigt, der nun eine größere Unabhängigkeit gewinnt und sich allein aus Beiträgen seiner – privaten – Mitglieder finanzieren muß. Die Geschäftsführung liegt derzeit bei Prof. Udo Kollatz; Vorsitzender des Kuratoriums ist Horst Schröder, Geschäftsführer der DEG.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Savelberg GmbH, Herzogenrath; **Dortmund:** Bönkhoff GmbH & Co., Holzwickede; **Düsseldorf:** Gillessen und Partner GmbH, Langenfeld; Vliestex GmbH; Wobau Ges. f. Wohnungsbau u. Baubetreuung mbH.; **Hamburg:** Nachl. d. Erich Max Wilhelm Krüger, Arbeiter; **Kassel:** Nachl. d. Herta Engel geb. Keune, Vellmar; **Kleve:** Klapheck GmbH & Co. KG, Bedburg-Hau-Qualburg; Klapheck GmbH, Bedburg-Hau-Qualburg; KG d. Fritz Zumkley, Landmaschinen-Fachbetrieb, Kevelaer; **Königstein:** Borzims Fernreisen Reisebüro GmbH; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Karl Peter Gustav Beckmann; **Pinneberg:** Franz Drews Helgoland GmbH & Co. KG, Helgoland; **Ravensburg:** Kern Heizungsbau GmbH, Obereschbach; **Rotenburg a. d. Fulda:** Haack & Co. GmbH; **Saarlouis:** Bernd Hawner; **Weiden i. d. OPf.:** Nachl. d. Hans Lang, Waldsassen; **Weißenburg:** Nachl. d. Hildegard Schöttner; **Wiesbaden:** Intratex Verlagsges. mbH; Nachl. d. Helga Berninger geb. Kainz.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: FIBA Industrie-Maschinen GmbH; **Mannheim:** team-Heimwerker-Fachmarkt für Haus und Garten GmbH, Brühl; **Ravensburg:** Dezel GmbH & Co. KG.

Vergleich eröffnet: Beckum: Gebr. Becker GmbH & Co.; **Köln:** Suchanek & Cremer Damenoberbekleidung GmbH.

Aktien lebhaft und fester

Erleichterung über ausgebliebene Auslandsabgaben

DW. – Als deutlich wurde, daß das Ausland auf das Kommunalwahlergebnis in Baden-Württemberg nicht mit massiven Aktienverkäufen reagieren würde, kam es auf der am Vortag stark ermäßigten Kursbasis zu Rückkäufen. Bei steigenden Kursen waren in Einzelfällen die Tagesgewinne sogar zweistellig. Untermauert wurde die Tendenz durch wieder steigende Rentennotierungen. Sie ließen Hoffnungen auf einen Fortgang der Zinssenkung keimen. Ein Schwerpunkt zeichnet sich bei den bislang vernachlässigten Autopapieren ab.

VW-Aktien wurden unter lebhaften Umsätzen um rund 8 Punkte heraufgesetzt. Der BMW-Kurs zog sogar darüber hinaus an. Weniger spektakulär waren die Kursbewegungen im Chemiebereich. Bei *BASF*, *Bayer* und *Hoechst* gingen die Tagesgewinne über 2,50 DM nicht hinaus. Die Meinungskäufe bei der Allianz Versicherung wurden fortgesetzt und lösten einen nochmaligen Kursanstieg um rund 30 DM aus. Starke Nachfrage auch nach Lufthansa-Vorzügen, hervorgerufen durch Berichte über das starke Wachstum des Luftverkehrs, an dem die Lufthansa großen Anteil hat. Bei den Banken wurden Deutsche Bank bevorzugt. Bei ihr, wie auch bei Siemens und Schering, wird künftig wieder mit Auslandskäufen gerechnet. Von den Spezialpapieren setzten Didier ihren Anstieg weiter fort. Gefragt waren auch Muk, wo für 1984 wieder mit einem guten Abschluß und mit einer Umstellung der Notiz auf 50-DM-Aktien gerechnet wird.

Düsseldorf: Huta fielen um 2 DM, Heinrich und Pegulan St. verminderten sich jeweils um 2 DM. Kochs Adler und Stahlwerke Bochum mußten 5 DM abgeben. AEG Kabel Rheydt verminderten sich um 7 DM. Audi NSU gaben um 10 DM nach, und Mauser erholten sich um 4 DM.

Frankfurt: AEG-Telefunken erhöhten sich um 2,50 DM, Bankges. v. 1899 zogen um 10 DM auf 425 DM an, und Dt. Bank konnten sich um 8,70 DM auf 370 DM verbessern. Dt. Texaco sanken um 9 DM auf 196 DM, und Dywidag fielen um 4 DM.

Hamburg: HEW konnten sich auf 84 DM plus 1,90 DM und NWK-Vz auf 167,50 DM plus 1 DM erholen. Bremer Vulkan setzten zu 69 DM ein und kamen später bis auf 70 DM plus 3 DM. Markt- und Kühlhallen setzen ihren Anstieg auf 355 DM plus 5 DM fort.

München: Agrob St. verminderten sich um 7 DM auf 218 DM, Etienne Aigner gaben um 3 DM auf 237 DM nach, und Leonische Draht sanken um 4 DM auf 315 DM. Audi NSU konnten sich auf 385 DM plus 1 DM befestigen, Deckel AG erhöhten sich um 2 DM auf 148 DM, und Gebe AG zogen um 3 DM an.

Berlin: Schering wurden um 7 DM, Berthold und Herlitz Vz. um je 6,50 DM und Herlitz St. um 4,50 DM heraufgesetzt. Berliner Bank konnten sich um 1,80 DM und Bekula um 1 DM erholen.

Nachbörse: fester

WELT-Aktienindex: 156,6 (154,9)
WELT-Umsatzindex: 3290 (2580)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Kurswert in 1000 DM

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Inland

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Mailand

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Tokio

[illegible]

Zürich

[illegible]

Madrid

[illegible]

Paris

[illegible]

Wien

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

[illegible]

Sydney

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 29. 10. 84: 1972 Optionen = 104 050 (75 800) Aktien. Davon 181 Verkaufsoptionen = 10 750 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-100/8, 1-110/3,45, 4-100/14, 4-110/[illegible], 4-120/4, 4-130/2, 7-100/16,9, 7-120/6, 7-130/4,5, BASF 1-150/10, 1-160/[illegible], 1-170/7, 1-173/6, 1-180/3,9, 4-150/22, 4-160/12,5, 4-170/11, 4-180/[illegible], 4-190/2,8, 4-200/3, 7-180/10, 7-190/7, Bayer 1-170/13, 1-180/7,5, 1-190/3, 1-200/1,5, 4-150/37, 4-170/19,5, 4-180/12,4, [illegible] Dt. Babcock St. 4-150/15,45, 4-170/7, Dt. Babcock VZ 1-180/2, Deutsche Bank [illegible] Veba 1-182,5/12,8, 1-180/2, 4-170/[illegible], [illegible]

3,5, VEW 7-120/[illegible], VW 1-180/31, 1-180/15, 1-190/8, 1-200/4,9, 1-210/2,8, [illegible] Philips 7-50/5,4. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5½–5¾	4½–4⅞
3 Monate	10⅛–10⅜	5¾–6	5 –5¼
6 Monate	10½–10¾	5¾–6	5 –5¼
12 Monate	11 –11¼	5⅞–6⅛	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel)*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1485,00	1818,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1210,00	1471,25
5 US-Dollar (Liberty)	725,00	940,50
1 £ Sovereign alt	224,00	289,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	230,00	285,00
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	230,00	283,86
Krüger Rand, neu	1044,00	1230,06
Maple Leaf	1044,00	1230,06
Platin Noble Man	1005,00	1185,60
Außer Kurs gesetzte Münzen)*		
20 Goldmark	234,00	294,12
20 schweiz. Franken „Vreneli“	185,00	234,84
20 franz. Franken „Napoléon“	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	964,00	1162,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	444,00	546,06
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

30. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs*)	Ankauf	Verkauf
New York[2])	3,0515	3,0595	3,0231	3,00	3,09
London[1])	3,687	3,701	3,651	3,64	3,79
Dublin[1])	3,083	3,097	3,034	3,76	3,91
Montreal[2])	2,3145	2,3225	2,2885	2,25	2,36
Amsterd.	88,570	88,790	88,62	87,50	89,50
Zürich	121,470	121,670	121,085	120,25	122,00
Brüssel	4,944	4,964	4,893	4,79	4,99
Paris	32,545	32,705	32,19	31,71	33,50
Kopenh.	27,540	27,700	27,345	26,50	28,25
Oslo	34,490	34,610	33,93	33,25	35,00
Stockh.**)	35,090	35,250	34,64	34,00	35,75
Mailand[2]) **)	1,608	1,618	1,571	1,57	1,67
Wien	14,207	14,247	14,171	14,15	14,35
Madrid**)	1,778	1,788	1,75	1,71	1,83
Lissabon**)	1,850	1,870	1,761	1,55	2,35
Tokio	1,2435	1,2465	–	1,20	1,26
Helsinki	47,910	48,110	46,98	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,85	0,20
Athen*) **)	2,4165	2,4705	–	1,58	2,35
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5765	2,5955	–	2,52	2,62
Johannesbg.*)	1,5980	1,6170	–	1,55	1,80

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar.
*) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der Kurs des US-Dollars konnte am 30. 10. sein Vortagsschlußniveau von 3,07 nicht behaupten. Positionsglattstellungen drückten den Kurs in einem ruhigen Marktgeschehen auf das Kursband von 3,05 bis 3,0650 zurück. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 3,0555 festgestellt. Aktivitäten der Bundesbank wurden nicht beobachtet. *Die D-Mark* konnte sich gegenüber den meisten übrigen amtlich notierten Währungen geringfügig verbessern. Nach Überwindung des Ultimos schwächte sich der schweizer Franken um 25 Pfg. auf 121,57 ab. Das britische Pfund verlor 2,7 Prozent und notierte mit 3,694. Von den nordischen Währungen verzeichnete die schwedische Krone mit einem Rückgang um 8 Pfg. auf 35,17 den höchsten Tagesverlust. Gegen den allgemeinen Trend befestigte sich der japanische Yen um 3,2 Promille auf 1,2450. Dollar in: Frankfurt 3,0555; Amsterdam 3,4460; Brüssel 61,72; Paris 9,3750; Mailand 1895,50; Wien 21,4740; Zürich 2,5134; Ir. Pfund/DM 3,090; Pfund/Dollar 1,2090; Pfund/DM 3,694.

Ostmarkkurs am 30. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Tagesverlauf leicht nachgebende Euro-Dollar-Sätze hatten am 30. Oktober eine Verringerung der Abschläge für Dollar gegen D-Mark zur Folge.

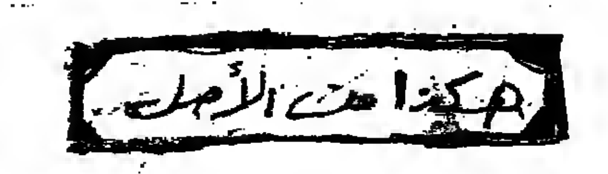
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,20/1,10	3,41/3,31	7,04/6,94
Pfund/Dollar	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Pfund/DM	[illegible]	[illegible]	[illegible]
FF/DM	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30. 10.: Tagesgeld 5,5-5,55 Prozent; Monatsgeld 5,8-5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0-6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 30. 10.: 10 bis 29 Tage 4,95 G-4,80 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,95 G-4,80 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 30. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,00 (6,27)–7,25 (6,57)–7,75 (6,88)–8,00 (6,91)–8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,00 (6,25)–7,25 (6,41)–7,50 (6,74)–8,00 (6,90)–8,50 (7,24)–8,50 (7,42). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs [illegible], Rendite [illegible].



Bundesanleihen

		30. 10.	29. 10.
F 5 Bund 78 IV	12/84	99,95G	99,95G
5¾ dgl. 79	1/85	100bG	100
8¾ dgl. 73 I	3/85	100,85	100,85
7 dgl. 79	4/85	100,45	100,45G
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,85	100,85
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,15	101,15G
6 dgl. 76 IV	10/85	101,05	101,65
5½ dgl. 78 II	3/86	99,15G	99,15
5¾ dgl. 78	5/86	98,05	98
7¼ dgl. 78 I	12/86	101,45	101,4
6½ dgl. 79	1/87	100,05	100G
7¾ dgl. 76 II	1/87	101,5	101,45
6¾ dgl. 77	4/87	100,4	100,5
6½ dgl. 77	7/87	100	99,9
6 dgl. 77	10/87	98,7	98,6
6 dgl. 78 I	1/88	98,15	98
6½ dgl. 78 I	3/88	99,73	99,65
6½ dgl. 78 II	12/88	99,15	99
6¾ dgl. 76	1/89	99,8	00,35
7¼ dgl. 79 I	4/89	100,85	100,85
10 dgl. 81	4/89	110,26	100,2
7½ dgl. 79 I	6/89	101,2G	101,2
8 dgl. 79 I	7/89	103,45	103,45
8 dgl. 79 II	8/89	103,0	103,6
7¾ dgl. 79 D	9/89	101,65	101,3
7¾ dgl. 79 II	11/89	102,75	102,35
7¾ dgl. 80 I	1/90	102,3	102,3
10 dgl. 00	4/90	111,65	111,65
5¾ dgl. 78	5/90	95,5	95,6
8¾ dgl. 80 I	7/90	104,3	104,15
8¾ dgl. 00 D	11/90	104,45	104,25bG
7¾ dgl. 82	11/90	102,5	102,3
0 dgl. 81	3/91	107,1	107
10¾ dgl. 81	7/91	113,55G	113,55
10¾ dgl. 81	9/91	110,4	110,4
10 dgl. 81 D	12/91	112,9	112,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	111,1	111,05
9¾ dgl. 82 II	3/92	111,2	111,2
6 dgl. 78 II	3/93	94,4	94,1
9,5 dgl. 82	4/92	110,15	109,95
0 dgl. 82	5/92	107,85	107,5
8½ dgl. 82	6/92	105,35bG	105,15
9 dgl. 82	8/92	107,75G	107,55
8¾ dgl. 82	9/92	106,85bG	106,15
7¾ dgl. 82	12/92	102	101,25
7½ dgl. 83	1/93	100,65	99,95
7½ dgl. 83 II	3/93	100,6	99,85
7½ dgl. 83 III	5/93	100,8	100,5
8¼ dgl. 83	6/93	104,5bG	104,3
8 dgl. 83	7/93	103bG	102,56
8¼ dgl. 83 II	8/93	104,8bG	104,15
8¼ dgl. 83 III	10/93	104,65bG	104,25
8¼ dgl. 83 IV	11/93	104,85	104,15
8¼ dgl. 83 V	12/93	104,7bG	104,25
8¼ dgl. 84	1/94	104,8bG	104,15
8¼ dgl. 04 II	2/94	104,85	104,2
0 dgl. 84	3/94	103,1bG	102,5
8¼ dgl. 04	6/94	104,9	104,5
8¼ dgl. 84 III	7/94	105	104,4
8¼ dgl. 04 V	8/94	105,2	104,1
7½ dgl. 84	10/94	100,5bG	100,05bG
F 7¾ B.Obl 79 S.1	12/84	100,4	100,4
0 dgl. 80 S.2	2/85	100,55	100,55
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	100,6	100,6G
9¾ dgl. 00 S.4	3/85	100,9	100,9
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	100,95	100,85
8¾ dgl. 80 S.6	5/85	100,95	100,95G
8 dgl. 80 S.7	6/85	101	101
7¾ dgl. 00 S.8	8/85	100,9	100,6
8½ dgl. 00 S.9	10/85	101,8	101,75
8¾ dgl. 00 S.10	1/86	102,8	102,8G
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,85	102,95
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,3	104,4
10 dgl. 01 S.13	3/86	104,6	104,55
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,25G	104,25G
10 dgl. 01 S.15	4/86	104,9	104,95
10½ dgl. 01 S.16	5/86	106	100
11 dgl. 01 S.17	8/86	107,35	107,3
10½ dgl. 01 S.18	10/86	107,1	107,1
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,2	100,2
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,6G	103,6
10¼ dgl. 01 S.21	11/86	106,9	106,65
10 dgl. 81 S.22	11/86	100,45G	106,45
9¾ dgl. 01 S.23	12/86	100,8	100,55
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	100,9	105,0
9½ dgl. 03 S.25	3/87	103,8	103,8
9¾ dgl. 82 S.26	4/87	103,35	100,35
0 dgl. 82 S.27	4/87	104,9	104,95
9½ dgl. 82 S.28	5/87	103,0	100
9½ dgl. 82 S.20	7/87	106,35	106,35
0 dgl. 82 S.30	8/87	100,1bG	103
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	104,7	104,65
8½ dgl. 03 S.32	10/87	103,6	103,65
8 dgl. 82 S.33	11/87	103,15	103,15
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	102,15	102,4
7½ dgl. 82 S.35	12/87	101,95	101,9
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	101,2	101,05
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	99,8bG	99,75
7 dgl. 83 S.38	5/88	100,25	100,15
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	100,9G	100,9G
7½ dgl. 83 S.40	8/88	101,85	101,5bG
0 dgl. 82 S.41	6/88	102,95	102,85
8 dgl. 83 S.42	9/88	103,1	103,1
8 dgl. 83 S.43	12/88	103,3	103,3
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	104,25	104,2
8 dgl. 84 S.45	3/89	103,1bG	103
7½ dgl. 84 S.46	4/89	101,5G	101,5G
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	102,2bG	102,1
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	102,05bG	101,85
7½ dgl. 84 S.49	10/89	101,1	100,85

Bundesbahn

8¼ Bdbahn 79	2/85	100,05	100,05
9½ dgl. 73	2/85	100,65	100,55
7 dgl. 77	2/87	100,65	100,55
0 dgl. 77	9/87	98,7	99,6
6 dgl. 78 S	7/86	98	97,9

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Umschwung am Rentenmarkt

Am Dienstag setzte sich auf dem Rentenmarkt wieder eine freundlichere Tendenz durch. Optimisten sehen darin das Ende einer Konsolidierungsphase und sehen nun den Weg für weitere Zinssenkungen am deutschen Kapitalmarkt frei. Auch wenn die 7¼prozentige Bahnanleihe zu ihrem Ausgabekurs von 99,75 Prozent in den Börsenhandel eingeführt worden ist, kann von einer echten Plazierung dieser Emission noch nicht die Rede sein. Bei den Pfandbriefen wurden die Notierungen genau wie bei den öffentlichen Anleihen um 0,20 bis 0,30 Prozentpunkte heraufgesetzt.

	30. 10.	29. 10.		30. 10.	29. 10.		30. 10.	29. 10.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G	Haß dgl. Pf 16	100,7bG	100,7G	F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	100G	5 dgl. KO 53	101,3G	101,3G	8¼ dgl. RS 60	99,5G	99,5G
7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G	7½ dgl. IS 6	102G	102G	7 dgl. 94	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 34	97,5G	87,5G	10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G	7 dgl. 99	100,2	100,2
6½ dgl. Pf 37	89G	89G	F 5 Pfalz Hypo. Pf 40	115G	115G	5 dgl. 101	103	103
8 dgl. Pf 51	100,25	100,25	8 dgl. Pf 58	88,3G	88,3G	7½ dgl. 102	101,25	101,25G
Haß Britann. Hypo. Pf 1	118G	118G	6 dgl. Pf 98	80T	80T	8¼ dgl. 126	105,75G	105,75G
7 dgl. Pf 80	93,25G	93,25G	7 dgl. Pf 114	100G	100G	0 6 LAG TS 76	101,6G	101,6G
7½ dgl. Pf 87	98,5G	98,5G	6 5 RW Bodencr. Pf C	126G	126G	6½ dgl. TS 77	99,5	99,5
6 dgl. KS 29	94,5G	94,5G	5½ dgl. K	109,5G	109,5G	5½ dgl. 78	97,1G	97G
7 dgl. KS 30	100,8G	100,5G	4 dgl. Pf 16	104G	104G	7 dgl. 79	100,1	100,2
0 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	116,5G	5 dgl. Pf 26	97G	97G			

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Sonderinstitute

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Mit leichten Abschlägen gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	29. 10.	26. 10.
Dez.	359,50	359,75
März	364,00	364,00
Mai	358,75	359,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	29. 10.	26. 10.
St. Lawrence 1 CW	241,62	241,82
Amber Durum	249,82	250,37
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	140,00	139,70
Dez.	142,00	142,50
März	148,30	148,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	121,00	121,20
Dez.	119,90	122,00
März	123,30	125,70
Hafer Chicago (c/bush)	29. 10.	26. 10.
Dez.	180,00	180,75
März	179,00	178,75
Mai	178,00	176,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	274,25	277,25
März	280,75	284,00
Mai	286,75	289,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	29. 10.	26. 10.
Okt.	134,00	139,00
Dez.	129,70	130,00
März	132,00	133,10

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	29. 10.	26. 10.
Terminkontr. Dez.	136,00	136,35
März	134,25	134,80
Mai	133,30	133,57
Kakao		
New York ($/t)	29. 10.	26. 10.
Terminkontr. Dez.	2260	2291
März	2216	2235
Mai	2222	2240
Umsatz	2919	3725
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,05	5,16
März	5,57	5,69
Mai	5,50	5,99
Juli	6,20	6,27
Sept.	6,25	6,52
Umsatz	7 425	2 740
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	29. 10. 4,58	26. 10. unverh.
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	29. 10.	26. 10.
Kontrakt Nov.	2522–2523	2512–2514
Jan.	2345–2346	2330–2331
März	2250–2253	2236–2239
Umsatz	1411	1676
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1939–1940	1951–1952
März	1920–1921	1916–1918
Mai	1923–1926	1920–1921
Umsatz	1923	3846
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Dez.	135,00–135,60	137,20–138,40
März	151,60–151,80	153,80–154,00
Mai	158,60–156,80	160,60–160,80
Umsatz	1477	1954
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	29. 10.	26. 10.
schw. Sarawak spez.	447,50	452,50
weißer Sarawak	697,50	702,50
weißer Muntok	705,00	710,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	29. 10.	26. 10.
Nov.	163,75	163,70
Jan.	166,70	166,70
März	167,90	167,30
Mai	167,00	167,50
Juli	166,85	167,60
Umsatz	800	750

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	29. 10.	26. 10.
Südstaaten fob Werk	32,00	38,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	30,00	32,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	25,78	27,35
Jan.	25,71	26,20
März	25,12	25,50
Mai	24,90	25,40
Juli	24,80	25,15
Aug.	24,50	24,70
Sept.	24,20	24,40
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	31,00	31,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	28,50	29,00
Choice white hog 4% fr. F.	20,75	20,75
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	48,40	47,70
Febr.	50,50	50,00
April	47,75	47,55
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	65,70	65,00
März	64,40	64,50
Mai	67,00	65,40
Häute		
Chicago (c/lb)	29. 10.	26. 10.
Ochsen unb. schwere River Northern	55,00	57,00
Kühe unb. schwere River Northern	54,00	59,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	612,50	626,00
Jan.	624,00	638,00
März	638,50	651,50
Mai	653,50	663,50
Juli	663,00	673,00
Aug.	664,00	673,50
Sept.	656,00	663,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Dez.	153,00	155,60
Jan.	156,00	158,90
März	162,00	164,80
Mai	168,00	170,00
Juli	173,00	176,00
Aug.	174,10	176,50
Sep.	175,00	176,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	29. 10.	26. 10.
Okt.	346,60	349,80
Dez.	350,70	354,00
März	363,00	366,50
Kokosöl		
New York (c/lb)	29. 10.	26. 10.
Westküste fob Werk	58,00	52,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	30. 10.	29. 10.
jegl. Herk. cif	825,00	820,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	565,00	575,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	610,00	615,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	245,00	249,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1235,00	1300,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	287,50	288,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	29. 10.	26. 10.
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	66,20	67,75
März	67,70	68,00
Mai	68,85	70,15
Juli	70,25	71,20
Okt.	70,30	70,75
Dez.	70,50	70,90
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	43,00	43,00
Wolle		
Lond. (Neust. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	29. 10.	26. 10.
Dez.	517-520	–
Jan.	518-521	520-525
März	527-529	–
Umsatz	228	105
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	29. 10.	26. 10.
Dez.	unverh.	unverh.
März	unverh.	unverh.
Mai	unverh.	unverh.
Juli	unverh.	unverh.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle		
Standardtype	29. 10.	26. 10.
Dez.	570,0-571,0	570,0-570,5
März	583,0-584,0	583,5-584,0
Mai	–	–
Umsatz	13	14
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	29. 10.	26. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	29. 10.	26. 10.
Nov.	13 200	13 200
Dez.	12 600	12 687
Kautschuk		
London (p/kg)	29. 10.	26. 10.
Nr. 1 RSS loco	60,00-63,00	60,00-63,00
Nov.	58,00-61,00	58,50-61,00
Dez.	60,00-66,80	59,30-62,00
Jan.	62,00-64,50	61,50-64,00
		Tendenz: ruhig
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	29. 10.	26. 10.
Nov.	201,50–202,00	201,80–202,50
Dez.	204,50–205,25	204,00–204,50
Nr. 2 RSS Nov.	191,00–192,00	190,00–191,00
Nr. 3 RSS Nov.	187,50–188,50	186,50–187,50
Nr. 4 RSS Nov.	180,50–181,50	178,50–180,50
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)	26. 10.	25. 10.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	30. 10.	29. 10.
laufend. Monat	124,35–124,54	126,92–127,10
drittfolg. Monat	127,41–127,59	130,09–130,26
Zink: Basis London		
laufend. Monat	236,12–236,31	236,76–236,85
drittfolg. Monat	237,23–237,65	236,39–236,76
Produz.-Preis	275,36	278,14
Aluminium 99,5%	4095–4108	4046–4096

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	30. 10.	29. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	399,80–401,74	402,83–404,89
Blei in Kabeln	132,00–133,00	134,50–135,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–456,50	455,00–456,50
Vorziehbolzen	464,00–464,50	464,00–464,50

* Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbearbeiter.

Messingnotierungen

	30. 10.	29. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	385–395	387–395
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	431–433	430–433
MS 63	414–418	416–420

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29. 10. 28,15	26. 10. 28,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	30. 10.	29. 10.
Leg. 225	379	379
Leg. 226	372	372
Leg. 231	403–405	403–405
Leg. 233	413–415	413–415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	30. 10.	29. 10.
Platin (DM je g)	34,20	34,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 400	33 400
Rücknahmepr.	32 650	32 650
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 660	33 770
Rücknahmepr.	32 820	32 930
verarbeitet	35 340	35 450
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 040	33 210
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	725,40	728,50
Rücknahmepr.	704,10	707,15
verarbeitet	757,30	760,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	30. 10.	29. 10.
10.30	335,65	336,00
15.00	335,50	336,25
Zürich mittags	335,30–335,80	335,50–336,00
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	101 600	101 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	594,80	595,65
3 Monate	608,70	610,85
6 Monate	628,05	626,05
12 Monate	657,00	667,55
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	29. 10. –	26. 10. 262,90
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	–	114,55

New Yorker Pacific[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
[illegible]	139,00–140,00	140,00–141,00
Produz.-Preis	139,00	139,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	716,50	730,00
Dez.	722,00	738,00
Jan.	729,10	742,70
März	741,00	754,50
Mai	753,50	766,30
Juli	767,00	779,00
Sept.	782,40	–
Umsatz	14 000	16 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	29. 10.	26. 10.
Nov.	57,25	58,35
Dez.	57,70	58,80
Jan.	58,35	59,45
März	59,45	60,60
Mai	60,55	61,80
Juli	61,70	62,85
Sept.	62,85	–
Umsatz	8 500	12 800

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	30. 10.	29. 10.
Kasse	895,00–896,00	920,00–921,00
3 Monate	921,00–921,50	946,00–947,00
Blei (£/t) Kasse	336,00–336,50	341,00–342,00
3 Monate	344,20–344,70	349,00–349,50
Kupfer		
Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1066,0–1068,5	1073,0–1073,5
3 Monate	1093,5–1094,0	1099,5–1100,0
abends Kasse	–	1073,5–1074,5
3 Monate	–	1099,5–1100,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1078,5–1079,5	1083,0–1086,0
3 Monate	1097,0–1099,0	1103,0–1105,0
Zink (£/t) Kasse	636,00–636,50	638,00–639,00
3 Monate	641,00–642,00	636,50–637,00
Zinn (£/t) Kasse	9810–9820	9800–9810
3 Monate	9810–9815	9780–9795
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–85



Wir nennen ihn »Multikopierer«, und das bedeutet viel.
Der neue Develop 30 kopiert nämlich alles: Briefbogen, Formulare, Filme, Folien und Etiketten – in verschiedenen Formaten, auch doppelseitig.
Weil er so klein ist, kann er am Arbeitsplatz stehen: da, wo die Kopien anfallen.
Der Develop 30 wird elektronisch gesteuert. Vollautomatisch liefert er gestochen scharfe Kopien, 12 in der Minute.
Interessant? Sie können ihn ausprobieren!

Develop, Postfach 100134
7016 Gerlingen, Telefon (07156) 208-0

Test-Gutschein
Braucht ihr Develop 30 tatsächlich so wenig Stellfläche? Dann stellen Sie ihn uns doch mal zum Testen auf den Schreibtisch – unverbindlich natürlich.

Bei uns fallen im Monat etwa ______ Kopien an.

Name und Anschrift

Develop Kopierer

VGZ Vermögensverwaltungs-Gesellschaft Zürich

Wenn auch Sie unsere

Börsenfavoriten 1985

kennenlernen wollen, bestellen Sie noch heute ein Probeabonnement der seit 28 Jahren erscheinenden *„Briefe an Kapitalanleger“* (6 Mt. DM 70,–).

VGZ, Schulhausstr. 55, 8027 Zürich

Privatpilot

mit zweimotorigem Passagier- u. Frachtflugzeug übernimmt kurzfristig Ihren Auftrag.

Zuschr. unt. U 10745 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Billig-Flüge weltweit 0 61 03/8 30 31 0 61 03/8 80 30 Tx. 4 185 363

Die Gesellschaft MULTI TRADING Import-Export-GmbH, Burchardstr. 17, 2000 Hamburg 1 ist aufgelöst. Liquidator Herr Günther Sturm, Sierichstr. 153, 2000 Hamburg 60. Gläubiger wollen sich bitte melden.

Die besondere Adresse für Eichenmöbel

Unsere Ausstellung mit antiken und neuen Eichenmöbeln ist auch sonntags von 14-18 Uhr geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)

Eichenmöbel Wilmsen
44 Münster-Amelsbüren
Gewerbegebiet Mühlenfeld
Schadowstr., Tel. 0 25 01 / 5 80 88

Zeitprobleme?

Unser Textbüro schreibt für Sie: Reden, Belletristik, Fachbücher etc. T & S: Alte Dorfstr. 5 2215 Thaden, Tel. 0 48 72 - 35 12



Massive Eichenbauernmöbel
Leverkusen-Schlebusch
Mülheimer Str. 76c, (02 14) 5 36 40

2 alte Tischuhren, Gründerzeit u. Empire, zu verkaufen
Mobius, Steinstr. 13a, 2000 Hamburg 1.



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
– Präsidium –
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

...ganz klar! Notiz-Quader von KNAUER in allen Ausführungen

KNAUER NOTIZ QUADER
7616 Biberach/Baden Postfach 1614
Tel. 07835-782-0 Telex 7-525515

Mit diesen chemischen Verbindungen*) wird innen oder außen zur Ansichtssache

Es sind die chemischen Bestandteile von Fensterglas. Schoo die Ägypter vor 3500 Jahren wußten, wie man Glas herstellt. Wenn auch kein Fensterglas.

Ägyptens frühe Glasschmelzer ahnten nicht, daß Jahrtausende nach ihnen das Glas — zu Linsen geschliffen — die Sehfähigkeit des Menschen bis zu den Spiralnebeln des Universums uod bis in die Strukturen voo Zellen vergrößert. Glas — zu Fasern versponnen — leitet Bilder aus dem Körper-Inneren auf Monitore und wird es morgen möglich machen, per Bild rund um die Welt zu telefooieren.

Das Zeitalter der Elektronen hat den Naturwissenschaften und der Technik neue Wege gewiesen. Was gestern unmöglich schien, ist heute technischer Alltag, kann morgen schon überholt sein.

Nicht immer sind es die großen staatlichen Programme, die der Forschung neue Impulse geben. Nicht selten ist es der einzelne, der sich dem Wohle aller verpflichtet fühlt und als Stifter der Forschung zu neuen Erkenntnissen verhilft. Die Geschichte der Wissenschaft zeigt: manche ihrer Sternstunden waren auch Sternstunden privater Stiftungen.

SiO2 CaO Na2O

*) Fensterglas besteht aus Siliziumdioxid (SiO_2), Calciumoxid (CaO) und Natriumoxid (Na_2O).

Jahr für Jahr stiften viele Mitbürger große und kleine Vermögen, um mit einer Stiftung Wissenschaft zu fördern. Sei es, um dadurch ein Lebenswerk für immer der Allgemeinheit zu widmen, oder um ihren Teil dazu beizutragen, eine bestimmte wissenschaftliche Aufgabe zu lösen.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft verwaltet zur Zeit 90 gemeinnützige, private Stiftungen. Fragen Sie uns, wenn Sie über die Errichtung einer Stiftung nachdenken. Schreiben Sie, rufen Sie uns einfach an oder lassen Sie sich mit dem Coupon zunächst einmal mehr Informationen schicken.

Sie werden sehen: als Stifter müssen Sie kein Millionär sein. Auch mit relativ kleinen Stiftungsbeträgen können Sie Großes bewegen. In Ihrem Namen oder im Namen eines geliebten Menschen. Für unser Land.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Brucker Holt 56–60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051 — Stiftungszentrum —

Bitte ankreuzen.

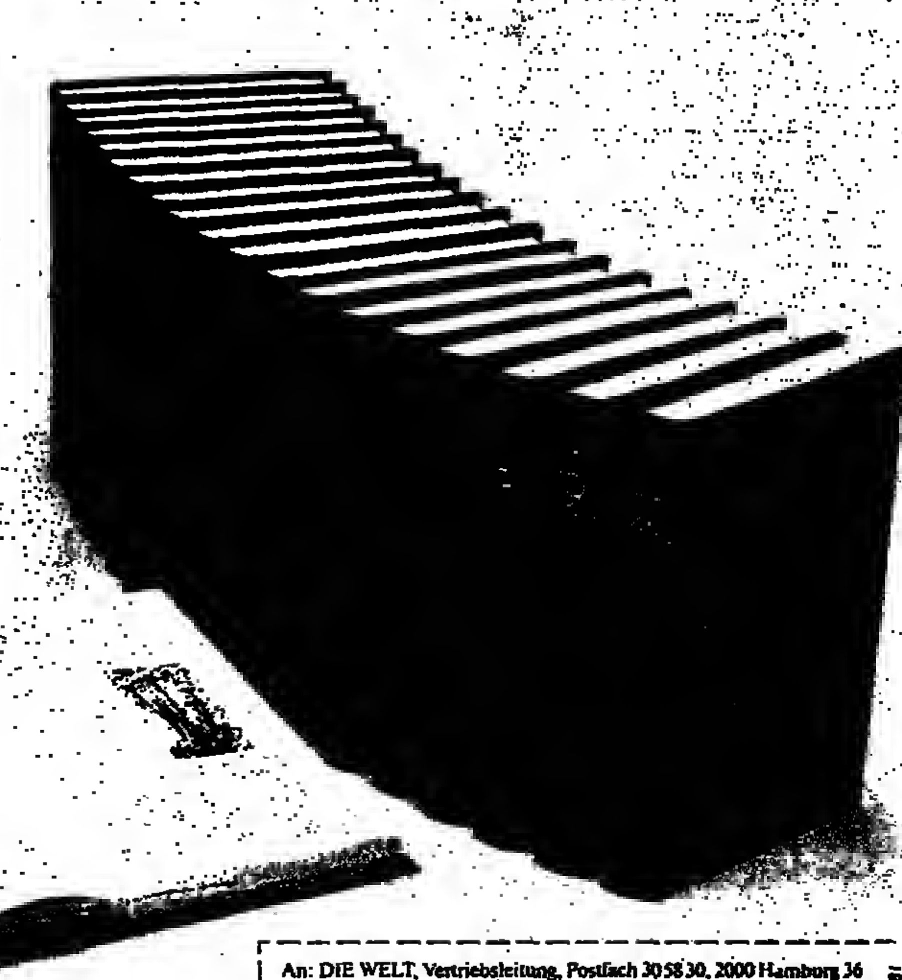
☐ Ich interessiere mich für gemeinnützige Stiftungen und Wege zu ihrer Errichtung. Bitte schicken Sie mir unverbindlich Informationsmaterial.
☐ Ich möchte mehr wissen über die Arbeit des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Name
Straße
PLZ, Ort

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND — **Abonnenten-Service**

Großes Universal-Lexikon

für WELT-Abonnenten zum Sonderpreis von insgesamt DM 129,- für alle 20 Bände.



Ein wertvolles Nachschlagewerk für die ganze Familie: 20 Bände mit 6.400 Seiten, 125.000 Stichwörter mit mehr als 6.200 Abbildungen, davon 650 Farbfotos. Format 14 x 19,5 cm, Ledereffekt-Einband.

Auch als Geschenk für Heranwachsende hervorragend geeignet.

An: DIE WELT, Vertriebsleitung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36 01-08

Bestellschein

Bitte senden Sie uns das 20-bändige Universal-Lexikon zum Sonderpreis von insgesamt DM 129,- (einschließlich Versandspesen). Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement

☐ nach Rechnungsstellung
☐ *durch Abbuchung*

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:
Kunden-Nr.:

Abonnenten-Service — DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 20 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Sie verkaufen Investitions- und/oder Konsumgüter und suchen

neue Vertriebswege

für Ihre Produkte? Wir sind ein großes Dienstleistungsunternehmen mit einem hervorragend organisierten Außendienst im gesamten Bundesgebiet und übernehmen den gesamten Vertrieb für Sie. Selbst Lieferungen an private Haushalte stellen uns vor keine Probleme.

Sind Sie interessiert? Dann nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf unter B 10 950 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir übernehmen Ihren gesamten Kundendienst

für alle technischen Geräte in Haushalten. Unser über das gesamte Bundesgebiet verbreitete Außendienst übernimmt alle Aufgaben, angefangen von der Beratung und der Installation bis hin zur Wartung der Geräte.

Wenn Sie mehr erfahren möchten, setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung unter A 10 927 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihre steuerbevorteilten Geschäftsabwicklungen über eine

Luxemburger Holding AG

Anonymität, Know-how-Paket und funktionsfähige internationale Firmenkonstruktion über uns.

Sprechen Sie uns vertraulich an unter T 10 942 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Biete: In zentraler Lage Augsburgs 8000 m² Freifläche, DB-Gleisanschluß mit 20-t-Laufkran. Entspr. Fuhrpark, Ladeeinrichtungen sowie Verwaltung (auch für Schüttgüter) eingerichtet.

Suche: Verbindung zu entspr. Firmen – auch mit kleineren Kapazitäten – z. B. für Auslieferungs- oder Zwischenlager, *Verkauf o. ä.*

Ang. erb. u. R 10 764 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Hannover

2 selbständige Kaufleute wollen ihren Wirkungskreis erweitern, keine Versicherungen. In unserem Wohn- u. Geschäftshaus in zentr. Lage, Nähe Flughafen u. BAB, befinden sich Konferenz-, Büro- u. Lagerräume. *Gedacht ist an die Übernahme einer Repräsentanz inkl.* Vertrieb u. Verkauf.

Angeb. u. K 10 759 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Lager in Hannover

300–600 m², ebenerdig, beheizt, mit Rampe, am Südschnellweg, unweit Messegelände.

Auch Bürogemeinschaft mit Telefon und Teletex möglich.

Anfragen an **Bergemann + Co.** Berlin, Tel. 0 30 / 3 94 50 11 Teletex 17 302 113 bcbd

Privater Kapitalgeber u. Wirtschaftsexperte sucht zwecks Gründung einer Gesellschaft einen Fachmann im

Bereich EDV / Computer

der den Ehrgeiz zur Selbständigkeit hat. Erforderl. Investitionskapital ist vorhanden. Willkommen sind auch Zuschriften bereits bestehender Firmen.

Zuschr. unt. L 10828 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Repräsentation Europa

Handelsbüro einer Botschaft von den Delegierten für Europa (EG u. Comecon) in ein intern. orient. Untern. m. entspr. finanz. Partnern zu integrieren. Durchf. d. Mission mit den Delegierten.

Ang. u. N 10 938 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ihre Geschäftsadresse in Frankfurt

Büroservice, 5sprachiges Sekretariat, Telex, Telefon, Schreibautomat, Postverteilung usw.

Tel. 0 69 / 58 53 47, Telex 4 178 194

Büroservice

beste Lage Düsseldorf-Innenstadt, hat noch Kapazitäten frei. Alle Büroarbeiten, auch Verkauf.

Tel. 02 11 / 35 39 39

Vertriebspartner, Handelsvertretungen, Versandfirmen gesucht für erfolgreiche

Schlankheitskost

(Soja-Protein). Zuschr. u. PF 48 484 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Ihr Mietwagen mit Fahrer

Luxuriöser Mercedes der neuen S-Klasse, dunkelblau, in komfortabler Ausstattung, Klimaanlage, Autotelefon. Bitte fordern Sie Prospekt mit Preisliste an.

Klaus-Dieter Rohde

Am Knill 23 a, 2000 Hamburg 73

Telefon 0 40 – 8 43 45 04

Autotelefon 0 40 05 86 933

(Vorwahl bitte mitwählen)

Ins Englische u. Polnische

Techn., wissensch. Übersetzungen sowie ins Deutsche (Prospekte, Betriebsanleitungen, Publikationen ins Ausland, Werbetexte), Korrespondenz, Dolmetschen auf Konferenzen, Handelsgespräche, Messedienst.

Tel. 0 40 / 2 58 52 89 v. 16 – 18 Uhr

Übernehme

Betriebs- u. Vertriebsorganisationsaufbau mit Umsatzgarantie.

Johann-W. Becker, Lenbachstr. 41 4300 Essen 1, Tel. 02 01 / 70 67 24

Ihr Partner in Ostblockgeschäften

Übernehme Aufgaben in Polonijna-Firma.

Zuschr. erb. u. PL 48470 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Suche für einen

Kleintransporter, 1 t

langfr. Aufträge i. Raum MTK, LIMB, WI, MZ ab Anfang Jan. 85. Biete schnelle u. zuverl. Beförderung in alle EG-Länder, Chemie-, Labor- u. Arzneistoffe problemlos u. rund um die Uhr. Angeb. erb. u. L 10760 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Auslieferungslager – Vertrieb

an der B 27, 31, 33 u. A 81, kleines Lager, 80 m², Büro, Telefon, Pkw, sucht lukrative Warengüter!

Zuschriften unter H 10824 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sanierungsexperte

für Gewerbe, Handel, Wirtschaft und Industrie mit nachweisbaren Erfolgen, nimmt Aufträge an, nur NRW.

Zuschriften unter U 10 611 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Überarbeite oder erstelle neue techn. Dokumentationen:

Werbetexte (Schrift/Bild), Betriebsanleitungen, Wartungshandbücher, Stücklisten, Detailzeichnungen.

Johann-W. Becker, Lenbachstr. 41 4300 Essen 1, Tel. 02 01 / 70 67 24

Kraftfahrer

Führersch. Kl. II, m. langer Berufserf. (Kfz-Mechaniker), übernimmt Überführungsfahrten ins Ausland. Zuschr. erb. u. PH 48467 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Für den Großraum Köln

suchen wir Vertragspartner zur Ausführung von Möbelreklamationen, Reparaturen, Nachlieferungen.

Wir bieten:

Büro, Werkstatt, Kundendienstwagen. Schnellste Abwicklung.

Ang. u. P 10 939 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Societät oder Übernahme

eines Kfz-Sachverständigenbüros geboten, Raum Norddeutschland.

Zuschriften vorerst nur mit tabellarischem Lebenslauf.

Zuschriften erbeten unter PU 48 439 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Partiewaren aller Art

gesucht. Wir zahlen schnell zu bestmöglichen Konditionen

Tel. (04 31) 3 58 68, Telex 2 92 315

Suche tätigen oder stillen Teilhaber an Verlagsunternehmen

zur Erschließung neuer Verlagsobjekte.

Bisheriger Jahresumsatz DM 1,2 Mill.

Angebote arbeten unter P 10763 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen.

Geschäftsmann

ist in der Zeit vom 29. 12. 84 bis 10. 1. 85 in New Delhi/Indien. Übernehme noch Kurierdienste. Anfragen unter Postfach 35 21, 8520 Erlangen. Fa. Import-Versand

Edelpelztierzucht

Pelztierfarm sucht Vertragszüchter.

Guter Verdienst mit Chinchilla, Nutria, Waschbär, Fuchs.

Finanzierung möglich.

2900 Oldenburg, Postf. 20 24

Telefon 0 44 04 / 854

Luxemburger Holding AG

(Patentverwertungsgesellschaft)

übernimmt Ihre Patente, Neuerungen, Ideen und intellektuelle Rechte.

Treten Sie mit uns in Kontakt unter S 10 941 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrieb USA Nordosten NY, NJ, Conn., Mass.

Unsere Vertriebsorganisation ist eingeführt in Verbrauchermärkte und sucht weitere Produkte im Sektor Technik, Eisen u. Metallwaren. Kontakte über

Tel. 05 11 / 32 60 38, Telex 9 22 258

Wollen Sie 150 000,- DM bis Weihnachten verdienen?

Wir suchen erfolgsgewohnte Vertriebsgruppen für den Verkauf von Erwerbermodellen. Gute Provision. *Vollfinanzierung u. schnelle Abwicklung selbstverständlich.*

Tel. ab 10 Uhr 02 21 / 12 10 03

Internationaler Rundfunkjournalist gesucht

Der deutsche Dienst der Stimme Amerikas sucht für sein Büro in Washington, D. C., Mitarbeiter, die über Erfahrung im Rundfunk- oder Zeitungsjournalismus verfügen.

Einstellungsvoraussetzungen sind die Fähigkeit, Manuskripte zu verfassen, eine für den Rundfunk geeignete Stimme sowie Vertrautheit mit aktuellen, deutsche Hörer interessierenden Tagesereignissen. Erwünscht sind Kenntnisse des amerikanischen Lebensstils und amerikanischer Einrichtungen. Die Arbeit besteht hauptsächlich aus dem Schreiben von Features, Interviews, Übersetzungen, der Bearbeitung von Texten und Sprechertätigkeit in deutschsprachigen Rundfunksendungen. Anfangsgehälter reichen von 21 066 bis 25 489 im Jahr, je nach Erfahrung. Interessenten können detaillierte Bewerbungsunterlagen mit Angaben über Erfahrung und Schulbildung an die nachstehende Adresse schicken:

Voice of America Personnel, Room 1192, 330 Independence Avenue, S. W., Washington, D. C. 20547 USA.

Qualifizierte Bewerber müssen sich einer schriftlichen Prüfung und einer Mikrophonprobe unterziehen.

Adelige/n

für seriöse Repräsentationsaufgabe gesucht.

Angeobte unter C 10 731 an WELT-Varlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

KLÖCKNER & CO

KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

Ihr Partner auf den Märkten der Welt

Ein Unternehmen des Groß- und Außenhandels. Mittler zwischen Produktion und Verbrauch. Weltweit!

Stammhaus: Duisburg. Niederlassungen und Vertretungen in 80 Ländern der Erde.

Für den ***Geschäftsbereichsleiter Chemie*** *suchen wir zum nächstmöglichen* Zeitpunkt eine

qualifizierte Sekretärin

Wir denken an eine berufserfahrene, belastbare Dame, die Freude an einer weitgehend selbständigen Tätigkeit mitbringt und über gutes Organisationstalent verfügt. Die Beherrschung der üblichen schreibtechnischen Fertigkeitan sowie gute Kenntnisse der englischen und französischen Sprache setzen wir voraus.

Wir bieten eine vielseitige, interessante Tëtigkeit en einem engenehmen Arbeitspletz mit zeitgemäßem Arbeitsgerët.

Die Vertragsbedingungen möchten wir gern in einem persönlichen Gesprëch mit Ihnen erörtern.

Interessierte Demen bitten wir um ihre Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild) mit Angabe ihres Geheltswunsches.

KLÖCKNER & CO
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN
Personal
Postfach 10 01 05 · 4100 Duisburg 1

STELLENANGEBOTE

DWK

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WIEDERAUFARBEITUNG VON KERNBRENNSTOFFEN MBH

Unsere Aufgabe ist es, durch den Einsatz moderner Technologien die Entsorgung der Kernkraftwerke sicherzustellen. Hieraus ergeben sich auch anspruchsvolle, organisatorische Aufgabenstellungen.

Für die Realisierung von DV-Anwendungen im technischen und kaufmännischen Bereich unseres Unternehmens suchen wir einen

Organisations-Programmierer

mit abgeschlossener technischer oder kaufmännischer Ausbildung, fundierten Kenntnissen in COBOL und DB-/DC-Systemen und mehrjähriger Berufserfahrung. Zusätzliche Kenntnisse in FORTRAN wären von Vorteil.

Außerdem suchen wir einen

Operator

zur Unterstützung unseres RZ-Teams, möglichst mit Erfahrungen in der Bedienung von IBM-Rechnern unter Steuerung des Betriebssystems VM/SP und VSE.

Unsere Hard-/Software ist wie folgt gekennzeichnet: IBM 4341, VM/SP, VSE, DL/1, VSAM, CICS, COBOL, FORTRAN, DFV.

Ihre Bewerbungen richten Sie bitte mit vollständigen Unterlagen und unter Angabe Ihres Gehaltswunsches an die Personalabteilung der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH, Hamburger Allee 4, 3000 Hannover 1.

STELLENGESUCHE

Geschäftsführer Vertrieb

Dipl.-Kfm., 39 J., verh., versiert in ertragsorientiertem Vertriebsmanagement von Investitionsgütern und Dienstleistungen: Produktführung, Außen- und Innendienst, Fachhandelpflege. Absatzplanung u. -controlling mit EDV, Großkundenverhandlung. Englisch und Spanisch; kreativ, aber pragmatisch, sucht Aufgabe im norddeutschen Raum ab 1. 4. 85.

Zuschriften erb. u. V 10768 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Jurist

49 Jahre, Rechtsanwalt, früher Notar und Staatsanwalt, sucht Tätigkeit in Industrie oder Verband, geeignet für Spezialaufgaben.

Angebote erbeten unter F 10 932 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bilanzbuchhalter

35 J., Betriebswirt, kaufm. Lehre, Führungsverantwortung als Gruppenleiter, umfangreiche Erfahrungen im gesamten Rechnungswesen, langjährige Tätigkeit bei Rechnungslegung, Berichtswesen, Ergebnisanalysen und Zahlungsverkehr, mehrmalige Projektarbeit für EDV-gestützte Daten, sucht neues verantwortungsvolles Aufgabengebiet in der Buchhaltung in Norddeutschland. Kontaktaufnahme erbeten unt. D 10 930 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Osteuropa/China

Deutscher, Schweizer Daueraufenthalt, Ende Vierzig, Schnellstarter, gewinnorientiert, 20 Jahre Osteuropa u. Fernost, Medikamente, Hintergrund Bankpraxis und Managementschule. Aufenthalt diskutabel.

Chiffre J 10 728, IVA AG Postfach, CH - 8032 Zürich

Meister

28 J., dynamisch u. flexibel, m. mehrj. Erfahrung, Ausb. u. Kenntn. i. Hydraulik, Schweißtechn., Schlosserei, Fahrzeugbau, Anlagenbau, Agrartechnik, Betriebswirtschaft, REFA- u. Engl.-Kenntn., sucht tätige Beteiligung od. Übernahme eines Produktionsb. od. Handelsbetriebes od. neuen Wirk., bevorzugt Konstruktion, Arbeitsvorbereit., Projektleiter od. Sachbearbeiter. Angeb. u. B 10774 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Junger REFA-Fachmann

in Zerspanung sucht anspruchsvolle Position. CNC u. EDV-Kenntnisse vorhanden. Angeb. erb. u. W 10769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Baukaufmann

40, ungek., Erf.: 6 Jahre Projektbetreuung Banken, 11 Jahre kfm. Leitung Niederlassung, 2 Jahre Personalwesen Ausland, sucht möglichst zum 1. 7. 85 verantwortungsvolle Tätigkeit.

*Angeb. erb. u. U 10757 an WELT-*Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

44 Jahre, z. Zt. selbständig, Erfahrung Metallbranche, Geschenkartikel Ein- und Verkauf, Versandwesen, sucht zum baldigen Eintritt eine verantwortungsvolle Stellung. Bevorzugt: Süddeutscher Raum. Ihre Antwort *bitte* an: Berthold Krabbe, Am Grinsberg 3, 5750 Menden 2, Tel. 0 23 73 / 8 42 21

Dipl.-Kaufmann

31 J., Ex. 10/84, Uni Köln, Studienschwerp.: Marketing, Planungslehre, Sozialpsychologie. Gel. Groß- und Außenhandelskfm., 1½ J. Verkaufssachbearb., su. Anstellung in Norddeutschland.

Ang. u. H 10 934 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

PARAGUAY

Deutsches Ehepaar, Dipl.-Ing. Bauwesen/Betriebswirtin-Buchhalterin, mit langj. Erfahrung in P. übernimmt Verwaltung o. Geschäftsführung deutscher Unternehmen. Er z. Z. in D.

Zuschr. erb. u. K 10 935 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.

41 J., Berufserfahrung in Industrie/Handel; Schwerpunkte Investitions-, Kostenkontrolle, Planung, Bilanzanalyse, Berichtswesen, sucht neues Aufgabengebiet z. 1. 1. 85. Raum Hamburg.

Angebote erb. u. X 10770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. gepr. BTA

Abschluß SS 84, am NT Landau, sucht Anfangsstellung.

Angebote erb. u. Y 10771 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Versierter, vertriebsorientierter

Betriebswirt

Mitte 40, möchte sich verändern.

Angeb. erb. unter R 10 830 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

MTA

fundierte Kenntnisse in allen Bereichen, z. Z. in Pharmaindustrie tätig, möchte ab 1. 4. 85 oder früher im Raum Köln leitende Position übernehmen.

Ang. u. H 10736 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Kaufmann

29 J., Präd.-Examen Schwerpunkt Personal, kfm. Ausbildung, Berufserfahrung vor und nach dem Studium. Seit 1½ Jahren in leitender Position im Einzelh., wünscht Tätigkeit im Personalwesen, Orga. Betriebsw. Abt.

Ang. u. G 10735 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

Suchen Sie die tatkräftige Unterstützung in Ihrer Geschäftsleitung? Dann bin ich die richtige Frau für Sie:

Chefsekretärin/Assistentin

44 J., Betriebswirtschaftsstudium Fachrichtung Personal, Sekr.-Zertifikat, langjährige Berufserfahrung, hohe Belastbarkeit, ortsungebunden, möchte sich zum 1. 4. 1985 verändern.

Bitte schreiben Sie mir unter D 10776 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

41 J. (Hambg.), handwerkl., techn. Interesse, sucht entspr. Wirkungskreis.

Zuschr. erb. u. PR 48474 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

MVS Systemprogrammierung

10 J. EDV-Erf., davon 6 J. in MVS-Systemprogrammierung und MVS-System- und RZ-Beratung. Dipl.-Math. (FH), sucht neue Position z. 1. 1. 85, Raum Hamburg, auch Durchführung MVS-Umstellung.

Zuschr. bitte mit Gehaltsangabe unter C 10775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Führungspersönlichkeit

aus Vertrieb, 46 J., mit solider kaufm./techn. Berufsausbildung, sucht verantw. Tätigkeit im Verkauf, Bereich Food/Non-food.

Angebote erb. u. Z 10772 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

mit guten Englischkenntnissen (zusätzlich im Ausland erworben), selbständiges Arbeiten gewohnt, scheut nicht, auch selbst Schreibmaschine und FS zu bedienen, sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet (Innendienst) im Raum Kiel, Rendsburg, Neumünster oder Nordrand Hamburg. Alter: Anfang 40.

Zuschr. u. A 10 949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

KEIN EINSTEIGEN,
KEIN AUSSTEIGEN,
SONDERN UMSTEIGEN!

ABER WOHIN?

ICH KANN: STEUERRECHT, VOLKSWIRTSCHAFT, BETRIEBSWIRTSCHAFT, DATEV, BASIC, COBOL: AUCH DEN BERUF WECHSELN.

ICH WILL: VERTRIEBSPROBLEME LÖSEN, VIEL KONTAKT ZU MENSCHEN, ORGANISIEREN, ANALYSIEREN, IN EIN BERATUNGSUNTERNEHMEN, STEUERRECHTLICHE PROBLEME LÖSEN.

ICH BIN: EINE STÜTZE ODER EIN SELBERMACHER, GUT ZU FINDEN, WENN MAN MICH SUCHT, DIPL.-BETRIEBSWIRT (FH) F. V. BREVERN,

TEL.: 2 88 28, VORHOLZSTRASSE 22, 7500 KARLSRUHE

Baustellenkaufmann

38 Jahre, ledig, 7 Jahre Middle East, 3 Jahre Afrika, fließend Englisch, französische/spanische Kenntnisse, sucht neuen Auslandseinsatz, kurz- oder langfristig.

Angeb. erb. u. A 10 773 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebsprofi

abschlußfreudig, 35 Jahre, m. Autotelefon u. Büro, sucht ab Jan. 85 neue adäquate Aufgabe. Auch Aufbau einer Vertriebsorganisation möglich.

Zuschriften u. N 10 828 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Esseu.

Aufrichtiger Mann im gesetzten Alter, aus gutem Hause, ledig, Antialkoholiker, sucht Stelle als

Privatchauffeur

auch Erfahrung im sicheren, wendigen Fahren in Großstädten.

Tel. 0 44 75 / 12 06

Chef-Fahrer

mit langjähriger Berufserfahrung in ungekündigter Stellung und sehr diskret, sucht sich zu verändern.

Angebote unter M 9454, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

Jurist

m. Engagement, Durchsetzungsvermögen, sich. Auftreten, RA-Zulass. HH, 4 Sprach., sucht verantwortungsv. Tätigkeit in Industrie-, Handel- od. Wirtschaftsverband im norddeutsch. Raum.

Zuschr. u. T 10 832 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Junger Mann

30, Forstwart m. schweizerischem Fähigkeitszeugnis, 5jähriger Erfahrung als Gruppenchef, sucht eine Tätigkeit als: Forstwart, Waldfriedhofsgärtner, Landschaftsgärtner oder als Gehölzgärtner in einer Baumschule, Gärtnerei.

Angebote erb. u. S 10 765 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Maschinenbauingenieur

deutsche Staatsangehör., 38 J., verh., ortsungebunden. Langj. Erfahrung in Vertrieb von Industriegütern im In- u. Ausland, sucht entsprechende Tätigkeit. Sprachk.: Arabisch, Engl., Deutsch. Guter Kundenkreis in Saudi und V.A.E.

Zuschr.: N 9455, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1.

Kaufmann mit Format

mit hohem Maß an Flexibilität im Umgang mit unterschiedlichen Mentalitäten, sucht interessante u. verantwortungsvolle Aufgabe im Bereich Management/Akquisition für Länder des Nahen Ostens und Afrika. Geschäftsbereich: Sondermaschinen, techn. Gerät. Alter: Anfang 40.

Direkte Zuschriften erbeten unter B 10 940 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Technischer Einkäufer

42 J., umfassende Erfahrung im Industrieanlagenbau u. in der metallverarbeitenden Industrie, Transportabwicklung u. Materialwirtschaft, abgeschlossene gewerbl. u. techn. Ausbildung, als Handlungsbevollmächtigter in langj. ungekündigter Stellung su. neuen Wirkungskreis im Raum Hamburg.

Angebote unter E 10 931 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Jg. Maschinenschlosser

sucht Anstellung zum 1. 2. 85 o. später. Nicht ortsgebunden; bereit zu *Montagetätigkeiten* u. Überstunden. Führerschein Kl III vorhanden.

Antwort erb. u. B 10 928 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt EDV (staatl. gepr.)

33 Jahre, verheiratet, gelernter Industriekaufmann; erfolgreiche Tätigkeit im Vertrieb eines weltweit führenden EDV-Herstellers, z. Z. verantwortlich für die Geschäftsleitung aines EDV-Service-Unternehmens, sucht neue anspruchsvolle Aufgabe auf Geschäftsleitungsebene (Raum Ruhrgebiet bevorzugt).

Angebote erb. u. C 10 929 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORT/VERTRIEB

Kfm., 47, verh., „Hamburger Schule", 11 Jahre Übersee/Europa, fließ. Engl., gut Franz./Span., Erfahrungen: Konsumgüter, masch. Ausrüstungen, Ind.-Chemikalien, Chemiewerkstoffe, Vertrieb (In- und Ausland), Marktanalyse/-Konzeption/-Kontrolle, Koordination, z. Z. als Länderreferent tätig (ungekündigt), sucht verantwortungsvolle *Aufgabe im Export (mit Aktivitäten vor Ort), in Hamburg.*

Zuschr. erb. u. PU 48477 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Techn. Kaufmann, 41 J., verh.

Ausbildung:	Maschinenbautechniker/prakt. Betriebswirt
Arbeitsweise:	Dynamisch, zielorientiert
Erfahr./Kenntn.:	Langjähr. Vertrieb/Invest.-Güter u. Handelsware, Marktanalysen, Umsetzen in Zielvorgaben, Steuerung AD, EDV = gut, Engl., Kalkulation usw.
Neue Tätigkeit:	ca. 150 km v. PLZ 48 mögl., VK, Vertrieb, evtl. NL-Leiter

Zuschr. erb. unter K 10825 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ihre Adresse in Iserlohn

Wirt. Ing., 30, Fam., ehrgeizig, aufgeschlossen, Marktwirtschaftler, 9 Jahre tätig in vielen produktrelevanten Abt. des Masch.baus und der Metallwarenbranche, bietet Engagement für lukrative Aufgaben in z. B. Beratung, Vertretung, Niederlassung, Produktion; angest. ggf. selbst.

Interessiert?

Dann sollten Sie etwas unternehmen! Ang. u. L 10738 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter / Praktiker

45 J., ungekündigt, systematischer Berufsweg (techn. Konsumgüter), erfolgsgewohnt, gewandt im Umgang auf Führungsebene, su. neue verantwortungsv. Aufgabe in Norddeutschl., Dienstsitz Großraum Hamburg. – Angebote unter T 10766 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt (grad.)

36 J., led., Industriekfm., 5 Jahre Auslandseinsatz in Fernost, Nord- u. Mittelamerika im Rechnungsw./Controlling, starker praxisbezogener EDV-Background, Englisch und Spanisch fließend, sucht verantwortungsvolle Aufgabe (Rechnungsw./Controlling) im In- oder Ausland.

Ang. u. K 10737 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rechtsanwalt m. Berufserfahrung

aus renom. wirtschaftsrechtl. orient. RA-Kanzlei,

Dr. jur. 1. u. 2. Staatsex., voll befr. (HH), gute engl. u. franz. Sprachkenntn., Uni-Ass. (int. u. ausl. Zivilrecht), 32 J., verh., Olt. d. Res., bei gründl. zügiger Arbeitsweise gewohnt, selbständig zu arbeiten, flexibel, entscheidungsfr., einsatzbereit, verhandlungssicher, sucht anspruchsv. u. eigenverantw. Tätigk. bei Unternehmen, Bank, Versicherung, Verband od. RA.

Angeb. unter PZ 48 479 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Vertriebsbeauftragter für Skandinavien

Intern. erfahrener Salesmanager mit erstkl. Relationen zum Elektro- und Sanitärgroßhandel, aber auch allen anderen Bereichen sucht neue Aufgaben.

Zuschriften unter M 10 827 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Finanzen u. Verwaltung

Dipl.-Kfm. (FH), Außenhandelskfm., 35 J., ungekündigt, Schwerpunkte: Finanz- u. Rechnungswesen, EDV-Organisation, Wirtschaftsrecht, sucht adäquate Aufgabe in mittelständischem Unternehmen.

Ang. u. W 10 945 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

MANAGER AUF ZEIT

Betriebswirt, 40 Jahre

frei für

- Übergangslösungen
- Sonderaufgaben
- Sanierungen

Einsatz in Part-time oder Full-time. Kontaktaufnahme erb. unter Z 10 948 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing., Masch.-Bau

25 J., ungek., 1½ J. Praxis in der Glasind., versiert in Mikroelektronik und SPS, sucht vielfältige Aufgaben in der glasverarbeitenden Industrie.

Ang. u. X 10 946 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt

mit fundierter Marketing- und Verkaufserfahrung, senkt Ihre Vertriebskosten und erschließt neue Märkte für Sie durch den Aufbau Ihrer Telefonverkauf-Organisation.

Kontaktaufn. unt. Y 10 947 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben

Träume eines zu kurz gekommenen russischen Bourgeois – Lenin in Zürich

Der gnadenlose Weltverbesserer

Es war an der Zeit, sich Lenins anzunehmen. Lange genug waren wir den künstlichen Schatten des russischen Weltveränderers ausgesetzt, sei es, sie fielen von den pathetischen Denkmälern bei seinen Enkeln im Osten, sei es, sie kamen aus den vergröbernden Karikaturen seiner Gegner im Westen. Beides ist entbehrlich, denn Lenin war machtvoll genug, um

Lenin in Zürich – ARD, 20.15 Uhr

von der Geschichtsschreibung nicht vergessen zu werden, und er war brutal genug, um ohne Übertreibung von den freiheitsliebenden Menschen in Ost und West verabscheut zu werden.

Das ist eine Überlegung, die man anstellt, wenn man die Fernsehproduktion „Lenin in Zürich" aufmerksam betrachtet und angehört hat. Sie behandelt jene Zeit in Lenins Leben, da er in mehrfacher Beziehung mittellos in der Schweiz vor kläglichen Zirkeln seine Träume von der Diktatur des Proletariats, von der Notwendigkeit eines rücksichtslosen und blutigen Herrschaftsantritts vorträumte, schließlich – auch infolge einer menschlichen Enttäuschung – in dumpfe Resignation verfiel, bis das Schlimmste eintrat, das er denken konnte: In St. Petersburg war die bürgerliche *Revolution ausgebrochen* – und er, der auf eine Revolution hin überhaupt träumte und lebte und arbeitete, er saß mit gebundenen Händen im Schweizer Exil, von einer kümmerlichen Handvoll Mitstreiter aus der Intelligentsia umgeben, ohne Mittel, nicht einmal imstande, sich Zeitungen zu kaufen, um an aktuelle *Nachrichten zu kommen.*

Die von dem undurchsichtigen Revolutions-Financier Helphand arrangierte Zusammenarbeit mit dem deutschen Generalstab, ursprünglich empört zurückgewiesen, war Lenin jetzt recht: Mit Hilfe der kaiserlichen Regierung konnten die Revolutionäre im plombierten Wagen gen Rußland reisen. Der deutsche Gesandte Brockdorff-Rantzau in Bern fädelte die Sache ein.

Alexander Solschenizyn hatte diese trübe Episode im Leben Lenins mit Hilfe einer Unzahl von Quellen, von zum Teil in Vergessenheit geratenen Dokumenten, Memoiren und Belegen ausgeforscht. Sein Buch (dtv, 9,80 DM) hat der Fensehautor Claus Hubalek mit eigenen Recherchen erweitert. Das Drehbuch übernahm Rolf Busch zur Inszenierung, die schwierige Hauptrolle wurde Wolf-Dietrich Berg anvertraut. Es wurde ein Fernsehspiel daraus, das als besonderes Faszinosum die intensiv über die Rampe strahlende Glaubwürdigkeit aufweist, eine Glaubwürdigkeit, die um so höher zu veranschlagen ist, als die Hauptfiguren Lenin und Frau Krupskaja sich nicht allein per Maske den aus tausend Bildern bekannten Prototypen zu nähern hatten, sondern aus den originären Texten heraus.

Es entstand das Bild eines Lenin, der mit den ehernen oder gipsernen Standbildern des Heros mit der zerknautschten Mütze in der Linken und der in fernste Zukünfte weisenden Rechten (oder auch umgekehrt) nur wenig gemein hatte. Es ging um einen Menschen, der unsere Epoche geprägt hat, notabene: um einen Menschen. Weder der Weihrauch seiner heutigen Routineverehrer noch die Dämonisierung durch seine millionenfachen Opfer fanden statt. Je menschlicher, ja bürgerlicher sich der große Iljitsch aus den Dokumenten seiner Vita, aus den Bekenntnissen seiner Freunde, aus den Erinnerungen seiner Zeit herausschälte, desto grausamer erschien seine spätere Skrupellosigkeit. Lenin, so lehrt der Film, so exzerpiert er es aus Solschenizyns historischer Schau, war ein Bourgeois, nicht nur mit den Träumen eines Zukurzgekommenen, sondern *auch mit müder Frigidität* in den natürlichsten Bereichen des Lebens.

Dies alles in die knapp neunzig *Minuten zu packen* ist eine Kunst für sich. Stellenweise versagte sie, das sei vermerkt. Die Übergänge von Spielort zu Spielort waren hart, die vorgeführten Personen waren nicht hinreichend eingeführt. Die Kenntnis der politischen, militärischen und geographischen Daten wurde zu oft vorausgesetzt.

Vielleicht ging es nicht anders, obwohl es unbedingt hätte gehen müssen. Defizite in der Kommunikation bleiben unentschuldbar. Dennoch sei ausdrücklich gesagt: Diese Produktion aus der Hauptabteilung Fernsehspiel des NDR ist eine nützliche und zwingend sehenswerte Sache. Wir können uns davor nicht drücken, immer wieder nach den Mächtigen zu fragen, die unsere Zeit umgekrempelt haben, und danach, woher sie kamen, und: wie sie zur Macht gelangten. Und vor allem: Wer ihnen dazu verhalf! VALENTIN POLCUCH



Lenin (W.-D. Berg) und sein Finanzier Helphand (H. Wyprächtiger) FOTO: NDR

KRITIK

Rot sind nur noch die Tomaten

Können Kommunisten wirtschaften? Nun, wenn sie nicht die totale Macht in einem Staate, sondern „nur" rund 30 Prozent des Volkes und damit traditionelles Wähler- und Denkverhalten hinter sich haben, dann können wohl auch Kommunisten ganz gut im Ökonomischen zu Hause sein. Jedenfalls vermittelte diese Einsicht die ARD-Montags-Reportage „*Marx und Mortadella*" von Norbert Harlinghausen, der es im übrigen mit Hilfe ironischer, ja sarkastischer Fragen und Kommentare verstand, nicht nur Informationen in Fülle zu bieten, sondern auch beste Unterhaltung.

Harlinghausen recherchierte im „Roten Gürtel" Italiens, in der Emilia Romagna und der Toscana. Seit 1818 ist diese Region zunehmend ein „Land der Genossenschaften" geworden, die heute – in den verschiedensten Wirtschaftszweigen – marktbeherrschende Stellungen haben. Fleisch-, Wein-, Tomaten-, Bau- und Reinigungs-Genossenschaften wurden vorgestellt, ihre Organisationsstrukturen, Umsätze und die Ansichten der Manager und Führungskräfte. Mochte dieser oder jener Vorgestellte (eine Dame war auch dabei) früher einmal Stalinist *gewesen sein*, heute bekennen sie sich vor allem zur Ideologie ihres Jobs, und der Präsident des Genossenschaftskonsortiums, einem Konzernchef vergleichbar, sprach schlicht den Satz aus: „Ich glaube an das Unternehmertum!" Logisch danach die Einsicht, daß mit dem guten alten Marx nicht mehr viel *Wirtschaft, also Wein, Mortadella*, Häuser, Tomatenmark und anderes – also Profit zu machen sei. An dieser nüchternen Manager-Sicht änderten auch kleine, gemeinwohlorientierte Vorbehalte nichts.

Daß der Partei mit den an der Realität orientierten kommunistischen Wirtschaftsbossen dennoch auch in dieser Region immer mehr Wähler abhanden kommen, ist wohl die Kehrseite des Erfolges: Die KPI ist, zumindest für Jungwähler, auch nur noch ein etabliertes Politunternehmen. ULRICH SCHACHT

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Show & Co mit Carlo
Musik und Gäste mit Carlo v. Tiedemann
12.10 Panorama
Moderation: Peter Gatter
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.45 Tagesschau
15.55 Heimat für Vergangenheit
In der langen Geschichte Tuscaniens, der heutigen Toscana, siedelten auch die Etrusker in dieser wunderschönen Landschaft Mittelitaliens. Hannelore Kelling durchstreifte mit einem Kamerateam *abseits der großen Städte* diesen Landstrich und zeigt, welche Bauwerke noch aus der Zeit der Etrusker stammen und wie sehr ihr Erbe in der Gegenwart weiterlebt.
16.40 Stadtrallye (2)
Eine Schnitzeljagd für Fixe
Die alte Kaiserstadt Trier feiert in diesem Jahr ihren 2000. Geburtstag. Ihr Geschichtsbuch wurde in den vergangenen Wochen immer wieder aufgeblättert. Und jetzt soll sich zeigen, wer gut aufgepaßt hat! Die Mannschaften von zwei Jugendzentren – in historischen Kostümen – stehen bereit zur Schnitzeljagd rund um den Dom und die Porta Nigra. Aber auch die Kinder am Fernseher können mitraten – es gibt was zu gewinnen.
17.35 Weil du ja zu uns sagst
Die einen finden es zum Weinen, andere geradezu lachhaft, daß sich die evangelische und die katholische Kirche – und die vielen übrigen auch – immer noch nicht wieder zu einer Kirche zusammengeschlossen haben.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Lenin in Zürich
Nach Alexander Solschenizyn
Rolf Busch und Claus Hubalek verfilmten die historische Rückschau des russischen Nobelpreisträgers Alexander Solschenizyn auf Lenins Aufenthalt in der Schweiz von 1914 bis 1917. Die Rolle des Wladimir Iljitsch Lenin spielt Wolf-Dietrich Berg.
21.45 Brennpunkt
Thema: Hungertod in Äthiopien
22.30 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Musik pur
Die italienische Rocklady Gianna Nannini, der Jazzvokalist Bobby McFerrin, der amerikanische Sänger Danny O'Keefe, der Blues-Harmonikaspieler Johnny Mars sowie der Jazzrockgitarrist Larry Carlton laden in der heutigen sechsten Folge der Sendung mit Frank Laufenberg zu einer vollen Stunde abwechslungsreicher Musik ein.
0.00 Tagesschau

15.30 Reformationssinfonie
16.00 heute
16.04 Morgen schon
3. Teil: Das Kind in der Kommode
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Der Nordwind und die Eule
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Londoner Gruppe „Braintrust" tanzt ihre „Creation"
Anschl. heute-Schlagzeilen
17.55 Wiedersehen macht Freude
Elmar Gunsch präsentiert Kabinettstückchen
Wieder ein paar Film- oder Fernsehbonbons *gefällig*? Bitte schön – Elmar Gunsch hält Hörens- und Sehenswertes bereit. So zum Beispiel das *Postlied aus „Der Millionär"*, gesungen von Hans Moser. Außerdem: Parodierte Opernszenen von Otto Schenk
Die Marx-Brothers in einer Spielszene
Barbra Streisand und Ryan O'Neal bei einer Verfolgungsjagd in „Is was, Doc?"
Gert Fröbe als tollkühner Flieger
Marilyn Monroe in „Bus Stop"
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.15 Heil von den Juden?
Besonders im Dritten Reich verdrängten viele Christen die jüdische Herkunft Jesu. *Doch im Laufe* des jüdisch-christlichen Dialogs tritt seit längerer Zeit ein längst fälliger Wandel ein, und viele Christen begreifen, daß die Betrachtung Jesu aus jüdischer Sicht ein bedeutender Beitrag für den eigenen Glauben sein kann.
19.30 Spielregeln
Jugend und Justiz: Verkauft ist verkauft
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Fritz Schenk
21.00 Die 2
Der Lord ist fort
21.45 heute-journal
22.05 Literatur im Gespräch
Neue Geschichten und Gedichte über die Liebe
22.35 Einzelzimmer
Fernsehspiel von Johannes Reben
Der kauzige Rentner Klemens will sich von den Reglementierungen im Altersheim nicht in seiner Freiheit beschneiden lassen. So schmuggelt er unerlaubterweise einen Hamster ein, wobei ihm seine Mitbewohnerin Änne gern behilflich ist.
0.20 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Siegburg
Informationen und Unterhaltung
21.45 Elf-Elf
22.15 Komödie ums Geld
Niederländischer Spielfilm (1936)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.35 Erinnerungen an Max Ophüls
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Windhunde von Monsal-Mara
19.15 Mode aktuell
19.30 Das Jahr im Garten: November
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Wer hat die Bürokratie erfunden? (2)
21.30 Offerte
21.45 Märkische Forschungen
23.15 Thirty Minutes
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.30 Filmbriefe
19.00 Deutschlands grüne Inseln
Das Moor der Möwen
19.45 Tiersprechstunde
20.15 Riese im Spannbeton
Der Wunderstoff Spannbeton ist ins Gerede gekommen.
21.00 Fleiß – Pflicht – Leistung
Folgen der Reformation
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Oldtimer
Schwedischer Fernsehfilm

SÜDWEST
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Mit Stevie Ray Vaughan and Double Trouble
20.15 Reisewege zur Kunst: Bodrum und das Land der Lykier
21.00 Das Banner des Samurai
Japanischer Spielfilm (1966)
23.05 Theater-Talk
Mit Werner Hinz
Der 81jährige Schauspieler ist einer der letzten ganz großen Bühnen-„Helden" in Deutschland.
23.35 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 „Der nächste, bitte!"
3. Sein letzter Wille
20.15 Sketchup
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Skandal in Chelsea (1)
Englischer Fernsehfilm
22.35 Z. E. N.
22.40 A Time There Was
0.20 Rundschau
0.25 News of the Week

Ohnmacht der Töne

RMB. – „Künstler ist nur einer, der aus der Lösung ein Rätsel machen kann." Karl Kraus hat das notiert. Und Sergiu Celibidache exerziert es den Münchnern vor.

Der berühmte Dirigent mußte seit Monaten alle Konzerte und Tourneen mit den Münchner Philharmonikern absagen. Das hat das Orchester in Dirigentennöte gestürzt und der Stadt eine Menge Geld für ausgefallene Konzerte und abgesagte Tourneen gekostet. Celibidache leidet unter Gicht, die sein Auftreten unmöglich macht. Aber er mag auch nicht, hypersensibel, wie ein Künstler nun einmal ist, daß man sich öffentlich den Kopf darüber zerbricht, wie er zu ersetzen sei. Und schließlich mag er auch so etwas Prosaisches wie Verträge nicht.

Da sich der Maestro zur Zeit in Paris erholt, entschloß sich der Münchner Kulturreferent zur Vorwärtsstrategie, indem er Lorin Maazel Konzerte und Tourneen für das nächste Jahr antrug. Das löste sofort einen regen – und nur bedingt freundlichen – Postverkehr zwischen Paris und München aus. Schließlich ließ sich der Münchner Oberbürgermeister sogar zu einem Ultimatum hinreißen. Celibidache solle sich doch bitte äußern, was er zu tun gedenke, ob man mit ihm rechnen dürfe oder nicht.

Das ultimative Datum ist nun vorbei – und die Welt steht immer noch. Celibidache versprach nach München zu kommen und darzulegen, wie er sich langfristig die Zusammenarbeit mit seinen Musikern vorstelle. Einen Vertrag wolle er allerdings auch jetzt nicht machen. Das ist die Lösung – und das Rätsel bleibt. Oder – um Schiller zu zitieren –: „Die Musik darf nie Worte wählen und sich mit kleinlichen Spielereien abgeben, sondern muß nur dem Geist der Poesie im ganzen folgen."

Er bezauberte ganze Architektengenerationen in Deutschland – Die Internationale Bauausstellung Berlin huldigt Friedrich Gilly

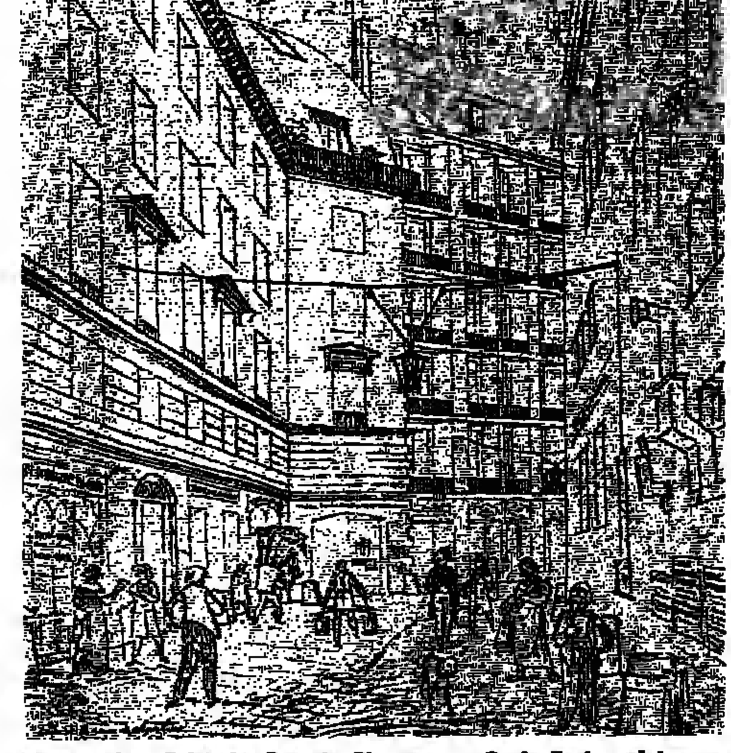
Wenn ein Jüngling nach den Sternen greift

Es ist eine Tatsache, die Architekten und Kunsthistoriker immer aufs neue fasziniert: einer der größten Anreger und Unruhestifter auf dem Gebiet des Bauschaffens in Deutschland ist ein Jüngling gewesen – rabiat und umstürzlerisch in seinen Ideen, aber vom preußischen König Friedrich Wilhelm II. mit Stipendien bedacht und im Alter von 27 Jahren zum Professor ernannt, ein Magier und Utopist in seinen Entwürfen, ein Technizist und kühler Praktiker in Lehre und Lernen, ein Bautheoretiker, den mittelalterliche Schlösser nicbt weniger als Ingenieursaufgaben und Entlüftungsrohre interessierten. Einer, der fast nur mit Zeichnungen Furore gemacht hat und der, als er mit 28 Jahren starb, kaum ein einziges Bauwerk hinterließ.

Diesem Phantom, dem Bezauberer und Betörer ganzer Architektengenerationen in Deutschland, Friedrich Gilly, hat die „Internationale Bauausstellung Berlin (IBA)" jetzt eine Ausstellung gewidmet.

Gilly steht am Anfang der Selbstentdeckung und Selbsterweckung der großen Kunstepoche, die noch nicht abgeschlossen ist und die sich bis vor kurzem unschuldig „Moderne" nannte. So wie seine Altersgenossen, die Frühromantiker, wird er zu einem Umwälzer der Konvention und zugleich zu einem Erwecker von „Reliquien der Vorwelt", wie sein Freund Konrad Levezow über Gillys Leidenschaft für die Kunstdenkmäler des klassischen Altertums schrieb. Trafen sich jene in Zirkeln zum Dichten und „Symphilosophieren", schuf sich Gilly eine „Privatgesellschaft junger Architekten" als Ideenschmiede. Wie Novalis, mit dem er fast die Lebensdaten 1772 bis 1800 (und auch die frühe Todesursache: Tuberkulose) teilt, paarte sich für ihn wissenscbaftlicher Heißhunger und akribisches Forschen mit Selbstsuggestion durch Bilder der Phantasie; seine Zeichnungen von der Marienburg sind deshalh so wenig verläßlich wie Novalis' Exzerpte aus Hemsterhuis und Fichte.

Aber sie waren von weittragender, kunstpolitischer Wirkung. Während Akademiker noch mäkelten, das sei doch alles nicht „historisch getreu", wurden die Blätter im Baujournal als „Beytrag zur Geschichte der vaterländischen Architektur" gewürdigt. Der preußische König hängte sicb Gillys glatte, wuchtige Version des Eingangs zum Kapitelsaal in die Privatgemächer und ordnete nacb weiteren Veröffentlichungen die Rettung der zum Abbruch bestimmten Ordensritterhochburg an.



Ansicht einer Ecke der Rue de Chartes von Paris. Federzeichnung von Gilly aus dem Jahre 1797. Aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

Gilys magische Aneignung der Gotik findet ihre Entsprechung in seinem folgenreichen Zugriff zur griechischen Klassik, mit der er der Lehrer Schinkels und eines ganzen Jahrhunderts wurde. Von sklavischer Anlehnung oder gar Unterwerfung kann dabei ebensowenig wie bei den willkürlichen Zeichnungen „nach der Natur" die Rede sein. Seine Entwürfe zum Berliner Schauspielhaus und zum Friedrichsdenkmal gehören zum Unerhörtesten, was um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert geschaffen worden ist. Nach Levezows Worten wollte Gilly ein „National-Heiligthum" bauen, ein „Beförderungsmittel großer moralischer und patriotischer Zwecke", das den großen Friedrich als „Heros der Menschheit", „entkleidet von allen Zufälligkeiten des Lebens, der Nation, des Zeitalters" zeigen sollte.

Die Mittel, mit denen er dabei arbeitete und die an technischen Bauten und Landhäusern von ihm wiederkehren, waren die der Archaisierung und „Ägyptisierung", der Vereinfachung und Strenge der Formen. Riesige Mauerflächen mit pyramidenhaft schrägen Sockelzonen, wenige meist sprossenlose Fenster darin, giebelgekrönte Säulenportale und die große Rundbogenöffnung kehren leitmotivisch darin wieder. Gillys Bauten erhielten dadurch eine Wucht und Monumentalität, die sich noch heutigen Betrachtern, fast 200 Jahre nach dem Entstehen der Zeichnungen, mitteilt. Die Bauten Schinkels, des Meisterschülers dieses jungen Lehrers, wirken dagegen oft zierlich, spielerisch und heiter.

Besser noch als die Ausstellung, die ihre Entstehung vor allem der Gilly-Forscherin Hella Reelfs verdankt, gelingt es dem Katalog, die weitreichenden Folgewirkungen zu erhellen, die von diesem erstaunlichen Künstler ausgegangen sind. Schon Zeitgenossen Gillys waren die „Simplizität der Ideen", die „Größe und harmonische Einheit", die Beschränkung auf das „nur durch die Zweckmäßigkeit und höheres Bedürfnis notwendig Gebotene", der Verzicbt auf eine „zweckwidrige und bedeutungslose Art verschwendeten Zierats" aufgefallen. Die Architektenprominenz im 20. Jahrhundert, die sich auf den jungen Neutöner von 1800 beruft, umfaßt inzwischen fast alles, was Rang und Namen hat, von Behrens bis zu Scharoun, von van der Rohe bis zu Le Corbusier. Fritz Neumeyer fügt in seinem Katalogbeitrag eine Pointe besonderer Art hinzu: Gilly hat in seine Zeichnung einer Straße von Paris ein „Appartementhaus der unsrigen Zeit", einen „in Stahlbetonskelett oder Plattenbauweise errichteten Bau" plaziert – ein Phantasiegebilde, für das es damals keinerlei Realisierungsmöglichkeit gab, und zu dem sich in der gesamten Architekturgeschichte vor Mies van der Rohe kein Gegenstück findet. Der Skelettbau des 20. Jahrhunderts – die Erfindung eines Romantikers! Die Vorstellung ist frappierend.

Daß es nocb andere gab, die sich auf den genialen Preußen beriefen, wird in Ausstellung und Katalog fast beiseite gewischt und hat doch seine kunstgeschichtliche Logik. Macht schon Albert Speers Notiz vom November 1967 stutzig: „Ich liebte Gilly und ich verehrte Schinkel," so gibt der Blick auf die Entwurfsskizzen seines höchsten Auftraggebers erst recht dem Verdacht Nahrung: Hitlers Pläne für die Große Versammlungshalle und den Triumphbogen in Berlin erinnern bis in Einzelheiten und Proportion an Gillys Skizze für die Nikolaikirche in Potsdam und an seinen großen Torbogen zu den Tempeln des Friedrichdenkmals. Nur Größe und Masse dieser Bauten scheinen die Zutat des 20. Jahrhunderts zu sein.

Daß ein Künstler der kunstsinnigen, feingeistigen romantischen Zeit die ästhetischen und technologischen Visionen und Alpträume dieses gewalttätigen Jahrhunderts derart vorwegnehmen konnte, scheint fast unglaublich. Werk eines Frühvollendeten, dessen Mythos, wie Neumeyer schreibt, „der Griff nach den Sternen" war, und der so andächtige Sätze niederschreiben konnte wie den: „Ich kenne keinen schöneren Effekt, als von den Seiten umschlossen, gleichsam vom Weltgetümmel abgeschlossen zu sein und über sich frei, ganz frei den Himmel zu sehen, abends." (Bis 4. November im Berlin-Museum, Lindenstraße; Katalog 34 DM). DANKWARD GURATZSCH

JOURNAL

Schäden an Europas historischem Glas

dpa, Zürich

Wie Karies fressen sich die Luftschadstoffe immer mehr in Europas historisches Glas hinein. An den Glasfenstern der Dome und Kirchen von Reims bis Regensburg läßt sich die zunehmende umweltbedingte Zerstörung noch deutlicher als an Stein und Metall ablesen. Die Schäden lassen sich häufig nur ungenügend restaurieren. In München findet derzeit ein Kolloquium von 60 Fachleuten aus neun Ländern zum Thema Glaskonservierung statt.

Deutsche Verleger nach Peking

DW. Bonn

Vom 1. bis 10. November werden in Peking fünftausend Bücher und tausend Zeitschriftentitel bundesdeutscher Verlage gezeigt. Vom 23. November bis 2. Dezember ist die Ausstellung dann in Shanghai zu sehen. Eine Delegation des Börsenvereins trifft außerdem mit Repräsentanten des chinesischen Verlagswesens zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche dürfte die Bedeutung des Urheberrechts für den internationalen Literaturaustausch stehen.

Marburg zeigt Kunst aus Portugal

wm. Marburg

Die Religionskundliche Sammlung der Universität Marburg veranstaltet im November in der Marburger Universitätsbibliothek eine Ausstellung über die portugiesische Votivmalerei unter dem Titel „Milagres", zu deutsch „Wundertaten". Die Schau zeigt anhand von besonders ausgewählten Exponaten des 17. bis 20. Jahrhunderts aus den Beständen des Marine-Museums in Lissabon „Wunder", die sich auf Flüssen und Meeren ereigneten.

Höhlenmalereien in Argentinien entdeckt

dpa, Buenos Aires

In der argentinischen Provinz Santa Cruz sind Höhlenmalereien entdeckt worden. Museumsfachleute schätzen sie auf ein Alter von 12 000 Jahren. Nach den Worten des peruanischen Archäologen Augusto Cardich handelt es sich um die ältesten künstlerischen Ausdrucksformen, die bisher auf dem gesamten amerikanischen Kontinent gefunden wurden.

Neuer Prozeß für ukrainischen Dichter

DW. Bonn

Der 43jährige ukrainische Bürgerrechtler und Dichter Mykola Horbal, Mitglied der vom Regime zerschlagenen ukrainischen Helsinki-Gruppe, ist nach Verbüßung einer 5jährigen Lagerhaftstrafe nicht, wie vorgesehen, am 24. Oktober entlassen worden. Dies erfuhr jetzt die Menschenrechtsorganisation „Kontinent". Es erwartet ihn im Gegenteil ein neuer Prozeß wegen „Verleumdung der Sowjetunion". Horbal hat bisher insgesamt zwölf Jahre in Lagern und Gefängnissen verbracht.

Wolfgang Heinz tot

dpa, Berlin

Der Schauspieler, Regisseur und langjährige Intendant des Ostberliner Deutschen Theaters, Prof. Wolfgang Heinz, ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Seine Bühnenlaufbahn hatte er in den 20er Jahren in Eisenach und Berlin begonnen. 1934 emigrierte er nacb Zürich. Seit 1956 wirkte er am Deutschen Theater Berlin, das er 1963 bis 69 leitete. Seit 1966 war Heinz außerdem Präsident des „Verbandes der Theaterschaffenden" der „DDR". Er wurde mehrfach mit hohen staatlicben Auszeichnungen geehrt.

Chronist in des Wortes allerbester Bedeutung – Christian Ferber wird 65

Wunschkind hinter vielen Masken

Er verbirgt sich gern hinter Pseudonymen. Seine frühen Romane schrieb er unter dem Namen Simon Glas, seine umwerfenden satirischen Beiträge zur Zeit- und Sittengeschichte unterfertigte die inzwischen sprichwörtlich gewordene Lisette Mullère. Das Gros seiner Leser kennt ihn freilich als Christian Ferber, den präzisen, einfallsreichen, geschmackssicheren Reporter, Korrespondenten und Rezensenten, der auch im größten Getöse immer kühlen Kopf behält.

Als Georg Seidel heute vor 65 Jahren in Eberswalde geboren, fand sich Ferber schon früh unter einer Art Rechtfertigungszwang. Er war der Sohn der berühmten Dichterin Ina Seidel, ihr „Wunschkind", Sproß einer hochangesehenen altpreußischen Schriftstellerfamilie, zu der es zunächst einmal Distanz zu gewinnen galt, wenn man eigene Pranke zeigen wollte. Ein gut Teil der Ferberschen Lust an der Maskierung hat ihre Ursache in dieser Ausgangsposition. Der junge Adept wollte ganz er selbst sein, wollte nur an sich selbst gemessen werden.

Der Krieg verhagelte ihm das erhoffte Literaturdebut. Es folgten lange, prägende Jahre in britischer Kriegsgefangenschaft und als Buchhändler und Verlagslektor bei Piper in München. Hans Wallenberg und Bruno E. Werner von der „Neuen Zeitung" erkannten das publizistische Ingenium des Seidelsohns und zogen ihn zur Mitarbeit heran. 1951, noch vor Erscheinen des Romanerstlings „Das Netz", lud ihn Hans Werner Richter zur Lesung in die „Gruppe 47" ein, zu deren ständigen Mitgliedern er seitdem gehörte.

Das dauerhafteste Ferber-Produkt



Ist immer dabei, mischt sich nie ein: Christian Ferber FOTO: ULLSTEIN

jener Jahre war wohl die Novelle „Mimosen im Juli", ein dämonisches Kabinettstück über Schuld und Sühne in jüngster deutscber Vergangenheit, aus dem später das immer wieder gesendete Hörspiel „Der Kommandant" wurde und noch später ein erfolgreiches Fernsehspiel. Ferber war inzwischen zur WELT nach Hamburg gegangen, um dort – Zeugnis seiner Vielseitigkeit – die „Seite 8" zu redigieren, die Seite für Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung. Man sollte es einmal festhalten: Vieles, was Ferber damals zusammen mit Hicks als erster auf dieser Seite ausprobierte, ist seitdem Allgemeingut der Satiriker aller Sparten und Richtungen in Deutschland und anderswo geworden.

Je mehr Zeit verging, um so intensiver machten sich auch wieder die Bande bemerkbar, die Ferber unzerreißbar an seine Herkunft, an seine berühmte Familie ketten. 1974, nach dem Tod der Mutter, nahm er sich des reicben Familiennachlasses an; das Ergebnis erschien fünf Jahre später: „Die Seidels. Geschichte einer bürgerlichen Familie", eines der anmutigsten, lesbarsten und lehrreichsten Bücher der letzten Dezennien überhaupt, ein Werk liebender Verbundenheit und zugleich unbestechlicher Analyse, in dem die literarischen Tugenden des Christian Ferber sich wie in einem Brennspiegel bündeln.

Seine Kulturreportagen, Länderberichte, Glossen und Buchbesprechungen sind inzwischen nicbt mehr zu zählen. Auch bat er sicb einen Namen gemacht als höchst sorgfältiger Herausgeber der Anthologien über die großen historischen Zeitschriften des Ullsteinverlags. Aber ob dieser geborene *homme de lettres* nun über die Gegenwart oder über die Vergangenheit schreibt, ob er eine brandaktuelle Zeitungsreportage abliefert oder einen Ullstein-Reprint herausgibt – stets erweist er sich als Chronist in des Wortes allerbester Bedeutung.

Ihm entgeht nichts, und doch mischt er sich nie ein. Hinter der Maske eines teils leicht amüsierten, teils abgründig melancholischen Understatements übt er einen Stil, dem nichts Menschliches fremd ist und der doch stets die feinste Distanz zu wahren versteht, einen wahrhaft humanen Stil, der voll und ganz mit dem Menscben Christian Ferber identisch ist. GÜNTER ZEHM

Bob Wilson inszeniert Charpentiers „Médée" und Bryars „Medea" in Lyon

Im Oldtimer des Sonnengottes Helios

Medea", so will es scheinen, verdrängt „Carmen". Die erste Opernversion des Stoffes – jene von Cavalli – wurde kürzlich beim Buxton-Festival zusammen mit der bekannteren Version Cherubinis gezeigt. Lyon gruh jetzt „Médée" aus, eine fast 300 Jahre alte Oper des hauptsächlich als Kirchenmusiker bekannten Marc-Antoine Charpentier, und kombinierte sie – beide von Bob Wilson inszeniert – mit der Uraufführung von Gavin Bryars „Medea". Im Frühjahr soll, ebenfalls in Lyon, Cherubinis Werk, allerdings in der französischen Originalgestalt, folgen. Und für Bonn rüstet sich Katia Ricciarelli, um in die Fußstapfen der Callas zu treten. Ist das mehr als ein Zufall?

An Stelle von Charpentiers Prolog, der sich stärker noch als seine Chöre und Rezitative an das übermächtige Vorbild Lullys anlehnt, bastelte sich Bob Wilson ein neues Vorspiel. Zur Musik Charpentiers und Bryars und zu griechischer Folklore fährt Medea doppelgestaltig als Ruhm und Sieg in einem altmodischen Automohil, dem heruntergekommenen Wagen des Sonnengottes Helios, herein. Jason ist der spießbürgerliche Opportunist mit Aktenköfferchen. Zwischen griechischer Antike und Gegenwart, Ludwig XIV. und General Lee stellt Wilson seine Betrachtungen an. Die Opfer sind immer die Kinder, die Menschen schauen unbeteiligt zu.

Jetzt erst erscheint das Orchester mit Michel Corboz. Mit großem Einfühlungsvermögen reduzierte er den Klang des Orchesters, verzichtete darauf, Effekte zu unterstreichen. Anders als Cavalli mit seiner sinnlich prunkenden Variante ist Charpentiers Musik ganz Poesie und Gefühl. Die schrecklichen Seiten des Mythos sind von der Bühne verbannt. Von Lully unterscheidet ihn die vorsichtige Verwendung italienischer Ziertechniken in den Arien. Trotz eines Erfolges scheiterte Charpentiers Oper letztlich am Widerstand der Lully-Anhänger, die solche fremden Einflüsse nicht aufkommen ließen.

Mit Esther Hinds und Danièle Borst waren Medea und Kreusa ausgezeichnet besetzt. Schwierigkeiten bereitete allerdings Henri Ledroit die counter-tenorale Lage des Jason. Auch während der eigentlichen Oper hält Wilson die Spannung zwischen der barock durchleuchteten Antike und der Gegenwart aufrecht. Zwei Mädchen vollführen mit circensischen Balance-Akten auf der Vorderbühne alltägliche Handlungen. Auch bei den Figuren der Oper kapriziert sich Wilson auf diesen überdehnten Minimalstil der Darstellung, der dem Geschehen eine kultisch-insistierende Bedeutung auflädt.

Wie verschreckte Insekten buschen die Gestalten auf die Bühne, spreizen Finger und Arme von sich, markieren nach barockem Darstellungskanon Freude oder Angst und erstarren dann wie hypnotisiert in fast regungsloser Geziertheit. Das scheint anfangs Charpentiers Musik zu entsprechen, wird aber bald zu einer die Grenze der Komik streifenden Manieriertheit.

In der „Medea" des Briten Gavin Bryar sind die Spannungen zwischen Antike und Gegenwart bereits im Stück integriert. Vor dem Höhepunkt des Dramas wenden sich 19 Kommentatoren in verschiedenen Sprachen durcbeinander palavernd direkt an die Zuschauer. Während des Prologs der französischen Übersetzung von Heiner Müllers Kurztrilogie „Verkommenes Ufer", „Landschaft mit Argonauten" und „Medea-Material" rollt Wilson nochmals die ganze Vorgeschichte samt der Idylle in Kolchis bis zum Mord an Apsyrtos auf.

Auch in dieser „Medea", die sich in neugriechischer Übersetzung an Euripides orientiert, verhalten sich die Figuren vor stämmig antiken Säulen und einem Tempeltor recht merkwürdig. Die augenrollende Penetranz, die aufgerissenen Münder der Dienerinnen, wozu der Chor im Orchester singt, die popanzigen Männer, der offenbar der Peking-Oper entflohene Kreon zeugen von einer sehr eigenwilligen Vorstellung der Antike.

Bryar setzt viel Schlagwerk ein, Xylophon, Vibraphon und Glockenspiel. Das klingt alles sehr einschmeichelnd. Banale liedchenhafte Wendungen werden uns auf der Klarinette oder mit Harfenglissandi ein ei gehämmert. Die hübschen kleinen Solostückchen erhalten jedoch durch ihre Wiederholungen keine inhaltliche Prägnanz. Opernhaft ist dieses Gebräu, das dramatisch klingt, wenn es ernst wird, Süße säuselt, wenn von Liebe die Rede ist, nur im Sinne schablonisierter Filmmusik.

Von überall hat Bryar etwas genommen. Die „Medea", von Yvonne Kenny überaus klangvoll und souverän gestaltet, klingt wie Dvořáks Wassernymphe, die Chöre besitzen slawische Schwermütigkeit und die raffinierten Überlappungen von Chor und Solostimmen stammen aus der Konfektion der veristischen Oper. „Medea" wird das nichts anhaben. In der Version von Bryar und Wilson begibt sie sicb zunächst einmal nach Paris. ROLF FATH

Outlaw zwischen Gesetz und Gewalt – „Repo Man". ein Film von Alex Cox

Die Welt durch Ottos Augen gesehen

Ein schlechter Tag für den jungen Otto (Emilio Estevez). Erst fliegt er aus seinem Job in einem Supermarkt raus, dann läßt ihn seine Freundin wegen eines anderen sitzen, und schließlich eröffnet sein Vater ihm noch, daß es mit den versprochenen tausend Dollar nichts wird: Er hat das Geld einem Fernsehprediger gegeben, der damit Bibeln für El Salvador kaufen will. Und dann gerät er zum guten Schluß auch noch an den abgebrühten Bud (Harry Dean Stanton), der Otto in ein anrüchiges Geschäft hineinzieht, das eines Repo Man.

Ein Repo Man, das ist in Amerika einer, der Autos zurückholt, für welche die Käufer die fälligen Raten schuldig geblieben sind. Und da fliegen denn gelegentlich auch die Fäuste, knallen sogar die Pistolen. Der Film „Repo Man" des in Amerika arbeitenden Briten Alex Cox ist aber nicht der erste, der sich um diese fragwürdige Berufssparte dreht. Die Repo Men sind, bei genauerer Betrachtung, sogar ziemlich vertraute Figuren: nämlich die Outlaws zwischen Gesetz und Gewalt aus dem verschwundenen Western, die lediglich das Kostüm gewechselt haben.

„Repo Man", eine unabhängige Produktion, abseits vom großen Studiobetrieb Hollywoods mit geringen finanziellen Miteln hergestellt, ist in Amerika in den Rang eines kleinen Kultfilms hochgestiegen. Deshalb hat ihn die Universal auch nachträglich in ihr Programm aufgenommen, und der deutsche Verleiher, die Filmwelt, ein kleiner Laden mit gutem Riecher, hat uns den Gefallen getan, auf eine Synchronisation zu verzichten und sich mit deutschen Untertiteln zu begnügen. Und eigentlich sind die Dialoge im ordinärsten Slang ja auch gar nicht übersetzbar.

Der originale Tonfall ist denn auch ein wichtiger Teil dieses Films, der weniger eine Geschichte erzählt, als vielmehr das Lebensgefühl der Punk- und New-Wave-Generation wiedergibt. Deshalb auch die krude Mischung völlig unterschiedlicher stilistischer Ebenen, die hier durchaus gerechtfertigt ist.

Da ist einmal eine genaue Milieustudie vom Leben in einer kalifornischen Großstadt auf der dreckigen Seite. Und zum anderen eine verrückte Science-fiction-Geschichte um ein Auto, in dessen Kofferraum vier tote Außerirdische liegen, und über die Jagd auf das Gefährt: Pures Kino.

Alles fließt ganz natürlich zu einem irren, musikdröhnenden Lebenstraum zusammen, weil Cox die Welt kompromißlos durch die Augen Ottos sieht. Denn für Otto, dieses Kind der Mediengeneration, ist die Welt der Fernseh- und Kinoträume mindestens genauso real wie sein Joh in der tatsächlichen Welt.

Und dieser ist ja schließlich auch, siehe oben, den Hollywood-Mythen entsprungen. Warum da also einen Unterschied machen zwischen angeblicher und vorgespiegelter Wirklichkeit? Am Ende steht die Botschaft, daß allein die ausgeflippte Phantasie noch den Weg ins Reich der Freiheit eröffnen kann. Und Phantasie hat auch Alex Cox mehr als genug. SVEN HANSEN



Lebensgefühl der Punk- und New-Wave-Generation. Szene aus dem John-Cox-Film „Repo Man" FOTO: FILMWELT

Ciullis „Gesichte des Herrn Orgon" nach Molières „Tartuffe" in Mülheim

Tagträume aus dem alten Schrank

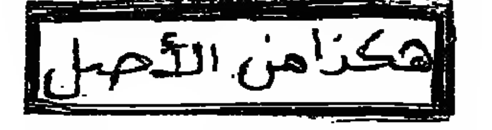
Im Fernsehen gab es das kürzlich, sogar in zwei Versionen: Ein Mann bringt einen Fremden ins Haus, einen Landstreicher oder einen Flüchtling. Nur für eine Nacht, wie er glaubt. Aber siehe da, der Gast entwickelt Anhänglichkeit. Er bleibt für länger, wenn nicht für immer, und okkupiert schließlich die ganze Wohnung. Und wo am Anfang eine intakte Familie war, gibt es am Ende nur noch Trümmer. Die dritte Version gibt es jetzt am Theater an der Ruhr des Roberto Ciulli in Mülheim. Orgon heißt der tyrannische Hausherr, Elmire die Ehefrau, Mariane und Damis die Kinder. Und der da ins Haus kommt, mit Frackhose und grün schillernder Paillettenschärpe angetan, und gleich in der ersten Szene mit einer Filmkamera Jagd auf das immerfort sein Hinterteil entblößende Hausmädchen Dorine macht, hört auf den Namen Tartuffe.

Nein, nicht wie Sie meinen: Ciullis Stück heißt „Die Gesichte des Herrn Orgon" und hat mit Molière nur die Figuren gemeinsam. Der Hausherr hat nämlich Tagträume, die aus einem abgewetzten Schrank kommen. Zu Anfang wird er in den Salon gerollt, wo er so gar nicht zu den zeitlos-bürgerlichen Möbeln im Bühnenbild von Gralf-Edzard Hahben passen will. Doch auch was diesem Möbel entquillt und was Wolfgang Deichsel mit Text versah, paßt ja nirgends. So erscheint etwa Madame Pernelle, deren Eingangsszene bei Molière – und nicht nur für Goethe – das Muster einer Exposition darstellt, auch nur als Vision. Von Tartuffe freilich schwärmt die Großmutter nicht, sie beschimpft nurmehr die Familie. Im übrigen kommt sie zu Orgons Geburtstagsfeier, auf der der ordinäre Gärtner Dönekes aus dem Rußlandkrieg erzählt.

Die Kostüme von heute hindern Regisseur Ciulli nicht, an der patriarchalischen Familienstruktur des 17. Jahrhunderts festzuhalten. Nur ein frömmelnder Tartuffe paßt nicht in dieses Gelände. Deshalb läßt man diese Figur einfach als Ganoven mit Zuhältermanieren geben – jeder sieht das, nicht nur der Zuschauer. Eine Entlarvung findet denn so wenig statt wie ein Happy-End: Tartuffe weiß, daß Orgon unter dem Tisch steckt, wenn er sich anschickt, dessen Frau zu vernaschen. Das kann er sich leisten, schließlich gehört ihm längst alles nach Orgons Schenkung.

Warum der neue Besitzer per Gerichtsvollzieher die Möbel hinaustragen läßt, hat nur den einen Grund, daß sich ein Gag daraus gewinnen läßt: Schließlich sitzen die Familienmitglieder darauf. Die ganze Aufführung besteht aus solchen Gags. Molières Stück mit dem Gegeneinander von aufgeklärter Vernunft oder gesundem Menschenverstand und Verblendung verkommt zu einer Revue, die ihre billigen Reize aus zotigen Texten oder einfach aus dem Zurschaustellen von Weiberfleisch bezieht. Man bedauert eine so hervorragende Schauspielerin wie Veronika Bayer, die sich als einzige in der Rolle der Elmire hervortut. Weil das Mülheimer Publikum aber Molières Meisterwerk offenbar nicht so genau kennt, erntet Ciullis Spottgeburt prasselnden Beifall.

KATHRIN BERGMANN



Westfalens rote Erde mit Berlin verbunden

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Wo Hermann der Cherusker siegte, Westfalens rote Erde glänzt, die Milchkühe und der Konsum gedeihen, die deutsch-holländische „Euro-Regio" beginnt, gewann Berlin jetzt Anschluß: Seit Montag ist der blühende NRW-Wirtschaftsraum um Münster/Osnabrück nur noch einen Luftsprung von 50 Minuten von der Spree entfernt. „British Airways" startete – 47 Jahre nach der verblichenen Lufthansa-Ära zwischen Berlin und Münster – jetzt zum Jungfernflug nach Westfalen.

„Wir haben zwei Jahre zäh gearbeitet – zwölf Monate an Gutachten und Studien, den Rest, um in London und von den drei alliierten Luftfahrtattachés in Bonn die Erlaubnis zu bekommen", berichtet BA-Deutschlandchef Captain Richard Twomey. Die britischen Flieger mit den Farben des Union Jack lockte ein Einzugsbereich mit 7,5 Millionen Menschen – zwischen dem Ruhrgebietsrand bis zum Teutoburger Wald und hinüber zur niederländischen Grenze. Im Maßstab des Kontinents, der zusammenwächst, gedeiht dort die „Euro-Regio".

Eine Stadt, die wächst

Neben Osnabrück auf dem halben Weg von der Ruhr zum Hafenland Bremen lockte vor allem Münster als „Westphaliae metropolis". Mit seinen 272 000 Einwohnern, darunter fast 50 000 Studiosi aller Richtungen, seinem 62-Prozent-Anteil kaufkräftiger Beamter und Angestellter einer unternehmungs- und reiselustigen gehobenen „middle class", bietet die Stadt ideale Voraussetzungen für eine Berlin-Partnerschaft. „Eine der wenigen Städte in der Bundesrepublik, die noch wächst", lobte ein hochrangiger Stadtpolitiker am Rande des Premieren-Fluges.

„British Airways" kalkuliert mit dem Optimismus guter Geschäftsleute mit jährlich 60 000 Passagieren auf der neuen Route. Seit zwölf Jahren ist es die erste neue innerdeutsche Linie, die BA ins Leben rief. „Ich prophezeie, daß wir bis zum 1. April 1985 pro Flug auf 60 Passagiere kommen", meint Captain Twomey mit der angeborenen angelsächsischen Wettleidenschaft.

Zunächst pendelt BA morgens und abends zwischen Spree und Aa. Das Normalticket an Bord der „County of Merseyside" – so der Nahme der Münster-Maschine – kostet 360 Mark. Der Spartarif von 234 Mark liegt nur 73 Mark über dem 2. Klasse-Billett von Bundes- und Reichsbahn. Berlin läßt sich auf der Schiene nur mit Umsteigen erreichen.

Touristischer Aspekt

Die Münsteraner rechnen damit, vom Berliner Kongreß-Kuchen im Milliardenbau des Kongreßzentrums nicht nur die Krümel sogenannter „Satelliten"-Meetings abzubekommen. *Anders als Marschall Blücher*, der freiweg sagte „Münster und die Münsteraner gefallen mir nich ...", kommen Ärzte und Naturwissenschaftler beispielsweise nach Berlin-Kongressen zu kleineren Tagungen gern ins Münsterland. Berlin wiederum rechnet zur „Grünen Woche", Deutschlands „Super-Landwirtschaftsschau", und dem Sommerfest der Bundesgartenschau vom Frühling 1985 mit einer westfälischen Lodeninvasion ...

Auch Berlins Fachsenatoren vollführten am *Wochenanfang* einen Luftsprung vor Freude: Bundessenator Rupert Scholz erinnerte an die Bedeutung einer „nähergerückten" Bundesrepublik. Sein Wirtschaftskollege Elmar Pieroth rühmte den touristischen Aspekt. Am hartleibigsten hatten sich die Bonner gezeigt: Die meiste politische Kraft kostete es, den entscheidenden 60-Mark-Zuschuß aus der Bundeskasse für den Flug ins Land des Westfälischen Friedens zu sichern.



Der achtjährige Wallach „Bucky", hier mit einer Tierpflegerin des New Bolton Center im US-Staat Pennsylvania, ist das erste Pferd, dem ein Herzschrittmacher eingepflanzt wurde. Das Zentrum gilt als „Mayo-Klinik" für Großtiere. Die wohl berühmteste Klinik für Kleintiere ist hingegen das „Animal Medical Center" in New York, an dem mehr als 70 Tierärzte tätig sind. Etwa 70 000 Tiere werden hier pro Jahr behandelt. Im Bild links wird ein Hund zur Operation geführt.

FOTO: DPA

New Bolton Center – Mayo-Klinik für Tiere

DIETER KLAR, New York

Wenn „Bucky" mit anderen Pferden auf der Wiese grast, unterscheidet ihn nichts von seinen vierbeinigen Artgenossen. Erst beim Tätscheln des muskulösen Halses spürt man einen leichten Knoten. Dort, unter einem Muskel, liegt das Geheimnis, das den achtjährigen Wallach zu einer medizinischen Sensation macht. Bucky ist das erste Pferd mit einem Herzschrittmacher.

Der von ständigen Ohnmachtsanfällen geplagte, abgemagerte Wallach, den Tierärztin Dr. Virginia Reef vor einem halben Jahr bei einem Hausbesuch untersuchte, hat mit dem heutigen Bucky nichts mehr gemein. Sein Herz schlägt jetzt dank elektrischer Impulse aus einer Lithiumbatterie regelmäßig 45mal pro Minute, er hat wieder sein normales Gewicht und läßt seine Retterin gerne spüren, wer mehr Kraft hat, wenn sie ihn am Halfter spazierenführt.

Der Schrittmacher wurde im New Bolton Center der tiermedizinischen Fakultät der Universität von Pennsylvania, eine Stunde außerhalb Philadelphias, eingepflanzt. Bucky war dorthin gebracht worden, in der Hoffnung, seinen abnormal langsamen Puls von zehn Schlägen pro Minute mit Medikamenten auf den Normalwert von 40 Schlägen zu bringen. Doch nach einigen Wochen der Behandlung schlug das Herz immer noch nur 30mal pro Minute, nicht genug für das große Pferd. Mit speziellen Elektroden in den großen Herzkammern Buckys werden von dem eigentlich für Menschen gedachten Schrittmacher die Impulse übertragen, die dem Herz den richtigen Rhythmus diktieren.

Die Operation, obwohl ungewöhnlich und die erste ihrer Art, war nur eine von insgesamt jährlich 5000 Behandlungen im New Bolton Center. Das Zentrum gilt unter Fachleuten als eine Art Mayo-Klinik für Großtiere, zu der aus aller Welt wertvolle Pferde gebracht werden. Die Fakultät, zu der das Zentrum gehört, ist die zweitälteste Ausbildungsstätte für Veterinäre in den USA.

Dort lernen die angehenden Tierärzte in täglicher Praxis an nicht weniger als 30 000 Fällen pro Jahr, welche Krankheiten Haustiere, Exoten und Nutztiere wie Kühe, Pferde, Lämmer, aber auch Hühner und Enten plagen können. Bis 1960 wurden die großen Vierbeiner in Philadelphia behandelt. Danach entstand das New Bolton Center, das auf über 150 Hektar Land inmitten von Gestüten und Milchfarmen liegt. Von Knochensplittern in den Gelenken von Rennpferden bis zu durchbrochenen Kuhmägen gibt es nichts, was den angehenden Veterinären in New Bolton nicht begegnet.

Nicht viel anders geht es den Studenten in Philadelphia, wo eine Notaufnahmestation rund um die Uhr für plötzlich erkrankte oder verunglückte Haustiere zur Verfügung steht. Unter Aufsicht eines voll ausgebildeten Veterinärs diagnostizieren sie und schlagen Behandlungsmöglichkeiten vor für gebrochene Gliedmaßen bei Eichhörnchen, geschwollene Prostata bei einem Dobermann, die fiebrige Tibetkatze oder den Nahrung verweigernden Kakadu.

Als die „*Mayo-Klinik*" für Kleintiere gilt das „Animal Medical Center" in New York, das in einem achtstöckigen Gebäude am Franklin-Delano-Roosevelt-Drive untergebracht ist. Mehr als 70 Tierärzte kümmern sich pausenlos um das Wohl der Tiere, von denen fast *70 000* pro Jahr *in dieser* Klinik behandelt werden. Nicht nur aus New York und Umgebung, sondern sogar aus Übersee werden die kleinen Lieblinge zur Behandlung oder zur Operation ins „Animal-Medical-Center" gebracht. (dpa)

Athens rollender Schrott

Technische Kontrollen nach dem TÜV-System angestrebt

E. ANTONAROS, Athen

Es ist kein Wunder, daß Griechenland eine der höchsten Unfallquoten Europas hat: Eine stichprobenähnliche technische Untersuchung des Athener Verkehrsministeriums hat jetzt ergeben, daß die große Mehrheit aller öffentlichen Verkehrsmittel verkehrsuntauglich sind. „Wer so ein Fahrzeug besteigt, riskiert sein Leben", stellte das Athener Massenblatt „Ta Nea" fest.

Am gefährlichsten leben Schulkinder und Touristen: *Mehr* als zwei Drittel aller Busse weisen nämlich so gravierende Mängel auf, daß sie sofort aus dem Verkehr gezogen werden müßten. Defekte Bremsen, das Fehlen von Blinkern, Lichtern und Sicherheitsgurten und eine Fülle von *technischen Mängeln* bestimmen das Gesamtbild. Besser als die Touristen- und Schulbusse haben die Taxen abgeschnitten: „Nur" 66 Prozent von ihnen haben eine Reparatur nötig.

Mit dieser Untersuchung haben die griechischen Behörden die Anwendung eines Systems von regelmäßigen technischen Kontrollen nach dem deutschen TÜV-System eingeleitet. Erfaßt wurden von Mitte September bis Anfang Oktober insgesamt 1154 Fahrzeuge aller Art. Bis Ende 1985 sollen sämtliche in Athen zugelassenen Autos kontrolliert worden sein.

Ein Gesetz, das regelmäßige technische Kontrollen vorsieht, ist seit gut anderthalb Jahren in Kraft. Aber mit seiner Anwendung hapert es. Auch die jetzt durchgeführte Untersuchung hat keine Gegenliebe gefunden: „Die betroffenen Fahrer haben auf eine perverse Art beleidigt reagiert und sich mit allen Mitteln den Kontrollen widersetzt", sagte der Generalsekretär im Athener Verkehrsministerium, Alkis Roussopoulos.

Daß die Behörden jetzt auf einmal den Groll der Autobesitzer in Kauf nehmen und Hunderte von Autos aus dem Verkehr zu ziehen drohen, falls sie nicht repariert werden, hat viele Gründe: Einmal verursachen die „rollenden Särge", wie die klapprigen Vierräder im Volksjargon genannt werden, zunehmend oft folgenschwere Autounfälle; zum anderen führt das Umweltministerium die Verschmutzung der Athener Luft weitgehend auf die kaum gewarteten Auspuffvorrichtungen der meisten Autos zurück.

Es bleibt abzuwarten, ob das Verkehrsministerium seine TÜV-Kontrollen auch auf die Privatautos anwenden wird: „Es könnte einen Volksaufstand geben, wenn jedes zweite Auto zur Werkstatt geschickt werden sollte", kommentierte eine Athener Zeitung. Aber die Politiker scheinen fest entschlossen, mit ihren Plänen voranzugehen. Dazu Generalsekretär Roussopoulos: „Wir können es nicht länger zulassen, daß diese Autos das Leben von Fahrern, Insassen und Fußgängern gefährden."

(SAD)

Bald offener Schlagbaum nach Benelux?

ELFRUN JACOB, Den Haag

„Wenn es um ein Duell ginge und ich die Waffen wählen dürfte, dann würde ich sagen, wir wollen mal sehen, wer die liberalste Politik macht." Siegessicher kreuzte gestern die Haager Verkehrsministerin Nelie Smit den Degen mit Verkehrsminister Dollinger auf dem Grenzverkehrstag der deutsch-niederländischen Handelskammer im Haag.

Die beiden vereinbarten eine gemeinsame Eröffnung des letzten Teilstücks der E 8. Im Sommer '85 soll die Autobahn Hengelo–Oldensaal–Hoerstel–Osnabrück fertig sein. Im Sommer '86 die durchgehende Verbindung der linksrheinischen Autobahn, die heute bis Goch reicht, mit der Autobahn Nijmwegen–Rotterdam.

Am liebsten sähe die Haager Regierung gleichzeitig ihr Nahziel verwirklicht: „Einfach durchrollen" unter dem offenen Schlagbaum – wie es bereits in den Benelux-Staaten verwirklicht ist. Nur Sichtkontrolle, oft *nicht mal das*. Die holländischen Pragmatiker wollen kurzfristig die gegenseitige Anerkennung von Gesundheitsbescheinigungen für Pflanzen und Tiere regeln und die Kontingentierung überhaupt abbauen, das heißt alle Transportunternehmer mit beliebig vielen Fahrten für den grenzüberschreitenden Verkehr zulassen.

Frau Amit sieht das so: „Alle berechtigten Fuhrunternehmer können das durch Aufkleber auf der Windschutzscheibe angeben."

Eine Fahrt in den Orkus

Britische Forscher erkunden Höhle in Papua-Neuguinea

SIEGFRIED HELM, London

„Es gibt nicht mehr viele Orte auf unserem Planeten, wo noch kein Mensch gewesen ist. Höhlen gehören zu den letzten weißen Flecken." Mit diesen Worten charakterisierte Andy Eavis, Vorsitzender der Forschungsgruppe der Internationalen Höhlengesellschaft, das Projekt eines Teams britischer Höhlenforscher, einen unterirdischen Flußlauf auf der zu Papua Neu-Guinea gehörenden Tropeninsel Neu-Britannien zu erkunden, die bis zum Ersten Weltkrieg zum deutschen Besitz gehörte und den Namen Neu-Pommern trug.

Das britische Team, dem ein Stabsarzt und ein Geologe angehören, reist in Kürze zu der von Korallenriffen umsäumten halbmondförmigen Insel vulkanischen Ursprungs im Pazifik ab. Die Engländer wollen die ungeheuren Schwierigkeiten bezwingen, an denen eine französische Expedition 1980 scheiterte.

Vor fünf Jahren war bei der Auswertung von Luftaufnahmen ein Schlund von 30 Metern Durchmesser entdeckt worden, in dem der Fluß spurlos in der Tiefe verschwindet. Um dorthin zu gelangen, müssen sich Höhlenforscher an einem freihängenden Seil über 300 Meter in die Tiefe gleiten lassen, in der ewige Nacht herrscht. Mitglieder einer französischen Expedition, die hier 1980 scheiterte, berichteten, daß sie sich den rund 20 Meter breiten Fluß auf teilweise winzigen Felsvorsprüngen an beiden Ufern kriechend Meter um *Meter flußabwärts vorgetastet hätten.* Jetzt wollen die Briten dank überlegener Technologie in die Annalen der Erforscher unserer Erde eingehen.

Das Basislager soll auf dem Grund des Schachtes errichtet werden. Die Spezialausrüstung im Gesamtgewicht von fünfeinhalb Tonnen soll in diesen Schlund hinabgelassen werden, der vor Millionen von Jahren durch Erosion und Einbrüche entstand, wobei das Regenwasser durch Ritzen und Sprünge der kalkhaltigen Erdschichten drang.

Die Briten versprechen sich viel von ihren Enterhaken mit Raketenantrieb. Die wollen sie von Flußufer zu Flußufer schießen, um sich an den Seilen entlangzuhangeln. Zu der Ausrüstung gehören karbidazetylen- und batteriegespeiste Lampen. Sogar ein Generator zum Aufladen der Lampen ist dabei. Die britische Expedition hat sich das Ziel gesetzt, den unterirdischen Flußlauf bis zu dem Punkt zu erkunden, wo er in einem von tropischem Regenwald gesäumten Tal wieder ans Tageslicht tritt.

Die Expedition wird von der Königlichen Geographischen Gesellschaft, einer Reihe von Sponsorfirmen, aber auch aus Privatmitteln der Teilnehmer finanziert. Expeditionsleiter Dave Gill (42) aus Buxton in der Grafschaft Derbyshire ist von Beruf Elektriker. Er gilt als einer der angesehensten Höhlenforscher Englands, der in den Alpen, den Pyrenäen und in Mexiko unter Tage Erfahrungen sammeln konnte. (SAD)

Japans Regierung verordnet ihren Beamten Pralinen

AP, Tokio

Die japanische Regierung will dem von Unbekannten mit vergifteten Pralinen erpreßten Süßwarenhersteller Morinaga unter die Arme greifen. Sie rief die Mitarbeiter von rund 4000 Behörden gestern dazu auf, Morinaga durch den Kauf seiner Pralinen zu unterstützen. Die Süßwaren sollen direkt ab Fabrik an die Ämter geliefert werden.

Keine Weihnachtsbäume

rtr, Frankfurt

Die Bürger der nordhessischen Gemeinde Melsungen werden in diesem Jahr auf große Weihnachtsbäume im Stadtbild verzichten müssen. Der Bürgermeister erklärte gestern im Hessischen Rundfunk, angesichts des zunehmenden Waldsterbens habe der Magistrat diesen Beschluß gefaßt.

Verschleierte Türkinnen

AFP, Ankara

Achtzehn türkische Frauen, die in der traditionellen türkischen Verschleierung angetroffen wurden, sind in Gölcük bei Istanbul vorübergehend festgenommen worden. Gegen sie wurde Anklage wegen Verstoßes gegen die gesetzlich vorgeschriebene Kleiderordnung erhoben. Die Frauen hatten den Schador-ähnlichen Schleier am 61. Jahrestag der Republikgründung getragen.

Messe für Gentechnologie

dpa, Düsseldorf

Zum ersten Mal steht die Bio- und Gentechnologie im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz mit gleichzeitiger Fachmesse. Die „biotec 85", die Mitte Oktober kommenden Jahres in Düsseldorf eröffnet wird, will das Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis in diesem Forschungsbereich intensivieren.

Mit Vollgas davon

dpa, Frankfurt

Mit einem uralten Trick hat ein unbekannter Kaufinteressent den Besitzer eines Ferrari-Dino-Sportwagens um sein 100 000 Mark teures Luxusgefährt gebracht. An der Autobahn-Raststätte Pfungstadt bat der scheinbar Kaufwillige, sich selbst ans Steuer setzen zu dürfen, und bevor der Begleiter nach dem Fahrerwechsel um das Auto herumgehen konnte, gab der Fremde Gas und verschwand mit quietschenden Reifen.

Gaststätte angezündet

AP, Frankfurt

Bei einem Brandanschlag auf eine Gaststätte im Frankfurter Stadtteil Bornheim sind gestern der 38jährige Gastwirt und zwei weitere Personen schwer verletzt worden. Zwei Männer im Alter von 24 und 27 Jahren aus Bad Vilbel und Frankfurt wurden kurze Zeit später unter dringendem Tatverdacht festgenommen.

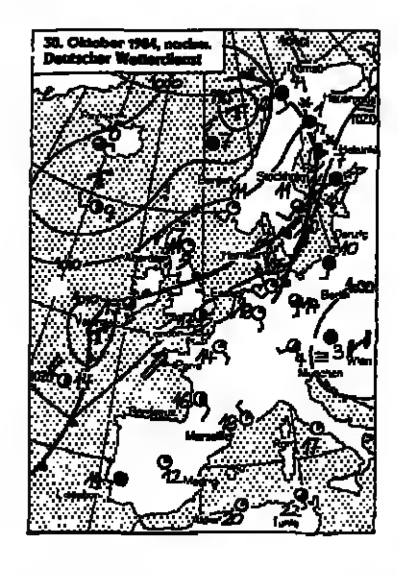
Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt des Spotlight-Verlag, Herrsching/Ammersee, bei.

ZU GUTER LETZT

„Als seinen Beitrag zum Weltspartag hat ein 27jähriger aus Wattenscheid gestern eine Sparkassenzweigstelle in Gelsenkirchen überfallen." Meldung der Deutschen Presse-Agentur.

WETTER: Wolkig und heiter

Wetterlage: Ein nahezu ortsfestes Hoch über dem Südosten Europas bestimmt im größten Teil Deutschlands das Wetter der nächsten Tage.



Vorhersage für Mittwoch:

Norden: Wolkig. In Schleswig-Holstein strichweise Sprühregen. Temperaturen um 15, nachts um 10 Grad.

Mitte: *Frühdunst, ansonsten* heiter und trocken. Temperaturen bis 18, nachts um 8 Grad.

Süddeutschland: Nebel bei Temperaturen um den Gefrierpunkt, oberhalb 800 m sonnig und mild mit Werten bis 15 Grad. Tiefstwerte nachts 4 bis 0 Grad.

Weitere Aussichten:

Andauer des freundlichen Herbstwetters.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	25°
Bonn	16°	Kopenh.	13°
Dresden	14°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	17°
Frankfurt	11°	Madrid	12°
Hamburg	16°	Mailand	15°
List/Sylt	13°	Mallorca	21°
München	4°	Moskau	2°
Stuttgart	10°	Nizza	19°
Algier	20°	Oslo	13°
Amsterdam	15°	Paris	14°
Athen	22°	Prag	5°
Barcelona	17°	Rom	17°
Brüssel	17°	Stockholm	11°
Budapest	5°	Tel Aviv	30°
Bukarest	14°	Tunis	22°
Helsinki	7°	Wien	3°
Istanbul	16°	Zürich	8°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.15 Uhr, Untergang: 16.56 Uhr; **Mondaufgang:** 15.04 Uhr, Untergang: 23.59 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still. Nebel. Sprühregen. Regen. Schneefall. Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel. Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Wie ein Soufflé zum Ärgernis wurde

WALTER H. RUEB, Neuenburg

Schweizer und Franzosen schmunzeln zur Zeit über eine alte Geschichte, deren Brisanz die Bürger der beiden Länder aber sicher noch einige Zeit in Atem halten wird.

Die ersten Schlagzeilen gab es 1983 nach dem Besuch des französischen Staatspräsidenten François Mitter*rand im* Nachbarland. Die Vorliebe des Publikums, nicht nur über den Austausch verbaler Liebenswürdigkeiten, sondern auch über den Genuß kulinarischer Köstlichkeiten zu lesen, hat man mit vielen Zeilen befriedigt: Melone mit Rohschinken gab es, sodann pochierte Forelle mit Sauce Mousseline und Salzkartoffeln, Schafskäse und zum Abschluß Soufflé de la Fée.

Kenner schnalzten bei der Lektüre mit der Zunge, Gesetzeskundige aber bleckten die Zähne: Das Soufflé de la Fée, ein Traum aus Eiern, Zucker und Schlagsahne, enthält nämlich Anis-Likör, ein in der Schweiz seit Jahrzehnten verbotenes Teufelszeug, das nach Meinung der Eidgenossen und ihrer größten Wochenzeitung „ein böses Getränk ist, das süchtig macht und nervenkrank und impotent dazu".

Polizei, Staatsanwalt und schließlich das Gericht nahmen sich des Falles an. Zwar forderte niemand die Todesstrafe für den smarten Pächter des Neuenburger Luxuslokals „Palais du Peyrou", doch dem Sünder einen Denkzettel zu verpassen, hielten Helvetias Medien, Politiker und Staatsschützer für angebracht.

Daniel *Aimone sah sich in* die Enge getrieben, wehrte sich und legte ein Geständnis ab: Er habe seiner Eierspeise in Wahrheit keinen Tropfen Absinth beigemengt. Damit kam er jedoch schlecht an: Kein Absinth im Soufflé – und dennoch wagte der Schurke auf der gedruckten Speisekarte von der Fee zu reden?

Der Polizeirichter verdonnerte den Pechvogel wegen Betrugs zu vier Tagen Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe. Aimone wehrte sich erneut, das Kassationsgericht befaßte sich mit der süßen Angelegenheit und hob das Urteil auf. Der phantasiereiche Gastronom aber ist noch nicht am Ende seiner Leiden angekommen. Jetzt bekommt er es mit der eidgenössischen Lebensmittelverordnung zu tun. Diese schreibt vor, Angaben auf Speisekarten peinlich genau zu formulieren, verbietet andererseits unklare oder gar irreführende Angaben. Der nächste Prozeß ist damit schon programmiert.

In der Pause zwischen zweitem und drittem Gerichts-Akt amüsiert sich das Publikum über weitere Enthüllungen des Neuenburger Gastronomen: Vor vier Jahren bedankte sich der Präsident der Neuenburger *Kantonsrichter* brieflich bei *Aimone* „für Küchentalent und perfekten Service". Ein Essen mit sechs Gängen war die Krönung einer Feierlichkeit der Kantonsrichter im Hause des schlagzeilenträchtigen Restaurants gewesen. Zwei Jahre später labte sich auch die Spitze der Schweizer Polizeikommandanten an der Tafel von Daniel Aimone. Beide Essen wurden beschlossen durch ein früher berühmtes, inzwischen verfemtes Dessert: Soufflé de la Fée.

Jetzt fragte Aimone in Paris schriftlich an, ob der Präsident sich betrogen vorkomme. Die Antwort läßt auf sich warten – auf der Speisekarte im „Palais du Peyrou" in Neuchâtel aber steht noch heute ein Soufflé. Von der „Fee" ist allerdings nicht mehr die Rede, nur vom „Soufflé selon ses désirs" – was soviel heißt wie „Eierspeise nach Ihren Wünschen".

„Spenderorgan für Säugling stand zur Verfügung"

Scharfe Kritik an der Transplantation eines Pavianherzen

SAD, Los Angeles

Ist das 14 Tage alte Mädchen Fae, das mit dem Herzen eines Pavians im Loma Linda Hospital in Kalifornien liegt, ein Versuchskaninchen für den Fortschritt der Medizin und den *Ruhm eines Mediziners?* Der Amerikaner Paul Terasaki, Chef einer Organ-Agentur in Kalifornien, ist davon überzeugt. Nach seiner Auffassung habe ein geeignetes Spenderherz für das 14 Tage alte Baby Fae rechtzeitig zur Verfügung gestanden. Doch es sei ausgeschlagen worden. Dem Baby Fae sollte unbedingt als erstem Menschen das Herz eines Pavians eingepflanzt werden.

Paul Terasaki, dessen Agentur darauf spezialisiert ist, im Bundesstaat *Kalifornien* laufend Informationen über die Verfügbarkeit von Organen für Transplantationen zu sammeln, zu speichern und verfügbar zu machen, sagte über das Ärzteteam am Loma Linda Hospital: „Ich bin der Ansicht, daß die sich erst gar nicht die Mühe gemacht haben, ein menschliches Herz zu beschaffen, weil sie darauf versessen waren, einen Pavian zu verwenden." Terasaki enthüllte, daß das Herz eines zwei Monate alten Mädchens, das am vorigen Donnerstag gestorben war, rechtzeitig zur Verfügung gestanden hatte.

Die kleine Fae erhielt bei der bahnbrechenden Operation am Freitag als erster Mensch ein Pavianherz. Terasaki betonte, man habe das Loma Linda Hospital rechtzeitig über die Verfügbarkeit des menschlichen Herzens in Kenntnis gesetzt.

Ein Sprecher des Krankenhauses bestätigte, daß nicht versucht worden sei, für das Baby Fae ein menschliches Herz zu beschaffen. Der Krankenhaussprecher erklärte zu der Arbeit des Leiters des Chirurgenteams, Dr. Leonard Bailey: „Dr. Baileys Forschung konzentriert sich ausschließlich auf Transplantationen über die Grenzen der Gattungen hinweg."

Der Säugling, dem das Herz des Affen am Freitag eingepflanzt worden ist, befand sich gestern auf dem Weg der Besserung. Wie die Klinik mitteilte, bestehe keine unmittelbare Lebensgefahr mehr.

Liegt Südafrikas Zukunft in den „Grauzonen" der Städte?

Von MONIKA GERMANI

Der Ausspruch eines Johannesburger Geschäftsmannes, „Die Afrikaner versuchen das Rätsel zu lösen, wie man die Macht teilt – die Kontrolle aber nicht verliert", beschreibt sehr gut den politischen Entwicklungsprozeß, in dem sich Südafrika seit der Volksabstimmung vom November letzten Jahres befindet.

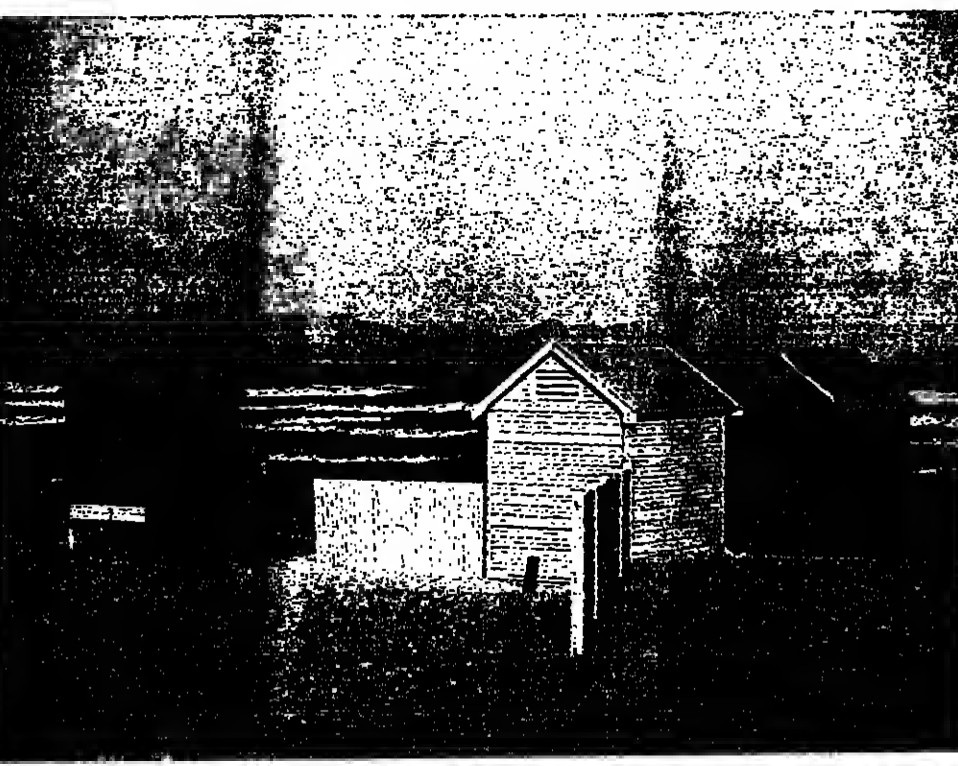
Die Mehrheit der Weißen hatte sich für die vom damaligen Premierminister Pieter Willem Botha – in einem leidenschaftlich geführten Wahlkampf – gewünschte Abschaffung der Westminister-Verfassung ausgesprochen. Der Beschluß war bereits vorher im Parlament, in dem die Nationale Partei über eine überwältigende Stimmenmehrheit verfügt, abgestimmt worden.

War die Einführung der Reformverfassung mit Errichtung einer exekutiven Präsidentschaft anfänglich für den Beginn des nächsten Jahres vorgesehen, so wurde das Datum, kurz vor der Europareise der beiden Bothas, auf den September 1984 vorverlegt. Das ursprünglich vorgesehene Referendum für die Kapfarbigen und Inder wurde zugunsten von Wahlen fallengelassen. Die Wahlbeteiligung, die rund 30 Prozent bei den Farbigen, 20 Prozent bei den Indern betrug, brachte den Führer der farbigen Arbeiterpartei, Pastor Allan Hendrickse, und einen indischen Geschäftsmann an die Spitze des jeweiligen Kabinetts und sicherte ihnen erstmalig einen Ministerposten im gemeinsamen, überwiegend weißen Kabinett.

Sechs Wochen nach der Wahl und Einführung Pieter Willem Bothas zum neuen Staatspräsidenten mutet die Stimmung innerhalb der Regierung und in den Ministerien geradezu euphorisch an. In Gesprächen mit Beratern des Verfassunggebenden Ministeriums weisen diese auf den progressiven Charakter des neuen Systems hin. Man scheint überwältigt von der guten Zusammenarbeit auf dieser Ebene zwischen den Vertretern der drei Volksgruppen.

Bestanden noch 1979 zwischen Botha und Hendrickse schier unüberbrückbare Differenzen, so daß damals jede Aussicht auf eine Zusammenarbeit unmöglich erschien, führt heute die Verantwortung der neugewählten Repräsentanten im indischen und farbigen Parlament für die Interessen ihrer Wähler dazu, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Auch Hendrickse betont immer wieder, so wie die Vertreter der Nationalen Partei, man habe nicht nur ein Ziel erreicht, sondern auch den Beginn eines neuen Weges angetreten.

Gleichzeitig weist Hendrickse darauf hin, an der erfolgreichen Durchführung der Reformen hänge das politische Überleben der Regierung Botha. Der neue Staatspräsident erinnert sich in seiner kürzlich veröffentlichten Biographie an das gute Vertrauensverhältnis zu den Kapfarbigen aus der Zeit des Burenkrieges, als seine Familie von einem Farbigen vor den britischen Soldaten versteckt gehalten worden war.



Winter in der Kap-Provinz, auf dem Table Mountain blühen die Protea, in der False Bay tummeln sich Surfer und Wellenreiter, die Strandhäuser sind leer. Ohne Schutzanzug ist es im Wasser des Indischen Ozeans zu kalt. FOTO:HHH

Die erwartete Aufhebung der Gesetze gegen Liebe und Ehe zwischen Weißen und Andersfarbigen ist nur noch eine Frage der Zeit. Der Minister für Verfassungsangelegenheiten, Chris Heunis, erklärte in einem Gespräch mit der WELT, ein Untersuchungsausschuß berate bereits darüber. Die Trennung verschiedener Wohngebiete bleibe bestehen, doch könnten gemischte Paare in der Gegend wohnen, in der sie von der Gemeinschaft akzeptiert werden. Die Schaffung sogenannter „Grauzonen", in denen die drei Bevölkerungsgruppen gemeinsam leben, ist zu erwarten. Demgegenüber lehnt Heunis die von der Progressiven Partei, Farbigen und Indern angestrebte Aufhebung des sogenannten „Politischen Einmischungsaktes" kategorisch ab. Das Bestreben der Progressiven zielt darauf hin, andersfarbige Mitglieder in ihre Partei aufzunehmen, ebenso wie die Arbeiterpartei eine Nominierung indischer Kandidaten bei den Wahlen im August angestrebt hatte.

Befragt, ob er die Möglichkeit eines Zusammenschlusses der 85 farbigen, 45 indischen und 27 progressiven Abgeordneten sehe, die, obwohl in verschiedenen Häusern, gemeinsam abstimmen wollten, meinte Heunis, in der Verfassung sei diesem Bestreben ein Riegel vorgeschoben worden.

Demgegenüber erfährt die WELT, daß es durchaus die Absicht dieser Gruppe ist, wiederholt gemeinsame Abstimmungen durchzuführen, um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen und mit der daraus gewonnenen Publizität das neue System ad absurdum zu führen.

Die seit den Augustwahlen anhaltenden Unruhen in den schwarzen Siedlungsgebieten richten sich gegen die ihrer Meinung nach benachteiligten Schwarzen, die von dieser Reform ausgeschlossen blieben.

Die Regierung Botha hat keine Zweifel daran gelassen, das wird von Heunis betont, daß sie zwar auf eine Lösung der Probleme der rund 5 Millionen Schwarzen, die außerhalb der unabhängigen Staaten Transkei, Ciskei, Bophuthatswana und Venda oder in den noch nicht unabhängigen Heimatländer leben, hinarbeite. Abgelehnt wird jedoch weiterhin ein universelles Stimmrecht innerhalb der neuen Verfassung. Wohl ein Mann – eine Stimme, doch nur unter den einzelnen schwarzen Völkern. In seiner Antrittsrede betonte der Staatspräsident auch die „Einheit in Vielfalt" Südafrikas.

Die offizielle Anerkennung der Reformen Bothas durch mit Südafrika befreundeten Staaten, wie die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik, sind der Regierung bisher verwehrt geblieben. Höflich-distanziertes Wohlwollen, wie es die Europa-Reise zeigte, war das Äußerste.

Prof. Karl Noffke, Direktor des Institutes für amerikanische Studien an der Rand Universität in Johannesburg, einer der besten Kenner südafrikanisch-amerikanischer Beziehungen im Wechsel der vergangenen Jahre, analysierte die Forderungen, die sich gegen die 350 US-Firmen, die 3,8 Milliarden Dollar in Südafrika investiert haben, richten. Das Ziel dieser Bemühungen sei die totale Isolierung des Landes, da die südafrikanische Wirtschaft äußerst empfindlich auf Druck aus dem Ausland reagiere.

Unter dem Vorwand, Apartheid sei nicht akzeptabel und dürfe keine finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten, versuchen die verschiedenen Organisationen, wie der US-Kirchenrat, die Volksfront zur Befreiung des südlichen Afrika, die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, ebenso wie Kirchengruppen und Gewerkschaften, die rund 6000 Firmen mit Südafrika-Verbindungen von weiteren Investitionen abzuhalten.

In einem unveröffentlichten Zusatz, so Noffke, des Parteiprogramms der Demokraten im Juli würden die strikte Einhaltung des Waffenembargos, das Verbot aller neuen Bankanleihen für die südafrikanische Regierung, Verbot von Computer-Verkäufen und von Nuklear-Technologie, der Verkauf von Krügerrand in den USA und die Entziehung der Landerechte für die südafrikanische Fluggesellschaft SAA, gefordert. Die von der Reagan-Regierung gemilderten Exportkontrollen aus der Carter-Ära sollen im verstärkten Maße wieder eingeführt werden.

Südafrikas Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu unterstützt die Boykottforderungen seit Jahren, obwohl sie vor allem die schwarze Bevölkerung, die am meisten unter der Arbeitslosigkeit leidet, betreffen würde. Der lebensfrohe Bischof ist ein energischer Gegner der Apartheid, tritt für die Ziele des kommunistischen ANC ein, distanziert sich jedoch von deren Methoden der Gewalt und des Terrors. Die Preisverleihung wird seinen Worten nicht nur bei seinen zahlreichen Freunden in den USA, sondern auch in der ganzen Welt neues Gewicht verleihen.

Besondere Bedeutung unter den derzeit rezessiven Wirtschaftsverhältnissen muß den Ausgaben der Regierung für die neue Verfassung beigemessen werden. Der Finanzsprecher der offiziellen Opposition im weißen Parlament, der progressive Harry Schwarz, wies in einem Gespräch mit der WELT darauf hin, daß die sichtbaren Ausgaben, wie der Aufbau eines völlig neuen Beamtenapparates für die neue Verwaltung und das Parlament, nur den geringen Teil der zu erwartenden Ausgaben ausmache. Wesentlich höher seien die erwarteten Forderungen der neugewählten Parlamentarier für den Abbau der Diskriminierung bei den Sozialausgaben.

Derzeit sind die Pensionen für Weiße, Farbige, Inder und vor allem der Schwarzen unterschiedlich. Kapfarbige und Inder werden nicht nur den Angleich der Zahlungen in ihren Bevölkerungsgruppen fordern, sondern dies auch für die Schwarzen.

Somit erhebt sich die Frage, so Schwarz, wie schnell die Regierung auf diese Forderungen eingehen werde und ob sich das Land diese Ausgaben überhaupt leisten könne, angesichts der anhaltenden Rezession. Auch auf dem Ausbildungssektor habe sich eine ähnliche Situation entwickelt.

Im Transvaal werde die Schulgeldfreiheit für Weiße bereits ab 1986 aufgehoben. Die neue Verfassung bedeute vor allem den Abbau der Benachteiligungen auf dem Sozialsektor. Hinzu komme ein stetes Anwachsen der Bevölkerung, besonders die Schwarzen hätten die höchste Geburtenrate in Afrika, wogegen ein Absinken der Kurve bei Weißen und Kapfarbigen zu beobachten sei. Im sozialen Wohnbaubereich würden bereits Farbige und Inder nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch die der Schwarzen vertreten. Auf diesem Gebiet der erhöhten Sozialausgaben liegen für Schwarz die wirklichen Kosten. Das geschehe zu einer Zeit, wo die Ansprüche wohl am größten seien, während die Wirtschaftslage Südafrikas am schwächsten sei.

Betroffen durch Untertöne des Spotts

Von NEIL. P. VAN HEERDEN

Mit ihrer Berichterstattung über Ereignisse in Südafrika während der letzten Wochen haben die Medien ein Bild gezeichnet, das – so fürchte ich – die Sachlage nicht sehr genau widerspiegelt. Aus der Bildberichterstattung – sowohl im Fernsehen als auch in der Presse – von den jüngsten Unruhen in von Schwarzen bewohnten Städten könnte der arglose Betrachter leicht den Eindruck gewonnen haben, daß das ganze Südafrika in Tumulten versank. Die Unruhen waren in Wirklichkeit hauptsächlich auf abgegrenzte Gebiete in Transvaal beschränkt, und – noch wichtiger – nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung beteiligte sich daran.

Bei vielen der Berichte über die Ereignisse in Südafrika war ich betroffen von einer bequemen (vielleicht absichtlichen?) Verknüpfung nicht miteinander in Beziehung stehender Ereignisse, um eine besondere These zu erhärten. Tatsache ist, daß es reiner – wenn auch ein bedauerlicher – Zufall war, daß die Mieten in den von Schwarzen bewohnten Städten Sharpeville, Lekoa, Evaton, Sebokeng, Boipatong und Tembisa gerade zu dem Zeitpunkt von den schwarzen Kommunalbehörden (nicht von der südafrikanischen Regierung) im Rahmen der ganz normalen Haushaltsanforderungen dieser autonomen Gemeinschaften erhöht wurden. (Die Erhöhung betrug übrigens 11,00 DM pro Monat per Haushalt.)

Dem Streik der schwarzen Bergarbeiter waren monatelange Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Bergbaukammer vorausgegangen, in deren Verlauf alle zu diesem Zweck bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Der Streik dauerte genau einen Tag, ehe eine Einigung zwischen der Gewerkschaft und dem Management erzielt wurde. Ebenso hatten die Gewalttätigkeiten im Goldbergwerk Western Area und Unruhen in anderen Bergwerken nichts mit der Boykottkampagne zu tun.

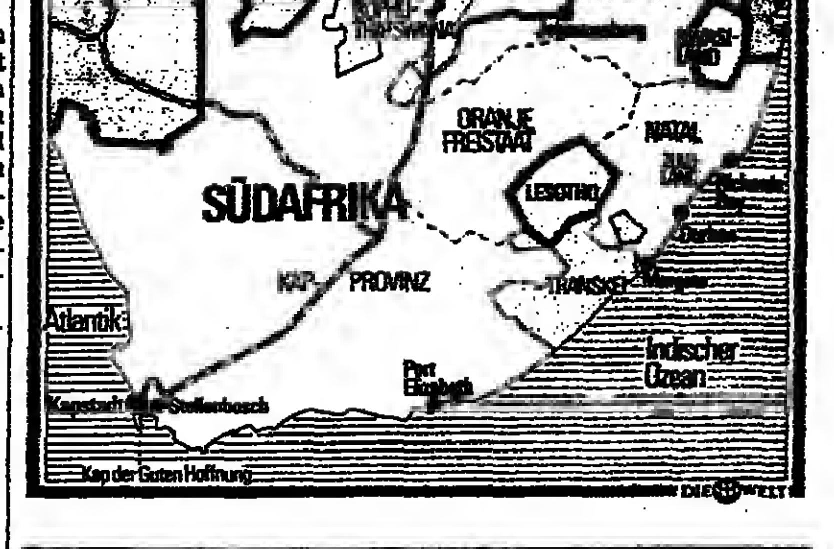
Ich meine, daß diese Aspekte, über welche die deutsche Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert ist, ein anderes Licht auf die jüngsten Ereignisse in Südafrika werfen und uns an die große Verantwortung erinnern, die eine kleine Gruppe von Korrespondenten in Südafrika trägt, auf die sich die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland bei der täglichen Information verläßt.

Ich habe den Eindruck, daß die englischsprachige Presse, die zumeist in Opposition zur Regierungspolitik steht, den Auslandskorrespondenten als *Hauptquelle für Informationen* dient. Das Ergebnis ist häufig eine starke Betonung – wie ich es ausdrücken möchte – oppositioneller Standpunkte.

Eine Schlußfolgerung kann man übrigens daraus ziehen: Die Presse in Südafrika ist frei.

Ich bin manchmal auch betroffen von einem Unterton des Spotts, mit dem einige deutsche Journalisten über die Ereignisse in Südafrika zu berichten neigen. Ich meine, es wird der *Wahrheit dienlicher sein*, wenn persönliche Vorurteile beiseite geschoben werden und wenn auch jene Motive, die einer Regierungsentscheidung zugrunde liegen, in die Berichterstattung einbezogen werden.

N. P. van Herden ist der Botschafter Südafrikas in Bonn



TOURISMUS / Gesunde Entwicklung

Preise und Parks locken

Einen Zuwachs des Touristenstromes nach Südafrika verzeichnet die Statistik der ersten Monate 1984. Der Promotion-Direktor des Südafrikanischen Tourismusboards (Satour), Günther Dettweiler, sieht darin einen dauerhaften Trend: „Wir sehen eine gesunde Entwicklung für die kommenden Jahre von rund 10 Prozent Steigerung, basierend auf *dem niedrigen Randkurs sowie auch* darauf, daß sich die Preise in Südafrika im Tourismus stabilisieren und kaum Steigerungen für 1985 zu erwarten sind. Auch haben wir unsere Marketing-Investitionen in vielen Ländern, u. a. der Bundesrepublik Deutschland, erhöht, und das Produkt Südafrika genießt einen guten Namen.

WELT: Wie hat es sich ausgewirkt, daß der Hotel-Board Satour zugeordnet wurde, und welches sind die Zielvorstellungen für die Zukunft?

Dettweiler: Die ehemalige Satour, das Hotel-Board und das Ministerium für Tourismus sind nunmehr im neuen Tourism Board integriert, das heißt, die Förderung des ausländischen Tourismus ist nunmehr in einer Hand, und dadurch können Reiseprodukte kreiert werden, die man im Inland, aber auch im Ausland absetzen kann. Dies ergibt eine bessere Auslastung, und man schafft eine sogenannte Push-and-Pull-Aktion.

Dadurch daß das Hotel-Board – diese Abteilung heißt nunmehr Standards Control – unter demselben Dach ist, betreiben wir Tourismus-Förderung, aber auch Qualitätskontrolle, nicht nur im Hotelbereich. Wir testen und registrieren Reiseleiter. Weitere Ziele sind, daß wir Qualitätskontrollen auch in anderen touristischen Bereichen unternehmen werden.

WELT: Auffallend ist die Zunahme der Touristenreisen aus Deutschland. Welches sind der Deutschen liebste Ziele?

Dettweiler: Besucher aus der Bundesrepublik bleiben im Schnitt 21 Tage und sind die aktivsten Reisenden innerhalb Südafrikas. Die klassische Reise führt nach SWA/Namibia, Etoscha Pfanne, Johannesburg, Pretoria, Krüger Nationalpark, Durban, Garten-Route und Kapstadt.

WELT: Südafrika gewinnt als Standort für Tagungen und Kongresse an Bedeutung. Sieht Satour in Kongreß-Reisen und Anschlußprogrammen ein Betätigungsfeld, und welches sind die Pläne?

Dettweiler: Innerhalb des neuen Boards ist eine Kongreßabteilung gegründet worden, deren Aufgabe es ist, internationale Kongresse für Südafrika zu gewinnen. Dies ist ein Potential, welches man vergrößern kann, zumal Kongreß-Touristen im Schnitt 14 Tage bleiben und dies auch ein enormes Wiederholer-Potential beinhaltet. Wir helfen den verschiedenen südafrikanischen Organisationen bei ihren Angeboten im Ausland, begleiten sie auch, um so Kongresse für Südafrika zu gewinnen.

AUF EINEN BLICK

TIPS FÜR REISENDE

VERBINDUNGEN

Größer als Deutschland, Frankreich und Portugal zusammengenommen, ist Südafrika ein Kontinent für sich. Es ist über die South-African-Airways international und innersüdafrikanisch durch die SAA und weitere regionale Fluglinien wie Commercial-Airways, Letawa-Airways, Magnum-Airways, Margate-Airlines gut erschlossen.

Hinzu kommt ein ausgedehntes Schienennetz, das von den South-African-Transport-Services betrieben wird, die sämtliche Fernzüge mit Schlafwagen ausgestattet hat, deren Benutzung in den Preisen eingeschlossen ist.

Busreisende können mit Hilfe von SARtravel das Land bereisen.

Die SAA hat mit Budget ein Abkommen über günstige Autovermietung für ihre Passagiere abgeschlossen. Über die Autoverleihfirmen wacht im übrigen die South-African-Vehicle-Rental-Association.

Beliebt sind Leih-Caravans, -Campingwagen und -Campmobile, die von einer Reihe von Firmen angeboten werden und denen über 650 Plätze zur Verfügung stehen.

TOUREN

Die SAA bietet vom 9. bis zum 25. November aufgrund ihres 50. Jubiläums eine Diamant-, eine Gold- und eine Silver-Tour nach Südafrika an; neben ihren allgemeinen Programmen. Touren bieten sich an in die südafrikanische Vergangenheit etwa nach Stellenbosch in der Kap-Provinz, nach Kapstadt oder nach Transvaal. Ins Diamantenloch blickt man bei Kimberley, den Goldrausch empfindet man im goldenen Bogen vom Oranje-Freistaat bis zum östlichen Witwatersrand. Frühgeschichtliches findet man im Drakensberg. Naturfreunde werden sich für die Panorama-Route, die Garten-, die Küsten-Route von Natal und die Kap-Provinz interessieren. Für Weinfreunde gibt es gleich drei Routen, die Stellenbosch-Weinstraße, den Paal-Weinway, und die Breede-River-Valley-Route.

WICHTIGE ANSCHRIFTEN IN SÜDAFRIKA

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 180 Black Wood-Street, Pretoria, 0083

Deutsch-Südafrikanische-Kammer für Handel und Industrie, 2006 Aucklandpark / Johannesburg

German National Tourist-Office 87, Rissik-Street, 2000 Johannesburg

National Tourist-Bureau Suite, 4611, Carlton-Center, 2000 Johannesburg (auch in Kapstadt, Pretoria und anderen Städten)

Luxavia 87 Rissik-Street, 2000 Johannesburg (auch in Kapstadt, Durban, Pretoria und Port Elisabeth)

IN DER BUNDESREPUBLIK

Botschaft der Republik Südafrika, Auf der Hostert 3, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/35 10 91

Satour: An der Hauptwache 11, 6000 Frankfurt/Main, Tel.: 069/2 06 56

South-African-Airways: Bleichstr. 60, 6000 Frankfurt/Main, Tel.: 069/1 36 92 10 (auch in Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart und München)

Luxavia: Große Bockenheimer Str. 21, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel.: 069/28 58 32/33 (auch in Düsseldorf und München)

SARtravel: Butzbaeckerstr. 48, 6000 Frankfurt 60

Southern Sun Hotels: Brentanostr. 17, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/72 28 57

BERGWERKE / Der freien Wirtschaft verpflichtet

Gewinnstreben und soziale Verantwortung

Die Bedeutung der Bergwerksindustrie für den sozialen Fortschritt in Südafrika ist lebenswichtig. Daraus ergeben sich gerade im Kontext der gegenwärtigen Situation weitreichende Verpflichtungen. Darüber gab John Imrie, Information Manager der Chamber of Mines, der WELT Auskunft.

Imrie: Die südafrikanische Bergwerksindustrie, wie sie heute existiert, und die letztes Jahr Mineralien im Wert von 13 Milliarden US-Dollar auf die Weltmärkte exportierte, wurde von Unternehmern aufgebaut, die nach Gewinn strebten, und die Bergwerksindustrie bleibt den Prinzipien der freien Wirtschaft verpflichtet. Wir sind der Überzeugung, daß ein freies Wirtschaftssystem das beste ist, ja der einzige Weg ist, das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen nicht nur der Angestellten der Bergwerksindustrie, sondern aller Bürger in Südafrika zu fördern.

Das Streben nach Gewinn bedeutet gleichwohl nicht, daß eine soziale Verantwortung verneint würde, im Gegenteil. Der sozio-wirtschaftliche Fortschritt der Bürger aller Rassen ist wichtig für die andauernde politische Stabilität der Region, und das ist demzufolge das kurz- und langfristige Ziel unserer Industrie.

WELT: Sind Sie der Ansicht, daß soziale Beschränkungen durch politische Prinzipien errichtet worden sind?

Imrie: Die Bergwerksindustrie ist lebenswichtig für Südafrika. Sie ist eine große Quelle staatlicher Einkünfte und ausländischer Devisen.

Während diese Ebene unserer wirtschaftlichen Tätigkeit uns einigen Einfluß einräumt, ist es uns nicht erlaubt, der Regierung irgend etwas zu diktieren, und doch hatten unsere Aktionen eine positive Wirkung.

Ich glaube, daß das Bekenntnis der Industrie zur freien Wirtschaft wesentlich zum politischen Bewußtsein beigetragen hat, daß sozio-wirtschaftliche Entwicklungen nicht gewährleistet werden können in einem Kontext von rigiden und überholten Gesetzen.

Wir sind mit Kraft bei vielen Gelegenheiten gegen Beschränkungen im Arbeitsbereich und gegen Diskriminierung aufgetreten. Wir verfolgen eine Politik gleicher Chancen mit Nachdruck. Das Ergebnis dieser Politik ist für uns alle deutlich zu sehen. Die Löhne ungeschulter Arbeiter sind im vergangenen Jahr innerhalb der Industrie um reale 300 Prozent gestiegen. Die letzten Reste von Berufsbeschränkungen verschwinden in schnellem Tempo. Ausbildung und Berufsfortbildungsprogramme haben Priorität, und die Bergwerksindustrie verfolgt eine Politik, nach der Angestellte aller Rassen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen sollen.

Die gegenwärtige Politik gegenüber den Wanderarbeitern in der Bergwerksindustrie ist Gegenstand uninformierter Kritik gewesen. Wanderarbeit entsteht durch wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen Ländern und Regionen, und sie existiert in allen Kontinenten.

Wanderarbeitssysteme haben gut bekannte, hinreichend dokumentierte Nachteile. Diese Systeme können aber zweifellos auch Vorteile haben.

Dies trifft besonders in der Bergwerksindustrie in vielen Gegenden der Welt zu, wo Gruben mit einer beschränkten wirtschaftlichen Lebensdauer in isolierten, abgelegenen Regionen eingerichtet werden, wo es keine menschliche Niederlassung gibt.

Auch die Behörden in den Nachbarstaaten begrüßen die Bezüge der Wanderarbeiter. Letztes Jahr waren es mehr als 200 Millionen Dollar, welche die Erträge dieser Länder in fremden Devisen nach oben brachten. Ein weiterer Vorteil ist, daß die Arbeiter, wenn sie heimkehren, neue Fähigkeiten mitbringen, die sie in den Minen gelernt haben, Fähigkeiten, die der örtlichen Entwicklung zugute kommen können.

So hat das Wanderarbeitssystem eindeutige Vorteile. Und doch ist dieses gegenwärtige System nicht ideal, denn die Industrie würde es vorziehen, eine konstantere Arbeitnehmerschaft zu haben.

INTERVIEW MIT DEM STV. AUSSENMINISTER NEL / Demokratie breitet sich aus

Wunsch nach mehr Frieden und Kooperation in Afrika

Die Wahlen der Inder und der Farbigen in Südafrika wurden von Skeptikern im Westen als Versuch gewertet, die Basis der Weißen im Lande zu vergrößern, ohne der größten Gruppe des Landes, den Schwarzen, die langgeforderten Mitspracherechte einzuräumen. Und die niedrige Wahlbeteiligung könnte zeigen, daß dieser Versuch keinen Erfolg hatte. H.-H. Holzamer fragte Louis Nel, ob er gleichwohl positive Effekte in den Beziehungen Südafrikas mit dem Westen sieht.

Nel: Es ist klar, daß in Südafrika ein Prozeß sich ausbreitender Demokratie vonstatten geht. Inder und Farbige hatten nie zuvor in der Zentralregierung dieses Landes mitzureden, und sie können nun ihre eigenen Abgeordneten ins Parlament wählen. Abgesehen davon, daß vier Minister sich direkt mit den eigenen Angelegenheiten der Farbigen und der indischen Bevölkerung befassen werden, haben wir auch einen Farbigen, Rev. Allan Hendrickse, und einen Inder, A. Rajbansi, als Mitglieder des südafrikanischen Kabinetts. Das bedeutet, daß die Farbigen und die indische Bevölkerung nun direkt in der Regierung Südafrikas vertreten sind.

Eine Zahl westlicher Länder hat die Verabschiedung der neuen Verfassung begrüßt. In welchem Ausmaß die eingefahrenen Vorurteile verschiedener Länder gegen Südafrika es ihnen erlauben wird, die Bedeutung des neuen Entwicklungsprozesses zu erkennen und anzuerkennen, bleibt abzuwarten.

WELT: Wird nach dem Besuch von Präsident Botha ein Wechsel in der Außenpolitik Südafrikas stattfinden?

Nel: Ziel dieser Reise, als P. W. Botha noch Premier-Minister war, war nicht, die Zustimmung europäischer Regierungen oder ihrer Führer für die südafrikanische Politik zu gewinnen.

Der Sinn war vielmehr, die europäischen Regierungschefs über die Entwicklung in Südafrika und im südlichen Afrika zu informieren.

Südafrika definiert seine Politik nicht, um irgendeinem anderen Land in der Welt zu gefallen. Südafrikas Innenpolitik wird vielmehr aufgrund der dort bestehenden einzigartigen Situation geführt in Entsprechung mit den Notwendigkeiten und Bedürfnissen, die wir selbst ausgemacht haben. Wir werden es nicht zulassen, daß uns Außenstehende diktieren, wie wir unsere eigenen Angelegenheiten zu regeln haben.

WELT: Was die politische Zusammenarbeit im südlichen Afrika angeht, gab es in den letzten Monaten Fortschritte. Plant Ihre Regierung konkrete Schritte, um die politische Stabilität in dieser Region zu erhöhen?

Nel: Es ist immer unser glühender Wunsch gewesen, daß Südafrika in Frieden und in einem Zustand gegenseitiger Kooperation mit den Nachbarländern leben könnte.

Denn wir sind uns bewußt, daß unsere Zukunft, unser Wohlergehen und unsere Entwicklung unauflösbar verknüpft sind mit anderen Ländern im südlichen Afrika.

Es ist ebenso wahr, daß politische Stabilität praktisch unmöglich ist ohne Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung. Unsere Einstellung zur Kooperation im gegenseitigen Interesse mit unseren Nachbarn wurde immer unterstrichen durch gemeinsame Vorhaben über unsere Grenzen hinweg.

Aber wirtschaftliche Stabilität wird bedroht und wirtschaftliche Entwicklung ist unmöglich in einer Umgebung, in der Sicherheit nicht garantiert werden kann.

Angesichts dieser Notwendigkeiten hat Südafrika eine Politik der Zusammenarbeit in die Wege geleitet auch mit Nachbarländern im Bereich der Sicherheit. Diese erreicht einen Höhepunkt beispielsweise in den Sicherheitsvereinbarungen mit Moçambique und Swasiland. Die Kommission, die infolge der Prätoria-Deklaration vom 3. Oktober 1984 etabliert wurde, umfaßt Delegationen der Regierung aus Moçambique, Renamo und Südafrika und ist ein weiterer Beweis des südafrikanischen Wunsches, eine konstruktive Rolle beim Versuch zu übernehmen, Frieden und Sicherheit auf dem Subkontinent zu erreichen.

WELT: Sind Sie der Meinung, daß eben erwähnte Kontakte zu verschiedenen schwarzafrikanischen Staaten auch geeignet sind, eine Lösung für Namibia zu finden?

Nel: Die Lösung der Südwestafrika/Namibia-Frage hängt nicht ausschließlich von Südafrika ab, im Gegenteil, die Einstellung Südafrikas zu Südwestafrika ist eindeutig. Das Volk von Südwestafrika/Namibia hat über seine Zukunft selbst zu entscheiden. Die Feststellung ist richtig, daß der Kontakt mit verschiedenen schwarzafrikanischen Staaten, den wir schon über einen langen Zeitraum hin hatten, und den wir in den letzten Monaten verstärkt haben, sehr wohl geeignet ist, eine Lösung für die Südwestafrika/Namibia-Frage zu beschleunigen.

WELT: Der starke wirtschaftliche Niedergang in einigen Nachbarstaaten führte zu einer massenhaften Einwanderung nach Südafrika und zu Problemen für den Arbeitsmarkt ihres Landes. Welche Maßnahmen wird Ihre Regierung ergreifen?

Nel: Wir haben mit unseren Nachbarn weiche Grenzen, es ist für Südafrika sehr schwierig, den Zustrom von Leuten zu verhindern, die hierher kommen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Südafrika wird seinen Beitrag leisten, die wirtschaftliche Entwicklung in den Nachbarstaaten anzuregen.

WELT: Es scheint einen generellen Mangel zu geben, die Politik Ihrer Regierung zu verstehen.

Nel: Der Westen versteht nicht die Komplexität der südafrikanischen Situation. Ich halte es für äußerst wichtig, daß die gesamte Welt versteht, daß die südafrikanische Gesellschaft heterogener ist als jede andere Gesellschaft in der Welt heute, daß weite Elemente der Ersten und der Dritten Welt die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ausmachen.

Die Welt muß erkennen, daß wir alle zusammen daran arbeiten, Frieden im südlichen Afrika zu sichern.

FANAKALO / Die Sprache aus der Erde

Aus dem „Mach das so“ wurde eine Sprache

Die Vielfalt der Bewohner des südlichen Afrika mit seinen verschiedenen Rassen, Völkern und Sprachen zeigt sich in verkleinertem Maße, gleichsam einem Konvexspiegel, in den verschiedensten Menschengruppen, die in den Goldminen Südafrikas arbeiten.

Die Minen sind seit der Entdekkung des Goldes vor über hundert Jahren im heutigen Transvaal und Oranje-Freistaat Anziehungspunkt für schwarze und weiße Arbeiter, nicht nur aus den mittelbaren und unmittelbaren Nachbarländern wie Moçambique, Botswana, Lesotho, Swasiland und Malawi, sondern auch für die Einwanderer aus dem übervölkerten Europa.

Sie bilden ein geradezu babylonisches Sprachengewirr, und das hat zur Entwicklung einer eigenen Sprache, einer Art Minen-Esperanto, dem Fanakalo, geführt.

Auf der Randfontein Estate Goldmine, einer ehemaligen Farm, die ebenso wie Johannesburg 1986 100 Jahre wird, arbeiten 18 000 Schwarze und 2500 Weiße. Minendirektor Wally van der Meulen legt besonderen Wert darauf, daß sich alle Mitarbeiter untereinander verständigen können, gleich welcher Hautfarbe. Die Tatsache, daß Randfontein von den Minenstreiks Mitte September verschont geblieben war, führt er auf den Umstand zurück, daß er als Umgangssprache sowohl der Schwarzen untereinander als auch für schwarze und weiße Angestellte zumindest die Grundkenntnisse von Fanakalo zur Pflicht gemacht hat. „Wenn wir miteinander arbeiten, müssen wir uns auch verständigen können“, sagt van der Meulen.

So unterrichtet heute der 33jährige Andreas Meje aus Soweto, dessen Eltern 1946 aus Thaba'nchu im Oranje-Freistaat nahe der Lesotho-Grenze in die schwarze Stadt bei Johannesburg kamen, seine Kollegen in Fanakalo. Dies bedeutet wörtlich „Mach das so“ und deutet damit bereits an, daß sich die Sprache aus der Befehlsform herleitet, sich im Laufe der Jahre aber zu einer Umgangssprache entwickelte. Sie existiert nur im Präsens und im Perfekt und bestand anfänglich nur aus Verben wie geh („hamba“), hol („landa“), bring („fikisa“). Die meisten Worte kommen aus den verschiedenen Eingeborenensprachen, hauptsächlich Zulu. In Natal, auf den Zukkerrohrfeldern, auf denen die Zulus, mehr aber noch die indischen Kontraktarbeiter arbeiteten, nahm die Sprache ihren Ursprung. Die meisten Ausdrücke kommen von den Nguni- (Zulu, Swazi, Xhosa) und den Sotho-sprechenden Völkern (den Basuto in Lesotho, Nord-Sotho aus Lebowa, West-Sotho von Bophutatswana und Botswana).

Somit ist es für Schwarze wesentlich einfacher, Fanakalo zu lernen, als für Weiße. Die Worte mit hauptsächlich englischem Ursprung sind jedoch gerade in den technischen Bereichen dieser Gruppe am häufigsten, wie die Übersetzungen für Motor, im Englischen „engine“, in Fanakalo „enji“, Wagen „wegen“ und (Schraubenschlüssel) Spanner „spanel“ zeigen. In seiner Unkompliziertheit ist es eine Art Minen-Pidgin geworden. Dabei kommt es manchmal zu komischen Ausdrücken: Das englische „thin“ (dünn) und „small“, wird zum „pikinin“, das sich sichtlich vom portugiesischen „pequeno“ (klein) herleitet. Die „pikinin“ sind jedoch im ganzen südlichen Afrika die Kinder der schwarzen Farmarbeiter. Das Wort für Dieb ist „skelm“, die afrikaanse Bezeichnung, dem deutschen Schelm verwandt. Ein Diamantbohrer wird zum „dayiman maslin“ (Diamant-Maschine), aus „Paß auf“ wird wie in Afrikaans „pas op“. Die Worte aus den Nguni-Sprachen überwiegen: „maningi“ für viel, „mfasi“ für Frau, „nkomo“ für Rind. „Lala pantsi“ bedeutet „Leg dich nieder“, ist aber auch der Name eines kleinen Motels kurz vor der Zimbabwe-Grenze auf der großen Nord-Route von Kapstadt nach Harare. Die vertrauten Begriffe sind aus den Eingeborenen-Sprachen übernommen worden, die neuen, technischen Begriffe wurden phonetisch aus dem Englischen übersetzt.

Über die Goldminen hinaus ist Fanakalo zur Universalsprache im südlichen Afrika geworden. In Moçambique herumreisende Mineningenieure konnten sich so weit mit den Einheimischen verständigen, wie die Rekrutierungsbüros und -beamten ins Land vorgedrungen waren.

MONIKA GERMANI

GESPRÄCH MIT DEUTSCH-SÜDAFRIKANISCHER HANDELSKAMMER

Es gibt mehr Silberstreifen in der Politik als in der Wirtschaft

Südafrika war für deutsche Investoren jahrzehntelang eine der interessantesten Destinationen. Rezession und politische Instabilität scheinen dies jetzt zu bedrohen. Der Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer, Achim Stracke, gab H.-H. Holzamer Auskunft.

Stracke: Grundsätzlich hat sich das nicht geändert, die Verhältnisse sind jedoch undurchsichtiger geworden. und die Zeit der glatten Abläufe von Investitionen und hohen Gewinnen ist – zur Zeit zumindestens – vorbei. Das liegt in der Verschlechterung der Weltwirtschaftslage in den frühen 80er Jahren, die sich erst nachträglich in Südafrika bemerkbar gemacht hat und an einer nicht steuerbaren Wetterentwicklung über die letzten drei Jahre in Südafrika, an einer enormen Dürre.

Aber das sind zwei Facetten, die sicherlich mit der Zeit sich ändern werden. Die Weltwirtschaft macht ja wieder eine leichte Kurve nach oben; davon wird Südafrika sicherlich auch in naher Zukunft profitieren, und sollte das Wetter sich bessern, bleiben bestimmte Ausgaben erspart. Und der Zuwachs im landwirtschaftlichen Bereich könnte im Export ebenso wieder Erlöse bringen. Das würde gleichzeitig bedeuten, daß die Währung Südafrikas wieder stärker wird. Sicherlich ist der Randpreis im Moment zur Mark sehr gering, so gering, wie er seit Jahren vielleicht nie gewesen ist, so daß man zunächst an Investitionen denken würde. Andererseits sind natürlich Zinsen mit einem Diskontsatz von 25 Prozent und effektiven 25 bis 30 Prozent für jeden Investor ein abstoßendes Erlebnis.

Die Stabilisierung trägt Früchte

WELT: Der Investor schaut auch auf das politische Wetter.

Stracke: Ich glaube, das politische Wetter zeigt mehr Silberstreifen als das meteorologische. Die Politik der südafrikanischen Regierung auf Öffnung zu den Nachbarstaaten, auf Stabilisierung der Verhältnisse im südlichen Afrika scheint Früchte zu tragen. Ich betone die Möglichkeit.

WELT: Also die regionale Stabilität zeigt Silberstreifen; zeigt die nationale Stabilität genauso viele?

Stracke: Die eigentlichen Probleme liegen noch vor den Südafrikanern. Aber es ist, glaube ich, schon so, daß man wenigstens die Probleme richtig erkannt hat. Es gibt so viele konkurrierende Gruppen in diesem Lande, die sich nicht nur durch die Hautfarbe unterscheiden.

Es gibt keine Patentlösung

Im Gegenteil, ich würde eher sagen, die Hautfarbe ist heute lange nicht mehr das Kriterium, sondern die Gruppen finden mehr im intellektuellen, soziologischen und letztlich auch im Klassen-Umfeld ihre Unterschiede. In diesem Land gibt es keine Patentlösung.

WELT: Kann man davon reden, daß inzwischen die Schwarzen Teil des Marktes sind?

Stracke: Ich glaube, man erkennt heute, und das gilt nun in gar keiner Weise nur für die deutsche Industrie, daß das südliche Afrika als Markt eben mehr Konsumenten möglich macht als nur 5 Millionen Weiße in Südafrika.

Die können nicht von einem zum anderen Tag zu Konsumenten erzogen werden, denn die Kaufkraft ist noch nicht da. Bezahlen kann nur, wer Einkünfte hat, und die hat nur, wer eine vernünftige Ausbildung hat.

Das heißt, es ist in ganz klarem erstklassigem Interesse der Industrie hier, die Nicht-Weißen mit einer guten Ausbildung zu versehen. Und da sind auch insbesondere die deutschen Firmen sehr führend.

WELT: Wird so etwas durch den EG-Verhaltenskodex gefördert?

Stracke: Die Berichterstattung der letzten Jahre durch die Firmen hat gezeigt, daß die Forderungen des ersten Codex von 1977 erfüllt sind. Nach oben ist natürlich jetzt keine Grenze zu setzen, was an Forderungen noch gestellt werden kann. Das bleibt einfach abzuwarten.

Sicherlich, es ist so, das muß man ganz klar sagen, daß die südafrikanische Regierung Ausbildungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich von Investitionen, in einem enormen Maß fördert. Das ist nicht immer so gewesen, und wir können uns eigentlich alle nur glücklich schätzen als Industrie, als Vertreter der deutschen Wirtschaft, daß diese Möglichkeiten vorliegen.

WELT: Bei Bildungsanreizen für Unternehmen denken Sie in erster Linie an Steuervergünstigungen?

Stracke: An eine Reihe von Vergünstigungen, etwa die bis zu 200prozentige Absetzbarkeit von Ausbildungskosten.

WELT: Und Anreize generell...

Stracke: Es gibt einen ziemlich großen und umfangreichen Katalog einzelner Maßnahmen, der auch wieder für einzelne Regionen innerhalb Südafrikas gestaffelt ist, weil man da auch eine Prioritätenliste erstellt hat.

Die Stimmen der Vernunft werden lauter

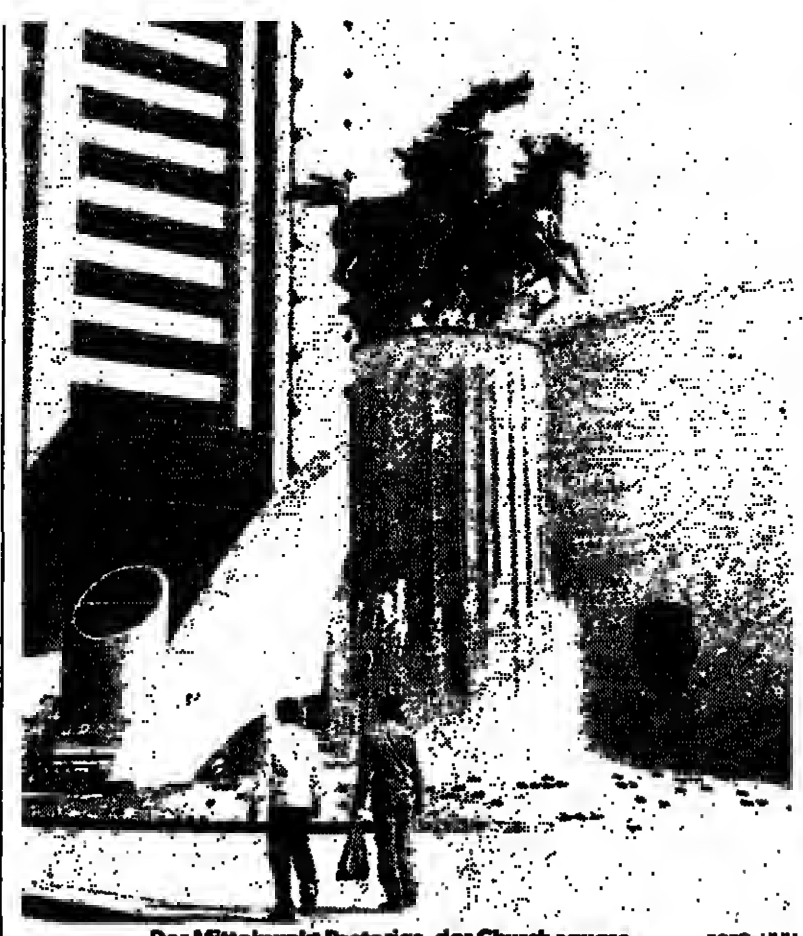
Das Zauberwort heißt Dezentralisierung, und der Wasserkopf Südafrikas – Pretoria im Norden und Johannesburg mit seinen vor- und umliegenden Städten und Vereinigungen der Stahlbaukomplexe ungefähr 100 Kilometer südlich davon, es ist wirklich das industrielle, das wirtschaftliche Herz Südafrikas.

WELT: Sie sagen doch unter dem Strich, daß im politischen und wirtschaftspolitischen Bereich in Südafrika die Stimmen der Vernunft immer lauter werden?

Stracke: Eindeutig.

WELT: Im Zusammenhang mit der Botha-Reise durch Europa; meinen Sie, daß die europäischen Länder diese Chance für die Vernunft, wenn man das so formulieren will, genügend gewürdigt haben?

Stracke: Sagen wir mal so, die Atmosphäre wurde allgemein als eisig bezeichnet. Man kann aber diesem Bild folgen und sagen, das Eis ist zumindest gebrochen worden, aber für jeden, der schon mal Winter erlebt hat, ist klar, auch wenn das Eis bricht, ist das Wasser noch ziemlich kalt.



Der Mittelpunkt Pretorias, der Church square FOTO: HHH

BANKEN ZUR WIRTSCHAFTSLAGE

Rand, Gold und Dollar

Wenn eine Wirtschaft, wie die Südafrikas, auf Diamanten und Gold gebaut ist, müßte es ihr glänzend gehen. Aber auch Südafrika wurde von der Rezession erreicht.

„Das kommt daher", sagt der General Manager der Nedbank, Merton Dagut, „daß der Goldpreis nach unten geht und der Rand ihm folgt. Es gibt hinter beidem ein gemeinsames Element, das ist der Aufschwung des US-Dollars." Mittel dagegen hat der Nedbank-Manager nicht zur Hand. Dagut: „Kurzfristig kann nichts getan werden. Längerfristig müssen wir unsere Handelsbilanz verbessern, und wir müssen eine straffe Geld- und Währungspolitik führen."

Auch bei der Barclays Bank ist man über die wirtschaftliche Entwicklung nicht begeistert. Der Wirtschaftler van Ryn meint: „Wir haben damit gerechnet, daß die Regierung Maßnahmen gegen die Verschuldung und Inflation unternehmen würde. Aber als sie ihr Budget im März vorlegte, waren wir unangenehm überrascht. Tatsächlich mußte nur 6 Wochen, nachdem das Budget vorgelegt wurde, die Mehrwertsteuer um 2 Prozent erhöht werden. Eine weitere Steigerung erfolgte im Juli, nachdem sie schon 2 Monate vorher angekündigt worden war – mit dem Ergebnis, daß der Verbraucher ausgab, was er ausgeben konnte. Aber was kaufte er? – Importware."

Der General Manager der Trust Bank, van Wyk, betont, daß vor allem die Staatsausgaben gedrosselt werden müßten. Er warnt aber zugleich vor Pessimismus. „Wir raten unseren Kunden nur zu kurzen Anlagen in Dollar, denn der Rand wird sich Ende des Jahres wieder erholen."

So setzen Südafrikas Banker, nachdem das Jahr 1984 nicht hielt, was 1983 versprach, auf eine – wie es der General Manager der Standard Bank, Schütte, formuliert - „Aufschwungphase, die 1985 einsetzen wird und die von Dauer ist". M. M.

ENERGIE / Ein Koeberg reicht zur Versorgung

Die Nachfrage kommt primär aus der Industrie

Escom hat vor kurzem das erste Kernkraftwerk in Südafrika eröffnet, aber es gibt keine Pläne darüber hinaus. Der Senior General Manager von Escom, dem größten Stromlieferanten Afrikas, ID van der Walt, nennt Gründe:

Van der Walt: Die erste Einheit des Koeberg Kernkraftwerks von Escom ist seit einigen Wochen am Netz. Seit dem ersten Anschluß am 4. April hat es über zwei Milliarden Kilowattstunden produziert, das ist mehr, als die Escom-Kraftwerke der Kap Provinz im ganzen Jahr 1983 produziert haben.

Wir nehmen an, daß die zweite Einheit im Winter 1985 voll operationsfähig sein wird.

Bei voller Auslastung von 1854 Megawatt ist Koeberg imstande, die gesamte Provinz mit Strom zu versorgen. Es kann darüber hinaus das Zentrum der Provinz, den Westen, der etwa 120 000 Quadratkilometer groß ist, bei Beibehaltung der gegenwärtigen Wachstumsrate bis ins nächste Jahrzehnt mit Energie versorgen.

Die Arbeiten gehen auch an einem Wasserkraftwerk mit 400 Megawatt in der Nähe von Kapstadt voran. Die Inbetriebnahme ist für 1988 vorgesehen. Darüber hinaus sollen fünf kohlebetriebene Kraftwerke, jedes 3600 Megawatt, in Transvaal im nächsten Jahrzehnt vervollständigt werden.

Mit der gegenwärtig niedrigen Wachstumsrate von fünf bis sechs Prozent pro Jahr (in den letzten 15 Jahren waren es über acht Prozent) ist es unwahrscheinlich, daß eine neue Nuklearanlage vor der Jahrhundertwende ihren Dienst aufnehmen wird. Nach den vorliegenden Berechnungen ist davon auszugehen, daß die Elektrizität aus Kernkraftwerken einen wesentlichen Anstieg erst nach dem Jahre 2020 erfahren wird.

Hohe Kapitalkosten der Kernkraftwerke sind ebenfalls ein einschränkender Faktor, wenn man das mit den im Überfluß vorhandenen Kohlereserven vergleicht, die zu einem relativ vernünftigen Preis zu haben sind.

WELT: Die Weltrezession hat in vielen Ländern zu einem Überschuß an Strom geführt. Ist das auch in Südafrika der Fall? Und von woher erwarten Sie verstärkte Nachfrage? Am Anstieg des Lebensstandards oder von einer wiederbelebten Industrie?

Van der Walt: Aufgrund kurzfristiger Veränderungen innerhalb der Wirtschaft hat Escom schon heute eine Überflußkapazität von etwa zehn Prozent über der normalen Reservemarge. Das jedenfalls wird sich erledigen, sobald die Wirtschaft sich wiederbelebt.

Zukünftige Nachfrage wird sowohl von den Bergwerken und der Industrie als auch vom höheren Lebensstandard kommen, mit Schwergewicht bei ersteren.

Hier ist wichtig festzustellen, daß Escom einen lebenswichtigen Beitrag leistet, innerhalb der Infrastruktur Südafrikas Arbeitsplätze zu schaffen und bessere Lebensqualität für alle unsere Bürger zu gewährleisten.

WELT: Escom hat eine Technologie mit Weltstandard entwickelt, etwa bei der Trockenkühlung. Abgesehen von der Versorgung Südafrikas mit Energie – sehen Sie eine Exportchance für Escom-Technologie?

Van der Walt: Escoms Trockenkühlungs-Technologie ist nicht neu, aber der Anwendungsbereich ist einzigartig. Die letzte Anlage ist zehnmal größer als die zur Zeit größte der Welt, die in den USA steht. Unsere Technologie ultrahoher Spannungsübermittlung mit 765 000 Volt mit hohen Altituden ist ebenfalls von Interesse. Auf einer wissenschaftlichen Basis haben wir eine Kooperation mit den Nachbarstaaten und dem Rest der Welt. Wir glauben, daß ganz Südafrika von technischer und wirtschaftlicher Kooperation profitieren kann.

Internationale Sonderbeilage
SÜDAFRIKA
DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg
Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co KG
Leo C. F. Bursky
W 203 24 34

